

Reader Eiszeit

Diskussionszyklus «Krieg»

Vorwort

2005 haben wir einen ersten Reader für unseren Diskussionszyklus erstellt. Während wir in jenem ersten Reader einen Überblick über verschiedene Strömungen der «kommunistischen Dissidenz» gewinnen wollten, soll in diesem Reader ein spezifisches Thema näher beleuchtet werden: Der Krieg.

Nachdem dieser in den letzten Jahren auch in den kapitalistischen Metropolen wieder vermehrt auf die politische Tagesordnung gesetzt wurde, findet dies natürlich auch seinen Niederschlag in den Debatten der revolutionären Linken. Gerade in Anbetracht der aktuell zugespitzten kapitalistischen Krise finden wir dies sehr wichtig. Der Gedanke scheint uns nicht abwegig, dass das Thema in den nächsten Jahren noch mehr an Wichtigkeit zunehmen wird.

Mit dem vorliegenden Reader wollen wir uns mit dem Thema Krieg theoretisch näher befassen. Dabei werden wir – ähnlich wie beim Diskussionszyklus zur «kommunistischen Dissidenz» – einen Querschnitt durch das letzte Jahrhundert ziehen und das Thema auch von verschiedenen Seiten beleuchten. Dabei schauen wir nicht blass konkrete kriegerische Auseinandersetzungen und die jeweiligen Positionen kommunistischer Gruppen an, sondern setzen uns auch mit dem Pazifismus als blosse Kehrseite der Kriegstreiberei auseinander.

Eiszeit
November 2008

Inhalt:

1. Kapitel

Karl Liebknecht:
Der kapitalistische Militarismus
Antimilitaristische Taktik
aus: Militarismus und Antimilitarismus

2. Kapitel

Leo Trotzki:
Der Verteidiogungskrieg
Der Zusammenbruch der Internationale
aus: Der Krieg und die Internationale

3. Kapitel

Gilles Dauvé:
1917-1937: Wenn die Aufstände sterben
aus: Wildcat-Zirkular Nr. 50/51

4. Kapitel

Situationistische
Internationale:
Zwei lokale Kriege
aus: www.klassenlos.tk/lokale.php

Moishe Postone:
Geschichte und Ohnmacht
aus: http://jungle-world.com/artikel/2005/33/15847.html

5. Kapitel

Wildcat:
Auch das jugoslawische Regime hatte Gründe für den Krieg
aus: Wildcat-Zirkular Nr. 50/51

6. Kapitel

Daniel Dockerill:
Petition the Lord with prayer
aus: www.trend.infopartisan.net/trd0103/t050103.html

Karl Liebknecht: Der kapitalistische Militarismus

Vorbemerkung

Der Militarismus ist nichts spezifisch Kapitalistisches. Er ist vielmehr allen Klassengesellschaftsordnungen, von denen die kapitalistische die letzte ist, eigen und wesentlich. Freilich entwickelt der Kapitalismus ebenso wie jede andere Klassengesellschaftsordnung seine besondere Sorte Militarismus [1]; denn der Militarismus ist seinem Wesen nach Mittel zum Zweck oder zu mehreren Zwecken, die je nach der Art der Gesellschaftsordnung verschieden und je nach ihrer Verschiedenheit auf verschiedenen gearteten Wegen zu erreichen sind. Das tritt nicht nur im Heerwesen zutage, sondern auch im übrigen Inhalt des Militarismus, der sich aus der Erfüllung seiner Aufgaben ergibt.

Der kapitalistischen Entwicklungsstufe entspricht am besten das Heer der allgemeinen Wehrpflicht, das aber, obwohl ein Heer aus dem Volke, kein Heer des Volkes, sondern ein Heer gegen das Volk ist, oder mehr und mehr dazu umgearbeitet wird.

Es tritt bald als stehendes Heer auf, bald als Miliz. Das stehende Heer, das aber auch keine Erscheinung nur des Kapitalismus ist [2], erscheint als seine entwickelteste, ja seine normale Form; das wird unten gezeigt werden.

1. „Militarismus nach außen“, Marinismus und Kolonialmilitarismus

Kriegsmöglichkeiten und Abrüstung

Die Armee der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erfüllt ebenso wie die Armee der anderen Klassengesellschaftsordnungen einen doppelten Zweck.

Sie ist zuvörderst eine nationale Einrichtung, bestimmt zum Angriff nach außen oder zum Schutz gegen eine Gefahr-

dung von außen, kurzum bestimmt für internationale Verwicklungen oder, um ein militärisches Schlagwort zu gebrauchen, gegen den äußeren Feind.

Diese Funktion der Armee ist auch durch die neuere Entwicklung keineswegs beseitigt. Für den Kapitalismus ist der Krieg in der Tat, um Moltkes Worte zu gebrauchen, „ein Glied in Gottes Weltordnung“. [3] Allerdings besteht innerhalb Europas selbst wenigstens die Tendenz zur Beseitigung gewisser Kriegsursachen und sinkt trotz Elsaß-Lothringens und der Sorgen um das französische Trifolium Clemenceau, Pichon, Picquart, trotz der orientalischen Frage, trotz des Panislamismus und trotz der sich eben in Rußland vollziehenden Umwälzung die Wahrscheinlichkeit eines aus Europa selbst herausbrechenden Krieges mehr und mehr. Dafür sind jedoch neue, höchst gefährliche Reibungsflächen entstanden infolge der von den sogenannten Kulturstaaten verfolgten kommerziellen und politischen Expansionsbestrebungen [4], die uns auch die orientalische Frage und den Panislamismus in erster Linie beschert haben, infolge der Weltpolitik, der Kolonialpolitik im besonderen, die – wie selbst ein Bülow am 14. November 1906 im Deutschen Reichstage rückhaltlos anerkannte [5] – ungezählte Konfliktmöglichkeiten in sich birgt [6] und die gleichzeitig zwei andere Formen des Militarismus immer energischer in den Vordergrund drängt: den Marinismus und den Kolonialmilitarismus. Wir Deutschen können ein Lied von dieser Entwicklung singen!

Der Marinismus, der Flottenmilitarismus, ist das echte Geschwister des Landmilitarismus und trägt alle abstoßenden und bösartigen Züge dieses letzteren. Er ist in noch höherem Maße als gegenwärtig der Landmilitarismus nicht nur Folge, sondern auch Ursache internationaler Gefahren, der Gefahr eines Weltkrieges.

Wenn uns gute Leute und Betrüger glauben machen wollen, zum Beispiel die Spannung zwischen Deutschland und England [7] sei nur etwelchen Mißverständnissen, Hetzereien böswilliger Zeitungs-

schreiber, prahlerischen Redensarten schlechter Musikanten der Diplomatie zu verdanken, so wissen wir es besser. Wir wissen, daß diese Spannung eine notwendige Folge der sich verschärfenden wirtschaftlichen Konkurrenz Englands und Deutschlands auf dem Weltmarkte ist, also eine direkte Folge der zügellosen kapitalistischen Entwicklung und internationalen Konkurrenz. Der Spanisch-Amerikanische Krieg um Kuba, der Abessinische Krieg Italiens, der Transvaalkrieg Englands, der Chinesisch-Japanische Krieg, das chinesische Abenteuer der Großmächte, der Russisch-Japanische Krieg, sie alle, wenn auch noch so mannigfaltig in ihren besonderen Ursachen und Bedingungen, haben doch den einen großen gemeinschaftlichen Grundzug des Expansionskrieges. Und wenn wir uns der englisch-russischen Spannung in Tibet, Persien und Afghanistan, der japanisch-amerikanischen Unstimmigkeiten aus dem Winter 1906 und schließlich des Marokkokonfliktes glorreichen Angedenkens mit der französisch-spanischen Kooperation vom Dezember 1906 [8] erinnern, so erkennen wir, daß die kapitalistische Expansions- und Kolonialpolitik unter das Gebäude des Weltfriedens zahlreiche Minen gelegt hat, deren Zündschnüren in den verschiedensten Händen liegen und die gar leicht und unerwartet auffliegen können. [9] Gewiß mag eine Zeit kommen, wo die Aufteilung der Welt so weit fortgeschritten ist, daß man an eine Vertrustung in überhaupt möglichen Kolonialbesitzes unter die Kolonialstaaten, sozusagen an eine Ausschaltung der Kolonialkonkurrenz zwischen den Staaten denken kann, wie sie für die private Konkurrenz zwischen kapitalistischen Unternehmern in den Kartellen und Trusts in gewissem Umfange erfolgt ist. Aber das hat noch gute Weile und kann schon allein durch die wirtschaftliche und nationale Erhebung Chinas ins Unabsehbare weit hinausgeschoben werden.

So erscheinen denn alle die angeblichen Abrüstungspläne vorläufig nur als Narretei, Schaumschlägerei und Übertölpelungsversuche. Die Hauptautorschaft des

Zaren an der Haager Komödie [1*] stempelt sie durchweg.

Gerade in unseren Tagen ist die Seifenblase der angeblichen engflachen Abrüstung lächerlich zerplatzt: Der Kriegsminister Haldane, der angebliche Förderer solcher Absichten, hat sich in scharfen Worten als Gegner jeder Minderung der aktiven Wehrmacht bekannt und geradezu als militaristischer Treiber entpuppt und betätigt [10], während gleichzeitig die englisch-französische Militärkonvention am Horizont aufgeht. Und zur nämlichen Stunde, wo die zweite „Friedenskonferenz“ vorbereitet wird, steigert Schweden meine flotte, wuchern in Amerika [11] und Japan die Militärbudgets immer höher ins Kraut, betont das Ministerium Clemenceau in Frankreich unter einer 208 Millionen-Mehrforderung [12] die Notwendigkeit einer starken Armee und Marine, wird von den **Hamburger Nachrichten** als Quintessenz der Stimmung in den herrschenden Klassen Deutschlands der Glaube an die alleinseligmachende militärische Rüstung geschildert und das deutsche Volk von der Regierung mit militärischen Mehrforderungen [13] beglückt, nach denen selbst unsere Liberalen mit allen zehn Fingern ausgreifen. [14] Man kann daran die Naivität ermessen, die der französische Senator d'Estournelles de Constant, ein Mitglied des Haager Gerichtshofes, in seinem jüngsten Aufsatz über die Beschränkung der Rüstungen [15] entwickelt. In der Tat: Für diesen politischen Phantasten macht nicht nur eine Schwalbe den Sommer der Abrüstung, ihm genügt schon ein Sperling. Herzerquickend fast mutet demgegenüber die ehrliche Brutalität an, mit der die Konferenzgroßmächte die Steadschen Vorschläge abfallen lassen und sich sträuben, die Abrüstungsfrage auch nur auf die Tagesordnung der zweiten Konferenz zu setzen.

Der dritte Sprößling des Kapitalismus auf militärischem Gebiete, der Kolonialmilitarismus, verdient noch einige Worte. Die Kolonialarmee, das heißt das stehende Kolonialheer, nicht die jetzt angeblich auch für Deutsch-Südwestafrika „geplante“ Ko-

lonialmiliz [16], noch weniger die ganz differente Miliz der fast selbständigen englischen Kolonien, spielt für England eine außerordentlich große Rolle; ihre Bedeutung wächst auch für die übrigen Kulturstaten. Während sie für England außer der Aufgabe einer Unterdrückung oder In-schachhaltung des kolonialen „inneren Feindes“, nämlich der Eingeborenen der Kolonien, die Aufgabe eines Machtmittels gegen den äußeren Kolonialfeind, zum Beispiel Rußland, erfüllt, fällt ihr, oft unter der Firma „Schutztruppe“ oder „Fremdenlegion“ [17], bei den übrigen Kolonialstaaten, besonders Amerika und Deutschland [18], fast ausschließlich die erste Aufgabe zu, die Aufgabe, die unglückseligen. Eingeborenen zur Fron für den Kapitalismus in die Bagnos zu treiben und, wenn sie ihr Vaterland gegen die fremden Eroberer und Blutsauger schützen wollen, erbarmungslos zusammenzuschießen, niederzusäbeln und auszuhungern. Die Kolonialarmee, die sich vielfach aus dem Abhub der europäischen Bevölkerung zusammensetzt [19], ist das bestialischste, abscheulichste aller Werkzeuge unserer kapitalistischen Staaten. Es gibt kaum ein Verbrechen, das der Kolonalmilitarismus und der in ihm geradezu gezüchtete Tropenkoller nicht gezeitigt hätten. [20] Die Tippelskirch, Woermann, Podbielski, die Leist, Wehlan, Peters, Arenberg und Genossen [3*] sind des auch für Deutschland Zeugen und Beweise; Sie sind die Früchte, an denen man das Wesen der Kolonialpolitik erkennt, jener Kolonialpolitik, die unter der Vorspiegelung [21], Christentum und Zivilisation zu verbreiten oder die nationale Ehre zu wahren, zum Profit der kapitalistischen Kolonialinteressen mit frommem Augenaufschlag wuchert und betrügt, Wehrlose mordet und notzüchtigt, den Besitz Wehrloser sengt und brennt, Hab und Gut Wehrloser raubt und plündert, Christentum und Zivilisation höhnt und schändet. [22] Vor Indien und Tongking, dem Kongostaat, Deutsch-Südwestafrika und den Philippinen erbleichen die Sterne selbst eines Cortez, selbst eines Pizarro.

2. Proletariat und Krieg

Wenn oben die Funktion des Militarismus gegen den äußeren Feind als eine nationale bezeichnet ist, so ist damit nicht gesagt, daß es eine Funktion sei, die den Interessen, der Wohlfahrt und dem Willen der kapitalistisch regierten und ausbeuteten Völker entspricht. Das Proletariat der gesamten Welt hat von jener Politik, die den Militarismus nach außen notwendig macht, keinen Nutzen zu erwarten, seine Interessen widersprechen ihr sogar auf das allerschärfste. Jene Politik dient mittelbar oder unmittelbar den Ausbeutungsinteressen der herrschenden Klassen des Kapitalismus. Sie sucht der regellos-wilden Produktion und der sinnlos-mörderischen Konkurrenz des Kapitalismus mit mein oder weniger Geschick über die Welt hinaus den Weg zu bereiten, indem sie alle kulturellen Pflichten gegen die minder entwickelten Völkerschaften niedertrampelt; und sie erreicht doch im Grunde genommen nichts, als eine wahnsinnige Gefährdung des ganzen Bestandes unserer Kultur durch die Heraufbeschwörung weltkriegerischer Verwicklungen.

Auch das Proletariat begrüßt den gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung unserer Tage. Es weiß aber, daß sich dieser wirtschaftliche Aufschwung auch ohne den gewappneten Arm, ohne Militarismus und Marinismus, ohne den Dreizack in unserer Faust und ohne die Bestialitäten unserer Kolonialwirtschaft friedlich entfalten könnte, sofern ihm vernünftig geleitete Gemeinwesen unter internationaler Verständigung und in Übereinstimmung mit den Kulturpflichten und Kulturinteressen dienen würden. Es weiß, daß unsere Weltpolitik zu einem großen Teil eine Politik der gewaltsamten und plumpen Bekämpfung und Verwirrung der inneren sozialen und politischen Schwierigkeiten ist, vor denen sich die herrschenden Klassen sehen, kurzum eine Politik bonapartistischer Täuschungs- und Irreführungsversuche. Es weiß, daß die Arbeiterfeinde ihre Suppe mit Vorliebe am Feuer des beschränkten

Chauvinismus kochen, daß schon die von Bismarck skrupellos erzeugte Kriegsangst des Jahres 1887 der gemeingefährlichsten Reaktion gar trefflich Vorspann leistete und daß ein jüngst [23] enthülltes sauberer Plänchen hochgestellter Persönlichkeiten dahin ging, im trüben kriegerischer Hurra-Stimmung dem deutschen Volk „nach Heimkehr eines siegreichen Heeres“ das Reichstagswahlrecht wegzutischen. Es weiß, daß der Vorteil des wirtschaftlichen Aufschwunges, um dessen Ausnützung sich jene Politik bemüht, und daß im besonderen aller Vorteil unserer Kolonialpolitik nur der Unternehmerklasse, dem Kapitalismus, dem Erbfeind des Proletariats, in die weiten Taschen rinnt. Es weiß, daß die Kriege, die die herrschenden Klassen für sich führen, gerade ihm die unerhörtesten Opfer an Gut und Blut [24] auferlegen, für die es nach vollbrachter Arbeit mit jämmerlichen Invalidenpensionen, Veteranenbeihilfen, Leierkästen und Fußtritten aller Art regaliert wird. Es weiß, daß sich bei jedem Krieg ein Schlammvulkan hunnischer Roheit und Gemeinheit über die beteiligten Völker ergießt und die Kultur auf Jahre hinaus rebarbarisiert. [25] Es weiß, daß das Vaterland, für das es sich schlagen soll, nicht sein Vaterland ist, daß es für das Proletariat jedes Landes nur einen wirklichen Feind gibt: die Kapitalisten-klasse, die das Proletariat unterdrückt und ausbeutet; daß das Proletariat jedes Landes durch sein eigenes Interesse eng verknüpft ist mit dem Proletariat jedes anderen Landes; daß gegenüber den gemeinsamen Interessen des internationalen Proletariats alle nationalen Interessen zurücktreten und der internationalen Koalition des Ausbeutertums und der Knechtschaft die internationale Koalition der Ausgebeuteten, der Geknechteten gegenübergestellt werden muß. Es weiß, daß das Proletariat, sofern es in einem Kriege verwendet werden sollte, zum Kampfe gegen seine eigenen Brüder und Klassengenossen geführt würde und damit zum Kampfe gegen seine eigenen Interessen.

Das klassenbewußte Proletariat steht daher jener internationalen Aufgabe der

Armee wie der gesamten kapitalistischen Ausdehnungspolitik nicht nur kühl bis ans Herz hinan, sondern in ernster und zielbewußter Feindschaft gegenüber. Es hat die vornehmste Aufgabe, den Militarismus auch in dieser Funktion bis aufs Messer zu bekämpfen, und es wird sich dieser seiner Aufgabe in immer stärkerem Maße bewußt- das zeigen die internationalen Kongresse, das zeigt der Austausch von Solidaritätskundgebungen zwischen deutschen und französischen Sozialisten beim Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges, der spanischen und amerikanischen Sozialisten beim Ausbruch des kubanischen Krieges, der russischen und japanischen Sozialisten beim Ausbruch des ostasiatischen Krieges von 1904 und der 1905 für den Fall eines schwedisch-norwegischen Krieges von den schwedischen Sozialdemokraten gefaßte Generalstreiksbeschuß, das hat weiter die parlamentarische Stellungnahme der deutschen Sozialdemokratie zu den Kriegskrediten von 1870 und zum Marokkokonflikt kundgetan, das beweist auch die Haltung des klassenbewußten Proletariats gegenüber der russischen Intervention.

3. Grundzüge des „Militarismus nach innen“ und seine Aufgabe

Der Militarismus ist aber nicht nur Wehr und Waffe gegen den äußeren Feind, seiner harrt eine zweite Aufgabe [26], die mit der schärferen Zuspitzung der Klassengegensätze und mit dem Anwachsen des proletarischen Klassenbewußtseins immer näher in den Vordergrund rückt, die äußere Form des Militarismus und seinen inneren Charakter mehr und mehr bestimmt: die Aufgabe des Schutzes der herrschenden Gesellschaftsordnung, einer Stütze des Kapitalismus und aller Reaktion gegenüber dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse. Hier zeigt er sich als ein reines Werkzeug des Klassenkampfes, als Werkzeug in den Händen der herrschenden Klassen, dazu bestimmt, im Verein mit Polizei und Justiz, Schule und Kirche die Entwicklung des

Klassenbewußtseins zu hemmen und darüber hinaus einer Minderheit, koste es, was es wolle, selbst gegen den aufgeklärten Willen der Mehrheit des Volkes die Herrschaft im Staat und die Ausbeutungsfreiheit zu sichern.

So steht der moderne Militarismus vor uns, der nicht mehr und nicht weniger sein will als die Quadratur des Zirkels, der das Volk gegen das Volk selbst bewaffnet, der den Arbeiter, indem er eine Altersklassenscheidung mit allen Mitteln künstlich in unsere soziale Gliederung hineinzutreiben sucht, zum Unterdrücker und Feind, zum Mörder seiner eigenen Klassengenossen und Freunde, seiner Eltern, Geschwister und Kinder, seiner eigenen Vergangenheit und Zukunft zu machen sich vermisst, der gleichzeitig demokratisch und despotisch, aufgeklärt und mechanisch sein will, gleichzeitig volkstümlich und volksfeindlich.

Allerdings soll nicht vergessen werden, daß sich der Militarismus auch gegen den inneren nationalen, selbst religiösen [27] „Feind“ – in Deutschland zum Beispiel gegen die Polen [28], Elsässer und Dänen – richtet und auch bei Konflikten innerhalb der nichtproletarischen Klassen [29] Verwendung finden kann, daß er eine sehr vielgestaltige und wandlungsfähige Erscheinung [30] ist und daß der preußisch-deutsche Militarismus durch die besonderen halbabsolutistischen, feudal-bürokratischen Verhältnisse Deutschlands zu einer ganz besonderen Blüte gediehen ist. Dieser preußisch-deutsche Militarismus trägt alle schlechten und gefährlichen Eigenschaften irgendeiner Form des kapitalistischen Militarismus an sich, so daß er sich am besten als Paradigma zur Darstellung des Militarismus in seinem gegenwärtigen Zustand, in seinen Formen, seinen Mitteln und seinen Wirkungen eignet. Wie uns angeblich noch keiner – um mit Bismarck zu reden – den preußischen Leutnant nachgemacht hat, so hat uns in der Tat noch keiner den preußisch-deutschen Militarismus ganz nachzumachen vermocht, der da nicht nur ein Staat im Staate, sondern geradezu ein Staat über dem Staate

geworden ist.

Betrachten wir zunächst die Heeresverfassung einiger anderer Länder. Hierbei müssen außer der eigentlichen Armee auch Gendarmerie und Polizei, die vielfach nur den Charakter besonderer, für den Alltagsdienst gegenüber dem inneren Feind präparierter militärischer Organisationen haben und gerade in ihrer Gewalttätigkeit und Roheit das militärische Ursprungsetikett fragen, von unserer Betrachtung getroffen werden.

4. Heeresverfassung in einigen ausländischen Staaten

Eigentümliche Formen der Heeresverfassung finden wir zum Beispiel in England und Amerika, in der Schweiz und in Belgien.

Großbritannien hat ein Söldnerheer („reguläre Armee“) und eine Miliz nebst der berittenen Yeomanry; außerdem sogenannte Volunteers (Freiwillige), eine sich freiwillig ergänzende, im großen und ganzen unbesoldete Truppe, 1905 245.000 an der Zahl. Das stehende Heer einschließlich der Miliz – bei der Stellvertretung zulässig ist – bezifferte sich 1905 auf rund 444.000 Mann, wovon indessen nur rund 162.000 in England selbst garnisierten. Für Irland ist weiter ein militärisch organisiertes Polizeikorps eingerichtet (rund 12.000 Mann). Das stehende Heer wird zum großen Teil außerhalb des Mutterlandes, besondere in Indien, wo sich die Armee von fast 250.000 Mann [31] zu zwei Dritteln aus Eingeborenen zusammensetzt, verwendet. Die Kolonien besitzen in der Regel eigne Milizen und Freiwilligenkorps. Das Verhältnis zwischen dem mutterländischen und dem kolonialen Militarismus Großbritanniens wird gekennzeichnet durch das Militärbudget, das zum Beispiel 1897 für das Mutterland rund 560 Millionen, für Indien rund 510 Millionen Mark betrug. Hinzu kommt die immense Flotte mit fast 200.000 Mann Besatzung und Marinetruppen.

Das Heerwesen der Vereinigten Staaten

von Amerika ist eine Mischung von stehendem Heer und Miliz. Das durch Werbung [32] ergänzte, verfassungsmäßig auf ein Maximum von 100.000 Mann begrenzte stehende Heer beziffert sich in Friedenszeiten nach dein Sollbestand 1905 auf etwa 61.000 Mann (am 15. Oktober 1906 einschließlich der Philippiner Scouts 67.255 Mann), darunter 5.800 Offiziere, die meist aus der Militärakademie von Westpoint hervorgehen. Zur Miliz zählten im gleichen Jahre zirka 111.000 Mann. Die Miliz ist ziemlich demokratisch organisiert. Sie untersteht in Friedenszeiten dein Gouverneur und ist in ihrer Bewaffnung und Ausbildung nicht auf der Höhe. Daneben spielt die vielfach militärisch organisierte Polizeitruppe eine hervorragende Rolle. – Ganz eigenartig ist eine weitere Einrichtung, die, formell genommen, nicht hierher gehört, aber nach der Funktion, die sie ausübt, nicht unbeachtet bleiben kann. in allen kapitalistischen Ländern finden sich „schwarze Banden“ des Unternehmertums, sei es auch nur, daß das Unternehmertum Streikbrecher bewaffnet (das ist in der Schweiz und in Frankreich zum Beispiel nichts Seltenerem, und für Deutschland sei auf die letzjährigen Werftarbeiterstreiks in Hamburg und auf die Nürnberger Vorgänge im Jahre 1906 [5*] verwiesen). Dein amerikanischen Unternehmertum aber steht in den bewaffneten Pinkerton detektivs eine solche schwarze Bande von Primaqualität stets zur Verfügung. Wenn schließlich auf die etwa 50.000 Mann hingewiesen sei, die die Marine im Jahre 1905 zählte, so sieht man, daß auch die Vereinigten Staaten eine Blütenlese der wichtigsten Formen der bewaffneten Staatsmacht bieten.

In der Schweiz bestand bis vor kurzem ein wirkliches Volksheer, eine allgemeine Volksbewaffnung. Jeder waffenfähige Schweizer Bürger hatte Gewehr und Munition ständig im Hause. Das war die Armee der Demokratie, von der Gaston Mach in seinem bekannten Buch handelt. Da die Schweiz unter einer gleichen internationalen Bürgschaft steht wie Belgien, war es natürlich, daß der „Militarismus nach au-

ßen“ hier einen besonders milden Charakter annehmen und bewahren konnte, zu welchem Erfolge noch zahlreiche andre Umstände mitgewirkt haben. Mit der Zuspitzung der Klassengegensätze veränderte sich aber der „Militarismus nach innen“. Das Herrschaftsbedürfnis des kapitalistischen Bürgertums empfand es zunehmend als eine Erschwerung seiner Ausbeutungs- und Unterdrückungsfreiheit, sogar als eine Gefährdung seiner Existenz, daß das Proletariat Waffen und Munition in Händen hatte. So begann man im September 1899, das Volk zu entwaffnen, indem man ihm die Patronen entzog, während man zugleich in immer schärferer Weise nach dein Vorbilde der großen Militärstaaten die vorhandenen militaristischen Ansätze auszubauen sich bemühte. Der jeweils aktive Teil der Armee wurde mit allen in jenen Militärstaaten üblichen Mitteln in ein gefügiges Klasseninstrument umzudrillen versucht, so daß sich auch in der vielgerühmten Schweizer Miliz mehr und mehr die abschreckenden Züge herausgebildet haben, die alle stehenden Heere zu einer Kulturschmach gemacht haben. Der am 21. Dezember 1906 vom Nationalrat zum Militärreorganisationsgesetz gefaßte Beschuß über die Verwendung von Soldaten bei Streiks ändert daran nichts. [33]

Der Bedarf Belgiens an Soldaten für das stehende Heer ist infolge seiner Neutralität erheblich geringer (etwa die Hälfte) als der „Vorrat“ an Soldatenmaterial. So tritt zu dem System der allgemeinen Wehrpflicht das System der Auslösung und schließlich das besonders tief in den Charakter der Armee einschneidende System des Loskaufs, der Stellvertretung. Naturgemäß sind nur die Wohlhabenden imstande, Ersatzmänner zu stellen, und ebenso naturgemäß machen sie davon ausgiebigsten Gebrauch. Wenn dieses früher viel verbreitete System der Ersatzgestellung zunächst politisch nicht besonders bedeutungsvoll sein mochte, so hat es in dem stark proletarisierten Belgien mit seinem sehr großen Prozentsatz von Arbeitern unter den Wehrpflichtigen und Ausgelosten zu einem für die herrschende Masse äu-

ßerst bedenklichen Ergebnis geführt. Die durch und durch proletarisierte Armee unterlag, soweit sie nicht schon an und für sich aus klassenbewußten und zu allem entschlossenen Proletariern bestand, der antimilitaristischen Propaganda so rapide, daß sie seit Jahren als Waffe der herrschenden Masse gegen den inneren Feind kaum mehr in Betracht kommt und nicht mehr angewandt wird. Man wußte sich aber wohl zu helfen. Es bestand seit altersher die Einrichtung der sogenannten Bürgergarde. Zur Bürgergarde gehören diejenigen, die eine gute Nummer gezogen, und diejenigen, die sich losgekauft haben, aber nur insoweit, als sie sich Uniform und Waffe selbst anschaffen können, eine Bedingung (eine Art Zensus), durch die die ärmeren Bevölkerung von ihr nahezu ausgeschlossen ist. Sie war früher nichts als eine große Maskerade, ihre Mitglieder waren meist liberal und die Organisation demokratisch. Die Bürgergardisten hauen ihre Waffen zu Hause, wählten ihre Offiziere selbst usw. Mit der zunehmenden Unzuverlässigkeit des stehenden Heeres begann hier ein Wandel. Die Verwaltung und Leitung der Bürgergarde wurde aus den Händen der Gemeinden in die Hände der Regierung gelegt, die demokratischen Einrichtungen wurden aufgehoben, die Waffen den einzelnen weggenommen und in die Lagerhäuser der Militärverwaltung verschlossen. Ein ziemlich strammer Militärdienst wurde eingeführt und die Ausbildung der Bürgergardisten den schlimmsten der früheren Offiziere des stehenden Heeres übertragen. Die Altersklasse von 20 bis 50 Jahren bat nicht weniger sie dreimal in der Woche abends und alle 14 Tage einen halben Sonntag zu üben; und wenn früher in bezug auf die Teilnahme an diesen Übungen ein an unsre „Stadtsoldaten von Anno dazumal“ erinnernder Schlendrian herrschte, so wird jetzt immer schärfer kontrolliert und die Pünktlichkeit durch Strafen erzwungen. Bemerkenswert ist, daß diese Neuorganisation der Bürgergarde nur in Gemeinden von über 20000 Einwohnern stattgefunden hat, während im übrigen die Bürgergarde ein lächerlicher

Schatten geblieben ist. Auch diese Tatsache brennt der Bürgergarde ihre Zweckbestimmung auf die Stirn, eine besondere Schutztruppe der Regierung zu sein im Kampfe gegen den „inneren Feind“. Das stehende Heer beziffert sich nach dem Bestand von 1905, ausschließlich der Gendarmerie, aus rund 46.000 Mann, die aktive Bürgergarde auf rund 44.000 Mann, also fast genau ebenso hoch!

So besitzt Belgien eine Armee gegen den äußeren und eine besondere Armee gegen den inneren Feind, eine höchst raffinierte Einrichtung, die, wie die Verwendung der Bürgergarde bei den letzten Wahlrechtskämpfen und Streiks erweist, dem Kapitalistenregime Belgiens gut Dienste geleistet hat und weiter leisten wird.

Hinzu kommt für Belgien auch die Gendarmerie, die im Kriege wie bei Streiks und Unruhen einfach militärische Verwendung findet. Sie ist sehr zahlreich und über das ganze Land verstreut, von großer Beweglichkeit, kann jederzeit konzentriert, disloziert und mobilisiert werden; sie hat in Tervueren bei Brüssel für ihre fliegende Brigade eine allgemeine Kaserne und schwärmt bei Streiks und dergleichen über das ganze Land wie ein Wespenschwarm aus. Sie besteht meist aus alten Unteroffizieren, ist vorzüglich bewaffnet und gut bezahlt, kurz: Elitetruppe. Während die Bürgergarde für ihre Aufgabe im Klassenkampf einfach dadurch wie geschaffen ist, daß sie nichts andres darstellt als eine spezielle militärische Mobilisierung des kapitalistischen Bürgertums selbst, das sich seiner Interessen wohl bewußt ist, spielen die in der Gendarmerie organisierten „Hofhunde des Kapitals“ ihre Rolle vorläufig noch nicht minder gut nach dem Rezept: „Wes Brot ich esse, des Lied ich singe.“

Japan, das etwa auf derselben kapitalistisch-feudalen Kulturstufe steht wie Deutschland, ist in den letzten Jahren trotz seiner insularen, England ähnlichen Lage, und zwar infolge der Spannung seiner auswärtigen Situation, auch in militaristischer Beziehung zu einem wahren Gegen-

stück Deutschlands geworden, abgesehen nur etwa von der kriegsmäßigeren Ausbildung seiner Truppen.

5. Folgerungen

Rußland

Aus alledem folgt, daß sich der Umfang und der besondere organisatorische Charakter der Armee wesentlich nach der internationalen Lage, nach der Funktion der Armee gegen den äußeren Feind richtet. Die internationale Spannung, die heute in der Regel eine sehr hohe ist und – selbst in den noch nicht kapitalistischen Staaten schon wegen der Konkurrenz mit und zum Schutze gegenüber den kapitalistischen Staaten – zur Ausnutzung aller waffenfähigen Bürger sowie zur schroffsten Organisationsform, dem flehenden Heer der allgemeinen Wehrpflicht, drängt, kann durch natürliche Ursachen, wie zum Beispiel die insulare Lage Englands und – im Verhältnis zu den übrigen Großstaaten – auch der Vereinigten Staaten von Amerika, und durch künstlich-politische Ursachen, wie zum Beispiel die Neutralerklärung der Schweiz und der Niederlande, eine sehr beträchtliche Abschwächung erfahren.

Dagegen ist die Funktion des „Militarismus nach innen“, gegenüber dem inneren Feind, als Werkzeug im Klassenkampf eine stete notwendige Begleiterscheinung der kapitalistischen Entwicklung, wie denn selbst Gaston Moch „die Wiederherstellung der Ordnung“ als „legitime Funktion einer Volksarmee“ bezeichnet. Und wenn der Militarismus in dieser seiner Funktion dennoch sehr verschiedene Formen aufweist, so erklärt sich das einfach dadurch, daß dieser Zweck bisher ein mehr nationaler, seine Erfüllung nicht so sehr durch internationale Konkurrenz geregelt ist, daß er in sehr verschiedener Art erreicht werden und daher viel mehr nationale Eigentümlichkeiten ertragen kann. Übrigens werden auch England und Amerika (wo zum Beispiel von 1896 bis 1906 das stehende Landheer von etwa 27.000 auf etwa 61.000 Mann verstärkt, die Zahl der Marinemannschaften

Kapitel 1

nemannschaften verdoppelt, das Budget des Kriegsdepartements auf das Zweieinhalbache, das des Marinedepartements auf mehr als das Dreifache gesteigert worden ist und für 1907 von Taft wieder zirka 100 Millionen mehr gefordert werden) immer mehr in die Bahn des europäisch-festländischen Militarismus getrieben, was sicherlich in erster Reihe durch die Veränderung der internationalen Lage und die Bedürfnisse der jingoistisch-imperialistischen Weltpolitik, in zweiter Reihe aber unverkennbar durch die Veränderung der inneren Spannung, die Steigerung der Klassenkampfgefahr veranlaßt ist. Die militaristischen Anwendungen des englischen Kriegsministers Haldane aus dem September 1906 stehen schwerlich nur in einem zeitlichen Zusammenhang mit dem energischen selbständigen Auftreten der englischen Arbeiterschaft auf der politischen Bühne. [34] Die Neigung zur Einführung einer allgemeinen Wehrhaftmachung nach Schweizer Muster, die in England trotz der für sie inszenierten gewichtigen Agitation vorläufig noch zurückgedrängt ist, für die Vereinigten Staaten aber in der Botschaft Roosevelts vom 4. Dezember 1906 bedeutsamen Ausdruck gefunden hat, ist kein Symptom des Fortschritts. Sie heißt trotz alledem eine Verstärkung des Militarismus im Vergleich zum gegenwärtigen Zustand, und sie liegt immerhin auf der abschüssigen Bahn zum stehenden Heer, das lehrt gerade die Schweiz.

Unverkennbar besitzt der Militarismus mit Rücksicht auf die große Mannigfaltigkeit der Kombinationen zwischen den Faktoren, die Maß und Art der besonderen Bedürfnisse eines Schutzes nach außen und nach innen bestimmen, eine beträchtliche Vielgestaltigkeit und Wandlungsfähigkeit, die sich am ausgeprägtesten im Heerwesen zeigt. Diese Wandlungsfähigkeit bewegt sich aber allenthalben innerhalb der Grenzen, die jene dem Militarismus unbedingt wesentliche Zweckbestimmung einer kapitalistischen Schutzwehr setzt. Die Entwicklung kann hier dennoch zeitweilig geradezu divergieren. Während

zum Beispiel Frankreich unter Picquart ernstlich an eine energische Abkürzung der Übungszeit der Reserve- und Territorialtruppen [35], an die Reform des „Biribi“ und die Abmchaffung der militärischen Sondergerichtsbarkeit [36] geht, quittierte im Herbst 1906 der Präsident des deutschen Reichsmilitärgerichts, von Massow, seinen Dienst, weil die militärische Kommandogewalt (das preußische Kriegsministerium) durch Gesetzesinterpretationen formell und ohne Unischweife in die Unabhängigkeit der Militärgerichte eingreift (Rundschreiben vom Frühjahr 1905), eine Unabhängigkeit, die freilich schon durch die Maßregelung der Richter des Bilse-Prozesses [6*] eine eigenartige Kommentierung erfahren hatte. Diese „französischen Zugeständnisse“ sind fast ausschließlich dem Antiklerikalismus zu verdanken: Der Klerikalismus hat eine wichtige Stütze in der Armee; die Regierung bedarf des Proletariats im „Kulturkampf“. Diese Kombination ist natürlich weder ewig, noch auch aus einer wesentlichen, dauernden Entwicklungstendenz entsprossen; sie beruht auf einer ihrem Wesen nach vorübergehenden Konstellation und geht mit energischer Befehdung des Antimilitarismus, wie gezeigt, Hand in Hand.

Interessant ist von diesen Gesichtspunkten aus Rußland, dem die hochgradige Spannung seiner außerpolitischen Lage die allgemeine Wehrpflicht aufgezwungen hat und das sich als asiatisch-despotischer Staat einer inneren Spannung ohnegleichen gegenüber sieht. Der innere Feind des Zarismus ist nicht nur das Proletariat, sondern außerdem die gewaltige Masse der Bauernschaft und des Bürgertums, ja selbst ein großer Teil des Adels. Neunundneunzig Prozent der russischen Soldaten sind ihrer Klassenlage nach dem zarischen Despotismus erzfeind. Niedere Bildung, nationale und religiöse Gegensätze, auch wirtschaftliche und soziale Interessenwidersprüche, ferner mehr oder weniger sanfter Druck durch den weitverzweigten bürokratischen Apparat sowie die ungünstige örtliche Gliederung, daß ungenügend ausgebildete Verkehrswesen und anderes hemmen

die Ausbildung des Klassenbewußtseins aufs äußerste. Durch ein mit allen Hunden gehetztes System der Elitetruppen, zum Beispiel der Gendarmerie und vor allem der Kosaken, die durch gute Bezahlung und anderweitige materielle Versorgung, durch weitgehende politische Privilegien, durch Einrichtung der halbsozialistischen Kosakengemeinwesen geradewegs zu einer besonderen gesellschaftlichen Klasse gestaltet und so an das herrschende Regime künstlich gefesselt sind, sucht sich der Zarismus gegenüber der Gärung, die bis tief in die Reihen der Armee gedrungen ist, eine genügende Zahl von Getreuen zu sichern. Und zu alledem, zu diesen „Hofhunden des Zarismus“, treten noch hinzu die Tscherkessen [37] und sonstigen im Reich der Knute wohnenden Barbarenvölker, die unter anderen in der Ostseeprovinz-Konterrevolution [7*] wie Wolfsrudel über das Land losgelassen wurden, und alle übrigen bewaffneten Kostgänger des Zarismus, deren Zahl Legion ist, die Polizei und ihre Helfershelfer sowie – die Hooligans, die schwarzen Banden.

Aber wenn schon in den bürgerlich-kapitalistischen Staaten die Armee der allgemeinen Wehrpflicht als Waffe gegen das Proletariat ein krasser, zugleich furchtbarer und bizarer Widerspruch in sich selbst ist, so ist das Heer der allgemeinen Wehrpflicht unter dem zärisch-despotischen Regierungssystem eine Waffe, die sich notwendig mehr und mehr mit niederschmetternder Wucht gegen den zarischen Despotismus selbst wenden muß, woraus sich gleichzeitig ergibt, daß die Erfahrungen auf dem Gebiete der antimilitaristischen Entwicklung in Rußland nur mit großer Vorsicht für die bürgerlich-kapitalistischen Staaten zu verwenden sind. Und wenn die Bemühungen der herrschenden Lassen des Kapitalismus in den bürgerlich-kapitalistischen Staaten, das Volk zum Kampfe gegen sich selbst zu kaufen, und zwar noch gar zu einem großen Teil mit dem Volke selbst zu diesem Zwecke abgenommenen Geldmitteln, schließlich zum Scheitern verurteilt sind, so sehen wir vor unsren Augen bereits, wie

die verzweifelten und jämmerlichen Versuche des Zarismus, die Revolution gewissermaßen durch Bestechung zu kaufen, in der Misere der russischen Finanzwirtschaft ein schnelles und klägliches Fiasco erleiden, und zwar trotz aller Rettungsaktionen des skrupellosen internationalen Börsenkapitals. Gewiß, die Anleihefrage ist eine wichtige Frage, mindestens für das Tempo der Revolution; aber soweit Revolutionen gemacht werden können, sowenig oder noch weniger können sie gekauft werden [38], nicht einmal mit den Mitteln des Großkapitals der Welt.

Fußnoten

1. Zu Unrecht sagt Bernstein in **La Vie Socialiste** vom 5. Juni 1905, die heutigen militaristischen Institutionen seien nur ein Erbe der mehr oder weniger feudalen Monarchie.

2. Vgl. nur Rußland, bei dem aber ganz besondere, nicht aus den inneren Verhältnissen erwachsene Umstände zu dem Resultat mitgewirkt haben. Stehende Heere auf anderer Grundlage als der allgemeinen Wehrpflicht sind zum Beispiel die Söldnerheere. Milizen kannten auch die italienischen Städte des 15. Jahrhunderts. (Burchardt, **Die Cultur der Renaissance**, Bd. 1, S.527.)

3. In dem bekannten Briefe an Bluntschli (Dezember 1880) heißt es: „Der ewige Friede ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner, und der Krieg ein Glied in Gottes Weltordnung. In ihm entfalten sich die edelsten Tugenden des Menschen, Mut und Entzagung, Pflichttreue und Opferwilligkeit mit Einsetzung des Lebens. Ohne den Krieg würde die Welt in Materialismus versumpfen.“ Wenige Monate vorher hatte Moltke geschrieben: „Jeder Krieg ist ein nationales Unglück“ (**Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten**, Berlin o.J., Bd.V, S.195, auch S.200) und 1841 in einem Artikel der **Augsburger Allgemeinen Zeitung** gar: „Wir bekennen uns offen zu der viel verspotteten Idee eines allgemei-

nen europäischen Friedens.“

4. Der Wert des gesamten auswärtigen Handels der Welt ist nach Hübners Tabellen von 75.224 Millionen im Jahre 1891 auf fast 109.000 Millionen im Jahre 1905 gestiegen.

5. „Was heutzutage unsere Situation kompliziert und erschwert, das sind unsere überseeischen Bestrebungen und Interessen.“

6. Moltkes Anschauungen hierzu waren höchst abenteuerlich. Die Zeit der Kabinettskriege ist nach Ihm zwar vorüber, dafür hält er aber die Parteiführer für frevelmütige, gefährliche Kriegsprovokanten. Die Parteiführer und – die Börse! Freilich hat er auch hie und da tiefere Einsicht. (**Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten**, Bd.III, 1ff., 126, 155, 158.)

7. Die durch jene phantastische Ausgeburt des englischen Jingoismus, betitelt: **Die Invasion von 1910**, immerhin gekennzeichnet wird.

8. Frankreich hat im Jahre 1906 aus Anlaß des Marokkostreites weit über 100 Millionen zur militärischen Sicherung seiner Ostgrenzen aufgewendet!

9. Über den angeblichen, nicht recht geklärten Plan des Hamburger Reedereiabgeordneten Seniler, Fernando Po à la Jameson zu kapern, vgl. die Debatten der Budgetkommission vom Anfang Dezember 1906.

10. Dem tut keinen Abbruch, daß er sich vorläufig noch gegen die allgemeine Wehrpflicht ausgesprochen hat, was die **Kreuz-Zeitung** vom 29. November 1906 um deswillen bedauert, weil – die allgemeine Wehrpflicht das englische Volk zu einer besseren Würdigung des Ernstes eines Krieges erziehen müsse! In Deutschland freilich hat nach dem Willen der **Kreuz-Zeitung**-Ritter die allgemeine Wehrpflicht nur die Bedeutung, dem Volke Blut- und Gutopfer aufzuzwingen, während die Entscheidung über Krieg und Frieden im Würfelbecher derer ruht, für die der Ernst des Krieges am wenigsten existiert. Fürs Ausland weiß man sogar die Demokratie zu schätzen! – Wegen der starken Tendenz zur allgemeinen Miliz, die

sich in England und Amerika zeigt, vgl. Teil 5 dieses Kapitels, Rußland.

11. Vgl. Teil 5 dieses Kapitels, Rußland, Kapitel 1-4.2, Noch eine Zwickmühle des vorliegenden Bandes und die Botschaft Roosevelts vom 4. Dezember 1906 [2*].

12. Durch den Marokkokonflikt hauptsächlich begründet.

13. 23¾ Millionen für die Marine, 51 Millionen für das Landheer, 7 Millionen Zinsen, Summa: eine Steigerung um etwa 85 Millionen Mark gegen den Etat von 1906/1907! Rosige Aussichten auf weitere „uferlose“ Flottenrüstungen macht ein offenbar inspirierter Artikel im **Reichsboten** vom 21. Dezember 1906. Und dazu die riesigen kolonialen Kriegsausgaben (Chinaexpedition 454 Millionen, Südwestafrikanischer Aufstand bisher 490 Millionen, Ostafrikanischer Aufstand 2 Millionen usw.), über deren Einforderung es soeben, am 15. Dezember 1906, zum Konflikt und zur Reichstagsauflösung gekommen ist.

14. Vgl. zum Beispiel **Berliner Tageblatt** vom 27. Oktober 1906. Vor allem der berüchtigte Antrag Ablaß vom 15. Dezember 1906 und die liberale Wahlparole zum 25. Januar 1907.

15. **La Revue** vom 1. Oktober 1906. Die „tatsächlich erzielten Erfolge“ der deren von denen die Redaktion der **Revue** orakelt, sind tiefes Geheimnis.

16. Dernburg in der Reichstagssitzung vom 29. November 1906.

17. Frankreich hat seit dem 51. Dezember 1900 eine förmliche Kolonialarmee, mit der die bösesten Erfahrungen gemacht sind: Vgl. **Hamburgischer Correspondent** Nr. 621 vom 7. Dezember 1906, auch Fußnote 5 und, S. 65 des vorliegenden Bandes. In Deutschland wird geschäftig an ihrer Herstellung gearbeitet. Es geht im Geschwindschritt auf sie zu.

18. Dessen koloniale Ausgaben selbst nach Dernburgs Denkschrift vom Oktober 1906, trotz aller darin praktizierten Bilanzverschleierung, weit überwiegend militärischer Art sind.

19. Vgl. Péroz, **France et Japon en Indochine**; Famin, **L'armée coloniale**; E. Reclus in **Patriotisme et colonisation**;

Däumig, **Schlachtopfer des Militarismus**. In **Die Neue Zeit**, XVIII. Jahrgang (1899/1900), 2. Bd., S. 565, über die Bataillone d'Afrique S. 569. Ferner für Deutschland selbst Abg. Untreu am 3. Dezember 1906 im Reichstag.

20. Auch das Disziplinarwesen nimmt hier eine besonders zugespitzte Form der Bestialität an. Ober Frankreichs Fremdenlegion und die Bataillons d'Afrique vgl. Däumig, **Schlachtopfer des Militarismus**; über die Abschaffung des „Biribi“: Teil 5 dieses Kapitels, Rußland und Kapitel 1-3.2, Soldatenerziehung.

21. Dieser heuchlerische und zugleich schamhafte Schleier wird jetzt mit allem wünschenswerten Zynismus abgeworfen: vgl. den Artikel von G.B. in der Monatsschrift **Die deutschen Kolonien** (Oktober 1906) und von Strantz auf dem alldeutschen Verbandstag (September 1906): „Wir wollen in den Kolonien nicht die Leute zu Christen machen, sondern sie sollen für uns arbeiten. Dieser Humanitätsdusel ist geradezu lächerlich. Die deutsche Sentimentalität hat uns einen Mann wie Peters geraubt.“ Weiter Heinrich Hartert in **Der Tag** vom 21. Dezember 1906: „Es sei Pflicht der Mission, sich ... den gegebenen Verhältnissen anzupassen“; sie hat sich aber „vielfach dem Kaufmann direkt lästig gemacht“. Hier liegt der kolonialpolitische Hauptstreitpunkt zwischen Zentrum und Regierung, aus dem allein mich der im Dezember 1906 von dem „Kaufmann“ Dernburg entfesselte wütende Kampf gegen die sogenannte Nebenregierung des Zentrums versteht. – Auch hier gilt fürs Ausland die göttliche „Antwort Alexanders“. Für Amerika predigt die **Kreuz-Zeitung** vom 29. September 1906 Die einfache Ausrottung ganzer Indianerstämme ist so inhuman und unchristlich, daß sie unter keinen Umständen verteidigt werden kann – zumal es sich für die Amerikaner keineswegs tun ein to be or not to be handelt.“ Wo es sich darum handelt – nach Auffassung der Kolonialchristen! – darf also auch der Bekenner der Nächstenliebe, „ganze Stämme ausrotten“!

22. Vgl. die denkwürdigen Verhandlungen

des Deutschen Reichstags vom 28. November bis zum 4. Dezember 1906, in denen die Eiterbeule aufgestochen wurde.

23. Vgl. **Hamburger Nachrichten** vom 5. November 1906.

24. Die Opfer der Kriege von 1799 bis 1904 (außer dem Russisch-Japanischen) an Menschenleben werden auf etwa 15 Millionen veranschlagt.

25. Vgl. Fußnote 3 und Moltke, **Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten**, Bd.II, S.288. Danach soll der Krieg die Sittlichkeit und. Tüchtigkeit bis aufs äußerste steigern, besonders die moralische Energie fördern.

26. Auch die Aufgabe, die bestehende innere Ordnung zu verbarrikadieren, fällt dem Militarismus nicht nur in der kapitalistischen, sondern in allen Klassengesellschaftsordnungen zu.

27. Vgl. den französischen Kulturkampf während des Konflikts vom Dezember 1906.

28. Vgl. die oberschlesischen Wahlkrawalle von 1905.

29. Vgl. Fuchsmühl [4*].

30. Näheres Teil 5 dieses Kapitels, Rußland und Kapitel 2-5.

31. 1905/1906: 229.820. In den Native States 1903: 136.837.

32. Die Werbung wird immer schwieriger, der Prozentsatz der angeworbenen Ausländer wächst – ein, Tatsache, die die amerikanische Regierung beunruhigt

33. Vgl. Kapitel 2-2 Schweiz.

34. Die scharfe arbeiterparteifeindliche politische Haltung gerade Haldanes zeigen die von Rothstein berichteten Tatsachen in der **Neuen Zeit**, 25. Jahrgang (1906/07), 1. Bd., S.121; ob auch der Schulgesetzkonflikt zwischen Ober- und Unterhaus im November/Dezember 1906 ein Symptom solcher verschärften Spannung ist, kann erst die Zukunft lehren. Die neuestens gemeldete Ablehnung der allgemeinen Wehrpflicht durch Haldane steht damit nicht in Widerspruch, sondern im Einklang.

35. Von der Kammer im Dezember 1906 vorläufig abgelehnt.

36. Vgl. besonders Unterstaatssekretär

Chéron in der Kammerverhandlung vom 10. Dezember 1906 und **l'Humanité** vom 11. Dezember 1906. Dazu Kapitel 1-3, Fußnote 14.

37. In der **Dünazeitung** vom 4. (17.) Dezember 1906 spricht selbst Landrat von Sivers-Römershof von den „blutdürstigen Tscherkessen“.

38. Auch nicht in der jetzt ins Auge gefaßten modernen Form der Verschachierung und Diskontierung von Konzessionen und natürlichen Schätzen an amerikanische Trust; des „dernier cri“ im doppelten Sinne der zarischen Finanzpolitik.

Anmerkungen

1*. *Haager Komödie* – Gemeint ist die vom zaristischen Rußland (Nikolaus II.), das mit dem Wettrüsten der übrigen Mächte nicht Schritt halten konnte, inspirierte Haager Friedenskonferenz, die vom 18. Mai bis 29. Juni 1899 stattfand.

2*. *Theodore Roosevelt* (1858-1919), 1901-1908 Präsident der USA, kündigte in seiner Botschaft vom 4. Dezember 1906 den Bau einer starken Kriegsflotte zur Unterstützung der Weltmachspläne der USA-Imperialisten an.

3*. Die Firma *Tippelskirch & Co.* als Armeelieferant, der preußische Landwirtschaftsminister *von Podbielski* und die Reedereifirma *C. Woermann & Co.* in Hamburg waren 1906 in einen großen Beischungsskandal verwickelt.

Tippelskirch & Co. hatte sich durch Beischung über lange Jahre einen Monopolvertrag für alle Lieferungen zur Bekleidung und Ausrüstung der „Schutztruppe“ gesichert und dabei Millionenprofite eingesteckt. Von Podbielski war als Teilhaber der Firma Tippelskirch & Co. an den Gewinnen beteiligt, und C. Woermann & Co. hatte an den Kolonialtransporten durch schmutzige Geschäftspraktiken Millionen verdient.

Mit den Namen Leist, Wehlan, Peters, Arenberg verbinden sich eine große Zahl grausamster Kolonialverbrechen.

4*. In dem Dorf *Fuchsmühl* (Fichtelgebir-

ge) war 1895 Militär gegen arme Gemeindemitglieder eingesetzt worden, die sich durch eine Selbsthilfeaktion Brennholz aus dem Walde zu beschaffen versucht hatten. 146 Personen waren nach diesem Vorfall wegen Landfriedensbruches angeklagt worden.

5*. Diese Anmerkung ist in dieser Ausgabe nicht vorhanden.

6*. *Bilse-Prozeß* – Gemeint ist das Kriegsgerichtsverfahren gegen den Leutnant Bilse (November 1903 in Metz), weil er in einem Roman die moralische Versumpfung des Offizierskorps dargestellt hatte. Er erhielt sechs Monate Gefängnis. Die Militärrichter wurden gemäßregelt, weil sie den Prozeß, der zu einer scharfen Anklage gegen den preußisch-deutschen Militarismus wurde, nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt hatten,

7*. Gemeint ist das Wüten der Konterrevolution in den rassischen Ostseeprovinzen in den Jahren 1905/1906. Im Spätherbst 1905 wurde in einigen Ostseegouvernements der verschärfteste Belagerungszustand verhängt. Gegen die revolutionären Bauern wurden Strafexpeditionen aus Schwarzhundertern und zaristischen Truppen organisiert und Tausende Bauern gefoltert und ohne Gerichtsverfahren erschossen.

Karl Liebknecht: Antimilitaristische Taktik

An und für sich ist der Antimilitarismus nichts Proletarisch-Revolutionäres, sowenig wie der Militarismus etwas spezifisch Bürgerlich-Kapitalistisches ist. Es braucht aus der Vergangenheit nur zum Beispiel an die russischen Dekabristen und an den bürgerlich-nationalistischen Soldatenkatechismus Ernst Moritz Arndts aus dem September 1812 erinnert zu werden, der die Soldaten offen zum Aufruhr gegen die vaterlandsverräterischen Fürsten aufruft. Aus der neuesten Zeit bildet dafür einen schlagenden Beleg die russische Revolution. Wir haben uns indessen hier auf den Antimilitarismus in den kapitalistischen Staaten zu beschränken.

1. Taktik gegen den äußeren Militarismus [1]

Das letzte Ziel des Antimilitarismus ist die Beseitigung des Militarismus, das heißt: Beseitigung des Heeres in jeder Form, mit der dann notwendig alle die gekennzeichneten sonstigen Erscheinungen des Militarismus fallen, die sich im Grunde nur als Nebenwirkungen der Existenz des Heeres darstellen. Der Mantel fällt, der Herzog muß nach.

Dieses Ziel würde auch das Proletariat nur unter der Voraussetzung sofort verwirklichen dürfen, daß ein internationaler Zustand besteht, in dem jede Notwendigkeit, das Heer im Interesse des Proletariats zu verwenden, ausgeschlossen ist, wobei die Interessen des Proletariats den nationalen Interessen keineswegs zu widersprechen brauchen.

Die Notwendigkeit des Heerwesens auch für den Kapitalismus könnte, logisch betrachtet, beseitigt werden durch Beseitigung der Konfliktmöglichkeiten oder durch gleichmäßige internationale Wehrlosmachung.

Die Beseitigung der Konfliktmöglichkeiten hieße vor allem Beseitigung der Expansionspolitik, die, wie an anderer Stelle erwähnt, in einer Vertrustung des Erdballs unter die Großmächte möglicherweise dereinst ihren natürlichen Abschluß finden wird; es hieße auch, was jedoch am letzten Ende das nämliche wäre: Schaffung eines Weltbundesstaates.

Daß ist aber vorläufig romantische Zukunftsmusik; alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Weltpolitik diesen „Beharrungszustand“ nicht erreichen wird, bevor das Proletariat sein Endziel verwirklicht und seine Weltpolitik an Stelle der kapitalistischen gesetzt haben wird.

Und mit der internationalen Wehrlosmachung liegt es noch schlimmer. Sie bedeutet nicht nur ein Aufgeben des militärischen Wettkampfes durch alle Militärstaaten und damit einen Verzicht auf die Gewinnchancen, die der eine oder der andere gerade der mächtigsten und auf das Zustandekommen einer solchen Wehrlosmachung einflußreichsten Staaten hat oder zu haben glaubt (daher der Vermittelungsvorschlag der verhältnismäßigen Kontingentierung der einzelnen Armeen!); sie bedeutet außerdem nicht mehr und nicht weniger als eine Preisgabe derjenigen internationalen Interessen, die die herrschenden Lassen, den Kapitalismus, zum Appell an die ultima ratio regum (das letzte Mittel der Könige) veranlassen könnten, das heißt aber gerade solcher Interessen, die vom Kapitalismus für höchst wichtig, ja für Lebensinteressen gehalten werden, besonders der Expansionspolitik. Der Glaube, daß all dies unter der Herrschaft des Kapitalismus vor Erreichung jenes natürlichen weltpolitischen Beharrungszustandes durchgesetzt werden könne, ist ein wahrer Köhlerglaube. Gewiß verstärkt sich der antiweltpolitische, weltbundesfreundliche Einfluß des Proletariats auf die äußere Politik auch in zurückgebliebenen Ländern mehr und mehr und mag zur Abschwächung der Kriegsgefahren, zur Friedhaftmachung der Weltpolitik beitragen; aber die Steigerung des proletarischen Einflusses steigen auch die Gefahr bonapartistischer Kunststücke, so daß zweifelhaft sein

mag, ob auch nur die Summe der Kriegsmöglichkeiten vermindert wird, von ihrer Beseitigung aber keine Rede sein kann.

Eine Tendenz zur Herbeiführung internationaler gleichmäßiger Wehrlosmachung kann auch der Antimilitarismus sein, wenn es ihm gelingt, die tatsächlich vorhandenen Heere aktionsunfähig zu machen oder wenigstens ihre Aktionsfähigkeit zu lähmen. Hervé fordert, dies ist der Kern seiner Ideen, daß auf diese Lähmung um jeden Preis hingearbeitet werde. Gegen die Realisierbarkeit dieses Planes sind viele mehr oder weniger stichhaltige Einwendungen erhoben worden, darunter wohl die ernste, die aber den Vorschlag einer Kombination von Wehrlosmachung und Revolution nicht trifft: Eine völlige internationale Verwirklichung, eine gänzliche allgemeine Wehrlosmachung könnte nicht erzielt werden – finden sich doch sogar in den fortgeschrittensten Ländern schon bei Streiks fast stets zahlreiche Streikbrecher! –; gerade die zivilisierten Mächte würden verhältnismäßig am stärksten geschwächt und so zur willkommenen Beute niederer Kulturen werden.

Aber die Hervésche Idee ist auch grundsätzlich nur dann annehmbar, wenn das Proletariat unter keinen Umständen und in keinem Falle ein Interesse an der Wehrhaftigkeit des Volkes besitzt. Und darum dreht sich folgerichtig der Hauptstreit, in dem der „realpolitische“ Standpunkt Kautskys, der sich zutreffend mit der äußerlichen und irreführenden Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg nicht begnügt, vor dem verstiegenen, die praktische Lage verkennenden Antipatriotismus der Yonne-Föderation unbedenklich den Vorzug verdient: Bis der wirtschaftliche und soziale Beharrungszustand, den die Sozialdemokratie erstrebt, die Aufhebung des Klassencharakters der Gesellschaft, international verwirklicht ist, gibt es Kriegsmöglichkeiten, denen sich auch die Sozialdemokratie, oder gerade die Sozialdemokratie, nicht verschließen kann. Selbstverständlich sind, wie oben berührt, die regelmäßigen Kriegsursachen im Zeichen des Kapitalismus so geartet, daß das

Proletariat mit ihnen nichts zu schaffen, sie vielmehr aufs schärfste zu bekämpfen hat. Unrichtig ist es freilich zu glauben, daß alle Kriege Aktionen gegen das Proletariat darstellten. Im bonapartistischen Sinn ist das wohl möglich; und ein bißchen Bonapartismus mag wohl auch „allweil dabei-sein“. Aber das Wesentliche der weltpolitischen Kriegsursachen ist in der Regel: Kampf um die Beute, um den Profit zwischen den Kapitalistenklassen der Weltmächte. Natürlich kann es infolge und im Verlaufe solcher Kriege zu Aufständen, zu Revolutionen kommen und jeder der Kriegsmächte die Notwendigkeit aufgezwungen werden, die Waffen gegen das eigene Proletariat zu kehren, und damit auch eine Interessenssolidarität der herrschenden Klassen der kriegsführenden Mächte gegen das Proletariat dieser Mächte zustande kommen: Das wird dann aber meist eine Tendenz zur Beendigung des Krieges auslösen. Und ebenso natürlich ist, daß jeder glückliche Krieg aus kapitalistischen Motiven, ob bezweckt oder nicht, bonapartistische Wirkungen zeitigt, während bei ungünstigen Verlauf der sicheren kulturellen Schädigung allerdings die Chance eines Zusammenbruchs der kapitalistischen Reaktion gegenübersteht. So ist für das Proletariat ein außerordentlich starker Antrieb zur Aktion gegen den Krieg gegeben, und es erscheint nur allzu begreiflich und fast rühmlich, wenn hier oder da in der Bekämpfung des Krieges über das Ziel hinausgeschossen wird. Als Erwecker und Anreger hat auch der Hervéismus eine wertvolle Mission zu erfüllen und auch schon erfüllt.

Wir müssen zunächst je nach der Art des Krieges unterscheiden. „Distinguo!“ gilt. Danach wird sich richten, in welchen Fällen die Wehrlosmachung grundsätzlich angestrebt werden kann. Natürlich ist die Frage der grundsätzlichen Stellung zum Krieg von höchster praktischer Wichtigkeit und keineswegs eine theoretische Spintisiererei. Sie entscheidet sich auch nicht etwa von selbst, wenn ein konkreter Fall vorliegt; im Gegenteil: Gerade ein solcher konkreter Fall bringt mit der Erregtheit der

Situation gar leicht eine Tendenz zur Verwirrung der klaren Einsicht. In Deutschland mahnen die Vorgänge, die sich bei Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges und des Hereroaufstandes innerhalb der Partei abspielten, zur Vorsicht, zur rechtzeitigen prinzipiellen Klärung.

Weiter ist in jedem einzelnen Fall neben der Frage, was grundsätzlich erwünscht, zu prüfen, was praktisch erreichbar ist. Und auch hier ist Hervé von gefährlichen Illusionen durchdrungen. Zum Generalstreik und Militärstreik gegen jeden der Arbeiterklasse schädlichen Krieg ist die Zeit noch nicht reif. Hervé ruft: Energische antimilitaristische und antipatriotische Agitation, und der Berg wird zu Mohammed kommen! Hier schillert er anarchistisch. Wir müssen sagen: Das Proletariat ist in seiner überwiegenden Masse noch nicht klassenbewußt, noch nicht sozialdemokratisch aufgeklärt, geschweige denn in jedem Fall für jene antipatriotische Aktion zu haben, die ebensoviel Opferwilligkeit und kalten Mut wie Besonnenheit im Strudel der leidenschaftlichsten chauvinistischen Brandung heischt. Ein voller Erfolg ist nicht zu erzielen; das Maß des Erfolges, der Wehrlosmachung, wird im direkten Verhältnis zu dem Maße an Schulung und Bildung stehen, deren die Arbeiterklasse jedes Landes teilhaftig ist: Das rückständigste Volk bleibt am wehrhaftesten. Eine Aktion dieser Art wäre so lange eine Prämie auf kulturelle Rückständigkeit, als nicht die Schulung und Kampfbereitschaft der großen Masse des Proletariats in den vom Kriege betroffenen Ländern fast gleichmäßig aufs höchste gesteigert ist. Organisation und allgemeine revolutionäre Aufklärung der Arbeiterschaft sind die Vorbedingungen für einen erfolgreichen General- und Militärstreik im Falle eines Krieges. Die bloße antimilitaristische Propaganda dazu zu verwenden wäre Phantastik.

Hier liegt's in der Tat für den Normalfall so: Wenn das Proletariat erst so weit ist, solche Aktionen durchführen zu können, ist es weit genug, sich die politische Macht zu erobern. Denn ungünstigere Ver-

hältnisse zur Entfaltung der proletarischen Macht, als sie beim Kriegsausbruch normalerweise vorliegen, gibt es nicht.

Und was den Hervéschen Plan anlangt, den Militärstreik mit der Insurrektion, also dem Versuch einer Eroberung der politischen Macht und mit eigener Wehrhaftmachung der Revolution zu verbinden, so wäre er zwar rein logisch nicht jene Prämie auf die kulturelle Rückständigkeit. Er brauchte an sich – soweit das bei einer sozialen Revolution überhaupt möglich ist – nur nach der nationalen Realisierbarkeit zu fragen, nicht, wie der bloße Militär- und Generalstreik, nach der internationalen. Diese nationale Verwirklichungsmöglichkeit steht aber zunächst im direkten Verhältnis zur Entwicklung des Proletariats und dem Grad der politischen, sozialen und ökonomischen Spannung, unter der es lebt. Und dieser Druck wirkt wiederum, je nach seinem Maß und seinem Verhältnis zur wirtschaftlichen und geistig-politischen Entwicklung des Proletariats, fördernd oder hemmend, so daß in Ländern mit mäßigem Druck, trotz hoher proletarischer Entwicklung – zum Beispiel England – nicht mehr zu erzielen sein würde wie in Gebieten mit hohem Druck und niedriger proletarischer Entwicklung – zum Beispiel den ländlichen und den vorwiegend katholischen Industriegebieten Deutschlands. Was für Frankreich, Belgien und die Schweiz praktikabel sein mag, ist es noch längst nicht für Deutschland. Und eine bloße antimilitaristische Propaganda kann das Manko gewiß nicht ersetzen, wenn sie auch zur Erweckung des Klassenbewußtseins vortrefflich geeignet sein mag. Weiter ist aber einzuwenden: Auch Insurrektionen können nicht gemacht werden. Daß jeder Krieg, oder auch nur jeder Krieg, den das Proletariat verdammt, der ihm schädlich ist, ohne weiteres selbst bei energetischster Agitation die Masse des Volkes, selbst des am besten disponierten Volkes, geschweige denn aller kapitalistisch ausgebeuteten Völker, zu dem revolutionären Glutfeuer erhitzten werde, das Voraussetzung einer erfolgreichen Revolte wäre, kann verständige, besonnene Überlegung

nicht annehmen. Der Krieg ist ein Faktum, das nirgends so regelmäßig auftritt wie der Konflikt mit dem innerpolitischen Militarismus, sondern im allgemeinen nur eine den Massen mehr theoretisch zum Bewußtsein kommende Gefahr darstellt. Er ist auch keine reine, für die Massen durchsichtige Klassenkampferscheinung, und seine Abhängigkeit von den Aktionen fremder Staaten erschwert die Orientierung ihn und auch den gegen ihn gerichteten Unternehmungen gegenüber.

Hervé unterschätzt auch hier die eminenten Triebkräfte, deren sich eine solche Antikriegsaktion bedienen müßte, will sie nicht lächerlich und gefährlich zugleich verpuffen gleich einer Bombe, die dem, der sie werfen will, in der Tasche platzt.

Es heißt wiederum: *Distinguo!* Nicht alles über einen Kamm scheren! Gewiß gibt es Kriegsfäule, die die revolutionären Kräfte entfesseln, eine heftige soziale und politische Spannung innerhalb der einzelnen Staaten geradezu schaffen und zur Auslösung bringen: Dazu gehört der praktisch freilich fernliegende Fall einer Intervention in Rußland. Die Einleitung eines solchen Krieges wäre für die westeuropäischen Völker geradezu ein Signal zum Ausbruch des rücksichtslosesten Klassenkampfes, ein Zwang, ein Peitschenhieb zur Erhebung gegen die innere Reaktion, gegen die Knutenanbeter, gegen die schimpflichen Henker eines unglückseligen freiheitsfürstenden Volkes. In der Tat, die Parole Vaillants: *Plutöt l'insurrection que la guerre!* würde dann im Proletariat aller zivilisierten Länder begeisterten Widerhall finden.

Auch andere Fälle, in denen jene opfermutige Solidarität aus dem Boden ge-stampft werden könnte, sind schon heute denkbar; zum Beispiel ein Krieg zwischen Schweden und Norwegen. Das ist aber nicht das Normale der Entwicklung, auf das wir doch unsere Taktik grundsätzlich aufzubauen haben. Möglich, daß in absehbarer Zeit auch ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland eine Situation jener Art schaffen würde. An der Sozialdemokratie beider Länder ist es, den Eintritt

dieses Zeitpunktes durch revolutionäre Aufklärungsarbeit zu fördern. Natürlich kommt auch viel auf die Kriegsursache an; unverkennbar geben zum Beispiel, trotz aller weltpolitischen Stimmungsmache, die heute besonders aktuellen kolonialen Kriegsanlässe meist nur spärlich Wasser auf die Mühle der Kriegsinteressenten.

Wenn wir uns also auch die absolute Wehrlosmachung vorläufig nur für Ausnahmefälle zum Ziele setzen können, so gibt es doch keine grundsätzlichen und keine praktischen Bedenken gegen die relative Wehrlosmachung, die nur die Tauglichkeit des Heeres zum Angriff mindert. Die Abschaffung des stehenden Heeres und sein Ersatz durch die allgemeine Volksbewaffnung, durch die Miliz, und die damit Hand in Hand gehende, von Gaston Moch fachmännisch dargelegte Herabminderung der Heeresausgaben und Abschwächung aller sonstigen militaristischen Schädlichkeiten [2], das sind Forderungen, die sich ganz folgerichtig das klassenbewußte Proletariat allenthalben auf die Fahne geschrieben hat.

Danach hat es seine guten Gründe, wenn sich die Beschlüsse der internationalen Kongresse, die nur das antimilitaristische Minimumprogramm der Mehrzahl der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisationen enthalten, in bezug auf den „Militarismus nach außen“ in Allgemeinheiten bewegen. Nicht minder ist es danach aber auch gerecht fertigt, daß die taktischen Programme der einzelstaatlichen Parteien gegen diese Seite des Militarismus fast allenthalben näherer Spezialisierung entbehren, daß der Kampf gegen ihn sich in der Regel noch in der Arena der allgemeinen Politik abspielt, seinem Ziel durch Beeinflussung der gesamten Gesellschaftsordnung näher zu kommen sucht und nicht so sehr zu einer Spezialisierung der Propaganda treibt. Die Resolution Vaillant des französischen Parteitages von Limoges, die dein Stuttgarter Kongreß vom Jahre 1907 vorgelegt werden soll, ist in ihren Grundzügen gut und brauchbar.

Die Angriffe der Anarchisten, insbe-

sondere Nieuwenhuis', gegen jene Haltung der Sozialdemokratie sind verfehlt. Mag sie eine gewisse Hilflosigkeit verraten, phrasenhaft ist sie nicht; phrasenhaft und phantastisch ist vielmehr die Haltung derer, die durch Ankündigung unrealisierbarer Unternehmungen dem in dieser Allgemeinheit heute noch unlöslichen taktischen Problem zu Leibe zu geben suchen.

2. Taktik gegen den inneren Militarismus

Viel einfacher steht es mit dem weit aussichtsreicherem Kampf gegen den „inneren Militarismus“ dessen selbstverständliches Ziel die Wehrlosmachung, und zwar die unbedingte und gründliche Wehrlosmachung der Staatsgewalt, ist und dessen Methode, in höchster Beweglichkeit sich den innerpolitischen Zuständen der einzelnen Länder anpassend, zwischen der langsam, ruhigen, tiefen Aufklärungsarbeit und dem französischen „Soldats, vous ne tirez pas!“ liegt.

Dieser Kampf und die Notwendigkeit seiner Spezialisierung drängt sich dem Proletariat besonders dort tagtäglich auf, wo die Verwendung von Militär gegenüber streikenden Arbeitern oder politisch demonstrierenden Proletariern an der Tagesordnung ist. Allenthalben in Frankreich, in Belgien, in Italien, in der Schweiz und in Österreich lässt sich genau nachweisen, wie die spezialisierte antimilitaristische Propaganda ihre besondere Form und Aktualität erhält unter dem Eindruck militärischer Eingriffe in den Klassenkampf selbst. Und das gilt in Frankreich trotz des Hervéismus, dessen große Anhängerschaft in der syndikalistischen Bewegung nur zum recht geringen Teil auf das Konto seiner antipatriotischen Richtung und Eigenart zu setzen ist. Auch für Amerika trifft es zu, wie Lee bezeugt. [3] Und wenn in Deutschland gerade die besondere antimilitaristische Propaganda vorläufig auf eine weitgehende Abneigung stößt, so ist das nicht zum wenigsten darauf zurückzuführen, daß hier bisher ein blutiges Einschreiten der militä-

rischen Waffengewalt bei Streiks nahezu vermieden ist. Sollte es aber das unenterrinnbare Schicksal auch fortschrittlicher Volksbewegungen sein, den Brunnen erst zuzudecken, nachdem das Kind hineingefallen ist? Sollte selbst die Sozialdemokratie mit ihrem weitausschauenden zukunfts-frohen und zukunfts klaren Programm allen Kassandrarufen unzugänglich bleiben?

3. Anarchistischer und sozialdemokratischer Antimilitarismus

Das sozialdemokratische Ziel ist die Folgerung aus einer ökonomisch-historischen Auffassung; es findet nur darin seine Rechtfertigung und ist daher von allem Utopismus weit entfernt. Das Ziel des Anarchismus ist ohne geschichtliche Unterlage ideologisch konstruiert: Das kennzeichnet das Verhältnis, den konträren Gegensatz zwischen beiden Bewegungen.

Die sozialdemokratische Auffassung ist geschichtlich-organisch; die anarchistische willkürlich-mechanisch. Freilich betrachtet der Anarchismus die Menschen als Träger der Entwicklung, die er meint, und ihren Willen als Agens und setzt sich daher zur Aufgabe, diesen Willen zu beeinflussen. Und auch die Sozialdemokratie betrachtet die Beeinflussung des Willens der Arbeiterschaft als ihre Aufgabe.

Dennoch bestehen die fundamentalsten Unterschiede.

Für den Anarchismus ist die Beeinflussung des Willens die einzige wesentliche Voraussetzung des Erfolgs; für die Sozialdemokratie kommt sie neben den objektiven wirtschaftlichen Entwicklungsstufen, von denen keine, auch nicht durch den besten Willen der Massen und einer Klasse, übersprungen werden kann, nur sekundär in Betracht.

Die Anarchisten halten jene Beeinflussung bei gehöriger Energie stets für möglich; die Sozialdemokratie hält sie als Massen- und Klassenerscheinung nur für möglich, sofern eine gewisse, durch die ökonomische Lage geschaffene Prädisposition vorhanden ist. Um die Notwendigkeit die-

ser Prädisposition streiten, sich beide Auffassungen, während die Differenzen innerhalb der Sozialdemokratie meist aus dem Zweifel entspringen, ob diese Prädisposition in einem bestimmten Falle besteht. Natürlich ist die Frage, ob die ökonomischen Verhältnisse für eine Aktion reif sind, schwer zu entscheiden und das Maß, in dem der Wille zu beeinflussen ist, insbesondere das Maß an Prädisposition, das dafür nötig ist, im Einzelfall schwierig festzustellen; der persönliche Optimismus oder Pessimismus, das Temperament spielen hierbei eine beträchtliche, nie zu eliminierende Rolle. Daraus ergeben sich die Differenzen innerhalb der Sozialdemokratie, wobei sich diejenigen, die ein größeres Maß von Beeinflussbarkeit annehmen und nur ein geringeres Maß von Prädisposition verlangen, dem Anarchismus nähern: Das sind die Anarchosozialisten. Trotz des konträren – aber nicht kontradiktatorischen – Gegensatzes zwischen Anarchismus und Sozialismus finden wir daher alle möglichen Übergänge zwischen jenen Richtungen wie die Farben in einem Spektrum nebeneinander.

Das Maß der Beeinflussbarkeit hängt außer von dem Maß an Prädisposition ab von der Labilität des seelischen Gleichgewichts, in dem sich das Volk oder die zu beeinflussende Masse befindet. Diese Labilität ist in Zeiten der Erregung ungleich größer als in ruhigen Zeiten: Daher die zuzeiten wie ein Irrlicht verwirrende, manchmal geradezu gefährliche, meist höchst wertvolle Möglichkeit, in Zeiten der Erregung mehr zu erreichen als in Zeiten der Ruhe, aber ein Mehr, das bei Eintritt der Ruhe fast stets wenigstens zum Teil mit dem Übermaß an Energie, das es erobert half, wieder verlorengeht: Die Geschichte der Revolutionen ist dessen eine einzige fortlaufende Bestätigung.

Auch darin zeigt sich der grundsätzliche Unterschied beider Grundauffassungen, daß es der Anarchismus für möglich hält, durch ein kleines entschlossenes Häuflein alles zu vollbringen – natürlich indem er sich den Willen der Massen in Passivität oder Aktivität dienstbar macht.

Gewiß ist auch der Sozialismus der Ansicht, daß eine gut qualifizierte, entschlossene und zielklare Minderheit, die Massen in entscheidenden Augenblicken mit sich fortreibend, einen wichtigen Einfluß ausüben kann. Der Unterschied ist jedoch der: ob man, wie es der Sozialismus tut, einen solchen Einfluß nur in dem Sinne erstrebt und für möglich hält, daß jene Minderheit nur Erwecker und Vollstrecker des Willens der Masse ist, desjenigen Willens, den diese vermöge der besonderen Situation als ihren sozialen Willen zu entfalten reif und fähig ist, oder in dem Sinne, daß ein entschlossenes Häuflein Handstreichler Vollstrecker nur eines eigenen Willens ist und sich der Massen nur als Werkzeug zu diesem seinem Zwecke bedient, wie es der Anarchismus als ein wahrer aufgeklärter Despotismus tut.

Der Anarchismus will alle in der ökonomischen und sozialen Lage wurzelnden Schwierigkeiten auf ungezäumtem Pferde überspringen oder – je nachdem – das Pferd am Schwanze aufräumen. Ihm gilt das Leitmotiv: Am Anfang war die Tat. Natürlich kann in der Entwicklung des Klassenkampfs ein Zeitpunkt kommen, wo die vom Anarchismus vorgeschlagene Aktion möglich und richtig wird. Aber der Fehler des Anarchismus ist nicht die absolute, sondern die relative Unanwendbarkeit der von ihm propagierten Mittel, die relative Unanwendbarkeit, die sich aus der Verkennung des jeweiligen sozialen Kräfteverhältnisses ergibt, eine Verkennung wiederum, die aus dem Mangel an historischer und sozialer Einsicht geboren ist. Und wenn die Vorschläge des Anarchismus in späteren Entwicklungsstadien realisierbar und gebilligt werden, so ist das keine Rechtfertigung, sondern im Gegenteil eine Verurteilung der anarchistischen Taktik, der aber freilich das Verdienst der Anregung oftmals gerechterweise nicht abgesprochen werden darf.

Der anarchistische und anarchistelnde Antimilitarismus sind Geschwister des anarchistischen und anarchistelnden Generalstreiks, eine Zwillingssbrüderschaft, die sich auch schon äußerlich darin dokumentiert.

tiert, daß diese Art Antimilitarismus schematisch in die Spitze des Militärstreiks ausläuft. Um das Wesen dieses Antimilitarismus zu erfassen und seinen Unterschied gegenüber dem sozialdemokratischen Antimilitarismus zu erkennen, muß auseinandergehalten werden: Ursache des Antimilitarismus, Methode der Propaganda für den Antimilitarismus, Endziel und Zweck, die durch den Antimilitarismus erreicht werden sollen, Methode, durch die der Antimilitarismus dieses Endziel, diesen Zweck zu erreichen sucht.

Die Ursache der antimilitaristischen Bewegung ist für Anarchismus wie Sozialdemokratie insofern dieselbe, als beide in dem Militarismus ein besonders mechanisch-gewalttätiges Hemmnis der Verwirklichung ihrer sozialen Pläne erblicken. Im übrigen ist sie für beide so verschieden, wie eben nur die anarchistische und sozialdemokratische Weltanschauung verschieden sind. Es kann hier nicht näher ausgeführt werden, wie wenig der Anarchismus den organisch-kapitalistischen Charakter des Militarismus und die danach auf ihn anzuwendenden wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsgesetze konsequent begreift. Hier liegt die Wurzel für alle übrigen wesentlichen Differenzen zwischen dem sozialistischen und dem anarchistischen Antimilitarismus, die sich kurz dahin zusammenfassen lassen: Der sozialdemokratische Antimilitarismus führt den Kampf gegen den Militarismus als gegen eine Funktion des Kapitalismus, in Erkenntnis und unter Anwendung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsgesetze. Der Anarchismus betrachtet den Militarismus mehr als etwas Selbständiges, willkürlich-zufällig von den herrschenden Lassen Hervorgebrachtes und führt den Kampf gegen ihn, wie überhaupt den Kampf gegen Kapitalismus, von einem phantastisch-ideologischen Standpunkte aus, der die sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsgesetze verkennt und, an der Oberfläche haftend, durch eine in der Luft schwelende Aufreizung der individuellen Entschließung, kurzum, auf individualistischem Wege den Militarismus aus dem

Sattel zu heben sucht. Er ist eben nicht nur – je nach seiner Spielart in verschiedenem Grade – individualistisch in seinem gesellschaftlichen Ziele, sondern auch in seiner historischen, sozialen und politischen Auffassung und in seinen Mitteln.

Das Endziel ist für den anarchistischen wie für den sozialdemokratischen Antimilitarismus, wenn man mit einem Schlagwort begnügt, das gleiche: Beseitigung des Militarismus, und zwar des Militarismus nach außen wie des Militarismus nach innen. Indessen betrachtet die Sozialdemokratie, entsprechend ihrer Auffassung vom Wesen des Militarismus, die völlige Beseitigung des Militarismus allein für unmöglich: Nur mit dem Kapitalismus – der letzten Klassengesellschaftsordnung – zugleich kann der Militarismus fallen. Freilich ist der Kapitalismus nichts Konstantes, sondern ein sich fortgesetzt modifizierendes Ding, das durch zahlreiche ihm immanente Gegentendenzen, vor allem die proletarischen, beträchtlich umgestaltet und geschwächt werden kann. So ist auch die Lebensäußerung des Kapitalismus, die wir Militarismus nennen, an und für sich, wie seine verschiedene Gestaltung in den einzelnen Ländern zeigt, einer Abschwächung nicht unfähig; auch kann sich sein Verhältnis zum Kapitalismus immerhin lockern. [4]

Aber das ist doch nur das gleiche, was bald mehr, bald weniger auch von anderen Lebensäußerungen des Kapitalismus gilt, und e. ändert nichts an dem organisch-kapitalistischen [5] Charakter des Militarismus, nichts daran, daß Zweck der antimilitaristischen Propaganda der Sozialdemokratie nicht die isolierte Bekämpfung und ihr Endziel nicht die isolierte Beseitigung des Militarismus ist während die anarchistisch-antimilitaristische Propaganda aufs deutlichste die isolierte Beseitigung des Militarismus als Endziel ansieht. Freilich soll nicht bestritten werden, daß – aber nur parallel laufend – zumeist auch der Kampf gegen den Kapitalismus (auch diesen aber in dem anorganischen anarchistischen Sinne verstanden) geführt wird und daß auch die Anarchisten in wahrhaftem

theoretischem Zickzackkurs nicht selten Lichtblicke tieferer sozialer Einsicht aufweisen. [6]

In den Methoden des Kampfes kommt die grundsätzlich verschiedene geschichtliche Betrachtungsweise am stärksten zum Durchbruch. Dabei ist zu unterscheiden zwischen der Methode zur Herbeiführung einer antimilitaristischen Bewegung und der Methode der Anwendung einer solchen Bewegung gegenüber dem Militarismus. Was die erstere Methode betrifft, so arbeitet der Anarchismus hier in erster Linie mit ethischem Enthusiasmus, mit dem Sporn der Moral, mit Argumenten der Humanität, der Gerechtigkeit, kurzum mit allerhand Impulsen auf den Willen, die den Klassenkampfcharakter des Antimilitarismus erkennen und ihn zu einem abstrakten Ausfluß eines allgemein gültigen kategorischen Imperativs zu stempeln suchen. Er wendet sich daher folgerichtig vielfach nicht nur an die Mannschaften, sondern auch an die Offiziere. [7] So gleicht die Propaganda des anarchistischen Antimilitarismus in sehr diskreditierender Weise den pathetischen Deklamationen der Tolstoianer und den ohnmächtigen Kriegsbeschwörungen jener Weltfriedensfreunde vom Schlag der Bertha von Suttner.

Die sozialdemokratische antimilitaristische Propaganda hingegen ist Klassenkampfpropaganda und wendet sich daher grundsätzlich und ausschließlich an diejenigen Klassen, die im Klassenkampf notwendig Feinde des Militarismus sind, wenn sie natürlich auch die im Verlaufe der Zersetzung für sie abfallenden bürgerlichen Späne ganz gern sieht. Sie klärt auf, um zu gewinnen, aber sie klärt nicht auf über kategorische Imperative, humanitäre Gesichtspunkte, ethische Postulate von Freiheit und Gerechtigkeit, sondern über den Klassenkampf, die Interessen des Proletariats in dem Klassenkampf, die Rolle des Militarismus im Klassenkampf und die Rolle, die das Proletariat im Klassenkampf spielt und zu spielen hat. Sie folgert die Aufgaben des Proletariats gegenüber dem Militarismus aus den Klassenkampfinteressen des Proletariats. Gewiß, sie verwen-

det auch ethische Argumentationen, das ganze Pathos des kategorischen Imperativs, der primitiven Menschenrechte und die schönen, aber nicht praktizierten Moralgrundsätze des Bürgertums aus der Zeit seiner Morgenröte, ja selbst religiöse, besonders christliche Ideen und Vorstellungen nach Herzenslust. Das spielt indessen hier nur eine sekundäre Rolle. Es dient dazu, die verschlossenen Augen der unaufgeklärten Proletarier leichter zu öffnen, damit das Tageslicht der Klassenerkenntnis in das Gehirn fluten kann, und es dient weiter dazu, den Enthusiasmus zum Handeln anzufeuern.

Die Methode der Anwendung des Antimilitarismus, der Betätigung der antimilitaristischen Gesinnung ist bei dem Anarchismus wiederum eine mehr individualistische und phantastische. Er legt großes Gewicht auf die individuelle Verweigerung des Militärdienstes, die individuelle Weigerung des Waffengebrauchs, auf den individuellen Protest. Die anarchistische Literatur verzeichnet alle derartigen Fälle triumphierend mit großer Sorgfalt und Genauigkeit. Freilich hat sie dabei zweierlei im Auge: die eben erwähnte Aktion gegen den Militarismus und eine Art Propaganda durch die Tat für die antimilitaristische Bewegung. Sie geht davon aus, daß solchheroische Beispiele zur Nachahmung anreizen, Sympathie und Begeisterung für die Bewegung, zu der sich diese „Heroen“ bekennen, erwecken.

Anders der sozialdemokratische Antimilitarismus. Gewiß ist er sich darüber klar, daß derartige individuelle Akte Signale und Symptome für Massenbewegungen sein können und sein werden; aber nur Signale und Symptome; und Signale natürlich nur in Momenten höchster kritischer Spannung, wo nur noch notwendig ist, die ins Pulverfaß gelegte Lunte anzuzünden. Allmähliche organische Zersetzung und Zermürbung des militaristischen Geistes, das ist das Kampfmittel der Sozialdemokratie gegen den Militarismus. Alles andere dient diesem Zweck oder spielt nur in zweiter und dritter Linie mit. Übrigens gewinnt auch im Anarchismus, wie an der

Hand der internationalen antimilitaristischen Assoziation gezeigt ist, eine Strömung, die jenen individuellen Handlungen kritisch gegenübertritt, wachsenden und bestimmenden Einfluß.

Phantastisch ist die Taktik der anarchistischen Antimilitaristen in bezug auf den Militärstreik, den sie gewissermaßen bei gutem Willen und großer Energie aus der blauen Luft glauben hervorzaubern zu können, während die Sozialdemokratie ihn ebenso wie die etwaige Aktivierung der Truppen für die Revolution nur als eine logisch und psychologisch notwendige Konsequenz der Zersetzung des militaristischen Geistes“ betrachtet, welche Zersetzung wiederum sich nur parallel und infolge der Klassenscheidung und Aufklärung vollziehen kann.

Sehr charakteristisch für den anarchistischen Antimilitarismus ist die kleine Broschüre von Domela Nieuwenhuis **Le militarisme**. [8] Für ihn sind zwar nicht die gekrönten Könige die Herren der Welt, aber die Bankiers, die Finanzleute, die Kapitalisten (keineswegs der Kapitalismus als organisch notwendige Gesellschaftsordnung); für ihn sind die Kriege von der freien Entschließung der Bankiers abhängig; für ihn ist die Reaktion die Partei der Autorität, die sich ausbreitet „vom Papste bis zu Karl Marx“. Ohne die Klassenlage der Soldaten zu untersuchen, akzeptiert er ganz allgemein das friderizianische Wort des bösen Gewissens: „Wenn die Soldaten begonnen haben werden zu denken, wird keiner von ihnen bei der Fahne bleiben.“ An Mitteln der antimilitaristischen Propaganda übernimmt er zunächst die von Laveleye in seinem Buch **Des causes actuelles de guerre en Europe et de l'arbitrage** vorgeschlagenen:

Aufhebung aller Beschränkungen des internationalen Verkehrs;
Verbilligung der Fracht-, der Post- und Telegraphentarife;
Einführung eines international einheitlichen Münz-, Maß- und Gewichtssystems und einer international einheitlichen Handelsgesetzgebung;

Rechtliche Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern;
Förderung der Kenntnis der fremden Sprachen und überhaupt der fremden Kulturen;
Schaffung einer größeren Literatur von Schriften und Werken der Kunst, die Friedensliebe und Haß gegen den Krieg sowie dessen Freunde erzeugen;
Förderung alles dessen, was dem repräsentativen System Kraft und Wirksamkeit geben und dazu beitragen kann, der exekutiven Gewalt das Bestimmungsrecht über Krieg und Frieden zu entziehen;
Begünstigung aller derjenigen industriellen Unternehmungen, die die überschüssigen Reichtümer eines Landes verwenden, um die natürlichen Reichtümer der andern Länder zu heben, und zwar so, daß das Kapitel kosmopolitisch und die Interessen der internationalen Kapitalisten solidarisch werden;
(nur diesem Punkt setzt Nieuwenhuis einen Widerspruch entgegen) die Geistlichkeit hat nach Art der Quäker die Seelen mit einem Abscheu gegen den Krieg zu erfüllen.

Zu diesen antimilitaristischen Mitteln fügt Nieuwenhuis noch einige andere hinzu, die er als noch wirksamer betrachtet, nämlich:
Förderung der internationalen Interessen der Arbeiter;
Beseitigung der Könige, Präsidenten, der Oberhäuser, der Parlamente als Gesellschaftsinstitutionen, die dem Frieden feindlich sind;
Beseitigung der Gesandtschaften;
Reform des Geschichtsunterrichts zu einem kulturgeschichtlichen Unterricht;
Beseitigung der stehenden Heere;
Schiedsgerichtliche Entscheidung internationaler Streitigkeiten;
Föderation der verschiedenen europäischen Staaten zu vereinigten Staaten von Europa, nach Art der Vereinigten Staaten von Amerika;
Militärstreik im Falle des Krieges und

Generalstreik;
Passiver Widerstand und individuelle Dienstverweigerung;
Begünstigung der allgemeinen Entwicklung und der Bedingungen für das Wohlbefinden der gesamten Menschheit.

Wobei Nieuwenhuis den charakteristischen Satz fallenläßt: „Wenn die Menschen durch den Krieg etwas zu verlieren haben, haben sie ein Interesse, den Frieden zu bewahren“, gerade als ob das Proletariat jetzt der Friedensstörer wäre.

Auch der vorsichtigste Kritiker wird hier [9] nichts sehen als Tohuwabohu; Tohuwabohu der sozialen und historischen Grundauffassung, Tohuwabohu der Disposition, Tohuwabohu der Detailauffassung. Die Hauptsache ist nicht erwähnt. Das Wichtigste von dein, was erwähnt ist, nämlich das auf gewisse wirtschaftliche Unterlagen des Militarismus Bezugliche, wird so ganz nebenher, fast zufällig berührt. Ganz nebensächliche, sekundäre und tertiäre Punkte erscheinen im Vordergrunde, daneben aber wiederum durchaus utopische, phantastische Mittel. Die Mittel der Propaganda für den Antimilitarismus werden mit der antimilitaristischen Aktion selbst zusammengeworfen. Die Oberflächlichkeit der Grundauffassung, die Neigung, alles auf persönliche Initiative und guten Willen zu stellen, zeigt sich zur Evidenz. Der Schlußsatz des Nieuwenhuischen Büchleins ist aber geradezu eine Offenbarung aus der Tiefe unklarer, anarchistischer Auffassung, er lautet: „Kühnheit, nochmals Kühnheit und immer wieder Kühnheit, das ist's, was not tut, damit uns der Triumph zufällt.“

Fußnoten

1. Vgl. dazu die Enquête in **La Vie Socialiste**, 1, Nr.15-18; **Mouvement Socialiste** 1905 und **Vorwärts** vom 17. September 1905; ferner die Protokolle der internationalen Kongresse.

2. Vgl. Moch, **Die Armee der Demokratie**; weiter Bebel, **Nicht stehendes Heer**,

sondern **Volkswehr**, S.44ff. und dort zitiert Berner **Der männermordende völkerverderbende Militarismus in Österreich**, S.52ff.; **Handbuch für sozialdemokratische Wähler**, Berlin 1903, S.20ff.

3. Vgl. **La Vie Socialiste**, Nr.18, S.80.

4. Siehe dazu Kapitel 2-5.

5. Richtiger: organisch dem Wesen der Klassengesellschaftsordnungen entspringenden.

6. Vgl. z.B. Nieuwenhuis in **Ontwaking**, August 1901, S.196ff.

7. Daß in Rußland die Offiziere auch vom Standpunkt des Klassenkampfes dem Antimilitarismus zugänglich sind, ist bereits ausgeführt.

8. *Publications des Temps Nouveaux*, Paris 1901, Nr.17.

9. Viel klarer und tiefer ist, was Nieuwenhuis in **Ontwaking**, S.196 ff. in seiner Kritik des vom Kongreß der A.I.A. erlassenen Manifestes sagt.

Leo Trotzki: Der Verteidigungskrieg

„Es gilt diese Gefahr (des russischen Despotismus) abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich ... Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die Kriegskredite.“ So lautete die von Haase verlesene Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion in der Sitzung des deutschen Reichstages vom 4. August.

Hier wird ausschließlich vom Schutz des Vaterlandes gesprochen und nicht mit einem Worte an die „befreende“ Aufgabe dieses Krieges in Bezug auf die Völker Russlands erinnert, die später in allen Tonarten von der sozialdemokratischen Presse gesungen wurde, wobei diese Presse, deren Logik mit ihrem Patriotismus nicht Schritt hielt, sich krampfhaft bemühte, den Krieg gleichzeitig als einen reinen Verteidigungskrieg, der die Sicherung deutschen Eigentums zur Aufgabe habe, und als einen revolutionär-offensiven auf die Befreiung Russlands und Europas vom Zarismus gerichteten, darzustellen.

Wir haben oben klar genug gezeigt, warum die Völker Russlands alle Ursache haben, die Hilfe dankend abzulehnen, die man ihnen auf der Spitze hohenzollernscher Bajonette darbietet. Doch wie steht es um den „Verteidigungscharakter“ des Krieges?

Vor allem überrascht in der Erklärung der deutschen Sozialdemokratie nicht nur das, wovon sie spricht, sondern noch mehr das, worüber sie sich in Schweigen hüllt. Nachdem Bethmann Hollweg im Reichstage den schon durchgeführten Neutralitätsbruch gegen Belgien und Luxemburg zum Zwecke des Angriffs auf Frankreich verkündet, hat Haase nicht ein Wörtchen, nicht einen Laut über diese Tatsache fallen lassen. Dieses Schweigen ist so ungeheuerlich, dass man versucht ist, die Erklärung ein zweites und. drittes Mal zu lesen, doch

vergebens – die Erklärung ist so abgefasst, als ob auf der politischen Karte der deutschen Sozialdemokratie es überhaupt nie ein Belgien, Frankreich und England gegeben hätte.

Aber Tatsachen verschwinden nicht darum, weil politische Parteien vor ihnen die Augen verschließen. Und jedes Mitglied der Internationale hat das Recht, an die Adresse des Genossen Haase die Frage zu richten: „Welcher Teil von den durch die sozialdemokratische Fraktion bewilligten fünf Milliarden war eigentlich für die Zerstörung Belgiens bestimmt?“ Es ist sehr möglich, dass zum Schutze des deutschen Vaterlandes vor dem russischen Despotismus es unumgänglich war, nebenbei das belgische Vaterland zu erdrücken. Aber warum hat die sozialdemokratische Fraktion davon geschwiegen?

Der Grund ist klar: die englische liberale Regierung, bestrebt, den Krieg in den Massen populär zu machen, berief sich nur auf die Notwendigkeit, die Unabhängigkeit Belgiens und die Integrität Frankreichs zu schützen, sie verschwieg aber ganz ihr Bündnis mit dem zarischen Russland. Auf ähnliche Weise und aus denselben Motiven spricht die deutsche Sozialdemokratie zu den Massen nur vom Krieg gegen den Zarismus, Belgien, Frankreich und England nicht einmal dem Namen nach erwähnend. Diese Tatsache ist selbstredend nicht gerade schmeichelhaft für die internationale Reputation des Zarismus. Es ist jedoch sehr betrübend, dass die deutsche Sozialdemokratie dem Ruf zum Kampfe gegen den Zarismus ihren eigenen Ruf opfert. Lassalle sagte, dass jede große politische Aktion mit dem „Aussprechen, was ist“ beginnt. Warum beginnt denn die Verteidigung des Vaterlandes mit einem verschämten Verschweigen dessen, was ist? Ist es vielleicht darum, weil sie sich nicht als eine „große politische Aktion“ erweist?

Jedenfalls ist die Verteidigung des Vaterlandes ein sehr weiter und dehnbarer Begriff. Die Weltkatastrophe begann mit dem Ultimatum Österreichs an Serbien. Österreich war hierin natürlich ausschließlich von den Bedürfnissen geleitet, seine

Grenzen gegen den unruhigen Nachbar zu verteidigen. Österreichs Rückenhalter war Deutschland. Seine Anstiftung entsprang, wie wir schon wissen, wiederum dem Bedürfnis der Staatssicherheit: „Es wäre unsinnig zu glauben,“ schreibt darüber Ludwig Quessel, „man könne aus diesem vielgestaltigen Bau (Europa) eine Mauer herausreißen, ohne die Sicherheit des ganzen Gebäudes zu gefährden.“

Deutschland eröffnete seinen „Verteidigungskrieg“ mit dem Angriff auf Belgien, wobei die Verletzung der belgischen Neutralität nur als ein Mittel gelten sollte, nach Frankreich auf der Linie des schwächsten Widerstandes einzubrechen. Die militärische Niederwerfung Frankreichs sollte wiederum nur als eine strategische Episode der Vaterlandsverteidigung erscheinen.

Einigen deutschen Patrioten schien diese Konstruktion aus guten Gründen nicht ganz einleuchtend. Sie mutmaßten eine andere, weitaus zutreffendere Sachlage: Russland, das in eine neue Ära der Kriegsrüstungen eingetreten, wird in zwei, drei Jahren für Deutschland weitaus gefährlicher sein, als es jetzt ist; Frankreich wird währenddessen seine dreijährige Konterreform ganz durchgeführt haben. Ist es denn nicht klar, wie eben ein gut verstandenes Selbstverteidigungsinteresse forderte, dass Deutschland nicht den Überfall der Feinde abwarte, sondern ihnen um zwei Jahre zuvorkomme und baldigst die Offensive ergreife? Und ist es denn nicht klar, dass ein solcher Angriffskrieg, bewusst von Deutschland und Österreich hervorgerufen, sich in Wirklichkeit als ein Präventiv-Verteidigungskrieg erweist? Übrigens erschienen diese beiden Auffassungen nicht selten zu einer einzigen verbunden. Zugegeben, dass unter ihnen einiger Widerspruch vorhanden ist: eine von ihnen legt dar, dass Deutschland jetzt keinen Krieg wollte, sondern, dass er ihm vom Dreiverband aufgezwungen wurde, aus der zweiten geht hervor, dass gerade dem Dreiverband der Krieg jetzt unvorteilhaft war, und dass eben darum Deutschland die Initiative zum Zusammenstoß ergriffen hat – doch

dieser Widerspruch wird schmerzlos in dem rettenden Begriff eines Verteidigungskrieges versöhnt.

Doch die übrigen Beteiligten machen Deutschland den Vorteil einer Verteidigungsstellung mit Erfolg streitig. Frankreich konnte aus Gründen der Selbstverteidigung nicht die Niederwerfung Russlands zulassen. England motiviert seine Einmischung damit, dass eine Stärkung Deutschlands am Ausgang des Kanals eine unmittelbare Gefahr für die großbritannischen Inseln bedeutet hätte. Endlich spricht auch Russland ausschließlich von einer Selbstverteidigung. Wohl wahr, dass niemand russisches Territorium bedrohte. Doch nationalen Besitz – merken wir uns das – bildet nicht nur das Territorium, sondern auch andere unwägbare Faktoren, darunter auch der Einfluss auf schwächere Staaten. Serbien „gehört“ in die Sphäre des russischen Einflusses und dient der Erhaltung des sogenannten Gleichgewichts auf den Balkan – nicht nur des Gleichgewichts zwischen den Balkanmächten, sondern auch zwischen dem österreichischen und russischen Einfluss. Ein siegreicher Angriff Österreichs gegen Serbien drohte dieses Gleichgewicht zu Gunsten Österreichs zu stören und bedeutete folglich einen indirekten Angriff gegen Russland. Sein stärkstes Argument schöpft Sasonow unzweifelhaft in Quessels Worten: „Es wäre unsinnig zu glauben, man könne aus diesem vielgestaltigen Bau eine Mauer herausreißen, ohne die Sicherheit des ganzen Gebäudes zu gefährden.“ Es ist überflüssig hinzuzufügen, dass Serbien und Montenegro, Belgien und Luxemburg auch irgendwelche Beweise für den Verteidigungscharakter ihrer Politik beibringen können. Auf diese Weise waren alle in der Verteidigung, keiner der Angreifer. Welchen Sinn hat aber dann die Entgegenstellung des Verteidigungs- und Angriffskrieges? Die Kriterien, welche man in solchen Fällen anwendet, sind sehr verschieden und nicht selten durchaus inkommensurabel.

Eine grundlegende Bedeutung hat für uns Marxisten die Frage nach der *geschichtlichen* Rolle des Krieges: ist er ge-

eignet, die Entwicklung der Produktionskräfte, der Staatsformen, die Beschleunigung der Konzentration der proletarischen Kräfte wirksam zu fördern oder umgekehrt sie zu hemmen. Diese materialistische Wertung der Kriege steht über allen formellen Momenten und hat ihrem Wesen nach keine Beziehung zur Frage von Verteidigung oder Angriff. Doch manchmal wird durch diese formellen Ausdrücke mit größerer oder kleinerer Berechtigung die historische Wertung des Krieges bezeichnet. Wenn Engels sagte, dass die Deutschen im Jahre 1870 sich in der Verteidigung befanden, so hatte er am allerwenigsten die unmittelbaren politischen und diplomatischen Umstände im Auge: maßgebend ist für ihn die Tatsache, dass die Deutschen in diesem Kriege ihr Recht auf nationale Einigung verfochten, die ihrerseits die notwendige Bedingung für die ökonomische Entwicklung des Landes und die sozialistische Sammlung des Proletariats bildete. In diesem Sinn führten die christlichen Balkanvölker einen Verteidigungskrieg gegen die Türken, ihr Recht auf selbständige nationale Entwicklung gegen die fremde Herrschaft verfechtend.

Unabhängig von der *historisch-materialistischen* Einschätzung des Krieges ist die Frage nach seinen unmittelbaren weltpolitischen Voraussetzungen. Der Krieg der Deutschen mit der bonapartischen Monarchie war historisch unvermeidlich, in diesem war das Recht der Entwicklung auf deutscher Seite. Doch diese historischen Tendenzen haben an und für sich nicht die Frage vorausbestimmt, welcher Teil interessiert war, den Krieg eben im Jahre 1870 hervorzurufen. Jetzt wissen wir es sehr gut, dass weltpolitische und militärische Erwägungen Bismarck bewogen haben, die tatsächliche Initiative zum Kriege auf sich zu nehmen. Es könnte aber auch anders sein: bei größerer Voraussicht und Energie hätte die Regierung Napoleon III. Bismarck zuvorkommen und den Krieg einige Jahre eher beginnen können. Das hätte die unmittelbar politische Physiognomie der Ereignisse radikal geändert, hätte aber geschichtlich die Einschät-

zung des Krieges unberührt gelassen.

An dritter Stelle folgen die Umstände diplomatischen Charakters. Die Aufgabe der Diplomatie ist in dieser Hinsicht eine doppelte: erstens muss sie den Krieg hervorrufen in dem Moment, welcher nach internationalen und militärischen Erwägungen der bequemste für ihr Land ist; zweitens muss sie zu diesem Ziele durch Mittel gelangen, welche die Last der Verantwortung für den blutigen Konflikt in den Augen der öffentlichen Meinung auf die feindliche Regierung wälzen. Die Aufdeckung der diplomatischen Schelmenstücke und Spitzbübereien ist eine sehr wichtige agitationspolitische Aufgabe für die Sozialdemokratie. Doch ganz unabhängig davon, in welchem Maße dies uns im Brennpunkt der Ereignisse gelingt, ist es klar, dass das Netz diplomatischer Intrigen an und für sich noch gar nichts sagt, weder über die historische Rolle des Krieges, noch über seine wirklichen Initiatoren. Durch künstliche Manöver hat Bismarck Napoleon III. gezwungen, Preußen den Krieg zu erklären, während die tatsächliche Initiative des Krieges auf deutscher Seite lag.

Weiter folgen rein militärische Kriterien. Der strategische Operationsplan kann vorwiegend auf Angriff oder Verteidigung berechnet sein, unabhängig davon, welche Seite den Krieg erklärte und unter welchen Bedingungen. Endlich spielen die ersten taktischen Schritte zur Verwirklichung des strategischen Planes nicht selten eine große Rolle für die Beurteilung des Krieges als eines Angriffs- oder Verteidigungskrieges. „Es ist gut“, schrieb Engels an Marx am 31. Juli 1870, „dass die Franzosen zuerst auf deutschem Gebiet angegriffen haben. Wenn die Deutschen einer abgeschlagenen Invasion auf dem Fuß folgten, so macht das in Frankreich sicher nicht denselben Effekt, als wenn sie ohne vorherige Invasion nach Frankreich einmarschieren. Der Krieg bleibt auf französischer Seite dadurch mehr bonapartisch.“

So erkennen wir an dem klassischen Beispiel des deutsch-französischen Krieges von 1870, dass das Kriterium des Angriffs-

und Verteidigungskrieges bei der Abschätzung des Zusammenstoßes zweier, und erst recht mehrerer Völker durchaus widerspruchsvoll ist. Wenn man den Knäuel vom Ende aus zurückrollt, bekommt man die folgende Verbindung der Angriffs- und Verteidigungsmomente. Der erste *taktische* Schritt der Franzosen sollte – wenigstens nach Engels Meinung – im Bewusstsein des Volkes die Verantwortlichkeit für den Überfall auf die Franzosen wälzen. Der gesamte *strategische* Plan der Deutschen hatte jedoch einen durchaus offensiven Charakter. Die *diplomatischen* Schritte Bismarcks zwangen Bonaparte gegen seinen Willen, den Krieg zu erklären und in dieser Weise in der Rolle des Störers des europäischen Friedens aufzutreten, während doch die militärisch-politische Initiative zum Kriege ganz der preußischen Regierung gehörte. Diese Umstände sind keineswegs gleichgültig für die *historische* Einschätzung des Krieges, doch sind sie durchaus nicht erschöpfend. Zur Ursache dieses Krieges gehörte das progressive Streben der Deutschen nach nationaler Selbstbestimmung, das mit den dynastischen Anmaßungen der französischen Monarchie zusammenstieß. Dieser nationale „Verteidigungs“-Krieg führte jedoch zur Annexion Elsass-Lothringens und wurde sonach in seinem zweiten Stadium zu einem dynastisch-erobernden. In ihrer Beziehung zum Kriege von 1870 gingen Marx und Engels, wie ihr Briefwechsel beweist, vorwiegend von allgemein historischen Betrachtungen aus. Ihnen ist es natürlich keinesfalls gleichgültig, wer den Krieg führt und wie er geführt wird: „Wer hätte es für möglich halten sollen,“ schreibt Marx mit Bitterkeit, „dass 22 Jahre nach 1848 ein Nationalkrieg in Deutschland solchen theoretischen Ausdruck besitzen würde!“ Doch eine ausschlaggebende Bedeutung hatten bei Marx und Engels die objektiven Folgen des Krieges! „Siegen die Preußen, so ist die Zentralisation der state power (Staatsgewalt) – nützlich der Zentralisation der deutschen Arbeiterklasse.“ Liebknecht und Bebel, von derselben historischen Bewertung des Krieges aus-

gehend, waren aber unmittelbar gezwungen eine politische Position ihm gegenüber einzunehmen. Es geschah durchaus nicht im Widerspruch mit den Anschauungen von Marx und Engels, im Gegenteil mit ihrem vollen Einverständnis, wenn Liebknecht und Bebel im Reichstage jede Verantwortung für diesen Krieg ablehnten. Die von ihnen eingebrachte Erklärung lautete: „Die zur Führung des Krieges dem Reichstag abverlangten Geldmittel kennen wir nicht bewilligen, weil dies ein Vertrauensvotum für die preußische Regierung wäre ... Als prinzipielle Gegner jedes dynastischen Krieges, als Sozialrepublikaner und Mitglieder der internationalen Arbeiterassoziation, die ohne Unterschied der Nationalität alle Unterdrücker bekämpft, alle Unterdrückten zu einem großen Bruderbund zu vereinigen sucht, können wir uns weder direkt noch indirekt für den gegenwärtigen Krieg erklären.“ ...

Schweizer hat anders gehandelt. Die historische Einschätzung des Krieges hat er zur unmittelbar leitenden Linie der Taktik gemacht – eine der allergefährlichsten Täuschungen! – und zusammen mit den Krediten auch das Vertrauen zur Bismarckschen Politik, votiert, während es eben darum, damit die dem Kriege entsprungene Zentralisation der Staatsgewalt zum Nutzen der sozialdemokratischen Sache ausfalle, nötig war, die Arbeiterschaft vom Anfang an der junkerlich-dynastischen Zentralisation ihre eigene, mit revolutionärem Misstrauen gegen die Herrschenden erfüllte Klassenzentralisation entgegenstellte. Durch seine politische Haltung hat Schweizer gerade diese Folgen des Krieges, die ihn zum Vertrauensvotum für dessen subjektiven Macher veranlassen, beeinträchtigt.

Vier Jahrzehnte später, das Fazit seiner Lebenstätigkeit ziehend, schrieb Bebel: „Die Haltung, die Liebknecht und ich bei Ausbruch und während der Dauer jenes Krieges in und außerhalb des Reichstages einnahmen, ist jahrzehntelang Gegenstand der Erörterung und heftiger Angriffe gewesen. Anfangs auch in der Partei; aber nur kurze Zeit, dann gab man uns recht.

Ich bekenne, dass ich unsere damalige Haltung in keiner Weise bedaure und dass, wenn wir bei Ausbruch des Krieges bereits gewusst hätten, was wir im Laufe der nächsten Jahre auf Grund amtlicher und außeramtlicher Veröffentlichungen kennengelernten, unsere Haltung vom ersten Augenblick an eine noch schroffere gewesen sein würde. Wir hätten uns nicht, wie es geschah, bei der ersten Geldforderung für den Krieg der Abstimmung enthalten, wir hätten direkt gegen dieselbe stimmen müssen.“ (**Aus meinem Leben**, II. Teil, 1911, S.167)

Wenn wir die Erklärung Liebknecht-Bebel aus dem Jahre 1870 mit der von Haase verkündeten Erklärung im Jahre 1914 vergleichen, so gelangen wir zu dem Schluss, dass Bebel irrte, als er sagte: „Dann gab man uns recht!“ Denn die Abstimmung vom 4. August war vor allem eine Verurteilung von Bebels Politik vor 44 Jahren, da man nach Haases Terminologie sagen müsste, dass Bebel damals das Vaterland in der Stunde der Gefahr im Stiche gelassen habe.

Welche politischen Ursachen und Erwägungen veranlassten die Partei des deutschen Proletariats, ihrer glänzendsten Tradition zu entsagen? Darüber haben wir bisher kein einziges gewichtiges Wort gehört. Alle Argumente, die angeführt wurden, sind voller Widersprüche und ähneln diplomatischen Communiques, die man verfasst, um eine bereits geschehene Tat zu rechtfertigen. Der Leitartikler der **Neuen Zeit** schreibt, – unter dem Segen des Genossen Kautsky – dass die Stellung Deutschlands zum Zarismus dieselbe sei, wie im Jahre 1870 zum Bonapartismus! „Die ganze Masse des deutschen Volkes aller Klassen,“ – ein solches Zitat aus einem Briefe Engels bringt der Leitartikler – „hat eingesehen, dass es sich eben um die nationale Existenz in erster Linie handelt und ist darum sofort eingesprungen.“ Aus demselben Grunde sei jetzt die deutsche Sozialdemokratie eingesprungen, es handle sich um die nationale Existenz. „Das von Engels Gesagte gilt ebenso, wenn man Zarismus an die Stelle von Bonapartismus

setzt.“ Doch bleibt immerhin die Tatsache in ihrer vollen Geltung, dass Liebknecht und Bebel 1870 der Regierung demonstrativ den finanziellen und politischen Kredit verweigerten. Gilt es nicht ebenso „wenn man den Zarismus an die Stelle des Bonapartismus setzt?“ Auf diese Frage haben wir keine Antwort.

Doch was sagte eigentlich Engels in seinem Briefe in Bezug auf die Taktik der Arbeiterpartei? „Dass eine deutsche politische Partei unter diesen Umständen die *totale Obstruktion* predigen und allerhand Nebenrücksichten über die Hauptrücksichten setzen könnte, scheint mir unmöglich.“ Die *totale Obstruktion!* – aber zwischen einer totalen Obstruktion und einer totalen Kapitulation einer politischen Partei ist noch ein weiter Raum, und eben über diesen Raum verteilten sich 1870 die beiden Positionen Bebel und Schweizer. Marx und Engels waren mit Bebel gegen Schweizer – Genosse Kautsky hätte das seinem Leitartikler, Hermann Wendel, bedeuten können. Und wenn jetzt der *Simplizissimus* die Schatten Bebels und Bismarcks in den himmlischen Sphären versöhnt, so ist das nichts anderes als eine Verunglimpfung der Toten. Wenn der *Simplizissimus* und Wendel das Recht haben, zur Bekräftigung der jetzigen Taktik der deutschen Sozialdemokratie jemand aus seiner Grabsruhe zu wecken, so nicht Bebel, sondern Schweizer. Sein Schatten ist es, der gegenwärtig auf der politischen Partei des deutschen Proletariats lastet.

Doch selbst die Analogie zwischen dem Kriege von 1870 und dem jetzigen erscheint im höchsten Grade oberflächlich und falsch. Setzen wir alle internationalen Zusammenhänge bei Seite. Vergessen wir, dass der Krieg zuallererst die Zerstörung Belgiens bedeutete; dass die Hauptmacht Deutschlands sich nicht gegen den Zarismus, sondern auf das republikanische Frankreich stürzte; vergessen wir, dass der Ausgangspunkt des Krieges das Streben war, Serbien zu erdrücken, und dass eines seiner Ziele in der Befestigung des erzreaktionären Staatsgebildes, Österreich-

Ungarn, bestand. Wir wollen nicht darauf abstellen, dass der russischen Revolution, die so stürmisch in den letzten Jahren wieder auflebte, durch die Haltung der deutschen Sozialdemokratie ein harter Schlag versetzt wurde. Wir wollen vor allen diesen Tatsachen die Augen verschließen, wie es die deutsche Sozialdemokratie am 4. August tat, für die auf der Welt kein Belgien, kein Frankreich, kein England, kein Serbien noch Österreich-Ungarn existiert. Wir wollen nur Deutschland gelten lassen.

Im Jahre 1870 war die historische Einschätzung des Krieges klar: „Siegen die Preußen, so ist die Zentralisation der Staatsgewalt nützlich der Zentralisation der deutschen Arbeiterklasse.“ Und jetzt? Welche Bedingungen werden sich für die deutsche Arbeiterklasse ergeben, wenn die Preußen jetzt siegen?

Die einzige Gebietserweiterung, welche die deutsche Arbeiterklasse begrüßen könnte, da sie eine Ergänzung der nationalen Einheitlichkeit wäre, ist die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit Deutschland – der Sieg Deutschlands bewirkt die Erhaltung und Befestigung Österreich-Ungarns! Jede andere Vergrößerung des deutschen Vaterlandes aber bedeutet einen neuen Schritt zur Umwandlung Deutschlands aus einem Nationalstaat zu einem Nationalitätenstaat, mit allen daraus entspringenden Erschwerungen für den Klassenkampf des Proletariats.

Ludwig Frank hoffte – und diese Hoffnung gab er in der Sprache eines verspäteten Lassalleans zum Ausdruck – sich später nach einem siegreichen Krieg mit dem „inneren Ausbau“ des Staates zu befassen. Dass Deutschland nach einem Sieg dieses „inneren Ausbaues“ nicht weniger als vor dem Kriege bedürfen wird, braucht nicht bezweifelt zu werden. Aber wird ein Sieg diese Arbeit erleichtern? Die historischen Erfahrungen Deutschlands, wie auch anderer Länder berechtigen zu solchen Hoffnungen durchaus nicht. „Wir sahen das Tun und Treiben der Machthaber (nach den Siegen des Jahres 1870)“, erzählt Bebel in seinen Memoiren, „als selbstverständlich an. Es war eben eine

Illusion des Parteiausschusses, dass er an eine freiheitliche Gestaltung in der neuen Ordnung glaubte, die derselbe Macht gewähren sollte, der sich bis dahin als der größte Feind jeder freiheitlichen, ich sage nicht einmal demokratischen, Entwicklung gezeigt hatte, und der jetzt als Sieger dem neuen Reich den Kürassierstiefel in den Nacken setzte.“ (Bd.II, S.188) Es ist gar kein Anlass, in der Gegenwart andere Folgen eines Sieges von oben herab zu erwarten. Noch mehr. In den siebziger Jahren musste das preußische Junkertum vorerst sich der neuen Reichsverfassung anpassen; es konnte sich nicht sogleich ganz sattelfest fühlen; das Sozialistengesetz kam erst 8 Jahre nach den Siegen. In diesen 44 Jahren ist das preußische Junkertum zum Reichsjunkertum geworden, und wenn es nach einem halben Jahrhundert des angespanntesten Klassenkampfes an der Spitze der siegreichen Nation erscheint, braucht man nicht zu zweifeln, dass es nicht ein Bedürfnis nach den Diensten Ludwig Franks für den innern Ausbau des Staates empfunden hätte, wenn er unversehrt aus den Feldern deutscher Siege zurückgekehrt wäre.

Doch weit wichtiger als die Stärkung der Klassenpositionen der Herrschenden ist der Einfluss, welchen der Sieg Deutschlands auf das Proletariat selbst ausüben wird. Der Krieg ist aus imperialistischen Gegensätzen zwischen den kapitalistischen Staaten herausgewachsen, und der Sieg Deutschlands kann nur, wie oben angedeutet, ein Resultat zeitigen: territoriale Errungenschaften auf Kosten Belgiens, Frankreichs und Russlands, den Feinden aufgezwungene Handelsverträge, neue Kolonien. Der Klassenkampf des Proletariats wäre damit auf die Grundlage der imperialistischen Hegemonie Deutschlands gestellt, die Arbeiterklasse wäre an der Erhaltung und Entwicklung dieser Hegemonie interessiert, und der revolutionäre Sozialismus wäre für lange Zeit zur Rolle einer propagandistischen Sekte verurteilt.

Wenn im Jahre 1870 Marx richtig eine schnelle Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung unter dem Banner des wis-

senschaftlichen Sozialismus, als Resultat der deutschen Siege, vorausschaute, so diktieren die internationalen Bedingungen jetzt eine grade entgegengesetzte Prognose: der Sieg Deutschlands wird die Abstumpfung der revolutionären Bewegung bedeuten, ihre theoretische Verflachung und das Ersterben der marxistischen Ideen.

* * *

Doch die deutsche Sozialdemokratie, wird man uns sagen, strebt gar nicht nach dem Siege. Darauf wird man vor allem antworten müssen, dass das nicht wahr ist. Was die deutsche Sozialdemokratie will, sagt uns ihre Presse. Mit zwei, drei Ausnahmen bezeichnet sie Tag für Tag dem deutschen Arbeiter einen Sieg der deutschen Waffen als *seinen* Sieg. Die Einnahme von Maubeuge, der Untergang dreier englischer Kriegsschiffe, oder der Fall Antwerpens, rufen in ihr dieselben Gefühle wach, wie sonst die Eroberung neuer Wahlkreise oder Siege bei Lohnkämpfen. Man darf die Tatsache nicht aus dem Auge lassen, dass die deutsche Arbeiterpresse, die Parteipresse wie die gewerkschaftliche, jetzt einen mächtigen Apparat darstellt, der die Erziehung des Willens zum Klassenkampf durch die Erziehung des Willens zu militärischen Siegen ersetzt. Wir haben hier nicht die widrigen chauvinistischen Exzesse einzelner Organe im Auge, sondern die Grundstimmung der erdrückenden Mehrheit der sozialdemokratischen Blätter. Als Signal zu einer solchen Handlung erschien die Abstimmung der Fraktion von 4. August.

Aber die Fraktion hatte ja gar nicht einen Sieg Deutschlands im Auge. Sie machte zu ihrer Aufgabe nur die Abwehr der äußeren Gefahr, die Verteidigung des Vaterlandes. Nicht mehr.

Hier kommen wir wieder zurück zu der Gegenüberstellung der Verteidigungs- und Angriffskriege. Die deutsche Presse und damit auch die sozialdemokratische hört nicht auf zu wiederholen, dass eben Deutschland sich in diesem Kriege in Verteidigungsstellung befindet. Oben haben wir die Kriterien festgestellt, welche man zur Unterscheidung eines Angriffs- von

einen Verteidigungskrieg anwendet. Diese Kriterien sind mannigfaltig und widersprüchsvoll. Doch im gegebenen Falle bezeugen sie alle einstimmig, dass man die militärischen Taten Deutschlands keinesfalls in den Begriff des Verteidigungskrieges zwängen kann, was übrigens für die Taktik der Sozialdemokratie absolut keine Bedeutung hat.

Vom *historischen* Gesichtspunkt erscheint der junge deutsche Imperialismus, wie wir bereits wissen, als ein durchaus aggressiv-draufgängerischer. Gejagt von der fieberhaften Entwicklung der nationalen Industrie, stört der deutsche Imperialismus die alten Kräfteverhältnisse zwischen den Staaten und spielt die erste Geige in der Rüstungshetze.

Vom *weltpolitischen* Gesichtspunkte erschien der gegenwärtige Augenblick eben für Deutschland am meisten geeignet, seinen Nebenbuhlern einen vernichtenden Schlag zu versetzen, – was freilich nicht um ein Jota die Schuld der Feinde Deutschlands verringert.

Das *diplomatische* Bild der Ereignisse lässt keinen Zweifel über die leitende Rolle Deutschlands in der österreichischen Provokation; dass die zarische Diplomatie dabei gewohnheitsmäßig noch niederträchtiger erscheint, ändert nichts an der Sache. *Strategisch* ist der gesamte deutsche Kriegsplan auf eine ungestüme Offensive aufgebaut.

Endlich erweist sich als der erste *taktische* Schritt der deutschen Armee die Durchbrechung der belgischen Neutralität.

Wenn das alles Verteidigung ist, was heißt dann Angriff? Doch nehmen wir an, dass das diplomatische Bild der Ereignisse verschiedene andere Auslegungen zuließe – obwohl schon die ersten zwei Seiten des *Weißbuchs* eine ganz klare Sprache führen – hat denn die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse gar keine anderen Kriterien zur Festlegung ihrer Politik, außer jenen Dokumenten, welche ihr eine Regierung zeigt, die das größte Interesse hat, sie zu betrügen?

„Bismarck hat,“ so erzählt Bebel, „alle Welt düpiert und den Glauben zu erwecken

verstanden, dass Napoleon den Krieg provozierte und er, der friedliche Bismarck, sich mit seiner Politik in der Rolle des Angriffenen befand.“

„Die Vorgänge bis zur Kriegsführung waren so irreführend, dass man ganz die Tatsache übersah, dass Frankreich, das den Krieg erklärte, mit seiner Armee auf keinen Krieg vorbereitet war, wohingegen Deutschland, das als der zum Kriege provozierte Teil erschien, die Kriegsvorbereitung bis auf den letzten Lafettennagel fertig war und die Mobilmachung wie am Schnürchen sich vollzog.“ (**Aus meinem Leben**, Band III, S. 167 und 168.)

Von der Sozialdemokratie konnte man, scheint es, mehr kritische Vorsicht verlangen, nach einem solchen geschichtlichen Präzedenzfall!

Richtig ist, dass Bebel nicht nur einmal wiederholte, dass im Falle eines Angriffs auf Deutschland, die Sozialdemokratie ihr Vaterland verteidigen wird. Auf dem Parteitag in Essen hat ihm Kautsky erwidert: „Meiner Ansicht nach können wir uns nicht darauf festlegen, jedes Mal, wenn wir überzeugt sind, dass ein Angriffskrieg droht, die Kriegsbegeisterung der Regierung zu teilen. Bebel meint allerdings, wir seien heute schon viel weiter als 1870; wir könnten heute schon in jedem Falle genau unterscheiden, ob ein wirklicher oder ein vermeintlicher Angriffskrieg vorliegt. Ich möchte diese Verantwortung nicht auf mich nehmen. Ich möchte nicht die Garantie übernehmen, dass wir in jedem Falle schon eine solche Unterscheidung genau treffen können, dass wir stets wissen werden, ob eine Regierung uns hinters Licht führt, oder ob sie wirklich die Interessen der Nation gegenüber einem Angriffskrieg vertritt ... Gestern war die deutsche Regierung aggressiv, morgen die französische, und wir können nicht wissen, ob es übermorgen nicht die englische ist. Das wechselt fortwährend ... In Wirklichkeit handelt es sich in Falle eines Krieges für uns nicht um eine nationale, sondern um eine internationale Frage, denn ein Krieg zwischen Großstaaten wird zum Weltkrieg, er betrifft ganz Europa und nicht bloß zwei

Länder allein. Die deutsche Regierung könnte aber auch eines Tages den deutschen Proletariern weismachen, dass sie die Angegriffenen seien, die französische Regierung könnte das gleiche den Franzosen weismachen und wir hätten dann einen Krieg, in dem deutsche und französische Proletarier mit gleicher Begeisterung ihren Regierungen nachgehen und sich gegenseitig morden und die Hälse abschneiden. Das muss verhütet werden und das wird verhütet, wenn wir nicht das Kriterium des Angriffskrieges anlegen, sondern das der proletarischen Interessen, die gleichzeitig internationale Interessen sind ... Glücklicherweise ist es ein Missverständnis, als ob die deutsche Sozialdemokratie im Kriegsfalle nach nationalen und nicht nach internationalen Gesichtspunkten urteilen wollte, dass sie sich in erster Linie als deutsche und in zweiter Linie als Proletarierpartei fühlte.“

Mit prachtvoller Klarheit deckt Kautsky in dieser Rede jene schrecklichen Gefahren auf – die nun zu einer noch schrecklicheren Wirklichkeit wurden – welche in dem Streben verborgen sind, die Haltung der Sozialdemokratie von der unbestimmbaren und widerspruchsvollen formalen Beurteilung eines Krieges, ob er ein Angriffs- oder Verteidigungskrieg sei, abhängig zu machen. Bebel hat wesentlich nichts darauf geantwortet und sein Standpunkt schien durchaus unerklärlich, besonders nach seinen eigenen Erfahrungen vom Jahre 1870. Nichtsdestoweniger hatte Bebels Position, ungeachtet ihrer theoretischen Unzulänglichkeit, einen ganz bestimmten politischen Sinn. Jene imperialistischen Tendenzen, welche die Kriegsgefahr erzeugten, schlossen für die Sozialdemokratie die Möglichkeit aus, das Heil vom Siege einer der kämpfenden Parteien zu erwarten. Eben darum war die ganze Aufmerksamkeit der Verhütung eines Krieges gewidmet; Hauptaufgabe war, die Regierungen in der Angst vor den Folgen zu halten. „Die Sozialdemokratie“, sagte Bebel, „wird gegen jene Regierung sein, die die Initiative zum Krieg ergreifen wird.“ Damit drohte er der Regierung Wilhelm II.: „Rechnet nicht auf

uns, wenn es euch eines schönen Tages gelüstet, eure Mörser und Panzerkreuzer einzuweihen!“ Doch zugleich sagte er auch in Richtung nach Petersburg und London: „Die sollen sich nur hüten, Deutschland anzugreifen, in der falschen Rechnung auf die innere Obstruktion der mächtigen deutschen Sozialdemokratie!“ Ohne irgendwelches politisches Kriterium in sich zu schließen, bedeutete die Bebelsche Auffassung eine politische Androhung und dies gleichzeitig auf zwei Fronten, der inneren und äußeren. Auf alle historischen und logischen Einwände erwiderte er hartnäckig: „Wir werden schon das Mittel finden, jene Regierung zu entlarven, die den ersten Schritt zum Krieg machen wird – dazu sind wir klug genug.“ – Diese drohende Position der Sozialdemokratie, nicht nur der deutschen, sondern auch der internationalen, war nicht ohne Resultat. Die Regierungen haben wirklich alle Anstrengungen gemacht, um den Ausbruch hinauszuziehen. Aber nicht nur das. Die Monarchen und Diplomaten haben mit verdoppelter Aufmerksamkeit ihre Schritte der friedlichen Psychologie der Volksmassen angepasst, zischelten mit den sozialistischen Führern, schnupperten im internationalen Büro und schufen sonach eine Stimmung, dank welcher es Jaurès wie Haase möglich war, in Brüssel zu behaupten – einige Tage vor Ausbruch des Krieges – dass ihre Regierungen kein anderes Ziel kannten, als die Erhaltung des Friedens. Und als sich das Ungewitter entlud, suchte die Sozialdemokratie eines jeden Landes den Schuldigen – auf der anderen Seite der Grenze! Bebels Kriterium, das als Androhung eine bestimmte Rolle gespielt hat, verlor jeden Sinn in dem Moment, als die ersten Schüsse an den Grenzen hallten. Es ist eben jenes Unheilvolle eingetreten, das Kautsky vorausgesagt hatte.

Doch das auf den ersten Blick Überraschende besteht darin, dass die Sozialdemokratie in Wirklichkeit nicht das Bedürfnis nach einem politischen Kriterium empfand. In der von uns durchlebten Katastrophe der Internationale zeichneten sich die Argumente durch außerordentliche Ober-

flächlichkeit aus; sie widersprachen sich gegenseitig, wechselten und hatten überhaupt eine untergeordnete Bedeutung – der Kern der Sache bestand darin, dass *man das Vaterland verteidigen muss*. Unabhängig von historischen Perspektiven des Krieges, von demokratischen und Klassenwägungen, muss man das uns geschichtlich gegebene Vaterland verteidigen! Verteidigen nicht etwa darum, weil unsere Regierung den Frieden wollte, die Feinde uns aber „perfid überfielen“, wie die internationalen Schmocks schreiben, sondern darum, weil der Krieg unabhängig davon, unter welchen Bedingungen und auf welche Art er hervorgerufen wurde, wer in ihm recht und wer unrecht hat, eine Gefahr für jedes kriegsführende Land bedeutet. Die theoretischen, politischen, diplomatischen und militärischen Erwägungen fallen in Trümmer wie vor einem Erdbeben, einer Feuersbrunst oder Überschwemmung. Die Regierung mit ihrer Armee wird zu der einzigen schützenden und rettenden Macht erhöht. Die breiten Massen kehren in Wirklichkeit in einen vorpolitischen Zustand zurück. Diese Stimmung der Massen, in wieweit sie nur eine zeitliche Stimmung verbleibt, der elementare Reflex der Katastrophe, braucht nicht kritisiert zu werden. Eine andere Sache aber ist die Haltung der Sozialdemokratie, der verantwortlichen politischen Vertreterin der Massen. Die politischen Organisationen der besitzenden Klassen und vor allem die Staatsgewalt sind nicht einfach mit dem Strome gegangen – sie haben sofort eine in höchstem Grade angespannte und vielseitige Tätigkeit entfaltet, die darauf gerichtet war, diese unpolitische Stimmung zu erhöhen und die Massen um die Armee und Staatsgewalt zu vereinigen. Die Sozialdemokratie hat nicht nur keine irgendwie geartete gleichwertige Tätigkeit in entgegengesetzter Richtung entfaltet, sie hat vom ersten Augenblick an vor der Politik der Regierung und vor der elementaren Stimmung der Massen kapituliert, und statt diese Massen mit Kritik und Misstrauen, wenn auch nur mit einem passiven, zu bewaffnen, hat sie durch ihre ganze Haltung den Übergang der Massen

den Übergang der Massen in diesen vorpolitischen Zustand beschleunigt. In einer auffallenden Bereitschaft, die am allerwenigsten geeignet war, den Herrschenden Achtung vor ihr einzuflößen, hat sie ihren fünfzigjährigen Traditionen und politischen Verpflichtungen entsagt.

Bethmann-Hollweg erklärte, dass die deutsche Regierung sich in vollem Einverständnis mit dem deutschen Volke befindet, und nach dem Bekenntnis des **Vorwärts** hatte er, angesichts der von der Sozialdemokratie eingenommenen Stellung, das volle Recht, es zu sagen. Aber er hatte noch ein anderes Recht: wenn die Verhältnisse ihn nicht bewogen hätten, die politische Polemik bis zu einem günstigeren Zeitpunkt hinauszuschieben, hätte er eben hier, in der Sitzung vom 4. August, sich an die Vertreter des sozialistischen Proletariats wendend, sagen können: „Heute erkennt ihr zusammen mit uns die Tatsache der Gefahr, in der sich unser Vaterland befindet, an, und zusammen mit uns wollt ihr sie mit der Waffe in der Hand abwehren. Aber diese Gefahr ist doch nicht gestern geboren und erwachsen. Von der Existenz und den Tendenzen des Zarismus müsst ihr doch auch vordem etwas gewusst haben. Ihr wusstet es, dass wir noch andere Feinde haben. Mit welchem Recht seid ihr über uns hergefallen, wenn wir eine Armee und eine Flotte bauen? Mit welchem Recht habt ihr uns Jahr um Jahr die Militärkredite verweigert, mit dem Rechte des Verrates oder mit dem Rechte der Blindheit? Wenn wir nicht gegen euch unsere Armee gebaut hätten, so wären wir jetzt machtlos gegen eben diese russische Gefahr, die auch euch veranlasst hat, Vernunft anzunehmen. Keine jetzt bewilligten Kredite gäben uns die Möglichkeit, das Verlorene nachzuholen; wir wären jetzt ohne Gewehre, ohne Kanonen, ohne Festungen. Mit eurer heutigen Abstimmung für die fünf Milliarden-Kredite anerkennt ihr, dass eure alljährliche Verweigerung des Budgets nur eine leere Demonstration und schlimmer als das – politische Demagogie – war, denn sobald ihr ein ernstes historisches Examen zu bestehen hattet,

habt ihr eure ganze Vergangenheit verleugnet!“

So hätte der deutsche Kanzler sprechen können, und die Rede hätte diesmal ganz überzeugend geklungen. Was hätte darauf Haase antworten können?

„Wir standen nie auf dem Standpunkt der Entwaffnung Deutschlands, angesichts der äußeren Gefahren; eine solche Art Friedensduselei war uns immer vollständig fremd. So lange die internationalen Widersprüche aus sich heraus die Kriegsgefahren erzeugen, wollen wir, dass Deutschland vor einem fremden Einbruch und vor Knechtung geschützt sei. Doch wir erstrebten eine militärische Organisation, die im inneren Leben des Landes nicht – als eine künstlich dressierte Organisation – zur Klassenknechtung dienen könnte, die in internationalen Beziehungen nicht zu imperialistischen Abenteuern geeignet wäre, aber gleichzeitig unüberwindlich im Werke der nationalen Verteidigung. Das ist die *Miliz!* Wir konnten euch das Werk der nationalen Verteidigung nicht anvertrauen. Ihr habt die Armee zu einer Schule reaktionärer Dressur gemacht; ihr habt euer Offizierskorps im Hass gegen die wichtigste Klasse der heutigen Gesellschaft, das Proletariat, erzogen. Ihr seid fähig, Millionen Menschenleben aufs Spiel zu setzen, nicht für wirkliche Volksinteressen, sondern für die egoistischen Interessen der herrschenden Minderheit, die ihr mit dem Namen der nationalen Idee und des staatlichen Prestige verschleiert. Wir trauen euch nicht, und darum eben haben wir jährlich gerufen: „Dieser Klassenregierung keinen Mann und keinen Groschen!““

„Aber fünf Milliarden! ...“ könnte eine Stimme von links wie von rechts unterbrechen.

„Leider haben wir jetzt keine Wahl: wir besitzen keine andere Armee außer der, welche die jetzigen Herren Deutschlands geschaffen, und der Feind steht vor den Toren. Wir können momentan nicht die Armee Wilhelms II. durch eine Volksmiliz ersetzen, und wenn es nun einmal so ist, so können wir nicht der Armee, welche uns verteidigt, wie sie auch sei, Nahrungsmit-

tel, Kleidung und Kriegsmaterialien verweigern. Wir verleugnen weder unsere Vergangenheit noch entsagen wir unserer Zukunft, wir sind gezwungen, für die Kriegskredite zu Stimmen.“ Das wäre noch das überzeugendste, was Haase hätte vorbringen können.

Doch wenn mit solchen Erwägungen sich erklären lässt, warum die sozialistischen Arbeiter als *Bürger*, nicht die militärische Organisation, nicht obstruierten, sondern das erfüllten, was die Umstände als Bürgerpflicht ihnen aufgezwungen, so würden wir vergeblich eine Antwort auf die Hauptfrage erwarten, warum hat die Sozialdemokratie als politische Organisation einer Klasse, der der Anteil an der Regierung versagt worden, als die unversöhnliche Feindin der bürgerlichen Gesellschaft, als republikanische Partei, als ein Zweig der Internationale, warum hat sie die Verantwortung für Handlungen auf sich genommen, die von ihren unversöhnlichen Klassenfeinden vorgenommen wurden?

Wenn wir noch nicht die Möglichkeit haben, heute schon die hohenzollernsche Armee durch eine Miliz zu ersetzen, so heißt das nicht, dass wir heute die Verantwortung für die Operationen dieser Armee auf uns nehmen müssen. Wenn wir gegen Monarchie, Bourgeoisie und Militarismus zur Zeit ihrer friedlichen normalen Haushaltung kämpfen und zu diesem Kampfe mit unserer ganzen Autorität bei den Massen verpflichtet sind, so begehen wir das größte Verbrechen gegen unsere Zukunft, sobald wir diese Autorität der Monarchie, Bourgeoisie und dem Militarismus in dem Moment zur Verfügung stellen, wo sie sich in den schrecklichen, antisozialen, barbarischen Methoden des Krieges zeigen.

Die Nation oder der Staat kann sich nicht von der Verteidigung entbinden. Doch wenn wir den Herrschenden unser Vertrauen verweigern, berauben wir durchaus nicht den bürgerlichen Staat der Waffen und der Mittel der Verteidigung, wie auch des Angriffs – so lange nicht, als wir nicht stark genug sind, einen Händen die Macht zu entreißen. Wir sind eine Par-

tei der Opposition und nicht der Macht – im Kriege wie im Frieden. Damit dienen wir auch am allersichersten jener Teilaufgabe, die der Krieg so scharf herausstellt: dem Werk der nationalen Unabhängigkeit. Die Sozialdemokratie kann nicht das Schicksal einer Nation, der eigenen wie einer fremden, auf die Karte militärischer Erfolge setzen. Indem sie dem kapitalistischen Staat die Verantwortung für die Methoden lässt, mit welchen er seine Unabhängigkeit schützt, die Verletzung und Niedertretung der Unabhängigkeit anderer Staaten, legt die Sozialdemokratie in dem Bewusstsein aller Volksgenossen den Grundstein zur wirklichen nationalen Unabhängigkeit. Indem wir die internationale Solidarität der Werktäglichen bewahren und entwickeln, sichern wir die Unabhängigkeit der Nation – auch von dem Durchmesser der Mörser. Wenn der Zarismus eine Gefahr für die Unabhängigkeit Deutschlands bedeutet, so ist das einzige Erfolg versprechende Mittel gegen diese Gefahr ein Mittel, das von uns abhängt: die Solidarität der werktäglichen Massen Russlands und Deutschlands. Doch diese Solidarität untergräbt jene Politik, welche Wilhelm II. erlaubt zu erklären, dass hinter ihm das ganze deutsche Volk stehe. Was sollen wir russischen Sozialdemokraten den russischen Arbeitern in Anbetracht der Tatsache sagen, dass die Kugeln, mit welchen die deutschen Arbeiter auf sie schießen, mit dem politischen und moralischen Siegel der deutschen Sozialdemokratie versehen sind? „Wir können nicht unsere Politik für Russland machen, wir machen sie für Deutschland“, antwortete mir einer der angesehensten Funktionäre der deutschen Partei, als ich ihm diese Frage stellte. Und in diesem Moment habe ich mit der schmerzlichsten Deutlichkeit empfunden, welcher Schlag der Internationale aus ihrer Mitte heraus versetzt wurde.

Die Sache wird selbstverständlich nicht besser in dem Falle, wo die sozialistischen Parteien *beider* kriegsführenden Länder ihr Schicksal mit dem Schicksal ihrer Regierungen verbunden haben, wie in Deutschland und Frankreich. Keine äußere Macht,

keine Konfiskationen, Verhaftungen und Zerstörungen könnten der Internationale einen solchen Schlag versetzen, wie sie es selbst tat, als sie vor dem Staatsmoloch kapitulierte, wo dieser die Sprache von Feuer und Eisen zu führen begann.

In seiner Essener Rede hat Kautsky – als logisches Argument, durchaus nicht als reale Möglichkeit – das fürchterliche Bild gezeichnet, wo sich Bruder gegen Bruder erhebt im Zeichen „des Verteidigungskrieges“. Jetzt, wo dieses Bild zur blutigen Wirklichkeit geworden, bemüht sich Kautsky, uns mit ihr zu versöhnen. Er sieht keinen Zusammenbruch der Internationale. „Der Gegensatz zwischen deutschen und französischen Sozialisten liegt nicht in dem Kriterium, nicht in der grundsätzlichen Auffassung, sondern in der verschiedenen Auffassung der Situation, die selbst sich wieder aus der Verschiedenheit der geographischen Lage (!) der Beurteilenden ergibt. Dieser Gegensatz wird sich also kaum überwinden lassen, so lange der Krieg tobt: Jedoch ist er kein prinzipieller Gegensatz, sondern einer besonderen Situation entsprungen und braucht daher diese nicht zu überdauern“ (N.Z. 33. Jg. S.3). Wenn Guesde und Sembat als Poincarés, Declassés und Briands Gehilfen auftreten und als Gegenspieler Bethmann Hollwegs, wenn sich die französischen und deutschen Arbeiter gegenseitig die Kehlen durchschneiden, und das nicht als Zwangbrüder der Bourgeois-Republik und der hohenzollernschen Monarchie, sondern als Sozialisten in Erfüllung ihrer Pflicht unter der geistigen Führung ihrer Parteien, so ist das kein Zusammenbruch der Internationale; „das Kriterium“ ist ein und dasselbe, bei dem deutschen Sozialisten, der die französische Kehle durchschneidet und bei dem französischen Sozialisten, der die deutsche Kehle durchschneidet. Wenn Ludwig Frank zur Waffe griff, so nicht um den „prinzipiellen Gegensatz“ gegenüber den französischen Sozialisten zu bekunden, sondern um sie in voller prinzipieller Eintracht niederzuschießen, und wenn Frank selbst von der Kugel eines Franzosen fiel –

vielleicht auch eines sozialistischen Fraktionskollegen – so gibt es hier keinen Schaden für das gemeinsame „Kriterium“, es ist nur die Folge „der Verschiedenheit der geographischen Lage“. Wahrlich, es ist bitter, solche Zeilen zu lesen, doppelt bitter, dass sie aus Kautskys Feder entstammen.

Die Internationale war gegen den Krieg. „Kommt es trotz aller Bemühungen der Sozialdemokratie darob zu einem Kriege“, sagt Kautsky, „dann muss sich eben jede Nation ihrer Haut wehren, so gut sie kann. Daraus folgt für die Sozialdemokratie aller Nationen das gleiche Recht oder die gleiche Pflicht, an dieser Verteidigung teilzunehmen keine darf der anderen daraus einen Vorwurf (!) machen.“ (a.a.O., S.7).

Solcher Art ist dieses gemeinsame Kriterium: seine Haut verteidigen, sich verteidigungsmäßig gegenseitig die Schädel einschlagen, ohne daraus einander „Vorwürfe“ zu machen. Wird denn aber die Frage durch die Einheitlichkeit des Kriteriums und nicht durch seinen Inhalt gelöst? Bei Bethmann-Hollweg, Sasonow, Grey und Delcassè ist auch eine volle Einheitlichkeit des Kriteriums; zwischen ihnen gibt es auch keinen prinzipiellen Gegensatz; sie haben am allerwenigsten ein Recht, einander Vorwürfe zu machen, ihr Verhalten entspringt nur „der Verschiedenheit der geographischen Lage“; wäre Bethmann ein englischer Minister, wäre er ebenso aufgetreten wie Sir Grey. Ihr Kriterium ist gleichartig wie ihre Kanonen, die sich nur durch den Durchmesser von einander unterscheiden. Die Frage ist jedoch, ob wir ihr Kriterium zu dem unsrigen machen können. „Glücklicherweise ist es ein Missverständnis, als ob die deutsche Sozialdemokratie im Kriegsfalle nach nationalen und nicht nach internationalen Gesichtspunkten urteilen wollte, dass sie sich in erster Linie als deutsche und in zweiter Linie als Proletarierpartei fühlte.“ So sprach Kautsky in Essen. Und jetzt, wo an Stelle der allen Arbeiterparteien der Internationale gemeinsamen internationalen Standpunkte bei jeder Partei der nationale

getreten ist, versöhnt sich Kautsky nicht nur mit diesem „Missverständnis“, sondern sucht darin eine Einheitlichkeit des Kriteriums und die Gewähr der Wiedergeburt der Internationale.

„In jedem nationalen Staat muss auch das Proletariat seine ganze Energie dafür einsetzen, dass die Selbständigkeit und Geschlossenheit des nationalen Gebietes unversehrt bleibt. Das ist ein wesentliches Stück der Demokratie, dieser notwendigen Basis für den Kampf und Sieg des Proletariats.“ (a.a.O., S.4.)

Wie besteht denn aber in solchem Falle die Sache mit der österreichischen Sozialdemokratie? Muss sie auch ihre ganze Energie einsetzen für die Erhaltung der nichtnationalen und antinationalen Donaumonarchie? Und die deutsche Sozialdemokratie? Indem sie sich politisch mit ihrer Armee verquickt, fördert sie nicht nur die Aufrechterhaltung des Österreich- ungarischen nationalen Chaos, sondern erleichtert die Vernichtung der nationalen Einheitlichkeit Deutschlands selbst. *Die nationale Einheit wird nicht nur von einer Niederlage, sondern auch von einem Siege bedroht.* Vom Gesichtspunkt des europäischen Proletariats ist es gleicherweise schädlich, ob ein Teil französischen Territoriums zu Deutschland geschlagen wird, oder ein Teil deutscher Erde zu Frankreich. Endlich erscheint auch die Erhaltung des europäischen Status quo in keiner Weise als unser Programm; die politische Karte Europas ist mit der Spitze des Bajonets gezeichnet, das an allen Grenzen über den lebendigen Körper der Nationen gegangen ist. Indem die Sozialdemokratie ihre nationalen (oder antinationalen) Regierungen mit ihrer Energie unterstützt, überlässt sie wiederum der Macht und Einsicht des Bajonets die Korrektur der Karte Europas. Indem sie die Internationale in Teile zerreißt, vernichtet die Sozialdemokratie die einzige Macht, welche imstande ist, der Tätigkeit des Bajonets ihr Programm der nationalen Unabhängigkeit und Demokratie entgegenzustellen und in kleinerem oder größerem Grade dieses Programm zu verwirklichen, unabhängig davon, welches der nationalen

Bajonette vom Siege gekrönt sein wird.

Die alte Erfahrung wird neuerdings bestätigt: wenn die Sozialdemokratie ihre nationalen über ihre Klassenaufgaben stellt, so begeht sie das größte Verbrechen nicht nur gegen den Sozialismus, sondern auch gegen das richtig und weit verstandene Interesse der Nation.

Leo Trotzki: Der Zusammenbruch der Internationale

Auf ihrem Parteitage in Paris, zwei Wochen vor Ausbruch der Katastrophe, beharrten die französischen Sozialisten darauf, alle Teile der Internationale zur revolutionären Aktion im Falle einer Mobilisierung zu verpflichten. Sie hatten dabei hauptsächlich die deutsche Sozialdemokratie im Auge. Der Radikalismus der französischen Genossen in Fragen der äußern Politik hatte nicht so sehr internationale, als nationale Wurzeln. Die Kriegsereignisse haben endgültig bestätigt, was vielen schon vorher klar war. Die französische sozialistische Partei wollte von ihrer deutschen Bruderpartei eine gewisse Garantie für die Unantastbarkeit Frankreichs haben. Nur wenn sie sich auf diese Weise beim deutschen Proletariat versichert, hätten die französischen Sozialisten ihre Hände endgültig für einen entschiedenen Kampf gegen den nationalen Militarismus frei zu haben geglaubt. Die deutsche Sozialdemokratie hat ihrerseits rundweg abgelehnt, eine Verpflichtung solcher Art auf sich zu nehmen. Bebel wies nach, dass die sozialistischen Parteien, wenn sie die französische Revolution unterzeichneten, damit noch nicht in Stand gesetzt würden, im entscheidenden Augenblick ihren Verpflichtungen auch nachzukommen. Gegenwärtig kann man kaum bezweifeln, dass Bebel recht hatte. Wie die Ereignisse wiederum bewiesen, lähmt die Mobilisationsperiode die sozialistische Partei fast völlig jedenfalls schließt sie die Möglichkeit aufschiebender Aktionen aus. Sobald die Mobilisation verkündet ist, befindet sich die Sozialdemokratie Auge in Auge mit der konzentrierten Regierungsgewalt, die sich auf einen mächtigen militärischen Apparat stützt, der bereit ist, alle Hindernisse auf seinem Wege niederzuwerfen, unter unbedingter Mitwirkung aller bürgerlichen Parteien und Institutionen.

Eine nicht minder wichtige Bedeutung hat die Tatsache, dass die Mobilisation jene Kreise aufweckt und auf die Füße

stellt, deren wirtschaftliche Bedeutung eine minimale ist und die in friedlichen Zeiten fast keine politische Rolle spielen. Hunderttausende und Millionen kleiner Handwerker, Lumpenproletarier, Kleinbauern und landwirtschaftlicher Arbeiter werden in die Reihen der Armee einbezogen, wo im Rock des Kaisers jeder von ihnen ebensoviel bedeutet, als der klassenbewusste Arbeiter. Ihre Familien werden gewaltsam aus einer stumpfsinnigen Gleichgültigkeit herausgerissen und an dem Schicksal des Landes interessiert. In allen diesen Kreisen, zu denen unsere Agitation fast nicht dringt, und die sie unter gewöhnlichen Bedingungen nie mit sich fortreißen wird, erweckt die Mobilisation und Kriegserklärung neue Erwartungen. Wirre Hoffnungen auf Änderung des gegenwärtigen Zustandes, auf Umschwung zum Besseren erfasst die aus dem Gleichmut des Elends und der Knechtschaft herausgerissenen Massen. Hier vollzieht sich das gleiche wie am Beginn einer Revolution, doch mit dem ausschlaggebenden Unterschied, dass die Revolution diese erst erwachten Volkskreise mit der revolutionären Klasse verbindet, der Krieg aber mit der Regierung und Armee! Wenn dort alle unbefriedigten Bedürfnisse, alle angehäuften Leiden, alle sehnüchtigen Hoffnungen ihren Ausdruck in revolutionärer Begeisterung finden, so nehmen hier dieselben sozialen Empfindungen zeitweilig die Form patriotischer Trunkenheit an. Weite Kreise der vom Sozialismus berührten Arbeiterschaft werden in denselben Strom hineingezogen. Die sozialdemokratische Vorhut fühlt sich in der Minderheit, ihre Organisationen sind zur Ergänzung der Heeresorganisation verwüstet. Unter solchen Umständen kann keine rede sein von revolutionären Aktionen der seitens der Partei. Und dies alles ganz unabhängig von der Einschätzung des Krieges. Der russisch-japanische Krieg hat ungeachtet seines kolonialen Charakters und der Unpopularität im Lande, im Laufe des ersten Halbjahres die revolutionäre Bewegung fast vollständig erstickt. Es ist folglich klar, dass bei allem guten Willen die sozialistischen Parteien die Verpflich-

tung der totalen Obstruktion zur Zeit einer Mobilmachung, d.h. eben in einem Moment, in dem der Sozialismus sich politisch am isoliertesten erweist, nicht auf sich nehmen konnten.

Sonach schließt die Tatsache, dass die Arbeiterparteien der militärischen Mobilisation ihre revolutionäre Mobilisation nicht entgegensezten, nichts Unerwartetes und Entmutigendes in sich. Hätten sich die Sozialisten darauf beschränkt, ihr Urteil über den gegenwärtigen Krieg auszusprechen, jede Verantwortung für ihn abzulehnen, ihren Regierungen das Vertrauen und die Kriegskredite zu verweigern, so wäre ihre Schuldigkeit vorerst erfüllt gewesen. Sie hätten eine abwartende politische Position eingenommen, deren oppositioneller Charakter den Regierenden wie den Volksmassen gleich klar gewesen wäre. Die weiteren Aktionen wären dem objektiven Gang der Ereignisse entsprungen und jenen Veränderungen, welche die Kriegsereignisse im Volksbewusstsein hervorrufen müssen. Das innere Band wäre der Internationale erhalten, das sozialistische Banner unbefleckt geblieben; die Sozialdemokratie, zeitweilig geschwächt, hätte freie Hand behalten zur entschiedenen Einnischung in die Ereignisse, sobald der Umschwung in per Stimmung der Arbeitermassen sich vollzogen hätte. Und man kann mit Bestimmtheit sagen: all den Einfluss auf die Massen, dessen die Sozialdemokratie bei einer solchen Haltung im Anfang des Krieges verlustig gegangen wäre, hätte sie nach dem unvermeidlichen Umschwung wieder gewinnen müssen.

Wenn dies nicht geschehen ist, wenn das Zeichen zur Kriegsmobilisation auch das Zeichen zum Sturz der Internationale geworden ist, wenn die nationalen Arbeiterparteien, ohne einen Protest aus ihrer Mitte, sich mit ihren Regierungen und Armeen vereinigten, so muss es dafür tief und dabei für die gesamte Internationale gemeinsame Ursachen geben. Es ist nicht angängig, diese Ursachen in persönlichen Fehlern, in der Beschränktheit der Führer und der Parteivorstände zu erblicken, vielmehr müssen sie in den objektiven Be-

dingungen jener Epoche, in der die sozialistische Internationale entstand und sich konstruierte gesucht werden. Das heißt nicht, dass die Unzuverlässigkeit der Führer und konfuse Unzulänglichkeit der Parteivorstände je gerechtfertigt werden soll. Durchaus nicht. Das sind aber keine grundlegenden Faktoren. Diese müssen in den historischen Bedingungen der ganzen Epoche aufgesucht werden. Denn es handelt sich diesmal – und darüber muss man sich klare Rechenschaft geben – nicht um einzelne Fehler, nicht um opportunistische Schritte, nicht um ungeschickte Erklärungen von der parlamentarischen Tribüne, nicht um das Votum der großherzoglich-badischen Sozialdemokraten für das Budget, nicht um einzelne Experimente des französischen Ministerialismus und sozialistischen Karrierismus, es handelt sich um das vollständige Versagen der Internationale in der Verantwortlichen historischen Epoche, zu der die bisher geleistete gesamte Arbeit des Sozialismus nur als eine Vorbereitung betrachtet werden kann. Einem historischen Rückblick wird es leicht, eine ganze Reihe von Tatsachen und Symptomen festzustellen, die eine Beunruhigung in Bezug auf die Tiefe und Festigkeit des Internationalismus in der Arbeiterbewegung hätten hervorrufen sollen.

Wir sprechen nicht von der österreichischen Sozialdemokratie. Vergebens suchten die russischen und serbischen Sozialisten in den Aufsätzen weltpolitischen Inhalts der **Wiener Arbeiter-Zeitung** Zitate, die sie den serbischen und russischen Arbeitern übermitteln könnten, ohne sich der Internationale zu schämen. Die Verteidigung des österreichisch-deutschen Imperialismus nicht nur gegen seine äußeren, sondern auch gegen seine inneren Gegner, – auch der **Vorwärts** gehörte ja dazu! – blieb immer eine der hervorstechendsten Richtlinien dieses Blattes. Man kann ohne Ironie sagen, dass in der gegenwärtigen Krise der Internationale die **Wiener Arbeiter-Zeitung** ihrer Vergangenheit am treuesten geblieben ist.

Der französische Sozialismus hatte auf dem einen Pol einen stark patriotischen

Ausdruck, der von Deutschfeindlichkeit nicht frei war, auf der andern spielen die grellsten Farben des Hervéischen Antipatriotismus, der, wie die Erfahrung zeigt, sich leicht in sein Gegenteil verwandelt.

Der terroristisch gefärbte Patriotismus Hyndmans, der seinen sektiererischen Radikalismus ergänzt, hat öfters der Internationale politische Schwierigkeiten bereitet.

In weit minderem Maße konnte man nationalistische Symptome in der deutschen Sozialdemokratie beobachten. Freilich hat sich der Opportunismus der Süddeutschen auf dem Boden des Partikularismus entwickelt, welcher deutscher Nationalismus in Oktav [=im Kleinformat] war. Doch die Süddeutschen wurden gerechtermaßen als die einflussarme politische Arrièregarde [Nachhut] der Partei betrachtet. Bebels Versprechen, im Falle der Gefahr den Schießprügel auf den Buckel zu nehmen, fand in der Partei geteilte Aufnahme. Und als Noske dieselbe Phrase wiederholte, wurde ihm von der Parteipresse hart zugesetzt. Im allgemeinen hielt die deutsche Sozialdemokratie strenger als irgendeine andere der alten sozialdemokratischen Parteien an der internationalen Linie fest. Aber eben darum hat sie den allerschärfsten Bruch mit ihrer Vergangenheit bewerkstelligt. Nach den formellen Erklärungen der Partei und den Aufsätzen der Presse zu urteilen, gibt es zwischen dem Gestern und Heute des deutschen Sozialismus keinerlei Zusammenhang. Es ist aber klar, dass dieser katastrophale Umfall nicht hätte geschehen können, wenn nicht seine Voraussetzungen in der vergangenen Epoche bereitet gewesen wären: Die Tatsache, dass zwei junge Parteien, die serbische und die russische, ihren internationalen Pflichten treu blieben, ist durchaus nicht eine Bestätigung der philiströsen Philosophie, welche Prinzipientreue als einen natürlichen Ausdruck der Unreife betrachtet. Doch diese Tatsache veranlasst uns, die Ursachen des Zusammenbruches der zweiten Internationale in eben jenen Bedingungen ihrer Entwicklung zu suchen, die am allerwenigsten auf ihre jungen Mitglieder Einfluss ausübten.

* * *

Das im Jahre 1847 verfasste **Kommunistische Manifest** schließt mit den Worten „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Doch dieses Losungswort erschien viel zu früh, um sogleich zur lebendigen Wirklichkeit zu werden. Auf der geschichtlichen Tagesordnung stand damals die bürgerliche Revolution von 1848. Den Verfassern des **Manifestes** selbst wurde in dieser Revolution nicht die Rolle von Führern eines internationalen Proletariat sondern die von Kämpfern auf der äußersten Linken der nationalen Demokratie zuteil.

Die Revolution des Jahres 1848 hat nicht eines der nationalen Probleme gelöst, sie hat diese nur aufgerollt. Die Konterrevolution zusammen mit dem industriellen Aufschwung riss den Faden der revolutionären Bewegung ab. Es verging ein neues Jahrzehnt der Ruhe, bis die von der Revolution nicht gelösten Widersprüche sich neuerdings so weit verschärften, dass sie die Einmischung des Schwertes heischten. Es war aber diesmal nicht das den Händen der Bourgeoisie entfallene Schwert der Revolution, sondern das aus der dynastischen Scheide gezogene Kriegsschwert. Die Kriege von 1859, 64, 66 und 70 schufen ein neues Italien und ein neues Deutschland. Die Feudalen haben auf ihre Art das Vermächtnis der Revolution vom Jahre 1848 erfüllt. Der politische Bankrott der Bourgeoisie, der sich in diesem geschichtlichen Austausch der Rollen äußerte, wurde auf der Grundlage der rapiden kapitalistischen Entwicklung ein entschiedener Ansporn zu einer selbständigen proletarischen Bewegung.

Im Jahre 1863 gründet Lassalle in Deutschland den politischen Arbeiterverein. 1864 wird unter Marxens Leitung in London die erste Internationale geschaffen. Die abschließende Losung des **Momumentischen Manifestes** geht in das erste Rundschreiben der Internationalen Arbeiterassoziation über. Es ist für die Tendenzen der modernen Arbeiterbewegung im höchsten Grade bezeichnend, dass sie bei ihren ersten Schritten eine Organisation internationalen Charakters schafft. Nichts-

destoweniger erscheint diese Organisation weitaus mehr als eine Vorausnahme der weiteren Bedürfnisse der Bewegung, denn als ein wirklich leitender Apparat des Klassenkampfes. Eine weite Kluft lag noch zwischen dem Endziel der Internationale, der kommunistischen Revolution, und ihrer unmittelbaren Praxis, die vorwiegend in der internationalen Mitwirkung zur chaotischen Aufstandsbewegung [gemeint: Aufstandsbewegung?] der Arbeiter in den verschiedenen Ländern aufging. Selbst die Schöpfer der Internationale hofften, dass der revolutionäre Gang der Ereignisse in kürzester Frist den Missstand zwischen Ideologie und Praxis überwinden werde. Der Generalrat hat zugleich mit der Überweisung von Geldbeträgen an die einzelnen Gruppen in England und auf den Kontinent klassische Versuche gemacht, die Aktion der Arbeiter aller Länder auf dem Gebiet der Weltpolitik zusammen zu fasse

Doch diese Bestrebungen hatten noch keine ausreichende materielle Unterlage. Die Tätigkeit der ersten Internationale fällt zeitlich mit jener Kriegsepoke zusammen, die in Europa und Nordamerika den Weg zur kapitalistischen Entwicklung ebneten. Die Einmischungsversuche seitens der Internationale mussten bei all ihrer prinzipiellen und erzieherischen Bedeutung den vorgeschritteneren Arbeitern aller Länder nur noch klarer ihre Ohnmacht gegenüber dem nationalen Klassenstaat fühlen lassen. Die aus dem Kriege emporgeflammte Pariser Kommune war der Kulminationspunkt in der Epoche der ersten Internationale. Wie das **Kommunistische Manifest** die theoretische Vorausnahme der modernen Arbeiterbewegung war, und die erste Internationale die organisatorische Vorausnahme der Arbeitervereinigung der ganzen Welt, so war die Pariser Kommune die revolutionäre Vorausnahme der Diktatur des Proletariats. Aber nur eine Vorausnahme. Eben darum zeigte sich, dass es dem Proletariat nicht möglich ist, allein nur durch seine revolutionäre Improvisation den Staatsapparat zu unterwerfen und die Gesellschaft umzuformen. Die aus den Kriegen hervorgegangenen nationalen

Staaten schufen für diese historische Arbeit die einzig reale Grundlage, die nationale. Es muss darum durch die Schule der Selbsterziehung gehen. Die erste Internationale hat ihre Mission, die einer Pflanzschule der nationalen sozialistischen Parteien erfüllt. Nach dem deutsch-französischen Kriege und der Pariser Kommune schlepppte die Internationale noch eine kurze Frist ihre halbaktive Existenz hin und wurde 1872 nach Amerika verlegt, wohin schon öfters mancherlei Experimente religiösen, sozialen und andern Charakters wanderten, um dort zu sterben.

Es begann die Epoche mächtiger kapitalistischer Entwicklung auf der Grundlage des nationalen Staates. Für die Arbeiterbewegung war das die Epoche allmählicher Kraftsammlung, organisatorischer Gestaltung und politischen Possibilismus.

In England hat die stürmische Epoche des Chartismus, des revolutionären Erwachens des englischen Proletariats, sich völlig erschöpft, noch zehn Jahre vor dem Entstehen der ersten Internationale. Die Aufhebung der Getreidezölle (1846), das ihr folgende industrielle Aufblühen, welches England zur Werkstatt der Welt umwandelte; die Einführung des Zehnstundentages (1847), das Wachsen der Emigration aus Irland nach Amerika, und endlich die Ausdehnung des Stimmrechts auf die städtischen Arbeiter (1867) – alle diese Bedingungen, die die Lage der oberen Schichten des Proletariats bedeutend verbesserten, führten seine Klassenbewegung in den Strom des Trade-Unionismus und in die ihn ergänzende liberale Arbeiterpolitik über. Die Epoche des Possibilismus, d.h. der bewussten und planmäßigen Anpassung an die ökonomischen, rechtlichen und staatlichen Formen des nationalen Kapitalismus, begann für das englische Proletariat, als den ältern der Brüder, noch vor der Entstehung der Internationale, um zwei Jahrzehnte eher als für das kontinentale Proletariat. Wenn die großen englischen Gewerkschaften sich nichtsdestoweniger anfangs der Internationale anschlossen, so ausschließlich darum, weil es ihnen da-

durch besser möglich wurde, sich vor dem Import kontinentaler Streikbrecher bei Lohnkonflikten zu schützen.

Die französische Arbeiterbewegung hat sich nur langsam von dem Blutverlust der Kommune erholt, auf dem Boden verlangsamter industrieller Entwicklung, in der Atmosphäre der giftigsten nationalen Revanchegier. Auf ihren Flanken der anarchistischen „Verneinung“ des Staates und der vulgär-demokratischen Kapitulation vor ihm schwankend, entwickelte sich die französische proletarische Bewegung durch die Anpassung an den sozialen und politischen Rahmen der bürgerlichen Republik.

Der Schwerpunkt der sozialistischen Bewegung übertrug sich, wie Marx schon 1870 voraussagte, nach Deutschland.

Nach dem deutsch-französischen Krieg begann für das vereinigte Deutschland eine Ära, ähnlich den vorausgegangenen Dezennien in England: das kapitalistische Aufblühen, das demokratische Wahlrecht, die Erhöhung der Lebenshaltung der oberen Schichten des Proletariats.

Theoretisch marschierte die Bewegung des deutschen Proletariats unter der Fahne des Marxismus. Doch in seiner Abhängigkeit von den Bedingungen der Epoche wurde der Marxismus für das deutsche Proletariat nicht zur algebraischen Formel der Revolution, wie er es in der Epoche seiner Schöpfung war, sondern zur theoretischen Methode der Anpassung an den mit dem preußischen Helm bekrönten national-kapitalistischen Staat. Der Kapitalismus, der ein zeitweiliges Gleichgewicht errungen, revolutionierte unaufhörlich die ökonomische Grundlage des nationalen Lebens. Die Erhaltung der aus dem Kriege hervorgegangenen Machtstellung forderte die Vergrößerung des stehenden Heeres, Die Bourgeoisie hat der feudalen Monarchie alle ihre *politischen* Positionen abgetreten, aber um so energhischer hat sie sich unter dem Schutze des militärischen Polizeistaates, in ihren *ökonomischen* Positionen befestigt. Der siegreiche Kapitalismus, der auf kapitalistische Grundlage gestellte Militarismus, die aus dem Ineinander-

wachsen der feudalen und kapitalistischen Klassen hervorgegangene politische Reaktion – die Revolutionisierung des ökonomischen Lebens und das völlige Fallenlassen revolutionärer Methoden und Traditionen im politischen Leben – das sind die Grundlinien der letzten Epoche, die vier- und einhalb Jahrzehnte umfasst. Die gesamte Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie war auf die Erweckung der rückständigen Arbeiterschichten mittels eines planmäßigen Kampfes für ihre unmittelbaren Bedürfnisse gerichtet – auf Anhäufung der Kräfte, Erhöhung der Mitgliederzahl, Füllung der Kassen, auf Entwicklung der Presse, Eroberung aller sich bietender Positionen, ihre Ausnutzung, Erweiterung und Vertiefung. Das war die große geschichtliche Arbeit der Erweckung und Erziehung der bisher „unhistorischen“ Klasse. Unmittelbar an die Entwicklung der nationalen Industrien angelehnt, ihren Erfolgen auf dem nationalen und Weltmarkt angepasst, die Bewegung der Preise für Rohmaterialien und Fertigfabrikate kontrollierend, bildeten sich die mächtigen zentralisierten Berufsverbände Deutschlands. Dem Wahlrecht angepasst, örtlich den Wahlkreisen angeschmiegt, ihre Führer in den städtischen und ländlichen Gemeinden ausstreckend, errichtete sie das einzigartige Gebäude der politischen Organisation des deutschen Proletariats, mit ihrer vielverzweigten bürokratischen Hierarchie, einer Million zahlender Mitglieder, vier Millionen Wählern, 91 Tageszeitungen und 65 Parteidruckereien. Diese ganze vielseitige Tätigkeit von unermesslicher historischer Bedeutung war praktisch durch und durch erfüllt vom Geiste des Possibilismus. In viereinhalb Jahrzehnten hat die Geschichte dem deutschen Proletariat nicht eine einzige Gelegenheit geboten, mit stürmischem Vorstoß ein Hindernis zu stürzen, in revolutionärem Anlauf irgend eine feindliche Position zu erobern. Infolge der wechselseitigen Beziehungen der sozialen Kräfte war es gezwungen, Hindernisse zu umgehen oder sich ihnen anzupassen. In dieser Praxis war der Marxismus als Denkmethode ein wertvolles Werkzeug

politischer Orientierung. Aber er konnte nicht den possibilistischen Charakter der Klassenbewegung ändern, die ihrem Wesen nach in dieser Epoche in England, Frankreich und Deutschland gleichartig war. Die Taktik der Gewerkschaften war, bei unbestrittener Überlegenheit der deutschen Organisation, prinzipiell ein und dieselbe in Berlin und London: ihre Krönung bestand in dem System der Tarifverträge. Auf politischem Gebiete hatte der Unterschied einen unzweifelhaft viel tieferen Charakter. In der Zeit, wo das englische Proletariat unter der Fahne des Liberalismus marschierte, schufen die deutschen Arbeiter eine selbständige Partei mit sozialistischem Programm. Doch die politische Wirklichkeit dieses Unterschieds ist weit weniger tief, als seine ideologischen und organisatorischen Formen. Durch ihren Druck auf den Liberalismus erreichten die englischen Arbeiter jene beschränkten politischen Eroberungen auf dem Gebiete des Wahlrechts, der Koalitionsfreiheit und der Sozialgesetzgebung, welche das deutsche Proletariat mit Hilfe seiner selbständigen Partei bewahrte oder erweiterte. Angesichts der frühen Kapitulation des deutschen Liberalismus war das deutsche Proletariat genötigt, eine selbständige Partei zu schaffen. Doch diese Partei, die prinzipiell unter der Flagge des Kampfes um die politische Macht stand, war in ihrer ganzen Praxis gezwungen, sich der herrschenden Macht anzupassen, die Arbeiterbewegung vor ihren Schlägen zu schützen und einzelne Reformen zu erkämpfen. Mit andern Worten: kraft des Unterschiedes der historischen Traditionen und politischen Bedingungen passte sich das englische Proletariat an den kapitalistischen Staat an durch die Vermittlung der liberalen Partei; das deutsche Proletariat war gezwungen, für dieselben politischen Ziele eine selbständige Partei zu schaffen. Doch der Inhalt des politischen Kampfes des deutschen Proletariats hatte in dieser ganzen Epoche denselben historisch begrenzten, possibilistischen Charakter, wie der des englischen. Am klarsten tritt die Gleichartigkeit dieser beiden, in ihren Formen so verschiedenen

Erscheinungen, in den letzten Resultaten der Epoche zu Tage: einerseits war das englische Proletariat im Kampfe für seine Tagesaufgaben gezwungen, eine selbständige Partei zu gründen, ohne jedoch mit seinen liberalen Traditionen zu brechen; andererseits hat die Partei des deutschen Proletariats, die durch den Krieg vor die Notwendigkeit einer entscheidenden Wahl gestellt wurde, eine Antwort im Geiste der national-liberalen Traditionen der englischen Arbeiterpartei gegeben.

Der Marxismus war natürlich nicht etwas Zufälliges oder Bedeutungsloses in der ‚deutschen Arbeiterbewegung. Aber es wäre völlig unbegründet, aus der offiziellen, marxistischen Ideologie der Partei auf ihren sozialrevolutionären Charakter zu schließen.

Die Ideologie ist ein wichtiger Faktor der Politik, aber nicht ein bestimmender; ihre Rolle ist eine politisch dienende. Jener tiefe Widerspruch, in dem sich die erwachende revolutionäre Klasse in ihrem Verhältnis zu dem feudal-reaktionären Staate befand, bedurfte einer unversöhnlichen Ideologie, welche die ganze Bewegung unter das Banner sozialrevolutionärer Ziele brachte. Da die historischen Bedingungen ihr eine possibilistische Taktik aufdrängten, so fand die Unversöhnlichkeit der proletarischen Klasse ihren Ausdruck in den revolutionären Formeln des Marxismus. Dialektisch hat der Marxismus den Widerspruch zwischen Reform und Revolution mit vollem Erfolg versöhnt. Doch die Dialektik der historischen Entwicklung ist etwas weit schwerfälligeres, als die Dialektik des theoretischen Denkens. Die Tatsache, dass die in ihren Tendenzen revolutionäre Klasse gezwungen war, Jahrzehntelang sich dem monarchischen Polizeistaat anzupassen, der auf der mächtigen kapitalistischen Entwicklung ruhte, wobei in dieser Anpassung sich eine Millionenorganisation bildete und die gesamte Bewegung leitende Arbeiter-Bürokratie erzogen wurde diese Tatsache hörte nicht auf zu existieren und verliert nicht ihre schwere Bedeutung dadurch, dass der Marxismus den sozialrevolutionären Cha-

rakter der künftigen Entwicklung vorweggenommen hat. Nur ein naiver Ideologismus konnte diese Vorausnahme der politischen Wirklichkeit der deutschen Arbeiterbewegung gleichstellen.

Die deutschen Revisionisten gingen von den Widerspruch zwischen der reformistischen Praxis der Partei und ihrer revolutionären Theorie aus. Sie verstanden nicht, dass dieser Widerspruch von zeitlichen, wenn auch lange andauernden Verhältnissen bedingt ist, und dass er nur durch die weitere gesellschaftliche Entwicklung überwunden werden kann. Für sie war es ein logischer Widerspruch. Der Fehler der Revisionisten lag nicht darin, dass sie den seinem Wesen nach reformistischen Charakter der Parteipolitik in der verflossenen Epoche konstatierten, sondern darin, dass sie den Reformismus theoretisch verewigen wollten, als die einzige Methode des proletarischen Klassenkampfes. Auf diesem Wege gerieten die Revisionisten in Widerspruch zu den objektiven Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung, welche durch Verschärfung der Klassenwidersprüche zur sozialen Revolution führen muss, als den einzigen Weg zur Emanzipation des Proletariats. Aus dem theoretischen Streit ging der Marxismus auf der ganzen Linie als Sieger hervor. Doch der theoretisch geschlagene Revisionismus lebte fort, sich von der gesamten Praxis der Bewegung und ihrer Psychologie nährend. Die kritische Widerlegung des Revisionismus als einer Theorie bedeutete durchaus nicht seine taktische und psychologische Überwindung. Die Parlamentarier Gewerkschaftler und Genossenschaftler fuhren fort zu leben in der Atmosphäre allseitigen Possibilismus, praktischer Spezialisierung und nationaler Beschränktheit. Sogar der Erscheinung Bebels, des größten Repräsentanten dieser Epoche, drückte sie ihren deutlichen Stempel auf.

Besonders stark musste der Geist des Possibilismus sich des Geschlechtes bemächtigen, das in den achtziger Jahren in die Partei eintrat, in der Epoche Bismarckscher Ausnahmegesetze und drückender Reaktion in ganz Europa. Ohne den apos-

tolischen Geist des mit der ersten Internationale verbundenen Geschlechts, in seinen ersten Schritten durch die Macht des siegreichen Imperiums niedergehalten, gezwungen, sich den Fallen und Schlingen des Sozialistengesetzes anzupassen, ist dieses Geschlecht ganz und gar groß gewachsen im Geiste der Mäßigung und des organischen Misstrauens gegen revolutionäre Perspektiven. Jetzt sind es alles Leute im Alter von 50 bis 60 Jahren und eben sie stehen an der Spitze der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. Der Reformismus ist ihre politische Psychologie, wenn nicht gar ihre Doktrin. Das allmähliche Hineinwachsen in den Sozialismus – das ist die Grundlage des Revisionismus – erwies sich als die jämmerlichste Utopie in Anbetracht der Tatsachen der kapitalistischen Entwicklung. Doch das allmähliche politische Hineinwachsen der Sozialdemokratie in den Mechanismus des nationalen Staates erwies sich – für das ganze Geschlecht – als eine tragische Wirklichkeit.

Die russische Revolution war das erste große Ereignis, das 35 Jahre nach der Pariser Kommune die abgestandene Atmosphäre Europas erschütterte. Das schnelle Entwicklungstempo der russischen Arbeiterklasse und die unerwartete Kraft ihrer konzentrierten revolutionären Tätigkeit machten einen großen Eindruck auf die ganze Kulturweit und gaben überall den Anstoß zur Verschärfung der politischen Widersprüche. In England hat die russische Revolution die Bildung einer selbständigen Arbeiterpartei beschleunigt. In Österreich hat sie dank besonderer Umstände zum allgemeinen Wahlrecht geführt. In Frankreich erschien als Echo der russischen Revolution der Syndikalismus, der in unzulänglicher taktischer und theoretischer Form den erwachten revolutionären Tendenzen des französischen Proletariats Ausdruck verlieh. Endlich zeigte sich der Einfluss der russischen Revolution auf Deutschland in der Verstärkung des jungen linken Flügels der Partei, in der Annäherung des leitenden Zentrums an ihn und der Isolierung des Revisionismus. Es erhob

sich schärfer die Frage des preußischen Wahlrechts, dieses Schlüssels zu den politischen Positionen des Junkertums. Die revolutionäre Methode des allgemeinen Streiks wurde von der Partei prinzipiell adoptiert. Doch die äußeren Erschütterungen erwiesen sich als ungenügend, um die Partei auf den Weg der politischen Offensive zu stoßen. In Übereinstimmung mit der gesamten Partei-Tradition fand der Umschwung zum Radikalismus in Diskussionen und prinzipiellen Resolutionen seinen Ausdruck. Eine weitere Entwicklung erlangte er nicht.

Vor sechs bis sieben Jahren folgte der revolutionären Flut überall eine politische Ebbe. In Russland triumphierte die Gegenrevolution und eröffnete eine Periode politischen und organisatorischen Zerfalls des russischen Proletariats. In Österreich zerriß schnell der Faden der Eroberungen, die Arbeiterversicherung moderte in den Regierungskanzleien, die nationalen Kämpfe erneuerten sich in der Arena des allgemeinen Wahlrechts mit verdoppelter Kraft und führten die Sozialdemokratie zur Zersetzung und Schwächung. In England hat die Arbeiterpartei nach ihrer Absonderung vom Liberalismus sich wieder mit ihm aufs engste verbunden. In Frankreich sind die Syndikalisten in reformistische Positionen hinübergerückt; Gustav Hervé hat sich in kürzester Zeit in sein Gegenteil umgewandelt. In der deutschen Sozialdemokratie erhoben die Revisionisten das Haupt, ermutigt dadurch, dass die Geschichte ihnen eine solche Revanche verlieh. Die Süddeutschen vollbrachten ihr demonstratives Votum für das Budget. Die Marxisten waren genötigt, vom Angriff zur Verteidigung überzugehen. Die Anstrengungen des linken Flügels, die Partei auf den Weg einer mehr aktiven Politik hinüberzuziehen, blieben erfolglos. Das herrschende Zentrum näherte sich immer mehr dem rechten Flügel, die Radikalen isolierend. Der sich nach den Schlägen von 1905 erholtende Konservatismus triumphierte auf der ganzen Linie. Aus Mangel an revolutionären Aktionen, wie auch realer reformistischer Möglichkeiten, ging die ganze Energie auf

automatischen organisatorischen Ausbau: neue Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, neue Zeitungen, neue Abonnenten. Im Laufe der Jahrzehnte zu einer Politik des possibilistischen Verharrens verurteilt, schuf die Partei den Organisationskult als Selbstzweck. Wohl nie hat der Geist organisatorischer Trägheit in der deutschen Sozialdemokratie so unbedingt geherrscht, wie in den letzten Jahren, die der großen Katastrophe unmittelbar vorangingen. Und es kann keinerlei Zweifel sein, dass die Frage der Erhaltung der Organisationen, Kassen, Volkshäuser, Druckereien bei der Bestimmung der Position der Reichstagsfraktion zum Kriege eine gar wichtige Rolle spielte. Das erste Argument, das ich von einem führenden deutschen Genossen hörte, war: „Hätten wir anders gehandelt, so hätten wir unsere Organisationen und unsere Presse dem Verderben geweiht.“ Wie bezeichnend ist doch für die Psychologie des organisatorischen Possibilismus die Tatsache, dass von 91 sozialdemokratischen Zeitungen nicht eine es für möglich erachtete, einen Protest gegen die Vergewaltigung Belgiens zu erheben. Nicht eine! Nach dem Fallen der Ausnahmegesetze hat die Partei lange gezögert, eigene Druckereien einzurichten, damit diese bei Eintreten wichtiger Ereignisse nicht von der Regierung konfisziert werden können. Und jetzt, nachdem sie eigene Druckereien errichtet, befürchtet die Partei hierarchie jeden entschiedenen Schritt, um keinen Anlass zur Konfiskation zu geben. Noch bedrohter erscheint der Zwischenfall mit dem **Vorwärts**, der die Erlaubnis erbat weiter zu existieren – auf der Grundlage eines neuen Programms, das bis auf weiteres den Klassenkampf suspendiert. Jeder Freund der deutschen Sozialdemokratie empfand das Gefühl einer reinigenden Kränkung, als er die Nummer des Zentralorgans mit der herabwürdigenden Vorschrift des „Oberkommandos“ erhielt. Wäre der **Vorwärts** unter dem Verbot geblieben, so wäre das eine bedeutende politische Tatsache, auf die sich später die Partei selbst mit Stolz berufen hätte. Jedenfalls wäre das weit ehrenwerter, als das Existieren mit

dem Abdruck des Generalstiefels an der Stirn. Doch höher als alle Erwägungen der Politik und der Parteiwürde standen die Erwägungen des Unternehmens, des Verlages, der Organisation – und so existiert nun der **Vorwärts** als ein zweiseitiges Zeugnis der unbegrenzten Brutalität des kommandierenden Junkertums in Berlin wie in Leuven und des unbegrenzten Possibilismus der deutschen Sozialdemokratie.

Der rechte Flügel nahm eine mehr prinzipielle Position ein, die von politischen Erwägungen ausging. Diese prinzipiellen Erwägungen des deutschen Reformismus hat Wolfgang Heine sehr krass formuliert in einer lächerlichen Diskussion darüber, ob man den Sitzungssaal des Reichstages beim „Kaiserhoch“ verlassen oder sitzen bleiben solle. „Die Herstellung der Republik im deutschen Reiche liegt gegenwärtig und für lange Zeit außerhalb aller absehbaren Möglichkeiten, dass sie wirklich nicht Gegenstand unserer Tagespolitik ist.“ ... Die immer ausbleibenden praktischen Erfolge könnten erreicht werden, jedoch nur bei einem Zusammenarbeiten mit dem liberalen Bürgertum. „Aus diesem Grunde und nicht aus Zimperlichkeit habe ich darauf hingewiesen, dass die parlamentarische Zusammenarbeit erschwert wird durch Demonstrationen, die den größten Teil des Hauses unnötig *in seinen Gefühlen verletzen*.“ Wenn aber schon die Verletzung der monarchischen Etikette imstande war, die Hoffnung auf eine reformatorische Mitarbeit mit dem liberalen Bürgertum zu zerstören, so hätte der Bruch mit der bürgerlichen „Nation“ in der Stunde der nationalen „Gefahr“ für lange hinaus einen Strich gemacht nicht nur durch die erwünschten Reformen, sondern auch durch die reformistischen Wünsche. Jene Haltung, die den konservativen Routineuren des Parteizentrums durch die nackte Sorge um die organisatorische Selbsterhaltung diktiert war, ergänzte sich bei den Revisionisten durch politische Erwägungen. Der Standpunkt der Revisionisten erwies sich auf alle Fälle als weit umfassender und hat allerenden das Feld erobert. Fast die gesamte Parteipresse weist jetzt fleißig auf

das hin, was sie früher hart verspottete: dass die patriotische Haltung der Arbeiterschaft ihnen nach dem Kriege die Wohlgelegenheit der besitzenden Klassen für Reformen bringen müsse.

Sonach fühlte sich die deutsche Sozialdemokratie unter den Schlägen der großen Ereignisse nicht als eine revolutionäre Macht, welche vor sich Aufgaben hat, die weit über den Rahmen der Frage nach der Verschiebung der Staatsgrenzen hinausgehen, die sich nicht einen Augenblick in den nationalistischen Wirbel verliert, sondern den günstigsten Moment abwartet, um gleichzeitig mit den anderen Teilen der Internationale kraftvoll in den Gang der Ereignisse einzugreifen – nein, sie fühlte sich vor allem als ein schwerfälliger organisatorischer Train, den die feindliche Kavallerie bedroht. Darum hat sie auch die ganze Zukunft der Internationale der von ihr unabhängigen Frage der Verteidigung der Grenzen des Klassenstaates untergeordnet – weil sie sich selbst vor allem als ein konservativer Staat im Staate fühlte.

„Siehe Belgien!“ munterte der **Vorwärts** die Arbeiter-Soldaten auf. Dort sind die Arbeiterhäuser in Lazarette verwandelt, die Zeitungen geschlossen, das Leben unterdrückt. [1] Und darum haltet aus bis zum Ende – „bis der Sieg endgültig unser ist“. Mit anderen Worten: Zerstört weiter, erschreckt selbst vor dem Werke eurer Hände – „siehe Belgien!“ – und schöpft aus diesem Schrecken Mut für neue Zerstörungen!

Das oben gesagte bezieht sich im Großen und Ganzem nicht nur auf die deutsche Sozialdemokratie, sondern auf alle alten Teile der Internationale, die die Geschichte des letzten halben Jahrhunderts durchgemacht haben. Doch mit dem Gesagten erschöpft sich nicht die Frage nach den Ursachen des Zusammenbruchs der zweiten Internationale. Es bleibt der bisher in diesem Zusammenhang ungeklärte Faktor, der in dem Kern aller durcherlebten Ereignisse ruht. Die Abhängigkeit der Klassenbewegung des Proletariats, insbesondere seiner ökonomischen Kämpfe, von Umfang und Erfolgen der imperialistischen Politik des

Staates ist eine Frage, welche, soviel wir wissen, noch keiner Erörterung in der sozialistischen Presse unterzogen worden ist. Mit ihrer Lösung können auch wir uns nicht beschäftigen, im Rahmen eines politischen Pamphlets, als welches diese Broschüre ihrem Wesen nach erscheint. Was wir darüber sagen werden, wird daher notgedrungen den Charakter eines kurzen Überblickes haben.

Das Proletariat ist stark interessiert an der Entwicklung der Produktionskräfte. Als der Grundtypus der ökonomischen Entwicklung der vergangenen Epoche erschien der Nationalstaat, der in Europa in den Revolutionen und Kriegen der Jahre 1789 bis 1870 geschaffen wurde. Mit seiner ganzen bewussten Politik hat das Proletariat zu der Entwicklung der Produktionskräfte auf nationaler Grundlage beigetragen. Es unterstützte das Bürgertum in seinem Kampfe gegen äußere Feinde für nationale Befreiung; in seinem Kampfe gegen Monarchie, Feudalismus und Kirche für das Regime der politischen Demokratie. In dem Maße, als das Bürgertum „ordnungsfreudlich“ wurde, das heißt zur Reaktion überging, hat das Proletariat die von ihm nichtvollendete historische Arbeit auf sich genommen. Indem es gegen das Bürgertum eine Politik des Friedens, der Kultur und Demokratie verfocht, trug es zur Absatzvergrößerung auf dem nationalen Markt bei, es drängte also die Entwicklung der Produktionskräfte vorwärts. In gleichem Maße war es wirtschaftlich interessiert an der Demokratisierung und dem kulturellen Aufschwung aller anderen Länder, als Käufer oder Verkäufer im Verhältnis zu seinem eigenen Lande. Darin bestand die wichtigste Gewähr der internationalen Solidarität des Proletariats – nicht nur in seinem Endziele, sondern auch in seiner Tagespolitik. Der Kampf gegen die Überbleibsel feudaler Barbarei, gegen maßlose Forderungen des Militarismus, gegen Agrarzölle, gegen indirekte Steuer machten den Grundinhalt der Arbeiterpolitik aus und dienten direkt wie indirekt dem Werke der Entwicklung der Produktionskräfte. Eben darum ging die erdrückende

Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in ihrer Politik mit der Sozialdemokratie; jede Hemmung in der Entwicklung der Produktionskräfte berührt am unmittelbarsten die gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats.

In dem Maße, als der Kapitalismus vom nationalen Boden auf einen international-imperialistischen übertrat, geriet die nationale Produktion und mit ihr der ökonomische Kampf des Proletariats in unmittelbare Abhängigkeit von jenen Bedingungen des Weltmarktes, die mit Hilfe der Dreadnoughts und Mörser gesichert werden. Mit anderen Worten: im Gegensatz zu den grundsätzlichen Interessen des Proletariats, in ihrem vollen historischen Umfang genommen, erwiesen sich die unmittelbaren beruflichen Interessen seiner einzelnen Schichten in direkter Abhängigkeit von den Erfolgen oder Misserfolgen der äußeren Politik der Regierung.

England hat viel früher seine kapitalistische Entwicklung auf die Grundlage imperialistischen Raubbaus gestellt. Es hat die oberen Schichten des Proletariats an seiner Weltherrschaft interessiert. Das englische Proletariat hat bei Verfechtung seiner Interessen sich darauf beschränkt, einen Druck auf die bürgerlichen Parteien auszuüben, die ihm einen Anteil an kapitalistischer Ausbeutung anderer Länder gewährten. Eine selbständige Politik begann es in dem Maße einzuschlagen, als England seine Position auf dem Weltmarkt verlor, zurückgedrängt unter anderem durch seinen Hauptrivalen Deutschland. Doch zugleich, mit der Zunahme der industriellen Weltrolle Deutschlands wuchs nicht nur die materielle, sondern auch die ideelle Abhängigkeit weiter Schichten des deutschen Proletariats vom Imperialismus. Am 11. August schrieb der **Vorwärts**, dass die deutschen Arbeiter, „die man bisher zu den politisch aufgeklärten gezählt hat und denen seit Jahren (wir müssen gestehen, *mit recht wenig Erfolg*) die Gefahren des Imperialismus gepredigt worden sind“, ebenso über die italienische Neutralität schimpfen, wie die extremsten Chauvinisten. Dies hat aber den **Vorwärts** nicht ge-

hindert, die deutschen Arbeiter mit „nationalen“ und „demokratischen“ Argumenten zur Rechtfertigung der blutigen Arbeit des Imperialismus zu speisen – bei vielen Literaten sind die Rücken ebenso biegsam wie die Federn.

Doch ändert dies nichts sie den Tatsachen. In Bewusstsein der deutschen Arbeiter zeigte sich im entscheidenden Augenblick keine unversöhnliche Feindschaft gegen die imperialistische Politik – im Gegenteil, sie offenbarten eine außerordentliche Empfänglichkeit für ihre von nationaler und demokratischer Phraseologie umhülltem Einflüsterungen. Der sozialistische Imperialismus offenbart sich in der deutschen Sozialdemokratie nicht zum ersten Male. Es genügt, an die Tatsache zu erinnern, dass auf dem internationalen Kongress in Stuttgart die Mehrheit der deutschen Delegierten, besonders die Gewerkschafter, gegen die marxistische Resolution über die Kolonialpolitik stimmten. Erst im Lichte der jetzigen Ereignisse erhält die Tatsache, die damals Sensation hervorgerufen, ihre ganze Bedeutung. Gegenwärtig verquickt die Gewerkschaftspresse mit mehr Bewusstheit und nüchterner Sachlichkeit als die politische die Sache der deutschen Arbeiterklasse mit dem Werke der hohenzollernschen Armee.

Solange der Kapitalismus auf nationaler Grundlage verblieb, konnte sich das Proletariat an der Mitwirkung der Demokratisierung der politischen Beziehungen und der Entwicklung der Produktivkräfte mittels seiner parlamentarischen, kommunalen und sonstigen Tätigkeit nicht entziehen. Die Versuche der Anarchisten, dem politischen Kampf der Sozialdemokratie eine formal-revolutionäre Agitation entgegenzustellen, verurteilte sie zur Isolierung und zum Aussterben. Soweit aber die kapitalistischen Staaten aus nationalen Gebilden zu imperialistischen Weltstaaten werden, kann das Proletariat diesem Imperialismus keine Opposition entgegensetzen auf Grund des sogenannten Minimalprogramms, das seiner Politik im Rahmen des Nationalstaates die Richtung gegeben hat. Auf der Grundlage eines Kampfes um Ta-

rifverträge und Sozialgesetzgebung ist das Proletariat außerstande, die gleiche Energie gegen den Imperialismus zu entwickeln, wie es dies gegen den Feudalismus getan hat. Indem es auf den veränderten kapitalistischen Grundlagen seine alte Methode des Klassenkampfes – der ständigen Anpassung an die Bewegung des Marktes – anwendet, gerät es selbst, materiell und ideell, in Abhängigkeit vom Imperialismus. Dem Imperialismus seine revolutionäre Kraft entgegenstellen, kann das Proletariat nur unter dem Banner des Sozialismus als einer unmittelbaren Aufgabe. Die Arbeiterklasse erweist sich umso machtloser gegen den Imperialismus, je länger ihre alten mächtigen Organisationen auf dem Boden der alten possibilistischen Taktik verbleiben; die Arbeiterklasse wird übermäßig gegen den Imperialismus, wenn sie den Kampfesweg der sozialen Revolution betritt.

Die Methoden national-parlamentarischer Opposition verbleiben nicht nur objektiv resultatlos, sondern verlieren für die Arbeitermassen jede subjektive Anziehungskraft angesichts der Tatsache, dass hinter dem Rücken der Parlamentarier der Imperialismus mit bewaffnetem Arm den Verdienst und selbst die Existenz des Arbeiters in immer größerer Abhängigkeit von seinen Erfolgen auf dem Weltmarkt bringt. Dass der Übergang des Proletariats vom Possibilismus zur Revolution nicht durch agitatorische Antreiberei, sondern nur durch historische Erschütterungen hervorgerufen werden kann, war jedem denkenden Sozialisten klar. Aber dass diesem unvermeidlichen Umschwung der Taktik die Geschichte einen solchen erschütternden Zusammenbruch der Internationale vorausschicken würde, hat niemand vorausgesehen. Die Geschichte arbeitet mit titanischer Erbarmungslosigkeit. Was bedeutet ihr die Kathedrale von Reims? Und was einige hundert oder tausend politische Reputationen? Und was ist ihr Leben oder Tod von Hunderttausenden oder Millionen? Das Proletariat hat sich zu lange in der Vorbereitungsklasse aufgehalten, viel länger als seine großen Vorkämp-

fer es sich gedacht haben – die Geschichte nahm den Besen zur Hand, warf die Internationale der Epigonen auseinander und führte die schwerfälligen Millionen ins Feld, wo ihnen mit Blut die letzten Illusionen abgewaschen werden. Ein schreckliches Experiment! Von seinem Ausgang hängt vielleicht das Schicksal der europäischen Kultur ab.

Fußnote von Trotzki

1. Ein Korrespondent des **Vorwärts** erzählt sentimental, wie er in Brüssel in der *Maison du peuple* die belgischen Genossen suchte und ein deutsches Lazarett fand. Wozu brauchte der Korrespondent des **Vorwärts** belgische Genossen? „Um sie für die Sache des deutschen Volkes zu gewinnen“ – in einem Moment, wo schon Brüssel selbst „für die Sache des deutschen Volkes“ gewonnen war.

Gilles Dauvé: 1917-1937: Wenn die Aufstände sterben

Inhalt:

Brest-Litowsk 1917 und 1939
»Faschismus und Großkapital«
Rom 1919-22
Turin 1943
Volksgemeinschaft gegen Gemeinwesen
Berlin 1919 - 33
Barcelona 1936
Barcelona, Mai 1937
»Der Krieg frißt die Revolution«
Anarchisten in der Regierung
Das Scheitern der Kollektivierungen
Kollektivieren oder Kommunisieren?
Bilanz

Titel der frz. Originalausgabe: Quand meurent les insurrections; A.D.E.L. (Associations Documentation Edition Liaisons), o.O., o.J. (1998) - ADEL c/o Echanges BP 241 F-75866 Paris Cedex 18: e-mail: adel0@altern.org

Brest-Litowsk 1917 und 1939

» (...) Wird die russische Revolution das Signal einer proletarischen Revolution im Westen, so daß beide einander ergänzen, so kann das jetzige russische Gemeineigentum am Boden zum Ausgangspunkt einer kommunistischen Entwicklung dienen.« (Marx, Engels, Vorwort zur russischen Ausgabe des Manifests, 1882)

Diese Perspektive hat sich nicht bewahrt. Das europäische Industrieproletariat hat sein Zusammenkommen mit einer neubelebten russischen Dorfgemeinschaft verpaßt.

Polen, Brest-Litowsk, Dezember 1917. Einem Deutschland, das entschlossen ist, sich einen guten Teil des ehemaligen Zarenreichs von Finnland bis zum Kaukasus einzuhauen, schlagen die Bolschewiken einen Frieden ohne Annexion vor.

Aber im Februar 1918 gehorchen die deutschen Soldaten, obwohl sie »Proletarier in Uniform« sind, den Befehlen ihrer Offiziere und nehmen die Offensive gegen das nunmehr sowjetische Rußland wieder auf. Es gibt keine Fraternisierung, und der von den Linksbolschewiken gerühmte revolutionäre Krieg erweist sich als undurchführbar. Im März muß Trotzki ein Friedensabkommen unterschreiben, dessen Bedingungen die Generäle des Kaisers diktiert haben. Wir tauschen Raum gegen Zeit, hatte Lenin gesagt: und tatsächlich wird mit der deutschen Niederlage im November der Vertrag hinfällig. Doch der praktische Beweis der internationalen Einigkeit der Ausgebeuteten war verpaßt worden. Einige Monate später stellen sich dieselben Proletarier, die nun mit dem Ende des Kriegs ins Zivilleben zurückgekehrt sind, der mit den Freikorps alliierten offiziellen Arbeiterbewegung entgegen. Sie unterliegen 1919 in Berlin, in Bayern und in Ungarn. 1920 unterliegt die Rote Ruhrarmee. 1921 scheitert die Märzaktion ...

September 1939. Hitler und Stalin haben sich gerade Polen untereinander aufgeteilt. An der Grenzbrücke Brest-Litowsk werden mehrere hundert KPD-Mitglieder, die sich in die UdSSR geflüchtet hatten und dann als »Konterrevolutionäre« oder »Faschisten« verhaftet worden waren, aus den stalinistischen Gefängnissen an die Gestapo übergeben.

1917-1937, zwanzig Jahre, die die Welt erschütterten. Die Schrecken des Faschismus von 1939-45 und die Umwälzungen, die darauf folgten, sind das Ergebnis einer gigantischen gesellschaftlichen Krise, die durch die Aufstände von 1917 eröffnet und mit dem Krieg in Spanien wieder beendet wurde. [1]

»Faschismus und Großkapital«

Die durch Daniel Guérin berühmt gewordene Formulierung, wonach der Faschismus den Interessen des Großkapitals dient, ist vollkommen richtig - aber 99 %

derjenigen, die diese These wiedergeben, fügen schnell hinzu, daß trotz allem 1922 und 1933 der Faschismus zu vermeiden gewesen wäre, wenn die Arbeiterbewegung und/oder die Demokraten genügend Druck ausgeübt hätten, um ihm die Tür zur Macht zu versperren. Hätten sich nur 1921 die Sozialistische Partei und die ganz junge KP Italiens mit den Republikanern verbündet, um Mussolini den Weg zu versperren ... hätte die KPD nicht zu Beginn der 30er Jahre der SPD einen Bruderkrieg geliefert ... Europa wäre eine der schlimmsten Diktaturen der Geschichte, der Zweite Weltkrieg, das Nazi-Regime, das fast einen ganzen Kontinent besetzte, die Lager und die Vernichtung der Juden erspart geblieben. Hinter sehr richtigen Betrachtungen über die Klassen, den Staat, die Verbindung zwischen Faschismus und Großindustrie übersieht diese Ansicht, daß der Faschismus mit einem doppelten Scheitern zusammenhängt: dem Scheitern der Revolutionäre nach '14 - 18, als sie von der Sozialdemokratie und der parlamentarischen Demokratie vernichtend geschlagen wurden; und dem Scheitern der Demokraten und Sozialdemokraten bei der Verwaltung des Kapitals am Ende der 20er Jahre. Der Machtantritt der Faschisten und die Natur des Faschismus bleiben unverständlich, wenn man nicht die vorausgehenden Zeitraum betrachtet, den vorhergehenden Klassenkampf und seine Grenzen. Überdies ist es kein Zufall, daß D. Guérin sich sowohl über die Volksfront täuscht, in der er eine »verpaßte Revolution« sieht, als auch über die eigentliche Bedeutung des Faschismus. [2]

Was liegt dem Faschismus zugrunde, wenn nicht die wirtschaftliche und politische Vereinigung des Kapitals, eine Tendenz, die sich nach 1914 verallgemeinert hatte? Der Faschismus war eine besondere Art, diese zu realisieren in Ländern - Italien und Deutschland - , in denen zwar die Revolution ersticken worden war, der Staat sich aber als unfähig gezeigt hatte, die Ordnung durchzusetzen, auch nicht innerhalb der Bourgeoisie. Mussolini ist

nicht Thiers, der fest im Sattel der Macht den regulären Truppen befiehlt, die Kommunarden zu massakrieren. Es ist wesentlich für den Faschismus, daß er auf der Straße geboren ist, daß er Unordnung gestiftet hat für die Ordnung, indem er die durch ihren Ruin erzürnten alten Mittelschichten mobilisiert hat, und somit *von außen* einen Staat wiederhergestellt hat, der unfähig gewesen war, der Krise des Kapitalismus standzuhalten. [3]

Der Faschismus war eine Anstrengung der Bourgeoisie, um ihre Widersprüche unter Zwang zu überwinden, die Arbeitermethoden der Massenmobilisierung zu ihrem Vorteil umzulenken und alle Ressourcen des modernen Staates gegen einen inneren - und dann einen äußeren - Feind anzuwenden.

Es handelte sich um eine Krise des Staats im Übergang zur totalen Herrschaft des Kapitals über die Gesellschaft. Man hatte die Arbeiterorganisationen gebraucht, um auf die proletarische Welle zu antworten, man brauchte danach den Faschismus, um die weitere Unordnung zu beenden, die sicherlich nicht revolutionär war, aber lähmend, weil sie den Weg zu Lösungen, die nur gewaltsam sein konnten, blockierte. Die Krise wurde damals freilich nicht überwunden: der faschistische Staat war nur scheinbar effektiv; denn indem er die Lohnabhängigen zwangsweise integrierte (die italienischen Korporationen, die Deutsche Arbeitsfront) und die Konflikte künstlich ausschloß, projektierte er sie nur in eine militaristische Flucht nach vorn. Die Krise wurde erst einigermaßen überwunden von dem in alle Richtungen vordringenden demokratischen Staat, der nach 1945 errichtet wurde und sich potentiell alle Mittel des Faschismus - und sogar mehr - gab, denn er neutralisierte die Organisationen der Lohnabhängigen, ohne sie abzuschaffen. Das Parlament hat seine Kontrolle über die Exekutive verloren. Durch Welfare oder Workfare, durch die modernen Überwachungstechniken wie durch das auf Millionen Menschen ausgedehnte Fürsorgesystem, kurz gesagt: durch ein System, das jeden einzelnen

immer abhängiger macht, geht die gesellschaftliche Gleichschaltung über diejenige unter dem faschistischen Terror hinaus, aber der Faschismus als spezifische Bewegung ist verschwunden. Er entsprach der zwangswise Disziplinierung der Bourgeoisie unter staatlichem Druck, im besonderen Kontext von neuen Staaten, die größte Schwierigkeiten hatten, zur gleichen Zeit Nationen zu sein.

Die Bourgeoisie hat sich bis zum Namen bei den Arbeiterorganisationen bedient, die sich in Italien oft »Bündel« (fasci) nannten. Es ist bezeichnend, daß sich der Faschismus zuerst als Organisationsform und nicht als Programm definiert hat. Sein einziges Programm besteht darin, die Bestandteile der Gesellschaft zwangswise, in Bündeln (fasci) zusammenzufassen. Die Diktatur ist keine *Waffe* des Kapitals, so als ob man sie durch weniger tödliche Mittel ersetzen könnte, sondern eine seiner *Tendenzen*, die sich verwirklicht, sobald es nötig ist. Zur Demokratie »zurückzukehren« bedeutet, daß die Diktatur (bis zum nächsten Mal) zur Integration der Massen in den Staat unnötig geworden ist. Das Problem ist also nicht, daß die Demokratie eine sanftere Herrschaft als die Diktatur zusichert: jedem wäre es lieber, auf schwedische Art ausgebeutet zu werden, als von den Bütteln eines Pinochet entführt zu werden. Aber kann man *wählen*? Selbst die beruhigende skandinavische Demokratie würde sich in eine Diktatur verwandeln, wenn es nötig ist. Der Staat hat nur eine Funktion, die er demokratisch oder diktatorisch ausübt. Daß der erste Weg nicht so hart ist, bedeutet nicht, daß man den Staat dazu bringen kann, auf den zweiten Weg zu verzichten. Die Formen, die sich der Kapitalismus gibt, hängen nicht stärker von den Vorlieben der Proletarier ab als von den Absichten der Bourgeoisie. Weimar hat vor Hitler kapituliert, es hat ihn willkommen geheißen. Und die Volksfront von Blum hat nicht »den Faschismus verhindert«; denn das Frankreich von 1936 hatte keinerlei Bedarf, sein Kapital autoritär zu vereinigen oder seine Mittelschich-

ten zu unterwerfen.

Es gibt keine politische »Wahl«, zu der die Proletarier aufgefordert wären oder zu der sie sich gewaltsam entscheiden könnten. Die Demokratie *ist nicht* die Diktatur, aber sie bereitet sie vor und sie bereitet sich darauf vor.

Das Wesen des Antifaschismus besteht darin, dem Faschismus zu widerstehen, indem man die Demokratie verteidigt. Das heißt, nicht mehr gegen den Kapitalismus zu kämpfen, sondern genügend Druck auf ihn auszuüben, damit er darauf verzichtet, totalitär zu werden. Wenn man den Sozialismus mit der vollständigen Demokratie gleichsetzt, und den Kapitalismus mit einer zunehmenden Faschisierung, dann wird der Antagonismus Proletariat - Kapital, Kommunismus - Lohnverhältnis, Proletariat - Staat zurückgewiesen zugunsten eines Gegensatzes Demokratie - Faschismus, den man als Quintessenz der revolutionären Perspektive darstellt. Wenn man die Linken und die Linken hört, soll die wirkliche Veränderung darin bestehen, daß das von der Bourgeoisie ewig verratene Ideal von 1789 verwirklicht wird. Die neue Welt? Aber wir sind doch schon ein bißchen drin! Embryone, die geschützt, Keime, die aufgezogen werden müssen: die erungenen demokratischen Rechte, die in einer immer weiter zu verbessernden Gesellschaft durch jeden Abend stärkere Dosen von Demokratie immer mehr ausgedehnt werden müßten, bis zur vollständigen Demokratie: dem Sozialismus.

Die Gesellschaftskritik, die so auf einen antifaschistischen Widerstand reduziert wird, soll sich der Totalität dessen anschließen, was sie zuvor bekämpft hatte, und soll offensichtlich diese olle Kamelle: die Revolution, zugunsten eines Gradualismus aufgeben, einer Abart des »friedlichen Übergangs zum Sozialismus«, den die KP damals so sehr gepredigt hatte und den 1968 alle, die die Gesellschaft verändern wollten, ausgelacht haben. Man sieht, wie weit wir gekommen sind!

Wir werden uns nicht der Lächerlichkeit preisgeben und der Linken (und ihrem ex-

tremen Flügel) vorwerfen, die kommunistische Perspektive, die sie sowieso immer bekämpft hat, auf den Müll geworfen zu haben. Daß der Antifaschismus auf jede Revolution verzichtet, ist offensichtlich. Aber er scheitert genau da, wo sein »Realismus« Effektivität vortäuscht: die mögliche Verwandlung der Gesellschaft in eine Diktatur zu verhindern.

Die bürgerliche Demokratie ist eine Phase bei der Machtergreifung des Kapitals, und ihre Ausdehnung im 20. Jahrhundert vollendet die Herrschaft, indem sie die Isolierung der Individuen verschärft. Die Demokratie, die Heilmittel gegen die Trennung zwischen Menschen und Gemeinschaft, menschlicher Aktivität und Gesellschaft, zwischen Klassen sein soll, wird niemals das Problem der am meisten gespaltenen Gesellschaft in der Geschichte auflösen können. Als Form, die nicht in der Lage ist, ihren Inhalt zu verändern, ist sie nur ein Teil des Problems, dessen Lösung zu sein sie behauptet. Jedesmal, wenn sie eine »soziale Bindung« zu stiften vorgibt, begleitet sie deren Auflösung. Jedesmal wenn sie die Widersprüche in der Warenwelt notdürftig beseitigt, zieht sie damit die Maschen des staatlichen Netzes über den gesellschaftlichen Verhältnissen stärker zusammen. Selbst auf dem verzweifelt resignierten Niveau, auf das sich die Antifaschisten begeben, müßten sie, um glaubwürdig zu sein, uns erklären, inwiefern ein lokales demokratisches Leben mit der merkantilen Kolonialisierung zu vereinbaren ist, die unsere Treffpunkte entleert und die Warengalerie füllt, oder wie ein allgegenwärtiger Staat, von dem man alles erwartet, Schutz und Fürsorge, eine regelrechte Maschine zur Produktion des gesellschaftlichen »Wohls«, an dem Tag, an dem die explosiven Widersprüche dazu zwingen, die Ordnung wiederherzustellen, nichts »Böses« tun wird. Der Faschismus ist die Lobhudelei des staatlichen Monsters, der Antifaschismus seine subtilere Verherrlichung. Für einen *demokratischen* Staat zu kämpfen, bedeutet unweigerlich, den *Staat* zu stärken und anstatt den Totalita-

rismus zu knebeln, die Krallen zu schärfen, die er in die Gesellschaft ausfährt.

Rom 1919-22

Die Länder, in denen der historische Faschismus gesiegt hat, sind dieselben, in denen der auf 1914-18 folgende revolutionäre Angriff bis zu bewaffneten Aufständen gegangen war. In Italien stellte sich ein bedeutender Teil des Proletariats mit diesen Methoden und eigenen Zielen unmittelbar dem Faschismus entgegen. Sein Kampf hatte nichts spezifisch *antifaschistisches*: wenn man gegen das Kapital handeln wollte, mußte man gegen die Schwarzhemden handeln, so wie gegen die Bullen der parlamentarischen Demokratie. [4]

Der Faschismus hat diese Einzigartigkeit, daß er der Konter-Revolution eine Massenbasis gibt und die Revolution damit nachhäfft. Er dreht die Parole »den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg verwandeln« gegen die Arbeiterbewegung um und erscheint so als Reaktion von Kriegsveteranen, die in ein Zivilleben zurückgekehrt sind, in dem sie nichts darstellen und keinen anderen Zusammenhalt haben als die kollektive Gewalt, und die dazu entschlossen sind, das zu zerstören, was sie für ihre Entwurzelung für verantwortlich machen wollen: Unruhestifter, Subversive, Anti-Nationale usw. ...

So macht sich auch die faschistische Bewegung von Anfang an zum Helfer der Polizei auf dem Land und unterdrückt mit Gewehrkolbenschlägen das Landproletariat, entwickelt aber zur gleichen Zeit eine wütende antikapitalistische Demagogie. 1919, als die Bewegung noch unbedeutend ist, verlangt sie die Abschaffung der Monarchie, des Senats und der Adelstitel, Frauenwahlrecht, die Beschlagnahmung der Kirchengüter, die Enteignung der Großgrundbesitzer und der Großindustriellen. Während er den Arbeiter im Namen des »Produzenten« bekämpft, verherrlicht Mussolini die Erinnerung an die Rote Woche von 1914 (in der es zu einem

Aufflammen von Aufständen, vor allem in Ancona und Neapel gekommen war) und begrüßt das positive Werk der Gewerkschaften, da sie den Arbeiter an die Nation binden. Sein Ziel: die autoritäre Wiederherstellung des Staats, um eine neue staatliche Struktur zu gründen, die - im Gegensatz zur Demokratie, so verspricht er es - in der Lage wäre, sowohl das Interesse des Arbeiters wie des Bürgers zu verteidigen, das Großkapital einzuschränken und den Warenwert zu kontrollieren, der Werte, Bindungen und Arbeit zerstört ...

Traditionell lehnte die Bourgeoisie die Realität der sozialen Widersprüche ab: der Faschismus proklamiert sie im Gegen teil gewalttätig, er verleugnet sie zwischen den Klassen und hebt sie auf die Ebene der Nationen, indem er das Schicksal Italiens anprangert, eine »proletarische Nation« zu sein.

Die faschistische Repression wird *nach* einer proletarischen Niederlage entfesselt, deren hauptsächlicher Urheber die Demokratie und ihre Schaltstellen sind: Parteien und Gewerkschaften; denn nur sie können die Arbeiter mit einer gleichzeitig direkten und indirekten Methode bezwingen. Die Faschisten kommen nicht an die Macht, nachdem sie die Arbeiter in Straßenkämpfen geschlagen haben. In Deutschland waren die Arbeiter 11 oder 12 Jahre zuvor besiegt worden. Und auch in Italien sind sie eher durch die Urnen als durch die Waffen geschlagen worden.

1919 gründete Mussolini seine *fasci*, in denen er das Zusammenschloß, was vor ihm oder neben ihm existierte. Während Italien wie Europa explodierte, rief die Demokratie gegen Knüppel und Revolver ... - zu Wahlen auf, aus denen eine gemäßigte und sozialistische Mehrheit hervorging. »Der Sieg, die Wahl der 150 sozialistischen Abgeordneten, wurde auf Kosten eines *Rückgangs* der aufständischen Bewegung und des politischen Generalstreiks erkauft, sowie der Infragestellung der bereits erreichten Forderungen (...)«, sollte Bordiga 40 Jahre später kommentieren.

Während der Fabrikbesetzungen 1920 hüttete sich der Staat davor, direkt anzugreifen und ließ die Proletarier sich selbst totlaufen, mit der Unterstützung der CGL (mehrheitlich sozialistische Gewerkschaftszentrale), welche die Streiks benutzte oder brach.

Seit der Entstehung der *fasci* schloß die Polizei mal ein Auge, wenn sie die Volkshäuser verwüsteten, mal beschlagnahmte sie die Gewehre der Arbeiter; die Richterschaft ließ größte Milde walten, und die Armee tolerierte oder unterstützte sogar ihre Erpressungen. Diese offene aber gleichwohl nur offiziöse Unterstützung wurde quasi offiziell mit dem Rundschreiben von Bonomi am 20. Oktober 1921, mit dem er 60 000 demobilisierte Offiziere in die Sturmgruppen Mussolinis schickte, um sich das Kommando über sie zu sichern.

Was machten die Parteien? Die mit der Rechten verbündeten Liberalen zögerten nicht, für die Wahlen im Mai 1921 einen »nationalen Block« unter Einschluß der Faschisten zu bilden. Im Juni/Juli desselben Jahres schloß die Sozialistische Partei einen »Versöhnungspakt«, der zwar völlig unnütz war einem Feind gegenüber, dem es gar nicht einfiel, Wort zu halten, der aber die Arbeiter noch etwas mehr verwirrte.

Die CGL erklärte sich angesichts einer ganz offensichtlich politischen Reaktion für apolitisch. Als die Gewerkschaftsführer merkten, daß Mussolini der Macht nahe war, träumten sie von einer stillschweigenden Übereinkunft mit dem Faschismus und riefen die Arbeiter dazu auf, sich aus der Konfrontation zwischen KP und der Nationalen Faschistischen Partei (PNF) herauszuhalten.

Bis zum August 1922 kam der Faschismus vor allem im Norden, wo er die gesamte unabhängige Landarbeitergewerkschaft auslöschte, kaum über die ländlichen Gebiete hinaus. Er brannte zwar 1919 den Sitz der sozialistischen Tageszeitung ab, traute sich aber 1920 nicht, den Streikbrecher zu spielen, und ließ die Forderungen der Arbeiter sogar verbal

gut. In den Städten konnten sich die *fasci* selten durchsetzen. Ihr »Marsch auf Ravenna« im September 1921 ging schief. Im November 1921 verhinderte ein Generalstreik in Rom die Abhaltung eines Faschistenkongresses. Im Mai 1922 zweiter Versuch, zweite Niederlage.

Das Szenario ist fast immer gleich. Auf einen lokalen faschistischen Angriff folgt eine Antwort der Arbeiter, die aber (unter den Aufrufen der reformistischen Arbeiterbewegung zur Mäßigung) aufhört, sobald der reaktionäre Druck nachläßt, weil die Proletarier darauf vertrauen, daß die Demokraten die bewaffneten Banden zur Vernunft bringen. Die Bedrohung entfernt sich, baut sich von neuem auf, geht woanders weiter ... und wird letztlich für einen Staat glaubwürdig, von dem die Massen die Lösung erwarteten. Die Proletarier erkannten eher in den knüppelschwingenden Schwarzhemden den Feind als in der »normalen« Form des Bullen oder des Militärs, die aufgrund von Gewohnheit, von Gesetz und allgemeinem Wahlrecht eine sanktionierte Legalität besaßen.

Anfang Juli 1922 sprach sich die CGL mit einer Zweidrittelmehrheit gegen die kommunistische Minderheit für »jede Regierung, die die Wiederherstellung der Grundfreiheiten garantiert« aus. Im selben Monat verstärkten die Faschisten ihre Versuche, in die Städte des Nordens einzudringen ...

Am ersten August rief das Bündnis der Arbeit, in dem sich die Eisenbahnergewerkschaft, die CGL und die anarchistische USI zusammengeschlossen hatten, einen Generalstreik aus. Trotz des breiten Erfolgs erklärte ihn das Bündnis am dritten August offiziell für beendet. In vielen Städten ging er trotzdem in Form eines Aufstands weiter, und wurde erst durch das Eingreifen der Polizei und des Militärs beendet, die von den Kanonen der Marine unterstützt und natürlich von den Faschisten verstärkt wurden.

Wer hat die proletarische Energie besiegt? Der Generalstreik wurde vom Staat und den *fasci* gebrochen, aber vor allen Dingen wurde er von der Demokratie erstickt,

und seine Niederlage öffnete den Weg für die faschistische Lösung der Krise.

Man kann kaum von einem Staatsstreich sprechen, sondern von der Übergabe der Macht mit der Zustimmung der betreffenden Seiten. Der »Marsch auf Rom« des Duce (der sich damit begnügte, den Zug zu nehmen) war weniger eine Kraftprobe als eine Inszenierung: Die Faschisten taten so, als würden sie den Staat angreifen; und der tat so, als würde er ihnen eine Schlacht liefern; und Mussolini bekam die Macht. Sein Ultimatum vom 24. Oktober (»Wir wollen zum Staat werden!«) war nicht die Drohung mit einem Bürgerkrieg, sondern das Zeichen für die herrschende Klasse, daß nunmehr die Nationale Faschistische Partei die einzige Kraft darstellte, die in der Lage war, die staatliche Autorität wiederherzustellen und die politische Einheit des Landes zu sichern. Die Armee hätte die in Rom versammelten, schlecht bewaffneten und militärisch notorisch unterlegenen faschistischen Gruppen zur Vernunft bringen können, der Staat brauchte dem umstürzlerischen Druck nicht nachzugeben. Aber das Spiel wurde nicht auf militärischer Ebene gespielt. Vor allem unter dem Einfluß von Badoglio (Chef des Generalstabs von 1919-21) gab die legitime Autorität nach. Der König weigerte sich, den Belagerungszustand auszurufen, und am 30. des Monats bat er den Duce, eine neue Regierung zu bilden unter Beteiligung der Liberalen - denselben Liberalen, auf die sich der Antifaschismus hatte stützen wollen, um einen Damm gegen den Faschismus zu errichten. Mit Ausnahme von KP und Sozialistischer Partei näherten sich alle Parteien an den PNF an und stimmten für Mussolini; das Parlament, in dem nur 35 Faschisten saßen, erteilte mit 306 zu 116 Stimmen seiner Regierung die Zustimmung. Selbst Giolitti, die große liberale Figur der damaligen Zeit, der autoritäre Reformator, der vor 1914 oft Ratspräsident war und 1920-21 wiederum Staatschef, und in dem man heutzutage den einzigen sieht, der sich ernsthaft Mussolini hätte in den Weg stellen können, sollte

ihn bis 1924 unterstützen. Der Diktator bekam von der Demokratie nicht nur seine Macht, sondern sie ratifizierte sie ihm auch noch.

Ergänzen wir noch, daß in den Folgemonaten einige Gewerkschaften, darunter die der Eisenbahner und der Seefahrer, sich als national, als dem Vaterland und somit auch dem Regime gegenüber nicht feindlich gesinnt erklärten - die Repression sollte sie dennoch nicht verschonen.

Turin 1943

Wenn sich die italienische Demokratie fast kampflos an den Faschismus ausgeliefert hat, so hat letzterer die Demokratie wieder hervorgebracht, als er nicht mehr in der Lage war, dem gegebenen politisch-sozialen Kräfteverhältnis zu entsprechen.

Wie kann die Arbeiterklasse beherrscht werden? Diese Frage war nach 1943 genauso zentral wie 1919. In Italien beweist das Ende des Zweiten Weltkriegs noch mehr als in anderen Ländern, daß der Konflikt zwischen Staaten eine Klassendimension hatte, was man nie rein militärisch erklären kann. Bei Fiat brach im Oktober 1942 ein Generalstreik aus. Im März 1943 erschütterte eine Streikwelle Turin und Mailand, in deren Verlauf versucht wurde, Räte zu bilden. Von 1943 bis 1945 erhoben sich Arbeitergruppen, die mal von der KP unabhängig waren, mal sich »bordigistisch« nannten; oft waren sie gleichzeitig antifaschistisch, *rot* und bewaffnet. Das Regime konnte das gesellschaftliche Gleichgewicht nicht mehr garantieren, während im selben Moment das Bündnis mit den Deutschen unhaltbar wurde angesichts des Aufmarschs der Engländer und Amerikaner, die jeder für die zukünftigen Herren Westeuropas hielt. Das Lager wechseln bedeutete, sich auf die Seite der zukünftigen Sieger zu stellen, es hieß aber auch, die Arbeiterrevolten und die Partisanengruppen auf ein patriotisches Ziel mit sozialem Inhalt hin zu kanalisieren. Am 10. Juli 1943 landeten

die Alliierten in Sizilien. Am 24. geriet Mussolini mit 17 gegen 19 Stimmen im Großen Faschistischen Rat in die Minderheit und trat zurück.

Selten mußte sich ein Diktator der demokratischen Mehrheit fügen.

Der nach seiner Unterstützung des Marsches auf Rom zum Würdenträger des Regimes ernannte Marschall Badoglio, der nach seiner Aussage darüber besorgt war, daß »der Zusammenbruch des Regimes zu weit nach links führen würde«, bildete eine Regierung, die noch faschistisch, aber ohne Duce war, und wandte sich an die demokratische Opposition. Diese weigerte sich und machte die Abdankung des Königs zur Vorbedingung. Nach einer zweiten Übergangsregierung bildete der Marschall dann im April 1944 eine dritte unter Beteiligung des KP-Chefs Togliatti: unter dem Druck der Alliierten und der KP akzeptierten die Demokraten jetzt den König (die Republik wurde per Volksentscheid im Jahr 1946 ausgerufen). Aber Badoglio weckte zu viele schlechte Erinnerungen. So bildete Bonomi - derselbe Bonomi, der 13 Jahre zuvor mit seinem Erlaß die Offiziere zu den *fasci* geschickt hatte - im Juni eine Regierung ohne die Faschisten, die sich an der Drei-Parteien-Formel (Kommunisten, Sozialisten, Christdemokraten) orientierte, welche in Italien wie in Frankreich die Jahre nach dem Krieg bestimmten sollte.

Ein Stellungswechsel des politischen Personals, das zudem oft identisch war, ein Walzer der blutbefleckten Hampelmänner: das war das Bühnenbild, hinter dem sich die Demokratie in eine Diktatur verwandelte und umgekehrt, je nachdem, wie die Phasen und die Brüche im Gleichgewicht der Klassenkonflikte und der Konflikte zwischen Nationen eine Nachfolge und eine Neuzusammensetzung der politischen Formen nach sich ziehen, um denselben Staat aufrechtzuerhalten, damit er denselben Inhalt garantiere. Niemand wird das besser sagen können als die spanische KP, die Mitte der 70er Jahre (zyanisch oder naiv?) während des Übergangs

vom Franquismus zur demokratischen Monarchie folgendes erklärte:

»Die spanische Gesellschaft wünscht, daß alles verändert wird, damit ohne Stockungen oder gesellschaftliche Erschütterungen das normale Funktionieren des Staates gesichert werde. Die Kontinuität des Staates erfordert die Nicht-Kontinuität des Regimes.« [5]

Volksgemeinschaft gegen Gemeinwesen [6]

Gerade auf dem revolutionären Terrain siegt die Konter-Revolution, das ist unvermeidlich. Mit seiner »Volksgemeinschaft« wird der Nationalsozialismus den Anspruch erheben, den Parlamentarismus und die bürgerliche Demokratie zu vernichten, gegen die sich das Proletariat nach 1917 erhoben hatte. Aber die konservative Revolution nahm auch alte anti-kapitalistische Tendenzen wieder auf (Rückkehr zur Natur, Flucht aus den Städten ...), welche die Arbeiterparteien, auch die extremistischen, geleugnet oder unterschätzt hatten aufgrund ihrer Unfähigkeit, die nicht-klassenbezogene und gemeinschaftliche Dimension des Proletariats miteinzubeziehen, die Ökonomie zu kritisieren und sich die zukünftige Welt anders vorzustellen denn als eine Verlängerung der Großindustrie. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gehörten solche Themen noch zum Kern der sozialistischen Bewegung, bevor sie vom »Marxismus« im Namen des Fortschritts und der Wissenschaft aufgegeben wurden und nur im Anarchismus und bei den Sekten überlebten. [7]

Volksgemeinschaft gegen Gemeinwesen ... 1933 ist nicht die Niederlage, sondern nur ihr Vollzug. Der Nazismus hat eine soziale Krise beseitigt, gelöst und beendet, die so umfassend war, daß wir sie kaum verstehen können. Deutschland, die Geburtsstätte der größten Sozialdemokratie der Welt, hat gleichzeitig die stärkste anti-parlamentarische, anti-gewerkschaftliche radikale Bewegung erlebt, die eine »Ar-

beiterwelt anstrebt, aber auch andere anti-bürgerliche und anti-kapitalistische Protestbewegungen anzuziehen vermochte. Es ist kein Zufall, daß an der Seite der »deutschen Linken« auch Avantgarde-Künstler standen. Dies bedeutet, daß das Kapital als »Zivilisation« im Sinne von Fouriers Kritik in Frage gestellt wurde. Verlust der Gemeinschaft, Individualismus und Herdentrieb, sexuelles Elend, zerrüttete Familie, die aber als Zuflucht noch gebraucht wird, Entfernung von der Natur, industrielle Nahrung, wachsende Künstlichkeit, Veränderung des Menschen [Protheisierung], hinter der Zeit herrennen, Tod der Kunst, Beziehungen, die immer mehr durch Geld und Technik vermittelt sind ... all diese Entfremdungen geraten unter den Beschuß einer konfusen und vielgestaltigen Kritik. Schon ein oberflächlicher Blick darauf zeigt auch im nachhinein, daß diese Kritik wieder aufgenommen werden muß.

Die Konterrevolution hat darüber in den 20er Jahren nur gesiegt, weil sie in Deutschland wie in den Vereinigten Staaten den Grundstein einer Konsumgesellschaft und des Fordismus legte und Millionen Deutsche, Arbeiter eingeschlossen, in die Modernität der Industrie und der Waren hineinzog. Zehn Jahre zerbrechlicher Herrschaft, wie es die verrückte Hyperinflation von 1923 zeigt ... Im Jahr 1929 eine gewaltige Erschütterung: es ist nicht mehr das Proletariat, es ist die kapitalistische Praxis, die sich von ihrer Ideologie lossagt, der *Fortschritt* würde allen Menschen wachsenden Konsum von Objekten und Zeichen bringen.

Der Nazi-Extremismus und seine Ausbreitung der Gewalt werden sowohl der Stärke der revolutionären Bewegung angemessen sein, die er aufnimmt und leugnet, als auch der doppelten Infragestellung der kapitalistischen Modernität - im Abstand von zehn Jahren -, zuerst durch die Proletarier, dann durch das Kapital. Wie die Radikalen von 1919-21 schlägt der Nazismus eine Lohngemeinschaft vor, aber eine autoritäre, abgeschlossene, nationale, rassische; und es gelingt ihm da-

mit, zwölf Jahre lang die Proletarier zu Lohnempfängern und Soldaten zu machen.

Berlin 1919 – 33

Die Diktatur kommt immer nach der Niederlage sozialer Bewegungen, die von der Demokratie, den linken Parteien und den Gewerkschaften betäubt und massakriert worden sind. In Italien wird wenige Monate nach den letzten proletarischen Niederlagen der Chef der Faschisten zum Staatsführer ernannt. In Deutschland zerschneidet eine Spanne von zwölf Jahren diese Kontinuität und lässt den 30. Januar 1933 als wesentlich politisches Phänomen erscheinen, das heißt als ideologisches und nicht als Auswirkung einer vorhergehenden gesellschaftlichen Zerrüttung. Die Popularität des Nationalsozialismus und seine Entfesselung tödlicher Energie bleiben ein Rätsel, wenn man die Frage der Arbeit ignoriert, die ihrer Unterwerfung oder ihrer Revolte, ihrer Kontrolle und die ihr zugeschriebene Bedeutung in der Gesellschaft.

Die deutsche Niederlage von 1918 und der Zerfall des Reichs lösten einen proletarischen Angriff aus, der stark genug war, die Gesellschaft zu erschüttern, aber nicht stark genug, um sie umzuwälzen und der die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zur Grundlage des politischen Gleichgewichts machte. Ihre Chefs, als Männer der Ordnung, riefen ganz selbstverständlich die Freikorps zu Hilfe, völlig faschistische Gruppierungen, in deren Reihen viele spätere Nazis waren, um eine radikale Arbeiterminderheit im Namen der Interessen der reformistischen Mehrheit zu unterdrücken. Die Kommunisten verlieren nicht nur nach den Regeln der bürgerlichen Demokratie, sondern auch nach den Regeln der Arbeiterdemokratie: die »Betriebsräte« geben ihr Vertrauen den traditionellen Organisationen und nicht den Revolutionären, so daß man diese leicht als Antidemokraten denunzieren konnte.

Demokratie und Sozialdemokratie sind somit unerlässlich für den deutschen Kapitalismus, um die Arbeiter einzugliedern, den Geist der Revolte in der Wahlkabine zu töten, von den Unternehmern eine Reihe von Reformen zu erhalten und die Revolutionäre zu zerstreuen. [8]

Aber nach 1929 muß sich der Kapitalismus konzentrieren, einen Teil der Mittelschichten ausschalten, die Proletarier und sogar die Bourgeoisie disziplinieren. Die Arbeiterbewegung blockiert die Situation, weil sie den politischen Pluralismus und die unmittelbaren Arbeiterinteressen verteidigt. Als Vermittler zwischen Kapital und Arbeit füllen die Arbeiterorganisationen ihre Funktion auf beiden Seiten aus, verstehen es aber, gegenüber beiden wie gegenüber dem Staat unabhängig zu bleiben. Die Sozialdemokratie macht nur außerhalb des Unternehmertums und des Staates Sinn, nicht wenn sie in ihnen aufgeht. Sie ist dazu berufen, ein riesiges Netz aus politischen, kommunalen, sozialen und auf gegenseitiger Hilfe beruhenden Organisationen zu leiten, also all das was man heute (Wohlfahrts-)Verbände nennen würde. Die KPD ihrerseits hat schnell ihr eigenes Netz aufgebaut, das zwar kleiner, aber immer noch gewaltig ist. Nun aber tendiert das mehr und mehr organisierte Kapital dazu, all die Fäden zusammenzufügen und ein staatliches Element ins Unternehmen einzuführen, ein bürgerliches Element in die Gewerkschaftsbürokratie und ein soziales Element in die Verwaltung. Das Gewicht des Arbeiterreformismus, das sich bis in den Staat hinein bemerkbar macht, seine Existenz als »Gegen-Gesellschaft«, macht aus ihm einen Faktor gesellschaftlicher Beharrung, von Malthusianismus, den das Kapital in der Krise eliminieren mußte. Als Ausdruck der Verteidigung der Lohnarbeit, insofern diese Teil des Kapitals ist, haben die SPD und die Gewerkschaften 1918-21 eine unerlässliche, antikommunistische Funktion gespielt, aber derselbe Grund bringt sie schließlich dazu, das Interesse der Lohnabhängigen vor alles andere zu stellen und damit der Reorganisa-

tion des Gesamtkapitals zu schaden. Ein stabiler bürgerlicher Staat hätte versucht, dem durch eine antigewerkschaftliche Gesetzgebung zu begegnen und die »Arbeiterfestungen« zu schleifen, indem er im Namen der Modernität gegen das Archaische die Mittelschichten gegen die Prolos aufhetzt, wie später in Thatchers England. Eine solche Offensive würde voraussetzen, daß hinter herrschenden Fraktionen ein relativ vereintes Kapital steht. Aber die deutsche Bourgeoisie von 1930 war zutiefst gespalten, die Mittelschichten geschlagen, und der Nationalstaat war zerrissen.

Die moderne Demokratie repräsentiert und vermittelt durch Verhandlung oder durch Gewalt die antagonistischen Interessen ... soweit das möglich ist. Die immer wiederkehrenden parlamentarischen Krisen und die wirklichen oder erfundenen Komplotten (zu deren Theaterbühne Deutschland seit dem Sturz des letzten sozialistischen Kanzlers im Jahr 1930 geworden war), sind in der Demokratie das stets gleichbleibende Zeichen einer dauerhaften Zwietracht der herrschenden Kreise. Zu Beginn der 30er Jahre ist die Bourgeoisie angesichts der Krise hin- und hergerissen zwischen unvereinbaren sozialen und geopolitischen Strategien: stärkere Integration *oder* Vernichtung der Arbeiterbewegung; internationaler Handel und Pazifismus *oder* Autarkie als Basis einer militärischen Expansion. Um das zu lösen war nicht unbedingt ein Hitler erforderlich, aber eine Konzentration von Macht und Gewalt in den Händen der Staatsorgane war auf jeden Fall vonnöten. Nach dem Ende des zentralistisch-reformistischen Kompromisses blieb nur die staatliche, protektionistische und repressive Option.

Das gleiche Programm führte zur gewaltsamen Beseitigung einer Sozialdemokratie, die durch die Domestizierung der Arbeiter einen zu großen Platz eingenommen hatte, ohne ganz Deutschland hinter sich zu vereinigen. Das war die Aufgabe des Nazismus, der es verstand, an alle Schichten zu appellieren, an die Arbeits-

losen wie an die Industriekapitäne: mit einer Demagogie, die sogar die der bürgerlichen Politiker übertraf und mit einem Antisemitismus, der darauf abzielte, auszuschließen um zusammenzuführen.

Wie hätten die Arbeiterparteien einem solchen fremdenfeindlichen und rassistischen Irrsinn Widerstand entgegensemmt können, nachdem sie so oft selber Weggenossen des Nationalismus gewesen waren? Für die SPD ist das seit Beginn des Jahrhunderts klar, es wird offenkundig im Jahr 1914 und besiegt im Jahr 1919 im Blut des Bündnisses mit den Freikorps, die nach einem kriegerischen Vorbild entstanden waren, das dem der *fasci* zur selben Zeit ähnelte. Die KPD wiederum hatte sich nicht gescheut, im Jahre 1923 gegen die französische Besetzung des Ruhrgebiets den Nationalisten die Hand zu reichen; sie sprach gern von der »nationalen Revolution«, was sogar Trotzki 1931 zu einer Broschüre *Gegen den National-Kommunismus* anregte.

Januar 1933: die Würfel sind gefallen. Niemand kann leugnen, daß sich die Weimarer Republik an Hitler ausgeliefert hat. Die Rechte und das Zentrum hatten ihn am Ende als eine brauchbare Lösung angesehen, um das Land aus der Sackgasse zu führen, oder als ein vorübergehendes kleineres Übel. Das »Großkapital«, das jedem unkontrollierbaren Durcheinander gegenüber zurückhaltend ist, hatte sich bis dahin gegenüber der NSDAP nicht großzügiger erwiesen als gegenüber den anderen rechten oder nationalistischen Gruppierungen. Erst im November 1932 überzeugte Schacht, Mann des Vertrauens der Bourgeoisie, die Geschäftskreise, Hitler zu unterstützen (der gleichwohl gerade einen leichten Wahlverlust hatte hinnehmen müssen), weil er in ihm eine Kraft zur Vereinigung des Staates und der Gesellschaft sah. Daß das Großbürgertum die weitere Entwicklung, den Krieg und erst recht die Niederlage weder vorhersehen konnte noch gutgeheißen hat, ist eine andere Sache, jedenfalls werden sehr wenige von ihnen sich dem geheimen Widerstand gegen das Regime an-

schließen.

Hitler wird am 30. Januar völlig legal von Hindenburg zum Kanzler ernannt, der selbst ein Jahr zuvor verfassungsgemäß mit der Unterstützung der Sozialdemokraten zum Präsident gewählt worden war, weil diese in ihm ... ein Bollwerk gegen Hitler sahen. Die Nazis sind in der ersten vom Chef der NSDAP gebildeten Regierung in der Minderheit. [9]

In den folgenden Wochen fallen die Masken, die politisch aktiven Arbeiter werden gejagt, ihre Treffpunkte verwüstet, der Terror setzt sich fest, und in den Wahlen vom März 1933 werden unter der vereinigten Gewalt von SA und Polizei 288 NSDAP-Abgeordnete in den Reichstag gewählt (aber noch immer 80 [10] von der KPD und 120 von der SPD). Die Naiven wundern sich, daß sich der Repressionsapparat gehorsam in den Dienst der Diktatoren gestellt hat: wie immer in solchen Fällen gehorcht die Staatsmaschine vom einfachen Bullen bis zum Staatssekretär der Autorität, die sie kommandiert. Haben die neuen politischen Führer nicht die volle Legitimität? Erlassen die höchsten Juristen ihre Dekrete nicht in Übereinstimmung mit den obersten Gesetzen des Landes? Im »demokratischen Staat« - und Weimar war ein solcher - trug nicht das »demokratisch« den Sieg davon, wenn es einen Konflikt zwischen »demokratisch« und »Staat« gab. Im »Rechtsstaat« - und Weimar war ein solcher - mußte das Recht nachgeben und dem Staat dienen, wenn es zu einem Widerspruch kam; niemals umgekehrt.

Was taten die Demokraten in den paar Monaten? Die von der Rechten fanden sich damit ab. Das katholische Zentrum, ehemals die Grundlage der Mehrheiten von Weimar zusammen mit der SPD, das seine Stimmenzahl im März 33 sogar erhöhen konnte, stimmt dem »Ermächtigungsgesetz« auf vier Jahre zu, der legalen Basis für die zukünftige Diktatur. Das Zentrum wird sich im Juli selbst-auflösen müssen.

Die Sozialisten versuchen dem Schicksal der seit dem 28. Februar (dem Tag nach

dem Reichstagsbrand) verbotenen KPD zu entgehen. Am 30. März 1933 treten sie aus der *II. Internationale* aus, um ihren deutschen, nationalen Charakter zu beweisen. Am 17. Mai stimmt die Parlamentsfraktion der SPD Hitlers Außenpolitik zu. Trotzdem wird die SPD am 22. Juni als »Volks- und Staatsfeind« aufgelöst.

Was die Gewerkschaften betrifft, so hatten sich deren Führer, so wie die CGL in Italien sich zu einer unpolitischen Haltung bekannte, um das Notwendigste zu retten, 1932 als von jeder Partei unabhängig und gegenüber der Staatsform als gleichgültig erklärt. Das hatte sie nicht davon abgehalten, eine Übereinkunft mit Schleicher zu suchen, der zwischen November 1932 und Januar 1933 Kanzler war und somit auf der Suche nach einer Basis oder einer Arbeiterdemagogie. Nachdem die Nazis an die Macht gehievt worden waren, redeten sich die Gewerkschaften ein, das Regime würde ihnen einen kleinen Platz lassen, wenn sie den Nationalsozialismus anerkannten. Und das führte bis zur lächerlichen Parade der Gewerkschafter hinter Hakenkreuzen am zum »Tag der Deutschen Arbeit« umgewandelten 1. Mai 1933. Vergebliche Mühe. Am Tag danach begannen die Nazis mit der Liquidierung der Gewerkschaften und der Verhaftung ihrer Aktivisten ...

Da sie gebildet worden war, um die Massen zu kommandieren und in ihrem Namen zu verhandeln, also sie zu unterdrücken, besaß die Arbeiterbürokratie nur die Intelligenz einer vergangenen Situation. Es hat ihr nichts genutzt, daß sie die Bekennnisse zum Gehorsam vervielfacht hat. Man warf ihr nicht vor, dem Vaterland zu schaden, sondern dem Geldschrank der besitzenden Klassen. Nicht ihr verbaler, aus der Zeit vor 1914 geerbter Internationalismus störte die Bourgeoisie, sondern die Existenz eines zwar unterworfenen, aber noch immer unabhängigen Syndikalismus in einer Zeit, in der das Kapital keine andere Gemeinschaft als die seinige duldet, und wo selbst ein Organ der Klassenkollaboration

zuviel war, wenn es der Staat nicht vollständig kontrollierte.

Barcelona 1936

In Italien und in Deutschland hat der Faschismus den Staat auf legalen Wegen übernommen. Die Demokratie kapitulierte vor der Diktatur. Schlimmer, sie öffnete ihr die Tore. Und Spanien ... ? Spanien stellt nicht die Ausnahme einer entschlossenen Aktion dar, die - leider - besiegt wurde, sondern den Extremfall einer bewaffneten Konfrontation zwischen Demokratie und Faschismus, ohne daß sich die Art des Kampfs ändert: er setzt zwei Formen kapitalistischer Entwicklung einander gegenüber, zwei politische Formen des kapitalistischen Staats, zwei staatliche Strukturen im selben Land bestreiten einander die Legitimität.

Einwand! - »Franco und eine Arbeitermiliz sollen das gleiche sein? Die Großgrundbesitzer und die armen Bauern, die das Land kollektivieren, wären zwei gleichartige Lager?! ...«

Erstens gab es nur deshalb eine Konfrontation, weil sich die Arbeiter gegen den Faschismus erhoben. Die ganze Kraft und die Widersprüchlichkeit der Bewegung sind bereits in den ersten Wochen da, ihre ganze Komplexität: ein nicht zu leugnender Klassenkrieg verwandelt sich in einen kapitalistischen Bürgerkrieg, in dem die Proletarier auf beiden Seiten für rivalisierende kapitalistische Staatsstrukturen sterben (wenn es natürlich auch in keinem Moment eine vorweggenommene Übereinkunft und Rollenteilung gab, wo die beiden bourgeois Fraktionen die Massen zu ihrem Gewinn ferngesteuert hätten). [11]

Die Geschichte einer Gesellschaft, die in Klassen aufgeteilt ist, dreht sich um die Notwendigkeit, sie zusammenzuhalten. Wenn zum Drängen der Massen wie in Spanien die Spaltung der herrschenden Schichten dazukommt, dann nimmt die gesellschaftliche Krise die Form einer Staatskrise an. Mussolini und Hitler ka-

men in Ländern mit einer schwachen nationalen Struktur an die Macht, die erst kürzlich vereinigt worden waren und in denen es starke regionalistische Tendenzen gab. In Spanien hingegen hatte sich der Staat seit der Renaissance von einer Handel treibenden Gesellschaft ernährt, deren koloniale Speerspitze er gewesen war, die er aber letztlich ruinierte, indem er eine der Voraussetzungen für einen industriellen Aufschwung blockierte: die Agrarreform. Tatsächlich mußte sich die Industrialisierung ihren Weg durch das Monopol, die Unterschlagung und das Schmarotzertum bahnen.

Hier fehlt der Platz, um die Verschachtelungen ungezählter liberaler Reformen und Sackgassen im 19. Jahrhundert aufzuzählen, die Erbfolgekriege, die Karlistenkriege, die possenhafte und tragische Abfolge von Regimes und Parteien nach dem Ersten Weltkrieg und den Zyklus von Aufständen und Repression nach der Errichtung der Republik im Jahre 1931. Hinter diesen abrupten Sprüngen liegt die Schwäche einer aufsteigenden Bourgeoisie, die eingeklemmt ist zwischen ihrer Rivalität mit der Grundbesitzeroligarchie und der absoluten Notwendigkeit, die Bauern- und Arbeiterrevolten niederzuhalten. 1936 wird die Bodenfrage nicht gelöst: Die Mitte des 19. Jahrhunderts verordnete Veräußerung der Kirchengüter hat im Gegensatz zur Entwicklung in Frankreich nach 1789 eine Großgrundbesitzerbourgeoisie gestärkt. Selbst in den Jahren nach 1931 hat das *Institut für die Agrarreform* nur ein Drittel seiner Mittel zum Ankauf großer Güter eingesetzt. Die Explosion von 1936 bis 1939 hätte sich niemals *politisch* so weit radikalisiert - bis zum Auseinanderbrechen des Staats in zwei Fraktionen, die sich drei Jahre lang in einem Bürgerkrieg gegenüberstanden - hätte es nicht die unaufhörlichen Erschütterungen gegeben, die seit einem Jahrhundert die *sozialen* Grundlagen zerrüttet hatten.

Sommer 1936. Nachdem sie den aufständischen Militärs alle Gelegenheit gegeben hatte, sich vorzubereiten, geht die im Feb-

ruar gewählte Volksfront daran, zu verhandeln und vielleicht nachzugeben. Die Politiker hätten sich damit abgefunden, so wie sie sich mit der Diktatur von Primo de Rivera (1923-31) abgefunden hatten, die von bedeutenden Sozialisten unterstützt wurde (Caballero war ihr technischer Berater, bevor er 1931 Arbeitsminister wurde, um dann von September 1936 bis Mai 1937 republikanischer Regierungschef zu werden). Und schließlich konnte der General, der zwei Jahre zuvor den republikanischen Befehlen gehorcht und den Aufstand in Asturien niedergeworfen hatte - Franco - nicht gänzlich schlecht sein.

Aber die Proletarier erhoben sich und vereiteln somit in der Hälfte des Landes den Erfolg des Putschs, und sie blieben unter Waffen. Somit bekämpften sie offensichtlich den Faschismus, aber sie handelten nicht als *Anti-Faschisten*, denn ihre Aktion war sowohl gegen Franco wie gegen einen demokratischen Staat gerichtet, den ihre Initiative stärker in Verlegenheit gebracht hatte als der Militäraufstand. Innerhalb von 24 Stunden wechselten sich drei Premierminister ab, bevor man die vollendete Tatsache anerkannte: die Volksbewaffnung.

Und wieder einmal zeigt die Entwicklung des Aufstands, daß das Problem der Gewalt niemals in erster Linie ein technisches ist. Nicht diejenigen sind siegreich, die den Vorteil der Waffen haben (die Militärs), auch nicht diejenigen, welche den Vorteil der Überzahl haben (das Volk), sondern diejenigen, welche die Initiative wagen. Dort, wo die Arbeiter Vertrauen in den Staat haben, bleibt dieser passiv oder macht leere Versprechungen wie in Zaragoza. Dort, wo ihre Antwort kraftvoll ausfällt, trägt sie den Sieg davon (Málaga); wo ihr die Kraft fehlt, wird sie im Blut ertränkt (20 000 Tote in Sevilla).

So hat also der Krieg in Spanien einen authentischen Aufstand als Ausgangspunkt, aber das reicht nicht, um ihn insgesamt zu charakterisieren, sondern definiert nur den ersten Moment des Kampfs - eine tatsächliche proletarische Erhebung. Nachdem

sie die Reaktion in vielen Städten besiegt haben, haben die Arbeiter die Macht. Aber was sollen sie damit machen? Sie dem republikanischen Staat zurückgeben oder sich ihrer bedienen, um weiterzugehen in einem kommunistischen Sinn?

Am Tag nach dem Aufstand wird das Generalkomitee der Antifaschistischen Milizen gegründet; es vereinigt Delegierte der CNT, der FAI, der UGT, der POUM, der PSUC (die aus dem kurz zuvor erfolgten Zusammenschluß der KP und der Sozialistischen Partei in Katalonien hervorgegangen war), von gemäßigten Parteien und vier Vertreter der *Generalitat*, der katalanischen Regionalregierung. Das Komitee ist eine regelrechte Brücke zwischen der Arbeiterbewegung und dem Staat, die allerdings stärker an das Verteidigungsdepartment der *Generalitat* gebunden, wenn nicht sogar in es integriert ist durch die Anwesenheit des Verteidigungsberaters, des Kommissars für öffentliche Ordnung usw. ... und wird sich bald danach auflösen.

Sicherlich glauben die meisten Proletarier, daß sie trotz allem die wirkliche Macht behalten können, wenn sie auf ihre Unabhängigkeit verzichten, und daß sie den Politikern, denen sie mißtrauen, nur eine scheinbare Autorität überlassen haben, die sie aber würden kontrollieren und in eine günstige Richtung lenken können. Sind sie schließlich nicht bewaffnet?

Ein fataler Irrtum. Die Frage ist nicht: wer hat das Gewehr?, sondern eher: was macht der, der das Gewehr hat? 10 000, 100 000 Proletarier mit gezückter Waffe sind nichts, wenn sie sich auf etwas anderes verlassen als auf ihre eigene Macht, die Welt zu verändern. Wenn nicht, dann wird ihnen die Macht, deren Autorität sie anerkannt haben, morgen, in einem Monat oder in einem Jahr, auf Biegen oder Brechen, diese Gewehre wieder abnehmen, die sie nicht *gegen sie* eingesetzt haben.

Die Aufständischen gehen nicht gegen die legale Regierung, also gegen den existierenden Staat vor, und ihre gesamten weiteren Aktionen werden sich unter seiner Leitung abspielen. »Eine Revolution, die

begonnen hatte, sich aber nicht konsolidierte«, wird Orwell schreiben. Hier liegt der zentrale Punkt, der ebenso das Geschick eines bewaffneten Kampfs gegen Franco bestimmt, der mehr und mehr verloren geht, als auch das Austrocknen, ja sogar die gewaltsame Zerstörung der Kollektivierungen und Sozialisierungen *durch beide Seiten*. Nach dem Sommer 1936 wird die reale Macht in Spanien vom Staat ausgeübt und nicht von den Organisationen, Gewerkschaften, Kollektiven, Komitees usw.. Obwohl Nin, der Chef der POUM, in Katalonien Justizrat ist, »konnte die POUM überhaupt keinen Einfluß auf die Polizei ausüben«, gibt ein Anhänger dieser Partei zu. [12] Die Arbeitermilizen waren tatsächlich das Prunkstück der republikanischen Armee gewesen und haben einen hohen Blutzoll im Kampf bezahlt; aber sie hatten niemals Einfluß auf die Entscheidungen des Generalstabs, der sie nach und nach in die regulären Einheiten integrierte (was Anfang 1937 abgeschlossen sein sollte), weil er sie lieber schwächen wollte, als ihre Unabhängigkeit zu tolerieren. Was die mächtige CNT betrifft, so muß sie einer KP weichen, die vor dem Juli 1936 sehr schwach gewesen ist (14 gewählte Abgeordnete im Parlament der Volksfront im Februar 1936, gegen 85 sozialistische), die es aber verstanden hat, sich in eine Partei des Staatsapparats aufzulösen und daraus die Macht zu ziehen, die sie mehr und mehr gegen die Radikalen einsetzt, insbesondere gegen die Aktivisten der CNT. Wer bestimmt?, ist die Frage. Und die Antwort darauf lautet: der Staat kann seine Macht brutal einsetzen, wenn es notwendig ist.

Wenn die republikanische Bourgeoisie und die Stalinisten dann wertvolle Zeit vergeuden, um die Landkommunen aufzulösen, die Milizen der POUM zu entwaffnen, die trotzkistischen »Saboteure« und andere »Komplizen von Hitler« zu verfolgen, während der Antifaschismus gerade alles in die Waagschale wirft, um Franco zu besiegen, so tun sie das nicht aus einem selbstmörderischem Irrtum. Für

den Staat und die KP, die zu seinem militärisch-polizeilichen Gerüst geworden war, war diese Zeit nicht verloren. Man schrieb dem Chef der PSUC folgenden Satz zu: »Bevor wir Zaragoza einnehmen, müssen wir Barcelona einnehmen.« Ihre Priorität war es niemals gewesen, Franco zu vernichten, sondern die Kontrolle über die Massen aufrechtzuerhalten, denn das ist die Funktion eines Staats. Barcelona wurde den Proletarien wieder weggenommen. Zaragoza blieb in den Händen der Franquisten.

Barcelona, Mai 1937

Die Polizei versucht, die von den anarchistischen (und sozialistischen) Arbeitern kontrollierte Telefonzentrale zu besetzen. In der katalanischen Metropole, dem Herzen und Symbol der Revolution, ist die gesetzliche Autorität zu allem bereit, um das zu entwaffnen, was an Lebendigem, Spontanem, Anti-Bürgerlichem übrig ist. Die lokale Polizei ist außerdem in den Händen der PSUC. Angesichts einer Macht, die sich offen als Feind aufführt, begreifen die Proletarier endlich, daß sie nicht auf ihrer Seite steht, daß sie ihr zehn Monate zuvor ihren Aufstand zum Geschenk gemacht haben und sich das nun gegen sie gewendet hat. In Reaktion auf den Gewaltstreich legen die Arbeiter mit einem Generalstreik Barcelona lahm. Zu spät. Die Fähigkeit, sich gegen den Staat (diesmal in seiner demokratischen Form) zu erheben, ist immer noch vorhanden, aber nicht die, den Kampf zum Bruchpunkt zu führen.

Wie immer geht »Gesellschaftliches« vor Militärischem. Die gesetzliche Autorität setzt sich nicht mit Straßenkämpfen durch. Innerhalb von Stunden entwickelt sich nicht eine Stadtguerilla, sondern ein Stellungskrieg, von Angesicht zu Angesicht, Gebäude gegen Gebäude, in einer Defensive, wo niemand sich durchsetzt, weil niemand angreift. Da die Polizei in ihrer Offensive blockiert ist, wagt sie nicht mehr, die Gebäude einzunehmen, in

denen sich die Anarchisten verbarrikadiert haben. Im ganzen betrachtet halten die KP und der Staat das Stadtzentrum, CNT und POUM die Arbeiterviertel. Der Status quo läßt sich nur politisch lösen. Die Massen vertrauen den beiden angegriffenen Organisationen, die aus Angst, sich dem Staat zu entfremden, nicht ohne Mühe die Wiederaufnahme der Arbeit durchsetzen, und so die einzige Stärke untergraben, die sie politisch und ... »physisch« hätte retten können. In dem Moment, in dem der Streik ausgesetzt wird, läßt die Regierung, im Wissen, daß sie nun die Situation beherrscht, aus Valencia 6 000 Mann der Sturmgarde, der Elite der Polizei, kommen. Weil sie die Vermittlung »repräsentativer Organisationen« und den Rat zur Mäßigung von seiten der POUM und der CNT akzeptiert haben, weichen dieselben, die im Juli 36 die faschistischen Militärs besiegt haben, im Mai 37 kampflos vor den republikanischen Gendarmen zurück.

Die Repression kann beginnen. Einige Wochen genügen, um die POUM zu verbieten, ihre Leitung zu inhaftieren, sie legal oder illegal zu ermorden und Nin verschwinden zu lassen. Organisiert vom NKWD und dem geheimen Apparat der Komintern etabliert sich eine Schattenpolizei an geheimen Orten, die nur Moskau gegenüber Rechenschaft schuldig ist. Von nun an wird alles, was gegen den republikanischen Staat und seine Hauptstütze - die Sowjetunion - protestiert, und sei es auch noch so gering, als »faschistisch« gebrandmarkt und gejagt, und von einem Kontinent zum anderen wiederholt eine Heerschar guten Gewissens die Verleumdung, manche aus Unwissen, andere mit Absicht, aber alle in der Überzeugung, daß man nicht genug denunzieren kann, wenn der Faschismus angreift.

Die blutige Verbissenheit im Vorgehen gegen die POUM war keine krankhafte Abweichung. Weil sie sich gegen die Moskauer Prozesse stellte, verurteilte sich die POUM zur Vernichtung durch den Stalinismus, der weltweit gegen seine Rivalen einen gnadenlosen Kampf um die

Kontrolle der Massen führte. Damals haben die meisten Parteien, Kommentatoren und selbst die Menschenrechtsliga die These von der Schuld der Angeklagten unterstützt. Sechzig Jahre später besteht die offizielle Version darin, diese Prozesse zu widerrufen und sie als ein Zeichen für den wahnsinnigen Machtwillen des Kreml zu deuten. Als ob die Stalin'schen Verbrechen keine Beziehung zum Antifaschismus hätten! Die antifaschistische Logik wird immer darin bestehen, sich mit dem Gemäßigtsten in eine Reihe zu stellen *und* das Radikalste zu bekämpfen. Auf rein politischer Ebene entsteht im Mai 37 das, was einige Monate vorher noch unvorstellbar war: Negrin, ein Sozialist, der noch weiter rechts steht als Caballero, wird Regierungschef und stellt sich eindeutig auf die Seite der Ordnung, einschließlich der Repression gegen die Arbeiter. Orwell (der dort beinahe sein Leben gelassen hätte) stellt fest, daß der Krieg »für die Demokratie« ganz offensichtlich gestorben ist: es bleiben zwei sich gegenüberstehende Faschismen übrig, der eine ist nur weniger unmenschlich als sein Rivale. [13] Deshalb leugnet Orwell nicht die Notwendigkeit, den »nackteren und entwickelteren« Faschismus Francos und Hitlers zu verhindern. Es ginge dabei aber nur darum, für einen Faschismus zu kämpfen, der weniger schlimm ist als der andere...

Der Krieg frißt die Revolution [14]

Die Macht kommt genausowenig aus den Gewehrläufen wie aus der Urne. Keine Revolution ist friedlich, aber die militärische Ebene ist nicht zentral. Das Problem ist nicht, daß die Prolos endlich beschließen, die Waffenlager zu plündern, sondern daß sie das umsetzen, was sie sind: als Ware behandelte Wesen, die nicht mehr als Ware existieren können noch wollen, und deren Revolte die kapitalistische Logik zum Platzen bringt. Von dieser »Waffe« leiten sich Barrikaden und

Maschinengewehre ab. Die gesellschaftliche Vitalität wird größer, der tatsächliche Gebrauch von Gewehren und die Anzahl der Toten geringer sein. Die kommunistische Revolution wird niemals einem Gemetzel gleichen: nicht wegen eines Prinzips der Gewaltfreiheit, sondern weil sie nur dann eine Revolution ist, wenn sie die professionellen Militärs eher zersetzt, als daß sie sie vernichtet. Wenn man sich vorstellt, daß eine proletarische Front einer bürgerlichen Front gegenübersteht, dann denkt man das Proletariat in bürgerlichen Begriffen, nach Art einer politischen Revolution oder eines Kriegs (einer nimmt dem anderen die Macht, besetzt sein Territorium). Dabei führt man all das wieder ein, was zum Zeitpunkt der Erhebung niedergerissen worden war: Hierarchie, Respekt vor den Spezialisten, vor der Wissenschaft, die weiß; vor der Technik, die Lösungen anbietet; vor all dem, was den gewöhnlichen Menschen herabsetzt. Im Dienste des Staates wird aus dem Arbeiter-»milizionär« unausweichlich ein »Soldat«. Vom Herbst 36 an mündet in Spanien die Revolution in einen Krieg und in eine typische Kampfweise der Staaten, den Frontenkrieg. Zu »Kolonnen« formiert verlassen die Arbeiter Barcelona, um den Faschismus in anderen Städten zu bekämpfen, als erstes in Zaragoza. Hätten sie die Revolution aus den republikanischen Gebieten hinzuvertragen wollen, so hätten sie auch diese Zonen selbst revolutionieren müssen. Aber selbst Durruti ist sich nicht über die Tatsache im klaren, daß der Staat fortbesteht. Unterwegs treibt seine Kolonne, die zu 70 % aus Anarchisten besteht, die Kollektivierung voran: die Milizionäre helfen den Bauern und propagieren ihre revolutionären Ideen. Aber Durruti erklärt, »wir haben nur ein Ziel (...): die Faschisten vernichten«. Auch wenn er sagt, »diese Milizen werden niemals die Bourgeoisie verteidigen« - *sie greifen sie aber auch nicht an*. Zwei Wochen vor seinem Tod (21. Nov. 1936) erklärt er:
»... nur einen Gedanken, nur ein einziges Ziel (...): den Faschismus niederzuwerfen

(...). Und daß jetzt bloß keiner an Lohnhöhungen oder Verkürzungen der Arbeitszeit denkt! (...) sich zu opfern und zu arbeiten, soviel und solange es nötig ist (...) wir müssen einen Granitblock bilden. Die Arbeiterorganisationen dürfen nicht vergessen, was in diesem Augenblick ihre höchste Pflicht ist ... wenn dieser Krieg sich noch lange hinzieht, muß man damit anfangen, die katalanische Wirtschaft zu organisieren (...) Seid verantwortlich und diszipliniert, damit wir nicht durch unsere Inkompétenz nach diesem Krieg einen Bürgerkrieg unter uns provozieren (...). Denn wenn wir der faschistischen Tyrannie etwas entgegensetzen können, dann kann das nur eine vereinte Kraft sein; es darf nur noch eine einzige Organisation geben, mit einer einzigen Disziplin.« [15]

Durruti und seine Genossen verkörpern eine Energie, die nicht auf 1936 gewartet hatte, um sich an die Erstürmung der Welt zu wagen. Aber der beste Kampfeswille genügt nicht, wenn die Arbeiter ihre Angriffe nicht gegen den Staat, sondern ausschließlich gegen eine seiner besonderen Formen richten. Mitte 1936 den Frontenkrieg zu akzeptieren bedeutet, mit den Waffen gegen Franco zu ziehen und dabei im Rücken die politische und gesellschaftliche Waffe in den Händen der Bourgeoisie zu lassen, und schließlich die militärische Aktion selbst einer Zündkraft zu berauben, die auf einem anderen Gebiet entstanden ist, dem einzigen, welches für das Proletariat günstig ist.

Die Nationalisten waren weit davon entfernt, eine entscheidende militärische Überlegenheit zu besitzen, sie hielten im Sommer 36 keine größere Stadt. Ihre Hauptmacht bestand aus der Fremdenlegion und den »Mauren«, die in Marokko rekrutiert worden waren, das 1912 dem spanischen Protektorat unterworfen wurde, aber lange Zeit gegen die kolonialen Träume Spaniens und Frankreichs rebelliert hatte. Die königliche Armee hatte dort 1921 eine schwere Niederlage erlitten, deren Ursache besonders das Überlaufen der marokkanischen Soldaten war.

Trotz der französisch-spanischen Kooperation (in der sich ein General namens Franco auszeichnete) wurde der Rif-Krieg erst 1926 mit der Kapitulation Abd el Krims abgeschlossen. Zehn Jahre später hätte die Proklamierung der sofortigen und bedingungslosen Unabhängigkeit des spanischen Teils von Marokko zumindest Durcheinander unter den Stoßtruppen der Reaktion gesät. Die Republik lehnte das ab, unter dem zweifachen Druck konservativer Kreise und der englischen und französischen Demokratien, die wenig Verlangen hatten, ihre eigenen Reiche auseinanderbrechen zu sehen. Außerdem bewilligte die französische Volksfront zur selben Zeit keine Reform der eigenen kolonialen Angelegenheiten, die diesen Namen verdient hätte, sondern löste auch noch den *Nordafrikanischen Stern*, eine algerische proletarische Bewegung, auf. Die »Nichteinmischung« war eine Komödie, das ist bekannt. Eine Woche nach dem Putsch verkündete London seine Weigerung, an die *legale* spanische Regierung Waffen zu liefern, und erklärte seine Neutralität für den Fall, daß Frankreich in einen Konflikt hineingezogen würde. Das demokratische England stellte also Republik und Faschismus auf dieselbe Ebene ... Infolgedessen schickte das Frankreich Blums und Thorez' einige Flugzeuge, Deutschland und Italien vollständige Korps mitsamt Ausrüstung. Was die internationalen Brigaden anbelangt, so mußte unter der Kontrolle der UdSSR und der KP für ihre militärische Stärke ein hoher Preis bezahlt werden: die Ausschaltung jeglichen Widerspruchs in den Reihen der Arbeiter gegen den Stalinismus. Es war Anfang 37 nach den ersten russischen Waffenlieferungen, als Katalonien Nin von seinem Posten als Justizrat ausschloß.

Selten war die »Militärgeschichte«, die Buchhalterin der Kanonen und Schlachten, so untauglich, den Verlauf eines unmittelbar »gesellschaftlichen« Kriegs zu erklären: die dem Antifaschismus innewohnende Dynamik bestimmt dessen Entwicklung. Der revolutionäre Elan

bricht am Anfang den der Nationalisten. Dann akzeptieren die Arbeiter die Legalität: der Konflikt setzt sich fest und erstarrt. Seit Ende 36 treten die Kolonnen vor Zaragoza auf der Stelle. Der Staat bewaffnet die politisch verlässlichen Einheiten, d. h. die das Eigentum nicht antasten werden. Anfang 37 ist unter den schlecht gekleideten Milizionären der POUM, die die Franquist mit alten Gewehren bekämpfen, der Besitz eines Revolvers schon ein Luxus. Beim Durchzug durch die Städte treffen sie auf reguläre Soldaten, die perfekt ausgerüstet sind. Die Fronten bleiben stecken, wie bei den Proletarien von Barcelona gegenüber der Polizei. Das letzte Aufflammen ist der Sieg der Republikaner vor Madrid. Bald befiehlt die Regierung den Sondereinheiten, ihre Waffen abzugeben, eine Anordnung, die zwar wenig befolgt wird, aber bezeichnend ist für den offenkundigen Willen, das Volk zu entwaffnen. Enttäuschung und Argwohn nagen an der Moral. Der Krieg wird zur Angelegenheit von Spezialisten. Schließlich beschleunigt sich das republikanische Zurückweichen in dem Maße, wie der gesellschaftliche Inhalt und das revolutionäre Erscheinungsbild im Lager der Antifaschisten zusammenbrechen.

Die Revolution auf den Krieg zu reduzieren, vereinfacht und verfälscht die gesellschaftliche Fragestellung: bestünde die Alternative nur darin, zu gewinnen oder zu verlieren, um der »Stärkste« zu sein, würde es genügen, über disziplinierte Soldaten, überlegenes Material, fähige Offiziere und die Unterstützung der Alliierten zu verfügen; in dieser Hinsicht erwies man sich nicht als zu sparsam. Seltamerweise bedeutet das auch, den Konflikt vom täglichen Leben fernzuhalten. Der Krieg hat die Besonderheit, daß diejenigen, die an ihm teilnehmen, ihn zwar nicht verlieren wollen, aber jeder auf sein Ende hofft. Im Unterschied zur Revolution überschreitet der Krieg nicht meine Schwelle, außer im Fall der Niederlage. Nachdem er sich in eine militärische Konfrontation verwandelt hat, hört der an-

tifranquistische Kampf auf, ein persönliches Engagement zu sein, er verliert seine unmittelbare Realität und wird zur ökonomischen (arbeiten für die Front), ideo-logischen (Straßenplakate, Versammlungen) und Menschen-Mobilisierung: Seit Januar 37 versiegen die freiwilligen Verpflichtungen und der Bürgerkrieg stützt sich in beiden Lagern vor allem auf den obligatorischen Militärdienst. In der Konsequenz bedeutet das, daß ein Milizionär vom Sommer 36, der ein Jahr später angekelt von der republikanischen Politik seine Kolonne verläßt, als »Deserteur« eingesperrt und erschossen werden kann! Auch wenn sie andere historische Voraussetzungen hat, erinnert die militärische Entwicklung von der antifaschistischen Erhebung über Milizen hin zur regulären Armee an die antinapoleonische Guerilla (der Begriff ist zur Zeit des ersten Kaiserreichs in die französische Sprache eingegangen), wie sie von Marx beschrieben wurde:

»Vergleicht man die drei Perioden des Guerillakriegs mit der politischen Geschichte Spaniens, so findet man, daß sie die entsprechenden Grade darstellen, bis zu denen der konterrevolutionäre Geist der Regierung die Begeisterung des Volkes nach und nach abgekühlt hatte. Im Anfang hatte sich die ganze Bevölkerung erhoben, dann wurde von Guerillabanden der Freischärlerkrieg geführt, dessen Reserven ganze Bezirke bildeten, und schließlich endeten sie in losen Korps, die stets auf dem Punkt standen, zu Banditen zu werden oder auf das Niveau stehender Regimenter herabzusinken.« [16]

1936 wie 1808 erklärt sich die militärische Entwicklung nicht allein und auch nicht vorwiegend aus der Kriegskunst. Sie leitet sich aus dem Verhältnis der politischen und gesellschaftlichen Kräfte zueinander und dessen Veränderung im antirevolutionären Sinn ab. Der von Durruti beschworene Kompromiß und die Notwendigkeit der Einheit um jeden Preis mußte zunächst dem republikanischen Staat den Sieg über die Proletarier und dann dem franquistischen Staat den Sieg

über die Republik verschaffen.

In Spanien beginnt eine Revolution, die sich aber von dem Zeitpunkt an in ihr Gegen teil verkehrt, an dem die Proletarier, davon überzeugt im Besitz der wirklichen Macht zu sein, auf den Staat vertrauen, um gegen Franco zu kämpfen. Auf dieser Basis unterliegen die revolutionären Initiativen und Maßnahmen, die sie in der Produktion und im täglichen Leben verstärkten, der simplen und schrecklichen Tatsache, daß sie sich im Schatten einer keineswegs zerschlagenen staatlichen Struktur abspielen. Zuerst ließ man diese auf sich beruhen, dann nahm sie auf Grund der Notwendigkeiten des antifranquistischen Kriegs an Stärke zu, was paradoxerweise von der Mehrzahl der damaligen revolutionären Gruppen nicht begriffen wurde. Die gesellschaftlichen Veränderungen, ohne die die Revolution ein leeres Wort ist, müssen sich, um sich zu konsolidieren und auszuweiten, in ein antagonistisches Verhältnis zum Staat setzen, der eindeutig als Gegner bestimmt ist. Nun war aber die Existenz einer *Doppelherrschaft* nach Juli 36 nichts als Schein. Die aus dem Aufstand hervorgegangenen proletarischen Organe und die, die danach die Vergesellschaftungen durchführten, tolerierten nicht nur den Staat, sondern sie gestanden ihm auch den Vorrang im antifaschistischen Kampf zu, als ob der Weg, Franco zu besiegen, notwendigerweise taktisch über den Staat laufen müsse. In Wirklichkeit stellte sich der »Realismus«, der Rückgriff auf traditionelle militärische Methoden, den die extreme Linke (POUM und CNT eingeschlossen) im Namen der Wirksamkeit akzeptierte, fast immer als unwirksam heraus. Fünfzig Jahre später klagt man immer noch darüber. Aber der demokratische Staat ist ebenso wenig für den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus geschaffen, wie dafür, ihm den friedlichen Zugang zur Macht zu verbieten. Es ist normal, daß ein Staat den sozialen Krieg ablehnt und die Fraternisierung der Kriegsparteien mehr fürchtet als sie zu fördern. Als sich im März 37 vor Guada-

lajara die Antifaschisten als *Arbeiter* an die von Mussolini geschickten italienischen Soldaten wandten, lief eine Gruppe von Italienern über. Dieses Ereignis sollte eine Ausnahme bleiben.

Von der Schlacht um Madrid (März 37) bis zum endgültigen Fall Kataloniens (Februar 39) verfaulte die Leiche der abgetriebenen Revolution auf den Schlachtfeldern. Man kann vom Krieg in Spanien reden, nicht von Revolution. Dieser Krieg hatte schließlich die Hauptfunktion, ein kapitalistisches Problem zu lösen: in Spanien einen legitimen Staat zu konstituieren, der - so gut es eben geht - sein nationales Kapital entwickelt und dabei die Volksmassen bändigt. Im Februar 39 kommentiert Benjamin Péret die endgültige Niederlage so:

»Die Arbeiterklasse (...), die ihre eigenen Ziele aus den Augen verloren hat, erkennt sich nicht mehr vordringlich darin wieder, sich für die Verteidigung der bürgerlichen demokratischen Clique gegen die faschistische Clique töten zu lassen, d. h. letzten Endes für die Verteidigung des anglo-französischen Kapitals gegen den deutsch-italienischen Imperialismus. Der Bürgerkrieg ist mehr und mehr ein imperialistischer Krieg geworden.« (*Clé*, Nr. 2)

Es ist unbestreitbar, daß die zwei Lager eine stark unterschiedliche soziologische Zusammensetzung und gesellschaftliche Bedeutung haben. Wenn auch die Bourgeoisie auf beiden Seiten vertreten war, hat doch die überwiegende Mehrheit der Arbeiter und armen Bauern die Republik unterstützt, während die reaktionärsten und archaischsten Schichten (Grundbesitzer, Kleineigentümer, Klerus) hinter Franco standen. Diese Klassenpolarisierung gibt dem republikanischen Staat einen fortschrittlichen Zug, erklärt aber nicht die historische Bedeutung des Konflikts. Nicht mehr als z. B. der Prozentsatz der Arbeiter unter den Anhängern der SPD, SFIO oder PCF die Frage nach dem Wesen dieser Parteien erschöpfend beantwortet. Solche Fakten sind real, aber sekundär hinsichtlich der gesellschaftli-

chen Funktion, die es zu begreifen gilt. Die Partei, die sich aus Arbeitern rekrutiert, aber jedes proletarische Überschäumen unter Kontrolle hält oder bekämpft, drosselt die Klassenwidersprüche. Die republikanische Armee zählte eine große Zahl Arbeiter, aber wofür, mit wem und unter wessen Befehlen kämpften sie? Diese Frage zu stellen, heißt sie zu beantworten ... zumindest wenn man nicht glaubt, daß man auf Seiten der Bourgeoisie gegen die Bourgeoisie kämpfen kann.

»Der Bürgerkrieg ist der höchste Ausdruck des Klassenkampfes.« (*Ihre Moral und unsere*, 1938) Diese Behauptung Trotzkis ist richtig unter der ergänzenden Bedingung, daß der Bürgerkrieg - wie die sogenannten Religionskriege in den irischen oder libanesischen Wirren unserer Zeit - auch, bzw. meistens, die Form eines unmöglichen oder gescheiterten gesellschaftlichen Kampfes ist, wo die Klassenwidersprüche, die nicht imstande sind, sich als solche zu behaupten, als ideologische oder ethnische Blöcke aufbrechen und immer mehr von der menschlichen Emanzipation wegführen.

Anarchisten in der Regierung

Die Sozialdemokratie hat am 14. August [1914; d.Ü.] nicht etwa »kapituliert«, wie ein Kämpfer, der vor dem Kampf das Handtuch wirft. Sie hat vielmehr den normalen Kurs einer starken Bewegung, die sich internationalistisch gab, aber tatsächlich seit langem zutiefst national ausgerichtet war, fortgesetzt. Die SPD hatte zwar den größten Stimmenanteil bei den Wahlen von 1912, aber sie hatte nur Macht für Reformen im Rahmen des Kapitalismus und innerhalb seiner Gesetze. Das beinhaltete u.a. auch die Unterstützung des Kolonialismus und dann des Kriegs, als dieser zum einzigen Ausweg aus den sozialen und politischen Widersprüchen wurde.

Genauso kam die Integration des spanischen Anarchismus in den Staat 1936 nur überraschend, wenn man das Wesen der

CNT vergißt: diese war eine Gewerkschaft, sicherlich eine besondere, aber eine Gewerkschaft. Und es gibt keine antigewerkschaftliche Gewerkschaft. Die Funktion verändert das Organ. Was auch immer ihre ursprünglichen Ideale sind, jede ständige Organisation zur Verteidigung der Interessen der Lohnarbeiter verwandelt sich erst in einen Vermittler und dann in einen Schlichter. Auch wenn sie von Radikalen geleitet oder wenn sie unterdrückt wird, ist die Institution dazu bestimmt, sich von der Basis abzukoppeln und ein Schlichtungsinstrument zu werden. Als anarchistische Gewerkschaft ist die CNT in erster Linie *Gewerkschaft* und dann erst anarchistisch. Eine Welt liegt zwischen der Basis und der Führung, die am Tisch der Unternehmer sitzt, aber die CNT als Apparat unterscheidet sich wenig von der UGT. Eine wie die andere wirken für die Modernisierung und rationellere Verwaltung der Ökonomie - mit anderen Worten für die Vergesellschaftung des Kapitalismus. Ein Faden zieht sich von der Zustimmung zu den Kriegskrediten durch die Sozialisten am 14. August bis zum Eintritt der Führer der Anarchisten in die Regierung, in die katalanische im September 1936 und in die der Republik im November 1936. 1914 bezeichnete Malatesta diejenigen seiner Genossen (darunter Kropotkin), die die nationale Verteidigung akzeptiert hatten, als »Regierungs-anarchisten«.

Die CNT gab eine Position nach der andern auf und verleugnete sogar die Antistaatlichkeit, die ihr Wesensmerkmal war. Und das nachdem die Republik und ihre russischen Verbündeten ihr wahres Gesicht gezeigt hatten und im Mai 1937 gegen die Radikalen vorgegangen waren - nicht zu vergessen all das, was dann in den Gefängnissen und Kellern passierte. Dann war die CNT - wie die POUM - äußerst eifrig bei der Entwaffnung der Proletarier und forderte diese dazu auf, den Kampf gegen die offizielle und die stalinistische Polizei zu beenden. Sie war entschlossen, bis zum letzten zu gehen. Einige erlebten sogar die böse Überraschung,

sich in einem Gefängnis wiederzufinden, das von einem braven Anarchisten geleitet wurde, der jedoch keine wirkliche Kontrolle über das hatte, was sich innerhalb seiner Mauern abspielte. Als 1938 eine Delegation der CNT in die UdSSR fuhr und um Unterstützung nachsuchte, protestierten sie nicht einmal gegen die Moskauer Prozesse.

Alles für den antifaschistischen Kampf ...
Alles für Kanonen und Gewehre ... [17]
Aber, werden manche einwenden, die Anarchos sind doch von Natur aus gegen den Staats-Virus geimpft. Dem Anschein nach ...

»Marxisten« können seitenweise Marx zitieren, wenn es um die Zerstörung der staatlichen Maschinerie geht, oder Lenin, der in »Staat und Revolution« ankündigte, daß eines Tages die Gesellschaft von Köchinnen geleitet werde, anstatt von Politikern. Aber dieselben »Marxisten« sind gleichzeitig äußerst stur auf den Staat fixiert, wenn sie in ihm den Motor des Fortschritts und der historischen Notwendigkeit sehen. Sie begreifen die Zukunft als eine kapitalistische Vergesellschaftung ohne Kapitalisten, als eine Welt, in der es immer noch Lohnarbeit gibt, aber egalitär, demokratisch und geplant. Deswegen akzeptieren sie schließlich den Staat - selbstverständlich übergangsweise - und ziehen sogar auf der Seite eines schlechten Kapitalismus in den Krieg gegen einen, den sie als noch schlimmer betrachten.

Der Anarchismus tendiert auf der einen Seite zur Überbewertung der staatlichen Macht, wenn er in der Autorität den Hauptfeind sieht, auf der anderen Seite unterschätzt er ihn, wenn er glaubt, daß man den Staat alleine zerstören könne. Der Anarchismus versteht die tatsächliche Rolle des Staates nicht, seine Rolle als Garant - und nicht *Schöpfer* - des Lohnverhältnisses. Der Staat repräsentiert und vereinigt das Kapital, aber er ist weder sein Motor noch sein Hauptbestandteil. Der Anarchismus hat aus der unbestreitbaren Tatsache, daß die Massen bewaffnet waren, abgeleitet, daß der Staat seine

Substanz verloren hätte. Diese beruht aber nicht auf seinen institutionellen Formen, sondern auf seiner vereinigenden Funktion. Der Staat sichert den Zusammenhang, den die Menschen selbst nicht schaffen können oder nicht zu schaffen wagen, und spinnt ein Netz von Dienstleistungen, die gleichzeitig parasitär und real sind. Auch wenn der Staat im Sommer 1936 im republikanischen Spanien schwach schien, bestand er als Rahmen fort, der fähig war, die einzelnen Stücke der kapitalistischen Gesellschaft wieder zusammenzufügen. Er existierte weiter, er überwinterte. Dann ist er aufgewacht, wurde stärker, als die von der Subversion geschaffenen gesellschaftlichen Verhältnisse schwächer wurden oder zerfielen. Er weckte seine im Winterschlaf befindlichen Organe und übernahm, sofern möglich, die Kontrolle über die Organe, die mit der Bewegung entstanden waren. Was wie eine Hülle ohne Inhalt ausgesehen hatte, erwies sich nicht nur als wiederbelebungsfähig, sondern war auch in der Lage, die parallelen Machtstrukturen zu unterminieren, wo die Revolution ihr Bestes gegeben zu haben meinte.

Die wichtigste Rechtfertigung der CNT lautete, daß die gewählte Regierung in Wirklichkeit keine Macht mehr habe, weil die Arbeiterbewegung sie übernommen hätte.

»(...) Die Regierung ist keine unterdrückende Kraft gegen die Arbeiterklasse mehr, genauso wie der Staat nicht mehr der Apparat ist, der die Gesellschaft in Klassen spaltet« (*Solidaridad Obrera*, September 1936).

Ebenso wie der »Marxismus« fetischisiert der Anarchismus den Staat und sieht ihn in einer Örtlichkeit vergegenständlicht. Schon Blanqui griff mit seinem kleinen Haufen Rathäuser und Kasernen an, aber er tat wenigstens nicht so, als wäre das die Aktion einer proletarischen Bewegung und nicht nur die einer kleinen Minderheit, die die Massen aufwecken wollte. Ein Jahrhundert später machte die CNT den spanischen Staat zu einem Phantom angesichts der greifbaren Präsenz der

»sozialen Organisationen« (also der Milizen, Gewerkschaften, etc.). Aber die Existenz des Staates, sein Wesensmerkmal, liegt darin, die Mängel der »zivilen« Gesellschaft durch ein System von Beziehungen, Verbindungen, Machtkonzentrationen, ein Netzwerk von Verwaltung, Polizei, Justiz, Militär, abzudecken, die Krisenzeiten in einem stand by-Modus überlebt, in Reserve bereit steht - für den Moment, an dem die polizeilichen Ermittler in den Akten der Sozialbehörden rum-schnüffeln können. Die Revolution hat keine Bastille, die sie »einnehmen« kann, keine Polizeiwache und keinen Gouverneurspalast. Ihre Aufgabe liegt vor allem darin, das auszuhöhlen und zu zerstören, was deren Macht begründet.

Das Scheitern der Kollektivierungen

Das Ausmaß der industriellen und landwirtschaftlichen Sozialisierungen nach dem Juli 1936 war kein historischer Zufall. Schon Marx bemerkte die spanische Tradition der Volksautonomie. Der Graben zwischen Volk und Staat zeigte sich im anti-napoleonischen Krieg und dann in den Revolutionen des 19. Jahrhunderts, die den jahrhundertealten gemeinschaftlichen Widerstand gegen die Macht der Dynastien wiederbelebten. Die absolutistische Monarchie, so beobachtete er, führte nicht zu einer Aufmischung der sozialen Schichten in Richtung auf einen modernen Staat, sondern ließ die bereits existierenden Kräfteverhältnisse in den Ländern fortbestehen. Napoleon sah in Spanien »nichts als einen leblosen Leichnam«, mußte aber »die Entdeckung machen, daß wohl der spanische Staat tot sei, aber die spanische Gesellschaft voll gesunden Lebens stecke« und »was wir im modernen Sinne Staat nennen, stellt sich nur in der Armee dar, als Folge des ausschließlich 'provinziellen' Lebens des Volkes.« [18]

Das Spanien von 1936 hatte die bürgerliche Revolution schon hinter sich und es

war vertane Zeit, von ähnlichen Entwicklungen wie denen von 1917 oder gar von 1848 oder 1789 zu träumen. Aber auch wenn die Bourgeoisie politisch und das Kapital ökonomisch herrschte, so waren sie doch weit von der Schaffung eines vereinigten Binnenmarkts und eines modernen Staatsapparats entfernt, der die ganze Gesellschaft unterworfen und das lokale Leben und seine Partikularismen bestimmt hätte. Für Marx existierten 1854 nebeneinander eine »despotische« Regierung und ein Mangel an Vereinheitlichung bis hin zu unterschiedlichen Währungen und Besteuerungen. Diese Be trachtung galt zum Teil auch noch achtzig Jahre später. Der Staat war weder in der Lage, die Industrie anzukurbeln, noch eine Agrarreform durchzuführen. Er konnte aus der Landwirtschaft nicht die Profite abschöpfen, die für die Akkumulation des Kapitals notwendig waren, schaffte es nicht, die Regionen zu vereinigen, und vor allem auch nicht, die Proletarier in den Städten und auf dem Lande niederzu halten.

So war es eigentlich natürlich, daß mit dem Schock vom Juli 1936 - *am Rande* der politischen Macht - eine soziale Bewegung entstand, deren kommunistisches Potential dann von einem Staat reintegriert wurde, den sie hatte weiterexistieren lassen. In den ersten Monaten der Revolution, als diese sich bereits zurückzog, aber ihr Ausmaß noch ihr Scheitern verbarg, zeigte sich das Bild einer Zersplitterung. Jede Region, Gemeinde, jedes Unternehmen, Kollektiv, jede Stadt entging der Zentralmacht - ohne diese anzugreifen - und schickte sich an, anders zu leben. Der Anarchismus und sogar der Regionalismus der POUM drückten innerhalb der Arbeiterbewegung jene spanische Besonderheit aus, die falsch eingeschätzt wird, wenn man nur die negative Seite dieser »verspäteten Entwicklung« des Kapitalismus sieht. Nicht einmal der Rückzug von 1937 brach den Elan Hunderttausender Arbeiter und Bauern, die sich Land, Fabriken, Stadtteile und Dörfer angeeignet, Privateigentum beschlag-

nahmt und die Produktion sozialisiert hatten, mit einer alltäglichen Autonomie und Solidarität, einer Brüderlichkeit, die Beobachter und Teilnehmer beeindruckten. [19] Aber auch wenn diese unzähligen Ereignisse und Handlungen, die manchmal über Jahre andauerten, Zeugnis ablegen - wie in ihrer Art auch die Erfahrungen in Rußland und Deutschland - von der Existenz einer kommunistischen Bewegung, die die ganze Gesellschaft verändert, von deren unglaublichen subversiven Möglichkeiten, wenn sie große Dimensionen annimmt, so zeigen sie leider genauso, daß das Schicksal der Bewegung schon im Sommer 1936 besiegelt war. Der Krieg in Spanien beweist sowohl die revolutionäre Energie der gemeinschaftlichen Formen und Verbindungen, die vom Kapital durchdrungen, aber noch nicht direkt reproduziert werden, als auch ihre Machtlosigkeit, *aus sich selbst heraus* eine Revolution zu sichern. Ohne Angriff auf den Staat und die Schaffung anderer Verhältnisse auf landesweiter Ebene waren sie zu einer bruchstückhaften Selbstverwaltung gezwungen, bei der Wesen und sogar Formen des Kapitalismus weiterbestanden, besonders das Geld und die Aufteilung in Unternehmen. Jedes Fortbestehen der Lohnarbeit läßt auch die Hierarchie von Funktionen und Einkommen weiter existieren. [20]

Kommunistische Maßnahmen hätten die Grundlagen beider Staaten (des republikanischen und des nationalistischen) unterminieren können, wenn nur mit der Lösung der Agrarfrage begonnen worden wäre: in den 30er Jahren war mehr als die Hälfte der Bevölkerung unterernährt. Eine subversive Bewegung brach los, allen voran die am meisten Unterdrückten, die am meisten vom »politischen Leben« Ferngehaltenen (zum Beispiel Frauen), aber sie schaffte es nicht, bis zum Äußersten zu gehen und die Dinge an der Wurzel zu packen.

Damals existierte die Arbeiterbewegung der großen Industrieländer in den Gebieten, die von einem Kapital vergesellschaftet wurden, das die gesamte Gesellschaft

beherrschte. Der Kommunismus war hier zum einen wegen dieser Vergesellschaftung näher, zum anderen wegen der zunehmenden Verwandlung aller Beziehungen in Warenbeziehungen weiter entfernt. Die neue Welt stellte man sich meistens als eine Arbeiterwelt, wenn nicht gar als eine industrielle Welt vor.

Das spanische Proletariat blieb dagegen von einer mehr quantitativen als qualitativen kapitalistischen Durchdringung der Gesellschaft abhängig. Daraus bezog es seine Kraft und seine Schwäche, abzulesen an der Tradition und der Forderung nach Autonomie durch den Anarchismus. »Im Laufe der letzten hundert Jahre gab es in Andalusien nicht eine einzige Erhebung, die nicht in der Errichtung von Kommunen, Landverteilung, der Abschaffung des Geldes und einer Unabhängigkeitserklärung endete (...) der Anarchismus der Arbeiter unterscheidet sich davon kaum. Auch sie verlangen zuerst die Möglichkeit, die eigene industrielle Einheit oder die Gewerkschaft selbst zu verwalten, außerdem die Kürzung der Arbeitszeit und eine Verringerung der von jedem geforderten Leistung (...).« [21] Zahlreiche Vorschläge wurden gemacht, einige realisiert, andere in Angriff genommen. Der Kommunismus ist auch die Wiederaneignung der Existenzbedingungen.

Eine der Hauptschwächen war die Einstellung gegenüber dem Geld. Das »Verschwinden des Geldes« hat nur dann einen Sinn, wenn es über die Ersetzung einer Form der Wertmessung durch eine andere (zum Beispiel Gutscheine für Arbeit) hinausgeht. Aber wie die Mehrzahl der radikalen Gruppen, ob sie sich nun auf einen Marxismus oder einen Anarchismus beziehen, sahen die spanischen Proletarier im Geld nicht den Ausdruck, die Abstraktion der realen Beziehungen, sondern eine Maßeinheit, ein Zahlungsmittel. Somit reduzierten sie den Sozialismus auf eine andere Form der Verwaltung derselben Kategorien und Bestandteile, die dem Kapitalismus zugrundeliegen. [22]

Das Scheitern der Versuche, gegen die Profitgier vorzugehen, ist nicht auf die Kontrolle der Gewerkschaft UGT über die Banken zurückzuführen, die die Kollektivierungen ablehnte: als wenn die Abschaffung des Geldes zuerst von einer Maßnahme der zentralen Macht abhängig wäre! Die Schließung privater Banken und der Zentralbank setzt der Profitgier nur dann ein Ende, wenn Produktion und Leben ohne die Vermittlung durch die Warenform organisiert werden und sich das nach und nach in allen gesellschaftlichen Verhältnissen durchsetzt. Das Geld ist nicht das »schlechte« Gegenstück einer guten Produktion, sondern die Vergegenständlichung (heute mehr und mehr in einer immateriellen Form) des Warencharakters aller Aspekte des Lebens. Den kann man nicht zerstören, indem man seine Erscheinungsformen beseitigt, sondern indem man den Tausch selbst als gesellschaftliches Verhältnis verschwinden lässt. Tatsächlich kamen nur die landwirtschaftlichen Kollektive ohne Geld aus, oft nur mit Hilfe lokaler Währungen und Kupons, die als »internes Zahlungsmittel« dienten. Die Räte, Kollektive und befreiten Dörfer waren unfähig, eine nicht am Profit ausgerichtete Produktion über die autonomen Gebiete hinaus zu etablieren. Sie existierten im allgemeinen nebeneinander, ohne koordinierte Aktionen zustandezubringen, wurden zu labilen Gemeinschaften und früher oder später von innen heraus zerstört oder von der Armee, sei es der faschistischen oder der republikanischen, vernichtet. In Aragon hatten sich die Einheiten des Stalinisten Lister darauf spezialisiert. Als sie in das Dorf Calanda kamen, schrieb er als erstes an eine Mauer: »Kollektivierung ist Diebstahl«.

Kollektivieren oder Kommunisieren?

Der sozialdemokratischen Verstaatlichung hat der Anarchismus seit der *I. Internationale* die kollektive Aneignung der Produktionsmittel entgegengesetzt.

Die beiden Sichtweisen gehen dennoch von derselben Forderung aus: von einem Kollektiv, das mit der Leitung beauftragt ist - aber um was zu leiten? Gewiß, was die Sozialdemokratie von oben bürokratisch durchgeführt hat, haben die spanischen Proletarier an der Basis bewaffnet praktiziert, wobei jeder gegenüber allen verantwortlich war, und dabei nahmen sie auch den Boden oder die Fabrik einer Minderheit weg, welche die Arbeit anderer anleitete und von ihr profitierte. Kurz gesagt, das Gegenteil von der Mitverwaltung der Kohlengruben durch die sozialistischen oder stalinistischen Gewerkschaften. Auch wenn ein Kollektiv, und nicht der Staat oder eine Bürokratie, die Produktion seines materiellen Lebens in die Hand nimmt, hebt es allein durch diese Tatsache den kapitalistischen Charakter des Lebens nicht auf.

Die Lohnarbeit ist der Durchgang einer Tätigkeit - welche es auch immer sei, Pflügen oder eine Zeitung Drucken - durch die Geldform, wobei das Geld, das diese Arbeit erst ermöglicht, zunimmt. Den Lohn angleichen, alles gemeinsam entscheiden, die Geldscheine durch Bons ersetzen, hat niemals ausgereicht, um das Lohnverhältnis abzuschaffen. Was durch das Geld verbunden ist, kann nicht frei sein, und früher oder später macht dieses sich darüber zum Herrn.

Die Assoziation auf lokaler Ebene an die Stelle der Konkurrenz zu setzen, bedeutet auf ihren Untergang zuzugehen. Denn wenn das Kollektiv in seinem Innern das Privateigentum aufheben würde, würde es sich als abgetrennte Einheit konstituieren, als ein besonderes, gleichzeitig neben anderen in der globalen Ökonomie bestehendes Element, somit als *Privatkollektiv*, das gezwungen ist, zu kaufen und zu verkaufen, Außenhandel zu betreiben, selbst zum Unternehmen zu werden, dazu bestimmt, ob es will oder nicht, seine Rolle in der regionalen, nationalen oder weltweiten Konkurrenz zu spielen - oder zu verschwinden.

Daß ein Teil Spaniens zusammengebrochen ist, darüber kann man sich nur freu-

en; das, was von der öffentlichen Meinung »Anarchie« genannt wird, ist die notwendige Bedingung für die Revolution, hat Marx seinerzeit geschrieben. Aber diese Bewegungen zogen ihre subversive Wirksamkeit aus einer Zentrifugalkraft, die auch den Lokalismus nährte. Die neu belebten Gemeinschaftsverbindungen schlossen jeden in sein Dorf, in sein *barrio* ein, als ob es darum gegangen wäre, eine verlorene Welt, eine heruntergekommene Menschlichkeit wiederzuentdecken, die Arbeiterviertel der Metropole entgegenzusetzen, die selbstverwaltete Kommune dem großen kapitalistischen Landgut, das bäuerliche Land der mercantilen Stadt, mit einem Wort den Armen dem Reichen, den Kleinen dem Großen oder das Lokale dem Internationalen und man vergaß darüber, daß die Koooperative oft gleichbedeutend mit dem längsten Weg in den Kapitalismus ist.

Keine Revolution ohne Zerstörung des Staates, das ist die spanische »Lektion«. Deshalb ist die Revolution keine politische Umwälzung, sondern eine gesellschaftliche Bewegung, wo die Zerstörung des Staates und die Erarbeitung neuer Arten der Debatte und Entscheidung mit der Kommunisierung Hand in Hand gehen werden. Wir wollen nicht »die Macht«, sondern die Macht *zur* Änderung des ganzen Lebens. Es handelt sich dabei um einen historischen Prozeß, der sich über Generationen erstreckt; stellt man sich da vor, die ganze Zeit weiterhin Löhne zu erhalten und Lebensmittel und Miete zu bezahlen? Wenn die Revolution in erster Linie politisch und erst in zweiter Linie gesellschaftlich sein sollte, würde sie einen Apparat schaffen, der nur die Funktion des Kampfs gegen die Verfechter der alten Welt hätte, eine negative Funktion der Unterdrückung, ein Kontrollsysteem, das auf keinem anderen Inhalt beruhte, als sein »Programm«, seinen Willen, den Kommunismus an dem Tag zu realisieren, an dem die Bedingungen dafür endlich erfüllt wären. So ideologisiert sich die Revolution und legitimiert die Entstehung einer besonderen Schicht, die damit be-

auftrag ist, das Heranreifen und das Warten auf das bessere Übermorgen zu steuern. Der eigentliche Sinn der Politik ist es, nichts ändern zu können und nichts ändern zu wollen: sie fügt zusammen, was getrennt ist, ohne sich vorwärts zu bewegen. Die Macht ist da, sie steuert, verwaltet, überwacht, sichert, unterdrückt: Sie ist.

Die politische Herrschaft (in der eine ganze Denkschule das Problem Nr. 1 sieht) erwächst aus der Unfähigkeit der menschlichen Wesen, ihr Leben, ihre Tätigkeit selbst in die Hand zu nehmen und zu organisieren. Sie ist an die radikale Enteignung gebunden, die den Proletarier ausmacht. Wenn jeder an der Produktion seines Lebens teilnehme, würden die Fähigkeiten, Druck auszuüben und zu unterdrücken, über die der Staat heute verfügt, unwirksam. Weil die Lohngesellschaft uns der Mittel zum Leben, zum Produzieren, zum Kommunizieren beraubt und dabei so weit geht, daß sie in den früher privaten Raum eindringt und daß sie uns sogar unsere Gefühle liefert, ist ihr Staat so allmächtig. Die beste Garantie gegen das Wiederauften einer neuen Machtstruktur über uns ist die gründlichste Aneignung der Existenzgrundlagen auf allen Ebenen. Zum Beispiel, wenn es ausgeschlossen erscheint, daß jeder in seinem Keller in die Pedale tritt, um seine Energie zu produzieren, entsteht die Herrschaft des Leviathan auch daraus, daß die Energie (ein bezeichnender Begriff, zu dem man im Englischen power sagt ...) uns von komplexen Industrien abhängig hält, die - nuklear oder nicht - uns gezwungenermaßen äußerlich bleiben und jeder Kontrolle entgehen.

Die Zerstörung des Staates als bewaffneten Kampf gegen Polizei und Militär zu begreifen, bedeutet, den Teil für das Ganze zu nehmen. Der Kommunismus ist zuerst Tätigkeit. Eine Art des Lebens, bei der Männer und Frauen ihre gesellschaftliche Existenz produzieren, stoppt das Entstehen getrennter Mächte oder hebt sie wieder auf.

Bilanz

Die spanische Niederlage von 1936 - 37 ist dem russischen Fehlschlag von 1917 - 21 wesensgleich. Die russischen Arbeiter verstanden es, die Macht an sich zu reißen, nicht aber, sie für eine kommunistischen Umwälzung zu benutzen. Die Rückständigkeit, die Zerrüttung der Wirtschaft und die internationale Isolierung erklären nicht ausreichend die Rückentwicklung. Die von Marx skizzierte und vielleicht nach 1917 in anderer Art und Weise anwendbare Perspektive einer Neubelebung der agrarischen Gemeinschaftsstrukturen war damals nicht einmal denkbar. Ohne von Lenins Loblied auf den Taylorismus und der Rechtfertigung der militarisierten Arbeit durch Trotzki zu reden, entsprach der Sozialismus für fast alle Bolschewiken und die große Mehrheit der *III. Internationale* einschließlich der Linkskommunisten der kapitalistischen Vergesellschaftung *plus* den Sowjets, und die Landwirtschaft der Zukunft ähnelte großen demokratisch geführten Gütern. (Der - gewaltige! - Unterschied zwischen der deutsch-holländischen Linken und der Komintern, was diesen Gegenstand angeht, besteht darin, daß die Linke die Sowjets und die Demokratie ernstnahm und die russischen Kommunisten - ihre Praxis beweist das - darin nur taktische Formulierungen sahen.)

Auf jeden Fall sind die Bolschewiken das beste Beispiel für jemand, der an die Macht kommt, die nichts als Macht ist und die er aufrechterhalten muß, ohne groß etwas an den realen Verhältnissen zu ändern. Logischerweise und am Anfang sicher guten Glaubens wurde der sowjetische Staat immer weiter fortgesetzt, koste es, was es wolle, zuerst in der Perspektive der Weltrevolution, danach für sich selbst, und es gab bald keine andere Lösung als den Zwang, als die absolute Priorität zur Bewahrung der Einheit einer Gesellschaft, die langsam auseinanderbrach. Daher auf der einen Seite die Zugeständnisse an den bäuerlichen Kleinbesitz gefolgt von Re-

quirierungen, wobei das eine wie das andere noch weiter von der Gemeinschaftsproduktion und dem Gemeinschaftsleben wegführten. Daher auf der anderen Seite die Repression gegen die Arbeiter und gegen die Opposition innerhalb der Partei. Eine Macht, die soweit kommt, die Aufständischen von Kronstadt (welche einfach demokratische Forderungen stellten) im Namen eines Sozialismus zu massakrieren, den sie nicht verwirklicht und sich darüberhinaus noch mit Lüge und Verleumdung rechtfertigt, eine solche Macht bestätigt damit nur den Verlust jeglichen kommunistischen Charakters. Lenin ist 1924 gestorben, aber der Revolutionär Lenin war schon als Staatschef seit 1921 tot, wenn nicht früher ... Es blieb den bolschewistischen Führungskräften nichts anderes übrig, als zu Verwaltern des Kapitalismus zu werden.

Als Übersteigerung der Politik, die davon besessen ist, die Hindernisse zu *beseitigen*, die sie nicht umstürzen konnte, ging auch die Oktoberrevolution in einen selbstmörderischen Bürgerkrieg über. Ihr Drama ist das einer Macht, die die Gesellschaft nicht umwälzen kann, und deshalb zu einem konterrevolutionären Organ degeneriert. In der spanischen Tragödie enden die Proletarier, weil sie ihr Terrain verlassen haben, als Gefangene eines Konflikts, in dem die Bourgeoisie und ihr Staat auf beiden Seiten der Frontlinie stehen. 1936 - 37 kämpfte das Proletariat Spaniens nicht nur gegen Franco, sondern auch gegen die faschistischen Länder, gegen die Demokratien und die Farce der »Nicht-Einmischung«, gegen ihren eigenen Staat, gegen die UdSSR, die es nur bewaffnete, um die Revolutionäre zu entwaffnen, gegen ...

1936 - 37 schloß den historischen Moment, den 1917 geöffnet hatte.

In einer zukünftigen revolutionären Periode werden nicht diejenigen, die prokapi- talistische oder prostaatliche Slogans rufen, die geschicktesten und gefährlichsten Verteidiger des Kapitalismus sein, sondern jene, die den Ansatzpunkt für den möglichen Bruch gesehen haben. Anstatt

die Werbung oder den Gehorsam zu preisen, werden sie vorschlagen, das Leben zu ändern ... aber dafür müsse zuvor eine wahre demokratische Macht aufgebaut werden. Wenn es ihnen gelänge, sich durchzusetzen, würde die Errichtung dieser neuen politischen Form die Energien schlucken, die radikalen Bestrebungen benutzen und - das Mittel wird zum Zweck - noch einmal aus der Revolution eine Ideologie machen. Gegen sie und gewiß auch gegen die offen kapitalistische Reaktion wird der einzige erfolgversprechende Weg der Proletarier die Verstärkung und koordinierte Ausdehnung konkreter kommunistischer Initiativen sein, die natürlich als antidemokatisch, ja sogar ... »faschistisch« denunziert werden.

Der Kampf für die Schaffung von Orten und Momenten der Befreiung, welche die Autonomie der Bewegung ermöglichen, ist nicht zu trennen von praktischen Maßnahmen, das Leben zu ändern.

» (...) in allen bisherigen Revolutionen die Art der Tätigkeit stets unangetastet blieb und es sich nur um eine andre Distribution dieser Tätigkeit, um eine neue Verteilung der Arbeit an andre Personen handelte, während die kommunistische Revolution sich gegen die bisherige Art der Tätigkeit richtet, die Arbeit beseitigt und die Herrschaft aller Klassen mit den Klassen selbst aufhebt, weil sie durch die Klasse bewirkt wird, die in der Gesellschaft für keine Klasse mehr gilt, nicht als Klasse anerkannt wird, schon der Ausdruck der Auflösung aller Klassen, Nationalitäten etc. innerhalb der jetzigen Gesellschaft ist.« (Marx, *Deutsche Ideologie*, in: MEW Bd. 3 Seite 69 f.)

Fußnoten:

[1] Der vorliegende Text ist eine gekürzte und vollständig überarbeitete Fassung des Vorworts zur Textsammlung *Bilan / Contre révolution en Espagne 1936 - 39*, 10-18, 1979 (vergriffen). Ein weiterer Text über den Faschismus und über seine

Perspektiven in unserer Zeit, und somit auch zum Antifaschismus, ist in Arbeit.

[2] Daniel Guérin, *Fascisme et grand capital* [Faschismus und Großkapital], La Découverte; und *Front Populaire, Révolution manquée* [Volksfront, die verpaßte Revolution], Actes Sud.

[3] T. Thomas, *Les racines du fascisme* [Die Wurzeln des Faschismus], Albatroz, 1996. *Crève la Peste!* [Die (braune) Pest soll verrecken!], 1997 und *Démocratie et fascisme* [Demokratie und Faschismus], Beilage zur Nr. 7 von Mouvement Communiste, 1998. Als zusammenfassenden geschichtlichen Überblick: P. Milza, *Les Fascismes* [Die Faschismen], Imprimerie Nationale [Staatsdruckerei].

[4] A. Tasca, *Naissance du fascisme*, Gallimard [Deutsch: Glauben, Gehorchen, Kämpfen - Aufstieg des Faschismus in Italien; Wien 1991]. *Communisme et fascisme* [Kommunismus und Faschismus], Programme Communiste. *La Gauche communiste d'Italie* [Die italienischen Linkskommunisten], Courant Communiste International.

[5] Zitiert in *Le Proletaire*, Nr. 206.

[6] Beide Begriffe im Original Deutsch. Wenn sie im folgenden Text ebenfalls im Original Deutsch sind, habe ich sie kursiv gesetzt; d. Ü. .

[7] Zur »konservativen Revolution« findet sich viel in »Pensée, révolution, réaction et catastrophes«, einem vierteiligen Vorwort zu den *Textes du mouvement ouvrier révolutionnaire* [Texte der revolutionären Arbeiterbewegung], Invariance, Mai, Juni, September und Oktober 1996.

[8] D. Authier, J. Barrot, *La Gauche communiste en Allemagne (1914 - 21)* [Die Linkskommunisten in Deutschland 1914 - 21], Payot.

[9] Es waren vier: Hitler Kanzler, Frick Innenminister, Göring Minister ohne Geschäftsbereich und Goebbels Minister für Propaganda.

[10] Lt. dtv-Atlas waren es 81.

[11] Über den in Endnote 1 erwähnten, vergriffenen Band hinaus sind von *Bilan* viele Artikel erschienen in der *Révue Internationale* des Courant Communiste In-

ternationale und in *Invariance*, in der auch eine Sammlung von Texten O. Perrones, einem der Gründer von *Bilan*, erschien. Zu Spanien: Brenan, *Le Labyrinthe espagnol* [Das spanische Labyrinth], Champ Libre; V. Richards, *Enseignements de la révolution espagnole* [Lehren aus der spanischen Revolution], Acratie; Broué, *Staline et la Révolution. Le cas espagnol* [Stalin und die Revolution. Der Fall Spanien], Fayard, und *Histoire de l'I.C.*, Fayard (Für Broué liegt der Fehler des Antifaschismus darin, vom Stalinismus pervertiert worden zu sein.) Siehe auch Chazé, *Chroniques de la révolution espagnole*, Spartacus (articles *d'Union Communiste*, 1933 - 39, eine Gruppe, die sowohl mit dem Trotzkismus wie mit Bilan uneinig war) und Michael Seidman, *Workers Against Work During the Popular Front* [Arbeiter gegen die Arbeit während der Volksfront; ein sehr empfehlenswertes Buch, das es leider noch nicht auf Deutsch gibt!; d.Ü.], UCLA Press, 1993.

[12] V. Alba, *Histoire du POUM* [Geschichte der POUM], Champ Libre.

[13] *La Catalogne libertaire* [in Deutsch als *Mein Katalonien* 1963 erschienen], Champ Libre. Das englische Original erschien im April '38, bis 1951 waren von dem Buch weniger als 1500 Exemplare verbreitet worden. Die erste Übersetzung geschah 1948, in den USA erschien das Buch 1952.

[14] Die Überschrift habe ich dem Buch von H. Paechter entlehnt: *Espagne 1936-37. La guerre dévore la révolution* [Spanien 1936 - 37. Der Krieg frißt die Revolution], Spartacus, 1986 (erste Ausgabe: 1938).

[15] Zitiert bei Abel Paz, *Durruti. Le peuple en armes*. Deutsch: Abel Paz, *Durruti. Leben und Tode des spanischen Anarchisten*. Edition Nautilus 1993; zitiert nach dieser Ausgabe S. 554 f..

[16] *Oeuvres Politiques*, Costes Bd. VIII. Eine Auswahl von Marx-Texten zu Spanien findet sich in *Oeuvres*, Gallimard, Pléiade, Bd. IV. Deutsch in MEW Bd. 10, S. 462 - aus der Artikelreihe von Marx

»Das revolutionäre Spanien«.

[17] H. Wagner, *L'Anarchisme et la révolution espagnole* [Der Anarchismus und die spanische Revolution]. A.D.E.L., 1997 (erste Ausgabe 1937).

[18] Zitiert bei M. Laffranque, *Cahiers de l'ISEA*, Serie S. Nr. 15. Deutsch in MEW Bd. 10, S. 441; aus der Artikelreihe von Marx »Das revolutionäre Spanien«.

[19] Orwell oder zum Beispiel M. Low, J. Brea, *Carnets de la guerre d'Espagne* [Hefte aus dem Krieg in Spanien], Verticales, 1997.

[20] Zu den Kollektivierungen siehe F. Mintz, *L'Autogestion dans l'Espagne révolutionnaire* [Die Selbstverwaltung im revolutionären Spanien], Bélibaste.

[21] Brenan.

[22] Zum Geld siehe bei Marx unter anderem die Abschnitte in den *Oeuvres*, Gallimard, Pléiade, Bd. II, S. 195 ff.. [Lestips auf Deutsch *Elend der Philosophie*, MEW Bd. 4, 63 ff.; ausführlicher in den *Grundrisse*, das Kapitel vom Geld, MEW Bd. 42]

Situationistische Internationale: Zwei lokale Kriege

Der israelisch-arabische Krieg ist ein übler Streich, den die moderne Geschichte dem guten linken Gewissen gespielt hat, das im großen Spektakel seines Protests gegen den Krieg in Vietnam einmütig war. Das falsche Bewußtsein, das in der FNL die Vorkämpferin der „sozialistischen Revolution“ gegen den amerikanischen Imperialismus sah, konnte sich nur in seine unüberwindbaren Widersprüche verwickeln und scheitern, als es darum ging, zwischen Israel und Nasser zu wählen. Mit seiner grotesken Polemik hat dieses Bewußtsein ständig verkündet, daß der eine oder der andere absolut recht habe und sogar daß diese oder jene ihrer Perspektiven revolutionär sei.

Bei seiner Immigration in die unterentwickelten Zonen wurde der revolutionäre Kampf einer doppelten Entfremdung unterworfen: einerseits der einer Linken, die dem überentwickelten Kapitalismus ohnmächtig gegenübersteht und ihn auf keine Weise bekämpfen kann, und andererseits der der arbeitenden Massen in den kolonisierten Ländern, die die Trümmer einer entstellten Revolution geerbt haben und unter deren Fehlern leiden mußten. Die Abwesenheit einer revolutionären Bewegung in Europa hat die Linke auf ihre einfachste Form reduziert: eine Zuschauermasse, die jedesmal in Entzückung gerät, wenn die Ausgebeuteten in den Kolonien die Waffen gegen ihre Herren ergreifen, und die nicht umhin kann, darin das non plus ultra der Revolution zu sehen. In gleicher Weise hat die Abwesenheit des politischen Lebens des Proletariats als Klasse für sich (und für uns ist das Proletariat revolutionär oder es ist nichts) es dieser Linken ermöglicht, in einer Welt ohne Tugend zum *Ritter der Tugend* werden. Wenn sie aber darüber klagt und jammert, daß „die Weltordnung“ ihren guten Absichten entgegenarbeitet, und wenn sie doch ihre armeligen Ansprüche an diese Ordnung auf-

rechterhält, ist sie praktisch mit ihr als ihrem eigenen Wesen verbunden – wird sie dieser Ordnung beraubt oder schließt sie sich selbst aus ihr aus, so verliert sie *alles*. Die europäische Linke ist so arm, daß sie, um sich zu trösten, scheinbar das bloße dürftige Gefühl einer abstrakten Entgegnung herbeisehnt, wie der Reisende durch die Wüste den Wassertropfen. Das Ausmaß ihrer Not kann man daran ermessen, wie leicht sie sich zufrieden gibt. Sie ist der Geschichte fremd, genau wie das Proletariat dieser Welt fremd ist; das falsche Bewußtsein ist ihr natürlicher Zustand, das Spektakel ihr Element und der scheinbare Zusammenstoß der Systeme ihr universeller Bezug: Immer wenn und überall dort, wo es einen Konflikt gibt, kämpft das Gute gegen das Böse, die „absolute Revolution“ gegen die „absolute Reaktion“.

Das Einvernehmen des zuschauenden Gewissens mit *fremden* Angelegenheiten bleibt irrational, und sein tugendhafter Protest versumpft in den Windungen des Schuldgefühls. Die meisten französischen „Vietnam-Komitees“ sind während des „6-Tage-Krieges“ auseinandergefallen, und ein Teil der Widerstandsgruppen gegen den Vietnamkrieg in den Vereinigten Staaten hat gleichfalls ihre Wahrheit erfahren. „Man kann nicht gleichzeitig für die Vietnamesen und gegen die von Ausrottung bedrohten Juden sein!“ rufen die einen. „Wie könnt ihr gegen die Amerikaner in Vietnam kämpfen, wenn ihr deren verbündete zionistische Aggressoren unterstützt?“ erwidern die anderen, und man stürzt sich in byzantinische Diskussionen ... Sartre hat sich davon nicht erholt. In Wirklichkeit bekämpfen alle diese guten Leute das, was sie verurteilen, nicht effektiv, und das, was sie billigen, kennen sie nicht. Ihre Opposition gegen den amerikanischen Krieg verschmilzt fast immer mit einer bedingungslosen Unterstützung des Vietkong – in jedem Fall bleibt sie aber für alle spektakulär. Diejenigen, die sich wirklich dem spanischen Faschismus widersetzen, gingen an Ort und Stelle, um ihn zu bekämpfen. Bisher hat sich aber keiner aufgemacht, um

den „Yankee-Imperialismus“ zu bekämpfen. Ein ganzes Schaufenster voll fliegender Teppiche bietet sich den Konsumenten der illusorischen Beteiligung an: der stalinistischgaullistische Nationalismus gegen den amerikanischen (Humphreys Besuch in Frankreich war die einzige Gelegenheit für die KPF, mit den ihr übriggebliebenen Getreuen zu demonstrieren); der Verkauf des *Vietnamkuriens* oder der Werbebroschüren für den Ho Chi Minh Staat und zuletzt die pazifistische Demonstration. Weder die Provos (vor ihrer Auflösung), noch die Berliner Studenten konnten diesen - engen Rahmen der anti-imperialistischen „Aktion“ verlassen.

Der Widerstand gegen den Krieg ist in Amerika vom ersten Moment an ernsthafter, denn der wirkliche Feind steht ihm direkt gegenüber. Für einen Teil der Jugend besteht der Widerstand jedoch darin, daß sie sich *mechanisch* mit den scheinbaren Feinden ihrer wirklichen Feinde identifizieren: Das verstärkt die Konfusion in einer Arbeiterklasse, die schon der schlimmsten Verdummung und Mystifizierung unterworfen ist, und trägt dazu bei, sie in diesem „reaktionären“ Geisteszustand zu halten, der als Argument gegen sie benutzt wird.

Wichtiger scheint uns Guevaras Kritik zu sein, da sie aus echten Kämpfen hervorgeht, aber sie bleibt mangelhaft. Gewiß ist Che einer der letzten konsequenteren Leninisten unserer Zeit; anscheinend hat er aber, wie Epimenides, während des letzten halben Jahrhunderts geschlafen, wenn er glaubt, es gebe immer noch ein „fortschrittliches Lager“, das seltsam „schwach“ sei. Dieser bürokratische und romantische Revolutionär sieht also im Imperialismus nichts anderes als das höchste Stadium des Kapitalismus in seinem Kampf gegen eine Gesellschaft, die trotz ihrer Mängel sozialistisch ist.

Die verschämt zugegebene Schwäche der UdSSR erscheint zunehmend „normal“. Laut einer öffentlichen Erklärung bleibt

China „zu jedem nationalen Opfer bereit, um Nordvietnam (*wenn schon nicht die Arbeiter von Hongkong*) gegen die USA zu unterstützen. und bildet damit die festste und sicherste Nachhut für das vietnamesische Volk in seinem Kampf gegen den Imperialismus.“ Tatsächlich zweifelt keiner daran, daß Maos bürokratisches China noch völlig intakt ist. wenn der letzte Vietnamese gefallen ist (laut *Izwestia* sollen China und die Vereinigten Staaten ein Abkommen zur gegenseitigen Nicht-einmischung geschlossen haben).

Weder das manichäische Gewissen der tugendhaften Linken noch die Bürokratie sind fähig, die tiefe Einheit der heutigen Welt zu verstehen. Die Dialektik ist ihr gemeinsamer Feind. Was die revolutionäre Kritik betrifft, so setzt sie jenseits von Gut und Böse an – sie hat ihre Wurzeln in der Geschichte, und ihr Feld ist die Totalität der bestehenden Welt. Auf keinen Fall kann sie einem kriegsführenden *Staat* applaudieren oder die Bürokratie eines im Entstehen begriffenen Ausbeuter-Staates unterstützen. Sie muß vor allem die *Wahrheit* der aktuellen Konflikte enthüllen, indem sie sie mit ihrer Geschichte verknüpft, und die uneingestandenen Ziele der *offiziell* kämpfenden Kräfte entlarven. Die Waffe der Kritik dient als Vorspiel zur Kritik der Waffen.

Der friedlichen Koexistenz der bürgerlichen und bürokratischen Lügen ist es schließlich gelungen, Oberhand über die Lüge ihrer Zusammenstöße zu gewinnen; das Gleichgewicht des Schreckens wurde 1962 in Kuba während des kopflosen russischen Rückzugs gebrochen. Seitdem ist der amerikanische Imperialismus unbestritten Herrscher über die Welt. Das kann er nur durch Aggression sein, denn er hat nicht die geringste Anziehungskraft für Enterbe, die sich eher dem russisch-chinesischen Modell zuwenden. Der Staatskapitalismus stellt die natürliche Tendenz der kolonisierten Gesellschaften dar, in denen sich der Staat im allgemeinen vor den Klassen bildet – im historischen

Sinne des Wortes. Die totale Beseitigung ihres Kapitals und ihrer Waren vom Weltmarkt ist genau die tödliche Gefahr, die die besitzende Klasse in Amerika und ihre Wirtschaft des freien Unternehmertums bedroht; es ist ebenso der Schlüssel für ihre Angriffslust.

Seit der großen Krise von 1929 wird die Intervention des Staates in die Marktmechanismen immer sichtbarer; die Wirtschaft kann ohne die massiven Ausgaben des Staates, des wichtigsten „Konsumenten“ der gesamten nicht-kommerziellen Produktion (hauptsächlich der Rüstungswirtschaft), nicht mehr ordnungsgemäß funktionieren. Was ihn nicht daran hindert, weiter im Krisenzustand zu bleiben und von der Ausdehnung seines öffentlichen Sektors auf Kosten des privaten abhängig zu sein. Eine unerbittliche Logik treibt das System in einen immer stärker staatlich kontrollierten Kapitalismus, der ernste soziale Konflikte entstehen läßt.

Die Unfähigkeit des amerikanischen Systems, auf gesellschaftlicher Ebene genügend Profit zu erwirtschaften, macht seine tiefe Krise aus. Es muß also *draußen* das schaffen, was es zuhause nicht zustande bringen kann – und zwar die Masse des Profits im Verhältnis zu der des vorhandenen Kapitals vergrößern. Die besitzende Klasse, die mehr oder weniger auch den Staat besitzt, verläßt sich auf seine imperialistischen Unternehmungen, um diesen wahnsinnigen Traum zu verwirklichen. Für diese Klasse bedeutet der Staatskapitalismus den Tod, genau wie der *Kommunismus*; deshalb ist sie von Natur aus unfähig, irgendeinen Unterschied zwischen beiden zu sehen.

Das künstliche Funktionieren der monopolistischen Wirtschaft als „Kriegswirtschaft“ sorgt vorübergehend dafür, daß die Politik der führenden Klasse die wohlwollende Unterstützung der Arbeiter genießen kann, die von der Vollbeschäftigung und vom spektakulären Überfluß profitieren: „Der aktuelle Prozentsatz der Arbeitskraft, die mit Aufgaben für die nationale Vertei-

digung beschäftigt ist, beträgt 5,2% der gesamten amerikanischen Arbeitskraft, gegenüber 3,9% vor zwei Jahren ... Die Zahl der zivilen Arbeitsplätze auf dem Gebiet der nationalen Verteidigung ist in 2 Jahren von 3.000.000 auf ungefähr 4.100.000 gestiegen“ (*Le Monde* vom 17.9.67). Unterdessen spürt der Marktkapitalismus undeutlich, daß er durch die Ausweitung seiner territorialen Kontrolle einen beschleunigten Aufschwung erzielen kann, der die immer größer werdenden Anforderungen der nicht profitablen Produktion ausgleichen kann. Die hartnäckige Verteidigung der Regionen der „freien“ Welt, in denen seine Interessen oft unbeträchtlich sind (1959 gingen die amerikanischen Investitionen in Südvietnam nicht über 50 Mio. Dollar hinaus) entspricht einer Strategie, die langfristig bezweckt, die Militärausgaben in einfache Betriebskosten zu verwandeln, was den Vereinigten Staaten nicht nur einen Markt, sondern auch die monopolistische Kontrolle über die Produktionsmittel des größten Teils der Welt sichern würde. Aber diesem Projekt steht alles im Wege. Einerseits die inneren Widersprüche des Privatkapitalismus: besondere Interessen stehen im Widerspruch zu diesem allgemeinen Interesse der gesamten besitzenden Klasse; solche von Gruppen, die sich kurzfristig mit Staatsaufträgen bereichern (mit den Waffenfabrikanten an der Spitze) und die der monopolistischen Unternehmen, die nicht in unterentwickelten Ländern, in denen die Produktivität trotz der billigen Arbeitskräfte sehr niedrig ist, sondern lieber im fortgeschrittenen Teil der Welt investieren wollen – vor allem in Europa, das immer noch rentabler als das saturierte Amerika ist. Andererseits verletzt dieses Projekt die unmittelbaren Interessen der enterbten Massen, deren erste Bewegung nur die Beseitigung der eigenen Ausbeuterschichten sein kann, die als einzige imstande sind, irgendeine US-Infiltration abzusichern.

Nach Rostow, dem „Wirtschaftsaufschwungsexperten“ im State Department, ist Vietnam vorläufig nur das Übungsfeld

einer umfassenden Strategie, die sich in Zukunft vervielfachen wird und mit einem zerstörerischen Krieg (der keine große Aussicht auf Erfolg hat) beginnen muß, um ihren Ausbeutungsfrieden zu sichern: Die Aggressivität des amerikanischen Imperialismus ist also keine Verirrung einer schlechten Regierung, sondern eine Notwendigkeit für die Klassenbeziehungen des Privatkapitalismus, der sich unaufhaltsam zu einem technokratischen Staatskapitalismus entwickeln wird, wenn ihm keine revolutionäre Bewegung ein Ende setzt. In diesen allgemeinen Rahmen der immer noch unbeherrschten Weltwirtschaft müssen wir die Geschichte der entfremdeten Kämpfe unserer Epoche einfügen.

Die Zerstörung der alten „asiatischen“ Strukturen durch das Eindringen des Kolonialismus führte auf der einen Seite zur Entstehung einer neuen städtischen Schicht und auf der anderen Seite zur verstärkten Verelendung breiter Schichten der überausgebeuteten Bauernschaft. Das Zusammentreffen dieser beiden sozialen Kräfte war der Hauptantrieb der gesamten Bewegung in Vietnam. So bildeten sich die ersten nationalistischen Kerne sowie der Rahmen für das, was von 1930 an die indochinesische KP werden sollte, in den städtischen - klein-bürgerlichen und sogar bürgerlichen - Schichten. Der Anschluß an die bolschewistische Ideologie (in ihrer stalinistischen Version) fügte dem rein nationalistischen Programm ein im wesentlichen agrarisches hinzu und machte die KP Indochinas zur Anführerin des antikolonialen Kampfes und zur Organisatorin breiter Massen spontan revoltierender Bauern. Die Bewegung trat 1931 zum ersten Mal mit den „Bauernräten“ in Erscheinung. Da sie aber ihr Schicksal an das der III. Internationale knüpfte, unterwarf sich die KP Indochinas allen Wechselfällen der stalinistischen Diplomatie und den Schwankungen der nationalen und staatlichen Interessen der russischen Bürokratie. Vom VII. Kongreß der Komintern im August 1935 an verschwand der „Kampf gegen den französischen Imperialismus“ aus

dem Programm und wurde durch den gegen die mächtige trotzkistische Partei ersetzt. „Mit den Trotzkisten: weder Bündnisse noch Zugeständnisse! Sie müssen als das entlarvt werden, was sie sind: Agenten des Faschismus“ (Ho Chi Minhs Bericht vor der Komintern, Juli 1939). Das deutsch-sowjetische Abkommen und das Verbot der französischen und überseeischen KPs erlaubte der KP Indochinas, ihre Richtung zu ändern: „Unsere Partei ist der Meinung, daß es sich um eine Frage von Leben oder Tod handelt ... gegen den imperialistischen Krieg und die Raub- und Mordpolitik des französischen Imperialismus (gemeint wird also *gegen Nazi-Deutschland*) zu kämpfen ... gleichzeitig aber wollen wir auch gegen die aggressiven Ziele des japanischen Faschismus kämpfen.“

Gegen Ende des II. Weltkrieges kontrollierte der Vietminh mit effektiver Hilfe der Amerikaner den größten Teil des Landes und wurde als der einzige Vertreter Indochinas von den Franzosen anerkannt. In diesem Augenblick hielt es Ho Chi Minh für besser, „ein wenig am französischen Dreck zu schnüffeln, als ein ganzes Leben lang den der Chinesen essen zu müssen“. Er unterzeichnete, um seinen Genossen und Herren die Aufgabe zu erleichtern, den ungeheuerlichen Kompromiß vom März 1946, durch den Vietnam gleichzeitig als ein „freier Staat“ und als ein „Teil der indochinesischen Föderation der Französischen Union“ anerkannt wurde. Dank dieses Kompromisses konnte Frankreich einen Teil des Landes zurückerobern und im selben Moment, als die Stalinisten ihren Anteil der bürgerlichen Macht in Frankreich einbüßten, einen acht Jahre dauernden Krieg beginnen, der damit endete, daß der Vietminh Südvietnam den rückständigsten Schichten der vietnamesischen Gesellschaft und ihren Schutzherrn - den Amerikanern - preisgab, während er endgültig den Norden gewann. Nachdem die Vietminh-Bürokratie systematisch die übriggebliebenen revolutionären Elemente eliminiert hatte (der letzte trotzkistische

Führer, Ta Tu Thau, war schon 1946 ermordet worden), richtete sie ihre totalitäre Macht über der Bauernschaft ein und nahm die Industrialisierung des Landes im Rahmen des Staatskapitalismus in Angriff. Die Verbesserung der Lage der Bauern, eine Errungenschaft ihres langen Befreiungskampfes, sollte gemäß der bürokratischen Logik in den Dienst des entstehenden Staates gestellt werden: im Sinne einer höheren Produktivität, die der Staat als einziger, unbestrittener Herr verwalten wollte. 1956 brachte die autoritäre Einführung der Agrarreform gewaltsame Aufstände und eine blutige Unterdrückung (besonders in Ho Chi Minhs Provinz selbst) mit sich. Die Bauern, die der Bürokratie zur Macht verholfen hatten, fielen ihr als erste zum Opfer. Man versuchte dann jahrelang, diesen „schweren Fehler“ in einer „Orgie von Selbtkritik“ vergessen zu lassen.

Dasselbe Genfer Abkommen machte es Diem und Konsorten möglich, südlich des 17. Breitengrades einen bürokratischen, feudalistisch-theokratischen Staat im Dienst der Großgrundbesitzer und der Kompradoren-Bourgeoisie zu installieren. Im Laufe einiger Jahre liquidierte dieser Staat alle Errungenschaften der Bauernschaft mithilfe einiger geeigneter „Agrarreformen“, so daß die Bauern im Süden, von denen ein Teil niemals die Waffen niedergelegt hatte, wieder der Unterdrückung und der Überausbeutung unterworfen wurden. Dann beginnt der zweite Vietnam-Krieg. Massenweise ergreifen aufständische Bauern noch einmal die Waffen gegen dieselben Feinde, und sie finden auch dieselben Führer wieder. Auf den Vietminh folgt die Nationale Befreiungsfront (FNL), die dessen gute Eigenschaften und schwerwiegenden Mängel übernimmt. Die FNL macht sich zur Vorkämpferin des nationalen Kampfes und des Bauernkrieges. Sie gewinnt damit von Anfang an die Landbevölkerung und macht aus ihr die Hauptbasis des bewaffneten Widerstands. Ihre Serie von Siegen über die offizielle Armee haben die immer massivere Intervention der Amerikaner zur Folge gehabt,

bis der Konflikt auf einen offenen Kolonialkrieg reduziert wurde, in dem die Vietnamesen gegen eine Invasionsarmee kämpfen. Die entschlossene Kampfführung, das deutlich anti-feudalistische Programm und die Perspektive der Vereinigung des Landes bleiben die Hauptanliegen der Bewegung. Der von der FNL geführte Kampf unterscheidet sich keineswegs von den klassischen Kämpfen für die nationale Befreiung. Dem Programm liegt der Kompromiß einer breiten Klassenkoalition zugrunde, von dem einzigen Ziel beherrscht, die amerikanische Aggression zu beenden (nicht von ungefähr lehnt es die FNL ab, Vietkong, d.h. „vietnamesische Kommunisten“ genannt zu werden, um ihren nationalen Charakter zu „betonen). Die Strukturen der FNL sind die eines im Entstehen begriffenen Staates, in den von ihr kontrollierten Zonen erhebt sie Steuern und führt die allgemeine Wehrpflicht ein.

Diese minimalen Qualitäten des Kampfes sowie die Ziele und die darin zum Ausdruck kommenden sozialen Interessen sind im israelisch-arabischen Zusammenstoß nicht einmal andeutungsweise zu finden. Die spezifischen Widersprüche des Zionismus und die der zersplitterten arabischen Gesellschaft kommen zu der allgemeinen Konfusion noch hinzu.

Von Anfang an war die zionistische Bewegung das Gegenteil einer revolutionären Lösung dessen, was man *die Judenfrage* nannte. Als unmittelbares Produkt des europäischen Kapitalismus ging es ihr nicht um die Umwälzung einer Gesellschaft, die die Verfolgung der Juden brauchte, sondern um die Schaffung einer nationalen jüdischen Entität, die vor dem antisemitischen Wahnsinn des dekadenten Kapitalismus geschützt sein würde – keine Abschaffung der Ungerechtigkeit also, sondern deren Verlagerung. Die Erbsünde des Zionismus besteht darin, immer so getan zu haben, als wäre Palästina eine menschenleere Insel. Die revolutionäre Arbeiterbewegung sah in der proletarischen Gemeinschaft die Lösung der Judenfrage,

d.h. für sie war die Zerstörung des Kapitalismus mitsamt „seiner Religion, des Judentums“ und die Emanzipation des Juden außerhalb der Emanzipation des Menschen undurchführbar. Der Zionismus ging von der umgekehrten Hypothese aus. Gewiß hat ihm die konterrevolutionäre Entwicklung im letzten halben Jahrhundert recht gegeben, aber auf dieselbe Art wie die Entwicklung des europäischen Kapitalismus Bernsteins reformistischen Thesen recht gab. Der Erfolg des Zionismus und folglich die Bildung des israelischen Staates stellen nur Wechselseitigkeit des Triumphs der weltweiten Konterrevolution dar. „Sozialismus in einem einzigen Land“ konnte widerhallen als „Gerechtigkeit für ein einziges Volk“ und „Gleichheit in einem einzigen Kibbuz“. Die Kolonialisierung Palästinas wurde mit Rothschilds Geldern organisiert und die ersten Kibbuzim durch europäischen Mehrwert initiiert. Damals haben die Juden *für sich selbst* all das neu geschaffen, was sie zu Opfern gemacht hatte: den Fanatismus und die Rassentrennung. Diejenigen, die darunter litten, in ihrer Gesellschaft bloß geduldet zu sein, kämpften darum, anderswo Besitzer zu werden, die über das Recht verfügen, andere zu dulden. Der Kibbuz war keine revolutionäre Aufhebung des palästinensischen „Feudalwesens“, sondern eine mutualistische Formel der Selbstverteidigung der jüdischen Arbeiter-Siedler *gegen die Tendenz zur kapitalistischen Ausbeutung durch die „Jüdische Agentur“*. Da die zionistische Organisation der wichtigste jüdische Besitzer Palästinas war, stellte sie sich als die einzige Vertreterin der höchsten Interessen der „Jüdischen Nation“ hin. Sie hat schließlich nur deshalb das Recht auf eine gewisse Selbstverwaltung eingeräumt, weil sie sich vergewissert hatte, daß diese sich auf die systematische Vertreibung der arabischen Bauern gründen würde.

Was die Histadrut betrifft: Sie wurde seit ihrer Gründung im Jahr 1920 der Autorität des Weltzionismus unterworfen – sie steht also im genauen Gegensatz zur Emanzipation der Arbeiter. Ihren Statuten gemäß

waren die arabischen Arbeiter aus ihr ausgeschlossen, und ihre Tätigkeit bestand oft darin, den jüdischen Unternehmern zu verbieten, sie zu beschäftigen.

Der dreiseitige Kampf zwischen Arabern, Zionisten und Engländern sollte sich zum Vorteil der Zionisten entwickeln. Dank der aktiven Tätigkeit der Amerikaner (vom II. Weltkrieg an) und Stalins Segen (der Israel als erste „sozialistische“ Festung im Nahen Osten betrachtete, aber auch einige ihm lästige Juden loswerden wollte) wurde Herzls Traum bald wahr und der jüdische Staat willkürlich proklamiert. Durch die Rekuperation aller „fortschrittlichen“ Formen der sozialen Organisation und deren Integration in das zionistische Ideal durften dann sogar die „Revolutionärsten“ mit ruhigem Gewissen am Aufbau des bürgerlichen, militaristischen und rabbinischen Staates arbeiten, zu dem das moderne Israel sich entwickelt hat. Der verlängerte Schlaf des proletarischen Internationalismus hat noch ein Ungeheuer erzeugt. Die grundsätzliche Ungerechtigkeit gegenüber den Arabern Palästinas wandte sich aber sofort gegen die Juden selbst: Der Staat des auserwählten Volkes war nichts anderes als eine übliche Klassengesellschaft, in der alle Mißstände der alten Gesellschaften wiederhergestellt worden waren (hierarchische Teilungen, ethnische Gegensätze zwischen Ashkenasen und Sepharden, rassistische Verfolgungen der arabischen Minderheit usw.). Die Gewerkschaftszentrale hat hier ihre normale Funktion wiedergefunden: die Arbeiter in die kapitalistische Wirtschaft zu integrieren, zu deren Haupt-eigentümerin sie geworden ist. Sie beschäftigt mehr Lohnempfänger als der Staat selbst und bildet zur Zeit den Brückenkopf des imperialistischen Aufschwungs des jungen israelischen Kapitalismus. (So hat z.B. „Solel Boneh“, eine wichtige Filiale von Histadrut im Bauwesen, 1960-1966 in Afrika und Asien 180 Mio. Dollar investiert, und sie beschäftigt zur Zeit 12.000 Arbeiter.)

Da der Staat ohne das direkte Eingreifen des anglo-amerikanischen Imperialismus und die massive Hilfe des jüdischen Finanzkapitalismus niemals entstehen können, kann er heute seine künstliche Ökonomie nur mit Hilfe der Kräfte ausgleichen, die ihn geschaffen haben (die Zahlungsbilanz weist ein Defizit von 600 Mio. Dollar auf, d.h. mehr als das Durchschnittseinkommen eines arabischen Arbeiters pro israelischem Einwohner). Schon mit der Errichtung der ersten Immigrantensiedlungen bauten die Juden parallel zur arabischen Gesellschaft, die ökonomisch und sozial überholt war, eine moderne Gesellschaft europäischen Typs auf. Die Staatsgründung hat dann diesen Prozeß durch die ausdrückliche Vertreibung der rückständigen Elemente nur vollendet. Israel ist seinem Wesen nach das Bollwerk Europas mro israelischem Einwohner). Schon mit der Errichtung der ersten Immigrantensiedlungen bauten die Juden parallel zur arabischen Gesellschaft, die ökonomisch und sozial überholt war, eine moderne Gesellschaft europäischen Typs auf. Die Staatsgründung hat dann diesen Prozeß durch die ausdrückliche Vertreibung der rückständigen Elemente nur vollendet. Israel ist seinem Wesen nach das Bollwerk Europas mitten in einer afro-asiatischen Welt. So ist es doppelt *fremd* geworden: gegenüber der arabischen Bevölkerung, die auf den permanenten Zustand von Vertriebenen oder einer kolonisierten Minderheit reduziert wurde, und gegenüber der jüdischen Bevölkerung, die eine Zeitlang in ihm die irdische Verwirklichung aller egalitären Ideologien gesehen hatte.

Dafür sind aber nicht nur die Widersprüche der israelischen Gesellschaft verantwortlich: Von Anfang an wurde die ständige Verschärfung der Lage auch von der arabischen Umgebung gefördert, die bisher außerstande war, ihr den Anfang einer wirklichen Lösung zu präsentieren.

Seit Beginn der englischen Mandatsherrschaft war die arabische Widerstandsbevölkerung in Palästina völlig von der besit-

zenden Klasse beherrscht - d.h. von den damaligen arabischen herrschenden Klassen und deren britischen Schutzherrn. Das SykesPicot-Abkommen hat alle Hoffnungen des entstehenden arabischen Nationalismus beendet und die mit Sachkenntnis zerstückelte Gegend einer fremden Herrschaft unterworfen, die keineswegs am Ende ist. Dieselben Schichten, die unter dem türkischen Reich für die Knechtschaft der arabischen Massen gesorgt hatten, gingen in den Dienst der britischen Besatzung über und wurden zu Komplizen der zionistischen Kolonialisierung (indem sie ihre Landgüter zu sehr hohen Preisen verkauften). Die Rückständigkeit der arabischen Gesellschaft verhinderte bisher, daß neue, fortschrittlichere Führer auftauchten, und die spontanen Volksaufstände trafen jedesmal auf dieselben Rekuperatoren – die „feudalistisch-bürgerlichen“ Honoratioren und ihre Ware: die nationale Einheit.

Der bewaffnete Aufstand von 1936-1939 und der sechsmonatige Generalstreik (der längste in der Geschichte) wurden trotz der Opposition aller Führungen der „nationalistischen“ Parteien beschlossen und durchgeführt. Spontan organisiert entwickelten sie sich zu einer sehr breiten Bewegung, was die herrschende Klasse dazu zwang, sich ihr anzuschließen und ihre Leitung zu übernehmen, natürlich um sie zu bremsen und an den Verhandlungstisch sowie zu reaktionären Kompromissen zu führen. Allein der Sieg dieses Aufstandes hätte in seinen letzten Konsequenzen die britische Mandatsherrschaft und das zionistische Projekt, einen jüdischen Staat zu errichten, beenden können. Sein Scheitern hingegen kündigte die künftigen Katastrophen und schließlich die Niederlage von 1948 an.

Diese Niederlage läutete die Totenglocke für die „feudale Bourgeoisie“ als führende Klasse der arabischen Bewegung. Sie bot dem Kleinbürgertum die Gelegenheit, zur Macht zu gelangen und zusammen mit den Kadern der besieгten Armee die Triebkraft der heutigen Bewegung zu stellen. Das

Programm war einfach – die Einheit, eine gewisse sozialistische Ideologie und die Befreiung Palästinas (die „Rückkehr“). 1956 gab ihr die Dreiparteienaggression beste Gelegenheit, sich als herrschende Klasse zu festigen. Gleichzeitig wurden Führer wie auch Programm in der Person von Nasser entdeckt, der den vollkommen enteigneten arabischen Massen zur kollektiven Bewunderung angeboten wurde. Er wurde ihre Religion und ihr Opium. Aber die neue ausbeutende Klasse hatte ihre eigenen Interessen und selbständige Ziele. Die Parolen, die das bürokratisch-militärische Regime Ägyptens populär gemacht haben, waren an sich schlecht, und das Regime war nicht imstande, sie zu verwirklichen. Die arabische Einheit und die Zerstörung Israels (einmal als die Liquidierung des unrechtmäßigen Staates formuliert, das andere Mal als schlichtes Hinaustreiben seiner Bevölkerung ins Meer) standen im Mittelpunkt dieser Propaganda-Ideologie.

Der Verfall des arabischen Kleinbürgertums und seiner bürokratischen Macht wurde in erster Linie durch seine eigenen inneren Widersprüche und die Oberflächlichkeit seiner Optionen in Gang gesetzt (Nasser, die BaathPartei, Kassem und die sogenannten KPen haben unaufhörlich durch Kompromisse und Bündnisse mit den fragwürdigsten Kräften gegeneinander gekämpft).

Zwanzig Jahre nach dem ersten Palästina-Krieg hat diese neue Schicht bewiesen, daß sie vollkommen unfähig ist, das palästinensische Problem zu lösen. Sie hat von einem wahnsinnig überzogenen Versprechen gelebt, da sie die unzähligen inneren Probleme in keiner Weise radikal lösen und nur durch die ständige Aufrechterhaltung des israelischen Vorwands überleben konnte. So bleibt das Palästinaproblem der Schlüssel zu den arabischen Erschütterungen: Nach diesem Problem richten sich die Konflikte, in ihm sind alle eins. Es ist die Grundlage der objektiven Solidarität aller arabischen Regimes; es realisiert die „hei-

lige Allianz“ zwischen Nasser und Hussein, Feisal und Boumedienne, der BaathPartei und Aref.

Der letzte Krieg hat alle Illusionen zerstört. Die absolute Starrheit der „arabischen Ideologie“ ist im Kontakt mit der nicht weniger harten, aber permanenten Wirklichkeit zerstört worden. Diejenigen, die davon sprachen, Krieg zu führen, wollten ihn nicht und bereiteten ihn nicht vor, und diejenigen, die nur von Selbstverteidigung sprachen, rüsteten sich effektiv zur Offensive. Jedes Lager ging seinen eigenen Neigungen nach: die arabische Bürokratie der Lüge und Demagogie und die israelischen Führer der imperialistischen Expansion. Als negatives Element war der 6-Tage-Krieg äußerst wichtig, da er alle Schwächen und geheimen Fehler dessen enthüllt hat, was man als „die arabische Revolution“ präsentieren wollte. Die „mächtige“ militärische Bürokratie Ägyptens zerbrach innerhalb von zwei Tagen und deckte auf einen Schlag die ganze Wahrheit ihrer Verwirklichungen auf: Als Angelpunkt, um den herum alle sozio-ökonomischen Veränderungen durchgeführt wurden, blieb die Armee grundsätzlich dieselbe. Einerseits gab sie vor, in Ägypten - und sogar in der ganzen arabischen Zone - alles zu verändern, andererseits tat sie ihr möglichstes, damit in ihren Reihen, ihren Werten und Gewohnheiten nichts verändert wird. Nassers Ägypten wird immer noch von den prä-nasserischen Kräften beherrscht; seine „Bürokratie“ ist ein Magma ohne Zusammenhang und Klassenbewußtsein, die nur durch Ausbeutung und Aufteilung des gesellschaftlichen Mehrwerts vereint wird.

Was den politisch-militärischen Apparat betrifft, der das Syrien der Baath-Partei regiert, kapselt er sich in seiner extremistischen Ideologie immer mehr ab. Allerdings täuscht seine Phraseologie keinen mehr (außer Pablo!): jeder weiß, daß er nicht gekämpft und die ganze Front ohne Widerstand übergeben hat, da er die besten Truppen lieber für seinen eigenen Schutz

in Damaskus behalten wollte. Diejenigen, die 65% des gesamten syrischen Staatshaushaltes verbrauchten, um das Land zu verteidigen, haben ihre zynische Lüge endgültig entlarvt.

Schließlich hat der Krieg denen, die es immer noch nötig hatten, ein letztes Mal gezeigt, daß die Heilige Allianz mit Herren wie Hussein nur zur Katastrophe führen konnte. Schon am ersten Tag zog sich die arabische Legion zurück und die palästinensische Bevölkerung, die zwanzig Jahre lang den Polizeiterror ihrer Henker über sich ergehen lassen mußte, blieb gegenüber den Besatzungskräften ohne Bewaffnung und Organisation. Seit 1948 hat der Haschemiten-Thron zusammen mit dem zionistischen Staat die Kolonialisierung der Palästinenser durchgeführt. Beim Verlassen von Cisjordanien übergab er alle Polizeiakten über revolutionäre palästinensische Elemente. Die Palästinenser aber, die von jeher gewußt haben, daß es keinen so großen Unterschied zwischen den beiden Kolonisationen gab, fühlen sich jetzt im Widerstand gegen die neue Besatzungsmacht besser.

Auf der anderen Seite ist Israel all das geworden, was die Araber ihm vor dem Krieg vorgeworfen hatten zu sein – ein imperialistischer Staat, der sich wie die klassischste Besatzungsmacht benimmt (Polizeiterror, Sprengung von Häusern, permanentes Standrecht usw.). Im Inneren entwickelt sich ein von den Rabbinern gelegter kollektiver Wahnsinn für „Israels Grundrecht auf die biblischen Grenzen“. Der Krieg hat die ganze Protestbewegung zum Stillstand gebracht, die durch die Widersprüche dieser künstlichen Gesellschaft aufgebrochen war (1966 gab es Dutzende von Aufständen und nicht weniger als 277 Streiks allein im Jahre 1965), und die einhellige Zustimmung zu den Zielen der herrschenden Klasse und deren extremistischster Ideologie bewirkt. Außerdem diente der Krieg dazu, die nicht in den bewaffneten Zusammenstoß verwickelten arabischen Regimes zu stärken. So konnte

Boumediene in 5.000 km Entfernung ruhig an der Überbietung teilnehmen, sich von der algerischen Bevölkerung bejubeln lassen, vor der er am Vorabend nicht einmal gewagt hatte aufzutreten; schließlich erhielt er sogar die Unterstützung der vollständig stalinisierten ORP („für seine anti-imperialistische Politik“). Für einige Millionen Dollar erhielt Feisal seinerseits die Abtretung des republikanischen Jemen und die Festigung seines Throns - und vieles bleibt hier noch unerwähnt.

Wie immer kann der Krieg – wenn er kein Bürgerkrieg ist – den Prozeß der sozialen Revolution nur einfrieren. In Nordvietnam bewirkt er, daß die Bauernmassen der Bürokratie zustimmen, die sie ausbeutet - was zuvor unmöglich war. In Israel liquidiert er für lange Zeit jede Opposition gegen den Zionismus, während in den arabischen Ländern – momentan – die reaktionärsten Schichten verstärkt werden. Die revolutionären Strömungen können sich nicht im geringsten darin wiedererkennen. Ihre Aufgabe liegt am anderen Ende der gegenwärtigen Bewegung, sie müssen deren absolute Negation sein.

Offensichtlich ist es unmöglich, heute eine *revolutionäre* Lösung für den Vietnam-Krieg zu suchen. Es kommt vor allem darauf an, die amerikanische Aggression zu beenden, damit der wirkliche soziale Kampf in Vietnam sich dann auf natürliche Weise entwickeln kann - d.h. damit es für die vietnamesischen Arbeiter möglich wird, ihre inneren Feinde wiederzufinden: die Bürokratie im Norden und alle besitzenden und herrschenden Schichten im Süden. Der Rückzug der Amerikaner bedeutet die unmittelbare Übernahme des ganzen Landes durch die stalinistische Führung - das ist eine unvermeidliche Lösung. Denn die Invasoren können ihre Aggression nicht endlos fortsetzen - seit Tallyrand weiß man, daß man mit Bajonetten alles machen kann, außer sich darauf zu setzen. Es kommt also nicht darauf an, den Vietkong bedingungslos (oder auch kritisch) zu unterstützen, sondern konsequent

und kompromißlos gegen den amerikanischen Imperialismus zu kämpfen. Die wirkungsvollste Rolle spielen dabei heute die amerikanischen Revolutionäre, die die Kriegsdienstverweigerung in sehr breitem Maße (im Vergleich dazu ist der französische Widerstand gegen den Algerienkrieg ein Kinderspiel) befürworten und praktizieren. Die Wurzel des Vietnamkrieges befindet sich in Amerika selbst - dort muß sie ausgerissen werden.

Im Gegensatz zum amerikanischen Krieg hat die palästinensische Frage keine unmittelbar sichtbare Lösung. Keine kurzfristige Lösung ist durchführbar. Unter der Last ihrer Widersprüche können die arabischen Regimes nur zusammenbrechen, und Israel wird mehr und mehr von der Logik seiner kolonialen Politik gefangengenommen. Alle Kompromisse, die die Großmächte und ihre jeweiligen Verbündeten zusammenzuflicken versuchen, können auf jeden Fall nur konterrevolutionär sein. Der zwitterhafte Status quo - weder Krieg noch Frieden - wird vermutlich eine lange Zeit anhalten, in der die arabischen Regimes dasselbe Schicksal wie ihre Vorgänger 1948 erfahren werden (wahrscheinlich anfangs zugunsten der offen reaktionären Kräfte). Die arabische Gesellschaft, die schon alle möglichen herrschenden Klassen als Karikaturen aller historisch bekannten Klassen erzeugt hat, muß jetzt die Kräfte erzeugen, die ihre totale Subversion mit sich bringen werden. Die sogenannte nationale Bourgeoisie und die arabische Bürokratie haben alle Mängel dieser beiden Klassen geerbt, ohne je ihre historischen Verwirklichungen in den anderen Gesellschaften gekannt zu haben. Die künftigen arabischen revolutionären Kräfte, die aus den Trümmern der Niederlage vom Juni 1967 hervorgehen müssen, werden wissen, daß sie mit keinem der bestehenden arabischen Regimes irgend etwas gemeinsam haben und daß sie nichts an den bestehenden Mächten, die die heutige Welt beherrschen, zu respektieren haben. Nur in sich selbst und in den verdrängten Erfahrungen der revolutionären Geschichte

werden sie ein Vorbild finden. Die palästinensische Frage ist zu schwerwiegend, als daß sie den Staaten, d.h. den Obristen überlassen werden kann. Sie ist zu eng mit den beiden grundsätzlichen Fragen der modernen Revolution - dem Internationalismus und dem Staat - verbunden, als daß irgendeine heute bestehende Kraft sie angemessen lösen kann. Allein eine entschlossen internationalistische und antistaatliche, revolutionäre arabische Bewegung kann gleichzeitig den israelischen Staat auflösen und die von ihm ausgebeuteten Massen für sich gewinnen. Sie allein kann durch denselben Prozeß alle bestehenden arabischen Staaten auflösen und die arabische Einigung durch die Macht der Räte errichten.

Aus: SI No. 11 (Oktober 1967.)

Moishe Postone: Geschichte und Ohnmacht.

Massenmobilisierung und aktuelle Formen des Antikapitalismus.

Dieser Aufsatz stellt den Beginn einer Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang von historischen Veränderungen, Internationalismus und den gegenwärtigen politischen Mobilisierungen dar. Trotz der zentralen Bedeutung der Marxschen Analyse für einen Begriff der heutigen Welt besteht eine tiefe Kluft zwischen seiner kritischen Theorie des Kapitalismus und den meisten jüngeren antihegemonialen Massenmobilisierungen. Ich möchte einige höchst vorläufige Reflexionen über die Sackgasse vorstellen, in die viele antihegemoniale Bewegungen meines Erachtens heute geraten sind, unter kritischer Berücksichtigung verschiedener Formen politischer Gewalt.

Diese Sackgasse zeigte sich auf dramatische Weise in den Reaktionen vieler Linker – in jedem Fall in den USA, vielleicht auch in Europa – auf den Selbstdmordanschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 und am Charakter der Massenmobilisierungen gegen den Irakkrieg. In beiden Fällen war die Linke mit etwas konfrontiert, das sie als Dilemma hätte begreifen müssen – auf einmal befand sich eine globale imperiale Macht im Konflikt mit einer zutiefst reaktionären Bewegung der Gegenglobalisierung, im anderen Fall im Konflikt mit einem brutalen faschistoiden Regime.

Doch in keinem der beiden Fälle problematisierte die Linke (wenigstens in den USA) dieses Dilemma und versuchte, diese Konstellation im Hinblick auf etwas zu analysieren, das in der heutigen Welt außerordentlich schwierig geworden ist – die Formulierung einer Kritik in emanzipatorischer Absicht. Dies hätte erfordert, eine neue Form des Internationalismus zu ent-

wickeln, die mit den Dualismen des Bezugsrahmens des Kalten Krieges bricht. Diese Dualismen legitimierten häufig die Politik und Struktur von Staaten als »anti-imperialistisch«, die keinen Deut emanzipatorischer waren als die zahlreichen autoritären und repressiven Regime, die von der amerikanischen Regierung gestützt wurden.

Anstatt mit einem solchen Rahmen zu brechen, hat sich ein Großteil der Linken jedoch in letzter Zeit auf genau diese früheren theoretischen Bezugsrahmen und politischen Positionen bezogen, deren zunehmend anachronistischer Charakter ein Schlaglicht auf die Schwierigkeiten wirft, heutzutage eine adäquate Kritik zu formulieren. Das Herzstück dieses Neo-Antiimperialismus bildet eine Konkretisierung des Abstrakten, eine Fetischisierung des globalen Kapitals in Gestalt der USA, oder, in manchen Spielarten, der USA und Israels.

Selbstverständlich hat der unheilvolle, anmaßende Charakter der Bush-Administration diesen Prozess nachhaltig befördert. Diese Weltsicht – in vieler Hinsicht die Neuformulierung einer Weltsicht vom Anfang des 20. Jahrhunderts, in der England und die Juden die Rolle der USA und Israels innehatten – ist jedoch der Konstitution einer adäquaten antihegemonialen Politik äußerst abträglich.

Verstärkt wird dieser wieder erwachte Manichäismus – der einzigen Formen der Globalisierungskritik der neunziger Jahre entgegensteht, etwa der Bewegung gegen die Sweatshops – durch die Wiederkehr einer tiefen Konfusion über die Frage der politischen Gewalt, die bereits die Neue Linke zuzeiten plagte. Das Ergebnis ist eine Form von Opposition, die von den Schwierigkeiten zeugt, denen antihegemoniale Bewegungen in der postfordistischen Ära gegenüberstehen. Diese Form von Opposition ist der gegenwärtigen Welt unangemessen und kann in manchen Fällen als Legitimationsideologie für etwas dienen,

das vor 100 Jahren als innerimperialistische Konkurrenz bezeichnet worden wäre.

Politik der Gewalt

Ich möchte dies ausführen, indem ich zunächst auf die Reaktionen vieler Linker (zumindest in den USA) auf die Anschläge vom 11. September eingehe. Am meisten verbreitet war das Argument, man müsse diese Aktion, so furchtbar sie auch sein möge, als Reaktion auf die amerikanische Politik verstehen, vor allem die Nahost-Politik. Es stimmt zweifellos, dass terroristische Gewalt politisch begriffen werden muss (und nicht einfach als irrationale Handlung), dennoch ist die Auffassung der Politik der Gewalt, die in solchen Positionen zum Ausdruck kommt, vollkommen falsch. Die Gewalt wird als Reaktion verstanden, nicht als Aktion. Die Politik, die hinter dieser Gewalt steht, wird kaum hinterfragt. Stattdessen wird die Gewalt als ein Reflex, als Antwort erklärt (und gelegentlich implizit gerechtfertigt). Dieses Schema kennt nur einen Akteur auf der Welt: die USA.

Diese Argumentation betont die Missstände derer, die solche Aktionen durchführen, ohne den Deutungsrahmen zu hinterfragen, in dem diese Missstände interpretiert werden. Die Aktionen, die aus diesen Deutungen folgen, werden kurzerhand als – vielleicht bedauernswerter – Ausdruck von Wut verstanden. Dabei wird weder das Weltbild hinterfragt, das diese Gewalt motiviert, noch eine kritische Analyse der Politik geleistet, die sich in der gezielten Gewalt gegen Zivilisten ausdrückt.

Konsequenterweise mündet diese im Kern unpolitische Argumentation in der Apologie. Sie gibt sich wenig Mühe, das strategische Kalkül zu verstehen, das weniger von den Attentätern als ihren Hintermännern aufgestellt wird, und ignoriert das Problem der Ideologie. Es ist beispielsweise ein schwer wiegender Fehler, die Erfahrung von Missständen, aus der sich eine Bewe-

gung wie al-Qaida speist, in verkürzter Weise als unmittelbare Reaktion auf die amerikanische und israelische Politik zu interpretieren, wie es in den USA nach dem 11. September häufig der Fall war.

Dabei werden einfach zu viele andere Aspekte des neuen Jihadismus ausgeblendet. Wenn etwa Ussama bin Laden von dem Schlag spricht, der den Muslimen vor 80 Jahren versetzt worden sei, bezieht er sich nicht auf die Gründung des Staates Israel, sondern auf die Abschaffung des Kalifats – und damit der vermeintlichen Einheit der muslimischen Welt – durch Atatürk im Jahre 1924, lange bevor die USA eine Rolle im Nahen Osten spielten und Israel gegründet wurde.

Es gilt festzuhalten, dass bin Laden eher eine globale als eine lokale Sichtweise vertritt und darin eines der hervorstechenden Merkmale des neuen Jihadismus liegt, was sich sowohl an den von ihm unterstützten Kämpfen zeigt (die er dadurch zu Ausdrucksformen ein und desselben Kampfes macht) als auch an der Ideologie, die ihn maßgeblich antreibt. Und einer der zentralen Aspekte des globalen Charakters dieser Ideologie ist der Antisemitismus.

Die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus ist im Hinblick auf Globalisierung und Antiglobalisierungsbewegung von entscheidender Bedeutung, selbst wenn dies aufgrund des Ausmaßes missverstanden werden kann, in dem israelische Regierungen den Antisemitismusvorwurf als Legitimationsideologie benutzt haben, um jede ernst zu nehmende Kritik an der israelischen Politik zu diskreditieren. Es ist sicherlich möglich, und wurde auch bereits geleistet, eine fundamentale Kritik an dieser Politik zu formulieren, die nicht antisemitisch ist. Gleichzeitig sollte Kritik an Israel nicht den Blick auf den weit verbreiteten virulenten Antisemitismus in der gegenwärtigen arabischen und muslimischen Welt versperren. Zudem werde ich versuchen zu zeigen, dass der Antisemitismus ein Problem für die Linke

darstellt.

Nach dem 11. September wurde das Ausmaß offenbar, in dem antisemitische Motive in der arabischen Welt Verbreitung gefunden haben. Diese Ideologie drückt sich unter anderem in der Vorstellung aus, nur die Juden hätten den Anschlag auf das World Trade Center organisieren können, und in der starken Verbreitung der »Protokolle der Weisen von Zion« in der arabischen Welt. Ausmaß und Intensität solcher Weltverschwörungsvorstellungen zeigten sich kürzlich auf dramatische Weise an der ägyptischen Fernsehserie »Horseman Without a Horse« und der Verbreitung christlich-mittelalterlicher Ritualmordvorwürfe an die Adresse der Juden in den arabischen Medien.

Ohne einen Begriff des modernen Antisemitismus lässt sich diese Entwicklung nicht verstehen. Einerseits ist der moderne Antisemitismus eine Form des essenzialisierenden Diskurses, der – wie alle diese Formen – gesellschaftliche und historische Phänomene in biologistischen oder kulturalistischen Begriffen essenzialistisch deutet. Gleichzeitig unterscheidet er sich von anderen essenzialistischen Diskursen durch seinen populistischen und scheinbar antihegemonalen Charakter. Er schreibt den Juden eine außerordentliche Macht zu, die im Unterschied zu der konkreten körperlichen bzw. sexuellen Macht, die dem Anderen im rassistischen Denken gewöhnlich zukommt, als abstrakt, universell und ungreifbar gilt. Das Zentrum des modernen Antisemitismus bildet die Vorstellung der ungeheuer mächtigen jüdischen Weltverschwörung.

Der Antisemitismus kann daher als antihegemonal erscheinen, und aus diesem Grund bezeichnete August Bebel ihn vor hundert Jahren als Sozialismus der dummen Kerle. Angesichts seiner späteren Entwicklung hätte man auch vom Antiimperialismus der dummen Kerle sprechen können. Gerade als fetischisierte Form oppositionellen Bewusstseins ist der Anti-

semitismus besonders gefährlich, weil er scheinbar antihegemonal ist – der Ausdruck einer Bewegung der kleinen Leute gegen die abstrakte Herrschaft.

Abstieg der arabischen Welt

Die neue Welle des Antisemitismus in der arabischen Welt möchte ich als fetischisierte, zutiefst reaktionäre Form von Antikapitalismus diskutieren. Es ist ein schwer wiegender Fehler, diese antisemitische Welle einfach als reflexhafte Reaktion auf die Politik der USA und Israels zu sehen. Diese empiristische Reduktion wäre gleichbedeutend damit, den nationalsozialistischen Antisemitismus kurzerhand als Reaktion auf Versailles zu erklären. Die amerikanische und israelische Politik haben zwar zweifellos zu dieser neuen Welle des Antisemitismus beigetragen, gleichzeitig kommt ihnen in der Ideologie eine Bedeutung zu, die weit über ihre tatsächliche Rolle hinausgeht. Um diese Bedeutung zu verstehen, muss man sich den bereits erwähnten grundlegenden historischen Wandel seit den frühen siebziger Jahren ansehen, den Übergang vom Fordismus zum Postfordismus.

Ein wichtiger Aspekt dieses Übergangs ist die wachsende Bedeutung supranationaler ökonomischer Netzwerke und Ströme, die von einem Niedergang nationaler Souveränität begleitet wird. Nationalstaatliche Strukturen sind, auch in den Metropolen, immer weniger in der Lage, ökonomische Prozesse erfolgreich zu steuern, wie der Niedergang des keynesianischen Wohlfahrtsstaats im Westen und der Zusammenbruch der bürokratischen Staaten im Osten gezeigt haben. Damit verbunden war eine zunehmende vertikale Differenzierung zwischen Armen und Reichen innerhalb aller Länder sowie zwischen Ländern und Regionen.

Der Zusammenbruch des Fordismus bedeutet das Ende der Phase einer staatlich gesteuerten nationalen Entwicklung – sei

es auf der Grundlage des kommunistischen, des sozialdemokratischen oder des etatistischen Modells, das in der Dritten Welt vorherrschend war. Daraus haben sich für viele Länder enorme Schwierigkeiten ergeben, aber auch schwerwiegende theoretische Probleme für eine Sichtweise, die den Staat als Akteur der Veränderung und Entwicklung begreift.

Der Zusammenbruch der fordistischen Synthese, die sich seit der Mitte des 20. Jahrhunderts durchsetzen konnte, hat sich in den verschiedenen Teilen der Welt höchst unterschiedlich ausgewirkt. Die erfolgreiche Bewältigung der neuen Welle postfordistischer Globalisierung in Südostasien ist ebenso bekannt wie der katastrophale Niedergang des subsaharischen Afrika. Weniger bekannt ist der steile Abstieg der arabischen Welt, dessen dramatische Ausmaße kürzlich im UN-Weltentwicklungsbericht 2002 dargestellt wurden.

Die Gründe für diesen Niedergang sind vielschichtig. Den Kontext bilden die genannten grundlegenden Umstrukturierungen, die mysteriös erscheinen und einen relativen Abstieg der arabischen Welt zur Folge hatten. Dieser Niedergang hat den arabischen Nationalismus und die mit ihm verbundenen autoritären staatlichen Strukturen untergraben, die sich als unfähig erwiesen, sich den globalen Transformationen anzupassen. Gleichzeitig waren fortschrittliche politische und soziale Bewegungen gegen den Status Quo im Nahen Osten aus einer Reihe von Gründen außerordentlich schwach oder wurden, wie im Irak, unterdrückt. Das Versagen arabisch-nationalistischer wie vermeintlich traditionell-monarchistischer Regime, die beide fortschrittliche Oppositionsbewegungen unterdrückt haben, hatte ein Vakuum zur Folge. Islamistische Bewegungen, die vorgeben, den von den Menschen erfahrenen Niedergang zu erklären, haben dieses Vakuum gefüllt.

Verstärkt wurde diese ideologische, reakti-

onäre Verarbeitungsweise der Krise der gesamten Region durch das Ausmaß, in dem arabische Regime den palästinensischen Kampf für nationale Selbstbestimmung seit Jahrzehnten als Blitzableiter funktionalisiert haben, um die verbreitete Wut und Unzufriedenheit von den gesellschaftlichen Problemen vor Ort abzulenken. Allerdings hat die Tendenz, das Elend der arabischen Massen auf bösartige fremde Mächte zurückzuführen, mit dem jüngeren Abstieg der arabischen Welt stark zugenommen.

Der ideologische Rahmen, der zur Interpretation dieses Abstiegs bereit stand, wurde von Ideologen wie Sayyed Qutb von der Ägyptischen Bruderschaft formuliert, der die kapitalistische Moderne als Verschwörung von Juden (Freud, Marx, Durkheim) zur Zersetzung »gesunder« Gesellschaften ablehnte. Israel stellte in seiner antisemitischen Vorstellungswelt lediglich den Brückenkopf einer weitaus mächtigeren, bösartigen Weltverschwörung dar. Diese Art von Ideologie wurde in den dreißiger und vierziger Jahren von der Nazipropaganda im Nahen Osten gefördert und erhielt nach dem Sechstagekrieg 1967 einen neuen Schub durch die während des Kalten Krieges ausgebildete Ideologie der Sowjetunion, in deren Kritik an Israel nun antisemitische Motive Einzug erhielten.

Ich plädiere also mit anderen Worten dafür, die Ausbreitung des Antisemitismus und antisemitischer Formen des Islamismus als Ausbreitung einer fetischisierten antikapitalistischen Ideologie zu begreifen, die von Israel und der israelischen Politik ausgelöst wird, aber auch, auf einer wesentlich grundlegenderen Ebene, vom Niedergang der arabischen Welt im Zuge der tief greifenden strukturellen Veränderungen, die der Übergang vom Fordismus in den neoliberalen globalen Kapitalismus mit sich bringt. Das Ergebnis ist eine populistische und zutiefst reaktionäre antihegemoneale Bewegung, die nicht zuletzt für jegliche Aussicht auf eine fortschrittliche Politik in der arabischen und muslimischen

Welt eine Gefahr darstellt.

Anstatt diese reaktionäre Form des Widerstands auf eine Weise zu analysieren, die fortschrittlicheren Formen des Widerstands Unterstützung bieten könnte, haben viele westliche Linke sie jedoch entweder ignoriert oder als zwar bedauerliche, doch verständliche Reaktion auf die israelische Politik im Gaza-Streifen und in der Westbank rationalisiert. Diese apologetische Einstellung weiter Teile der amerikanischen und europäischen Linken hängt eng mit der fetischistischen Identifikation der USA mit dem globalen Kapital zusammen. Diese Tendenz, das Abstrakte (die Herrschaft des Kapitals) als etwas Konkretes (amerikanische Hegemonie) zu fassen, ist meines Erachtens Ausdruck fundamentaler Hilflosigkeit auf begrifflicher wie politischer Ebene.

Versagen der Linken

Lassen Sie mich dies anhand der weltweiten Massenmobilisierungen gegen den Krieg der USA im Irak ausführen und dabei auf einige Fragen politischer Gewalt eingehen. Auf den ersten Blick erscheinen diese Mobilisierungen als Neuauflage der breiten Antikriegsbewegung der sechziger Jahre. Dagegen möchte ich zeigen, dass es einige grundlegende Unterschiede gibt.

Die Antikriegsbewegungen in den sechziger Jahren wurden von Leuten angeführt, die sich bewusst waren, dass sie mit ihrer Opposition gegen den Krieg der USA die vietnamesischen Kommunisten unterstützten, die als Vertreter einer positiven gesellschaftlichen und politischen Veränderung galten. Ebenso verhielt es sich mit den Bewegungen gegen die US-Politik gegenüber dem kubanischen Regime, der sozialistischen Regierung Chiles in den frühen siebziger Jahren, den Sandinisten in Nicaragua in den achtziger Jahren und dem ANC in Südafrika.

In jeder dieser Auseinandersetzungen gal-

ten die USA als politische Kraft, die einer positiven Veränderung entgegenstand. Entsprechend wurde der Widerstand gegen die USA als Unterstützung fortschrittlicher Alternativen verstanden. Ob man diese Bewertung der Konfliktparteien teilt, ist in diesem Zusammenhang unerheblich. Kaum jemand war so unredlich, die Opposition gegen die USA nicht als faktische Unterstützung ihrer Gegner zu begreifen. Eine Antikriegsbewegung kann nur dann von sich behaupten, keine Unterstützung der Gegenseite darzustellen, wenn sie sich gegen beide Seiten richtet.

Die jüngste Massenmobilisierung gegen den Krieg scheint auf den ersten Blick nicht anders zu sein. Bei näherer Betrachtung ergeben sich jedoch große politische Unterschiede. Der jüngste Widerstand gegen die USA wurde nicht im Namen einer fortschrittlichen Alternative geleistet. Im Gegenteil verteidigte er *de facto* ein Regime, das in keinster Weise als progressiv gelten kann – ein Regime, das weitaus repressiver und brutaler war als beispielsweise die mörderischen Militärregime in Brasilien, Chile und Argentinien in den siebziger und achtziger Jahren.

Damit soll keineswegs gesagt werden, Anhänger fortschrittlicher Veränderung hätten die Bush-Administration und ihren Krieg unterstützen sollen. Allerdings waren die jüngeren Massenmobilisierungen kein Ausdruck einer Bewegung – oder ein Beitrag zu ihrer Entstehung –, die gleichzeitig gegen den Krieg der USA und für eine grundlegende Veränderung im Irak und darüber hinaus im Nahen Osten eingetreten wäre. In den USA wurde kaum politische Aufklärung geleistet, die über die kruden Slogans der Bewegung hinausgegangen wäre. In diesem Zusammenhang ist es bezeichnend, dass auf keiner der Massendemonstrationen fortschrittliche Oppositionelle aus dem Irak gesprochen haben, die eine genauere und kritische Perspektive auf den Nahen Osten bieten können. Darin liegt meines Erachtens ein politisches Versagen der Linken.

Eine Ironie der gegenwärtigen Situation besteht darin, dass die Linke durch ihre fetischisierte »antiimperialistische« Position, deren Opposition gegen die USA nichts mehr mit der Befürwortung fortschrittlicher Veränderung zu tun hat, es der neokonservativen Rechten in der Bush-Administration erlaubt hat, die einstige Sprache der Linken zu übernehmen und sogar zu monopolisieren, die Sprache von Demokratie und Befreiung. Natürlich ließe sich argumentieren, dass die Bush-Regierung vom demokratischen Wandel im Nahen Osten spricht, diesen Wandel aber niemals bewerkstelligen wird. Doch hat allein die Bush-Administration dieses Thema überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt und damit ein gretles Licht auf die Tatsache geworfen, dass die Linke es nicht getan hat.

Während noch vor einer Generation die Opposition gegen die amerikanische Politik ganz bewusst mit der Unterstützung von Befreiungskämpfen einherging, wird diese Opposition heute für per se antihegemomial gehalten. Der Kalte Krieg scheint die Tatsache aus dem Gedächtnis getilgt zu haben, dass der Widerstand gegen eine imperiale Macht nicht notwendigerweise fortschrittlich sein muss, dass es auch faschistische »Antiimperialismen« gegeben hat. Diese Unterscheidung wurde während des Kalten Krieges unter anderem dadurch verwischt, dass die UdSSR Bündnisse mit autoritären Regimes einging, die mehr mit Faschismus als mit Kommunismus gemein hatten und sogar die Linke in ihren Ländern liquidierten, etwa im Irak. Antiamerikanismus wurde per se zu einem progressiven Code, obwohl es zutiefst reaktionäre ebenso wie progressive Formen von Antiamerikanismus gegeben hat.

Wieso hat sich die Linke – auch die Teile, die kein affirmatives Verhältnis zur Sowjetunion hatten – in diese Richtung bewegt? Wie konnten sich so viele Progressive in eine Ecke zurückziehen, in der ausschließlich die US-Politik als das entschei-

dende Thema gilt, ganz gleich auf wessen Verteidigung eine solche Position de facto hinauslaufen würde?

Die Kritiker der heftigen Welle von Wut und Nationalismus, die Amerika nach dem 11. September ergriff, haben häufig auf die verbreitete Wut auf die USA verwiesen, vor allem in arabischen und muslimischen Ländern. Meistens klammerte diese Position jedoch die Frage aus, welche Art von Politik sich im 11. September ausdrückte. Ein solcher Anschlag wurde bezeichnenderweise nicht vor 20 oder 30 Jahren von Gruppen ausgeführt, die allen Grund hatten, auf die USA wütend zu sein – die vietnamesischen Kommunisten oder die chilenische Linke.

Die Kategorie der Wut ist unzureichend, um die Gewalt des 11. September zu verstehen. Die Formen von Gewalt müssen politisch interpretiert und nicht gerechtfertigt werden. Ein grundlegender Unterschied zwischen Bewegungen besteht meines Erachtens darin, ob sie willkürliche Angriffe auf Zivilisten ablehnen oder nicht. Dieser Unterschied ist kein taktischer, sondern ein hochgradig politischer; die Form der Gewalt und die Form der Politik stehen in einem Verhältnis zueinander. Zwischen sozialen Bewegungen für eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung und Formen der Gewalt, die zwischen militärischen und zivilen Zielen unterscheiden – wie etwa die vietnamesische FNL und der ANC – besteht ein innerer Zusammenhang.

Umgekehrt bedeutet dies, dass es Bewegungen, die hauptsächlich Zivilisten angreifen, nicht in erster Linie um gesellschaftliche Veränderung geht, wie radikal sie auch erscheinen mögen. Es ließe sich über solche Bewegungen einiges mehr anmerken, doch in der Hauptsache geht es hier um die gegenwärtige Opposition in den Metropolen und ihre Schwierigkeiten, zwischen diesen grundverschiedenen Formen von »Widerstand« zu unterscheiden.

Die Anschläge vom 11. September 2001

stellen einige Vorstellungen von Gewalt, die in Teilen der Neuen Linken in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren Verbreitung gefunden haben, ebenso grundsätzlich in Frage, wie die Ereignisse der Jahre 1968 und schließlich 1989 die Hegemonie des Leninismus in Frage stellten und das Ende einer Entwicklung markierten, die 1917 ihren Anfang genommen hatte.

Im Rückblick lässt sich in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren eine bedeutende politische Verschiebung ausmachen, als die damalige Neue Linke sich von einer lockeren Bewegung, die für gewaltfreien Widerstand und gesellschaftliche Veränderung eintrat, zu einer zersplitterten militanten Bewegung entwickelte. Einige dieser Splittergruppen fingen an, den bewaffneten Kampf zu verherrlichen oder sogar selbst Gewalt auszuüben. Im Zusammenhang damit nahm die Unterstützung für Gruppen wie die provisorische IRA und die PFLP zu, die wenig mit den sozialistischen und kommunistischen Bewegungen gemeinsam hatten, von denen die Linke früher geprägt war. In zunehmendem Maße wurde eine Form der Gewalt in den Metropolen propagiert und international unterstützt, die sich grundlegend von jener unterscheidet, die im 20. Jahrhundert in der Linken hegemonial war.

Gewalt wurde nun auf eine Weise bestimmt, die starke Überschneidungen mit Georges Sorels Gewaltbegriff aus dem frühen 20. Jahrhundert aufweist. Seine Abhandlung »Über die Gewalt« (1908) stellt Gewalt als reinigenden Akt der Selbsterschaffung gegen die Dekadenz der bürgerlichen Gesellschaft dar. Eine ähnliche Vorstellung von der Gewalt als erlösendem Akt der Regeneration, in dem sich politisch das Diktat des reinen Willens ausdrückt, war bekanntlich für die faschistischen und nazistischen Konzepte der Neuen Ordnung und des Neuen Menschen von zentraler Bedeutung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen

einige Linke diese Haltungen, in einigen Fällen vermittelt durch den Existenzialismus. Diese Entwicklung vollzog sich vor allem in den späten fünfziger und sechziger Jahren, als sich die Gesellschaftskritik zunehmend auf die technokratischen und bürokratischen Formen von Herrschaft konzentrierte und die Sowjetunion immer stärker als Bestandteil der herrschenden instrumentellen Rationalität gesehen wurde. In diesem Kontext wurde Gewalt als nicht verdinglichte, reinigende Kraft verstanden, die in Gestalt der Kolonisierten von außen die Fundamente der bestehenden Ordnung angreift.

Wende zum Konkreten

Hannah Arendt hat eine aufschlussreiche Kritik an den Vorstellungen von Gewalt geleistet, die sich in den Werken von Sorel, Pareto und Frantz Fanon finden. Zu unterscheiden ist ihr zufolge zwischen Positionen wie denen von Sorel und Fanon, die aus einem tiefen Hass auf die bürgerliche Gesellschaft Gewalt als per se emanzipatorisch verherrlichen, und linken Denkern, die aus dem Verlangen nach einer gerechten Gesellschaft auf das Mittel der Gewalt zurückgreifen. Im Sinne Arendts möchte ich kurz darstellen, warum die Verherrlichung der Gewalt nach Art eines Sorel in den späten sechziger Jahren wiederkehrte.

Die späten sechziger Jahre waren ein entscheidender historischer Moment, in dem die Gegenwart in ihrer scheinbaren Unausweichlichkeit grundlegend in Frage gestellt wurde. Im Rückblick zeigt sich, dass in diesem Moment der staatszentrierte Fordismus und sein etatistisches »realsozialistisches« Pendant an ihre historischen Grenzen stießen. Die Versuche, über diese Grenzen hinauszugelangen, erwiesen sich jedoch als ausgesprochen erfolglos, selbst auf der theoretischen Ebene. Die Auflösung der fordistischen Synthese beflogte utopische Hoffnungen, doch gleichzeitig wurde das Angriffsziel gesellschaftlicher,

politischer und kultureller Unzufriedenheit in unerträglichem Ausmaße unbestimmbar, gerade weil es nun überall zu sein schien. Das Bedürfnis nach Veränderung war vorhanden, der Weg dorthin jedoch höchst ungewiss.

Studenten und Jugendliche wandten sich in dieser Zeit weniger gegen Ausbeutung als gegen Bürokratisierung und Entfremdung. Die klassischen Arbeiterbewegungen schienen nicht nur unfähig, die brennenden Fragen vieler junger Radikaler aufzugreifen, sondern – ebenso wie die »realsozialistischen« Regime – zutiefst in das verstrickt zu sein, wogegen Studenten und Jugendliche rebellierten.

Angesichts dieser neuen historischen Situation, dieser politischen terra incognita, wandten sich viele oppositionelle Bewegungen dem Konkreten und Partikularistischen zu. Beispiele dafür sind konkretistische Formen des Antiimperialismus oder der zunehmende Fokus von Linken, die Kontakte zu osteuropäischen Dissidenten unterhielten, auf konkrete Herrschaftsformen im kommunistischen Ostblock. So unterschiedlich diese Strömungen damals erschienen sein mögen, verdeckten beide das Wesen abstrakter Herrschaft, just als das Regime des Kapitals dabei war, noch abstrakter zu werden.

Die Hinwendung zur Sorelschen Gewalt war ein Moment dieser Wende zum Konkreten. Die Gewalt, oder die Idee der Gewalt, schien den Strukturen von Bürokratisierung und Entfremdung zuwider zu laufen. Im Angesicht von Entfremdung und bürokratischer Erstarrung hielt man Gewalt für schöpferisch und die militante Aktion per se für revolutionär. Obwohl Gewalt dabei mit politischem Willen assoziiert wurde, würde ich mit Arendt argumentieren, dass die Verherrlichung der Gewalt in den späten sechziger Jahren sich gerade aus einer starken Frustration über die eingeschränkte Handlungsfähigkeit in der modernen Welt speiste.

In einer historischen Situation gesteigerter Ohnmacht drückte Gewalt die Wut über die Ohnmacht aus und förderte gleichzeitig die Verdrängung dieser Ohnmachtsgefühle. Sie wurde nicht mehr als Mittel der Veränderung verstanden, sondern als Akt der Selbstkonstitution als Außenstehender, als Anderer. Die Idee grundlegender Veränderung wurde ausgeklammert und durch die ambivalenteren Vorstellungen von Widerstand und widerständischem Subjekt ersetzt.

Die Kategorie des Widerstands besagt jedoch wenig über die bestimmten Formen von Kritik, Rebellion und »Revolution«. Widerstand ist eine undialektische Kategorie, mit der sich keine Dynamik – und somit keine dialektische Wirklichkeit – fassen lässt und die mit einer Vorstellung von Gewalt zusammenhängt, die wichtige Unterscheidungen zwischen politisch verschiedenen Formen von Gewalt verwischt.

Bei der beschriebenen Wende zum Konkreten im Angesicht abstrakter Herrschaft handelt es sich selbstverständlich um eine Form der Verdinglichung. Zwei der verschiedenen Spielarten dieser Verdinglichung, die in den letzten 150 Jahren eine beachtliche Kraft entwickelt haben, sind die Identifikation des globalen Kapitals mit der britischen und später amerikanischen Hegemonie und seine Personifizierung in den Juden.

Diese Wende zum Konkreten hat, zusammen mit einer stark von den Dualismen des Kalten Krieges geprägten Weltsicht, zur Konstitution eines Bezugsrahmens beigetragen, in dem sich auch die jüngeren Massenmobilisierungen gegen den Krieg bewegt haben. Innerhalb dieses Bezugsrahmens verweist der Widerstand gegen eine Weltmacht nicht einmal implizit auf den Wunsch nach emanzipatorischer Veränderung, erst recht nicht im Nahen Osten. Dieses verdinglichte Verständnis endet schließlich in der stillschweigenden Unterstützung von Bewegungen und Regimes, die weitaus mehr mit früheren reaktionären

und selbst faschistischen Formen von Rebellion gemein haben als mit irgendetwas, das man fortschrittlich nennen könnte.

Ich habe eine Sackgasse der heutigen Linken beschrieben und versucht, sie zu einer Form verdinglichten Denkens und Empfindens ins Verhältnis zu setzen, in der sich der beginnende Zerfall der fordistischen Synthese in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren ausdrückte. Meiner Ansicht nach zeugt diese Sackgasse von einer Krise der Linken, die vielschichtige Gründe hat – die Erkenntnis, dass die industrielle Arbeiterklasse kein revolutionäres Subjekt ist oder sein wird, das Ende der staatszentrierten Ordnung, mit der der Staat nicht länger entscheidender Adressat gesellschaftlicher Veränderung ist, und der Übergang von einer internationalen in eine supranationale Weltordnung.

Diese Verdinglichung hat einen weiteren Aspekt, den ich kurz skizzieren möchte. Selbstverständlich wurde der neoliberalen globale Kapitalismus von mehreren aufeinander folgenden amerikanischen Regierungen vorangetrieben. Die neoliberalen Weltordnung gänzlich mit den USA in eins zu setzen, wäre jedoch in politischer wie theoretischer Hinsicht ein Fehler.

Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert forderte eine wachsende Zahl von Nationalstaaten, vor allem Deutschland, die hegemoniale Rolle Großbritanniens und der liberalen Weltordnung heraus. Diese Rivalitäten, die in zwei Weltkriegen kulminierten, bezeichnete man damals als imperialistische Rivalitäten. Möglicherweise erleben wir heute die Anfänge einer Rückkehr zu einer Ära imperialistischer Rivalität auf einer neuen und erweiterten Stufe. Einer der entstehenden Spannungssherde ist das Verhältnis zwischen den atlantischen Mächten und einem um die französisch-deutsche Allianz gruppierten Europa.

Der Krieg im Irak kann teilweise als Eröffnungssalve in dieser Rivalität gesehen werden. Während die Deutschen vor einem

Jahrhundert das britische Empire mit der Berlin-Bagdad-Bahn herausfordern wollten, war das irakische Baath-Regime zuletzt auf dem Weg, ein client state der deutsch-französischen Achse zu werden. Die Frage ist nicht, ob der Euro-Block eine progressive oder regressive Alternative zu den USA darstellt. Vielmehr geht es darum, dass diese Maßnahme (und die amerikanische Reaktion darauf) den Auftakt zu einer innerkapitalistischen Rivalität im globalen Maßstab darstellt. Gegenwärtig verändert sich die Bedeutung Europas. Es wird nun als möglicher Gegenhegemon zu den USA konstruiert.

Was immer man gegen die gegenwärtige amerikanische Administration einwenden mag – und es lassen sich bei einer ganzen Bandbreite von Fragen schwerwiegende Einwände gegen sie formulieren –, die Linke sollte äußerst vorsichtig sein, nicht unfreiwillig zum Strohmann eines rivalisierenden potenziellen Gegenhegemon zu werden.

Es ist sicherlich nicht einfach, das globale Kapital zu begreifen und ihm entgegenzutreten – in jedem Fall ist es von entscheidender Bedeutung, einen Internationalismus wieder herzustellen und neu zu formulieren, der ohne jeden Dualismus auskommt. Wer am verdinglichten Dualismus des Kalten Krieges festhält, läuft Gefahr, eine Politik zu treiben, die vom Standpunkt menschlicher Emanzipation, vom Standpunkt des »Kommunismus« aus, bestenfalls fragwürdig wäre, wie viele Menschen sie auch ansprechen mag.

Redaktionell gekürzte Fassung von Moishe Postones gleichnamigem Vortrag auf dem Kongress »Indeterminate: Kommunismus«, der im November 2003 in Frankfurt/Main stattfand. Aus dem Amerikanischen von Felix Kurz. Entnommen aus: Moishe Postone: Deutschland, die Linke und der Holocaust. Politische Interventionen. Herausgegeben von der Initiative kritische Geschichtspolitik (Berlin). Ca ira-Verlag, Freiburg 2005. 215 S., 18 Euro. Der Sam-

melband enthält u.a. eine endgültige Zusammenführung aller Varianten von Postones Essay »Antisemitismus und Nationalsozialismus«. Das Buch ist dieser Tage erschienen, Download gratis unter www.isf-freiburg.org.

Auch das jugoslawische Regime hatte Gründe für den Krieg

Die jugoslawische Regierung präsentiert sich als Opfer der NATO-Aggression. Bei nüchterner Betrachtung stellt sich aber die Frage: Warum hat sie sich in Rambouillet für die Bombenangriffe entschieden, statt vor dem NATO-Diktat zu kapitulieren wie alle anderen Balkanstaaten auch? Und warum bleibt sie auch nach über zwei Monaten verheerender Bombardements dabei?

Abgesehen von geopolitischen Überlegungen steht hinter dem Krieg vor allem ein Konflikt um die Organisation der Ausbeutung in Jugoslawien. Seit die Regimes in Osteuropa vor 10 Jahren vor dem offenen und verdeckten Widerstand der ArbeitnehmerInnen kapitulierten und sich mit fliegenden Fahnen dem Westen ergaben, sind dort große Teile der Industrie stillgelegt worden, das bisherige soziale Sicherungssystem zerstört und verschiedene Versuche unternommen worden, Ausbeutung nach westlichem Muster zu organisieren. Dieser Prozeß ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich weit fortgeschritten.

Die Besonderheit Jugoslawiens war zum einen der extrem blutige Verlauf dieser »Transformation«, der jetzt in den NATO-Bombardements gipfelt. Zum anderen hat das Regime Restjugoslawiens aus Sicht des Westens versagt und stellt sich als »reformfeindlich« dar. Statt die Privatisierung der Wirtschaft und die Zerschlagung der Großbetriebe durchzusetzen, ging es immer wieder vor den Protesten der ArbeitnehmerInnen in die Knie. Aus Sicht des Westens mußte diese Art von Politik bestraft werden.

Trotzdem ist der Eindruck falsch, daß das jugoslawische Regime in Rambouillet hart blieb, um mit der nationalen Souveränität eine eigenständige Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Das Regime hat keine zum westlichen Modell alternative wirtschaftspolitische Vision - Milosevic selbst war

Ende der 80er Jahre einer der Vordenker der jugoslawischen Privatisierungspolitik gewesen. Das Regime hat immer Reformen gewollt und in den letzten zehn Jahren auch mehrere Anläufe gemacht, die aber alle erfolglos steckenblieben.

Die Situation der letzten Jahre stellte sich als umfassende Blockade dar. Obwohl die Großbetriebe seit Jahren rechnerisch bankrott waren und die Produktion auf weniger als die Hälfte des Niveaus von 1989 gefallen war, wurde fast niemand entlassen. Statt mit radikalen Reformen einen neuen produktiven Zyklus in Gang zu setzen, hat die staatlich-betriebliche Managerklasse von der Substanz gelebt und mit den inoffiziellen Gold- und Devisenreserven des gesamtjugoslawischen Staats das Außenhandelsdefizit finanziert. Die ArbeiterInnen wiederum verbunkerten sich bei ständig sinkenden Einkommen in den Großbetrieben und den Resten des Sozialstaats, setzten aber dem Regime politisch nichts entgegen. Nach den Streikwellen 1987/88 trat die jugoslawische Arbeiterklasse nicht wieder als eigenständige politische Größe in Erscheinung. Trotz massenhafter Desertionen und wiederholter großer Jugendproteste konnte das Regime die Kriege in Kroatien, Bosnien und Kosovo zur nationalistischen Mobilisierung nutzen - und sich gleichzeitig in der Konkurrenz mit der politischen Opposition immer als »links« und arbeiterfreundlich darstellen.

Nach Einschätzung der Wirtschaftsexperten sind die inoffiziellen Finanzreserven Jugoslawiens inzwischen verbraucht. Jugoslawien stand zunehmend alternativlos vor der Aufgabe, die »Transformation« endlich anzugehen - ohne daß dies innenpolitisch leichter durchsetzbar gewesen wäre als in den Jahren zuvor.

In dieser Situation kann die »warme Sanierung« der schrottreifen Fabriken von außen, durch die NATO-Bomben, zur realistischen Option geworden sein. Ein solcher Weg ist extrem riskant, eröffnet aber die Möglichkeit, die Blockade zu durchbrechen: die alten Betriebe abzureißen und im Rahmen eines Wiederaufbauprogramms ganz neu anzufangen. Entscheidend wird

für die herrschende Klasse Jugoslawiens sein, ob es ihr gelingt, sich unter den Bomben als einzige anti-imperialistische Kraft darzustellen und sich damit dem internationalen Kapital nach dem Krieg als einzige glaubwürdige Vermittlungs- und Kontrollinstanz über die jugoslawische Arbeiterklasse zu empfehlen.

Osteuropa: schwierige Transformation

Im Laufe der 80er Jahre wurde in den staatskapitalistischen Ökonomien Osteuropas immer deutlicher, daß sich auf den bisherigen Wegen keine verstärkte Ausbeutung mehr durchsetzen ließ - weder durch Steigerung der Arbeitsleistung noch durch Verarmung der ArbeiterInnen. Die Produktivitätsentwicklung stagnierte. Der Rüstungswettlauf stieß in diese Wunde - nur insofern macht das Schlagwort vom »Totrüsten« durch den Westen einen Sinn. Die Regimes, die es mit den kämpferischsten ArbeiterInnen zu tun hatten - Polen und Jugoslawien -, nahmen schon in den 70er Jahren größere Kredite im Westen auf, um sich das nötige Kapital für einen produktivitätssteigernden großen technologischen Sprung zu holen und damit auch die Klassenzusammensetzung der 60er Jahre zu überwinden. Tatsächlich wurden die westlichen Kredite aber weitgehend in steigenden Arbeiterkonsum umgesetzt. Das Ergebnis war eine beträchtliche Auslandsverschuldung und gleichzeitig eine immer selbstbewußtere Arbeiterklasse.

Das Zentrum der ArbeiterInnenmacht waren wie im Westen die Großbetriebe. Und ähnlich wie im Westen, wo Kapitalisten und Wissenschaftler seit den 80er Jahren intensiv über »postfordistische« Umstrukturierungen diskutierten, wurde das Problem auch in Osteuropa in den Planungsstäben diskutiert. Diese Technokraten kamen zunehmend zu der Auffassung, daß grundlegende Veränderungen notwendig waren, die sich unter den Bedingungen des realsozialistischen Einparteienstaats nicht durchsetzen ließen. In der Sowjetunion waren

die Technokraten die treibenden Kräfte hinter der Perestrojka, in Polen übergaben sie nach den für beide Seiten ergebnislosen Streiks in der Stahl- und Werftindustrie 1988 die Macht relativ umstandslos an den »runden Tisch«.

Nach 1990 gingen die neuen Regimes (in denen sich nationalistische Clowns aus der ehemaligen Opposition mit reformerischen Technokraten aus den alten Regimes abwechselten) umgehend an die Zerschlagung der Großbetriebe: Im gesamten Bereich des ehemaligen RGW ging die industrielle Produktion zwischen 1990 und 1995 drastisch zurück. Der konkrete Weg sah allerdings unterschiedlich aus. Während in der DDR innerhalb kurzer Zeit fast die gesamte alte Produktionsbasis stillgelegt und ein Großteil der ArbeiterInnen in die Auffang- und Recyclingprogramme des BRD-Sozialstaats kanalisiert wurde, sind z.B. in Weißrußland oder Jugoslawien noch fast alle alten Betriebe vorhanden. Allerdings haben diese - abgeschnitten von alten Zulieferstrukturen und Märkten - ihre Produktion stark zurückgefahren. Viele ArbeiterInnen wurden in Zwangspause geschickt. Die allermeisten bekommen Löhne, von denen sie nicht leben können, und sind auf ihren Schrebergarten und/oder Nebenjob in der »Schattenwirtschaft« angewiesen.

Die ersehnten neuen Investoren aber lassen immer noch auf sich warten. Um Osteuropa als Produktionsstandort, d.h. seine Einbindung in die integrierten Produktionsketten Westeuropas interessant zu machen, müßten die osteuropäischen ArbeiterInnen bereit sein, in verkleinerten Firmen hart zu arbeiten und auf politische Streiks, Demos und Aufstände zu verzichten. Mehr noch: Damit massive Investitionen sich wirklich lohnen, müßten neue regionale produktive Klassenzusammensetzungen entstehen. Diese aber sind trotz einiger größerer Investitionen in den fortgeschrittenen »Reformstaaten« nicht in Sicht.

Die Investoren wollen »Sicherheit«. Damit ist letztlich gemeint, daß die nationalen Politiker nicht vor dem Klassendruck in die Knie gehen. Kaum ein westlicher Kon-

zern war so mutig wie Fiat, die die Übernahme der alten Polski-Fiat-Werke im Sommer 1992 einweihten, indem sie einen 56tägigen harten Streik ohne jedes Zugeständnis niederschlugen - und damit durchkamen: Das gesamte Establishment stand geschlossen auf der Seite des Konzerns, und anders als 1980 blieben den ArbeiterInnen die Kirchentüren verschlossen. [1]

Aufstieg und Krise Jugoslawiens

Die aus dem antifaschistischen Partisanenkampf siegreich hervorgegangene *Kommunistische Partei Jugoslawiens* unter Tito hatte seit dem Bruch mit der Sowjetunion 1948 auf ökonomische Westanbindung bei gleichzeitiger Beibehaltung ihrer eigenen Rolle als staatskapitalistischer »roter Bourgeoisie« gesetzt. Schwerpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung war die Konsumgüterproduktion, v.a. für den Export. Etliche Zulieferbetriebe arbeiteten als verlängerte Werkbank für die BRD-Industrie. Institutioneller Rahmen war das Anfang der 50er Jahre eingeführte und Mitte der 60er Jahre ausgeweitete Selbstverwaltungsmodell, das einzelnen Betrieben die Möglichkeit gab, als profitorientierte Marktsubjekte direkt am internationalen Markt aufzutreten. Die Selbstverwaltung der Republiken und Provinzen förderte die wirtschaftliche Konkurrenz zwischen diesen, was durch eine staatliche Umverteilungspolitik von reichen in arme Regionen ausgeglichen werden sollte. Die dabei entstehenden Konflikte drückten sich angesichts des ethnonational definierten Föderalismus zwangsläufig oft als »nationale« aus.

Ab 1968 gab es in Jugoslawien - wie auf der ganzen Welt - eine massive Welle von Streiks und Protesten. Auch die Belgrader Uni wurde unter der Parole »Nieder mit der roten Bourgeoisie!« besetzt. Die Republikführungen versuchten, teils mit Erfolg, diese Proteste nationalistisch zu kanalisieren. Die Bundesregierung reagierte widersprüchlich, einerseits mit einer Säube-

rungswelle 71/72 gegen »liberale« und nationalistische Funktionäre, andererseits mit verstärkter Kreditaufnahme im Westen, um die Ansprüche der ArbeiterInnen zu befriedigen. Im Laufe der 70er Jahre stieg der Lebensstandard in den industrialisierten Regionen Jugoslawiens auf westeuropäisches Niveau.

Die neue Verfassung von 1974 verstärkte die Dezentralisierung - und die nationale Aufladung des institutionellen Konfliktmanagements: »Über jede Frage wurde zunächst innerhalb der Republik (Provinz) entschieden, und derart nationalisiert kehrte sie auf die Bundesebene zurück, wo dann eine 'Vereinbarung' erreicht wurde. Betrachtet man die Institutionen, konnte es keine anationalen Fragen mehr geben. [2]

Nach Titos Tod 1980 legte das Regime die in den Himmel gewachsene Staatsverschuldung offen und trat dem IWF bei. 1981 trat das erste IWF-Strukturanpassungsprogramm in Kraft, das Lohn- und Sozialkürzungen, die Freigabe der Verbraucherpreise und die Abwertung des Dinar vorsah. Erklärtes Ziel war die Steigerung der jugoslawischen Exporte auf Kosten des Binnenkonsums. Im Kosovo, einer der ärmsten und industriell rückständigsten Regionen Jugoslawiens, gingen die Proteste und Streiks gegen das IWF-Programm im März 1981 in Riots mit albanisch-nationalistischen Forderungen über. Der Ausnahmezustand wurde verhängt und die Riots brutal niedergeschlagen.

Die Angaben über den Erfolg der Strukturanpassungspolitik sind sehr widersprüchlich. Einerseits behauptete z.B. die New York Times im September 1984, daß der Lebensstandard seit 1980 um 40 Prozent gesunken sei. Andererseits gibt es Berichte über zahllose Kämpfe, v.a. in Form von innerbetrieblichen wilden Streiks. [3] Diese wiederum führten zu ständigen wilden Lohnerhöhungen. Da die Großbetriebe völlig mit den Banken verflochten waren, konnten mächtige Betriebsleitungen sich praktisch selbst Geld drucken, indem sie sich ein unbegrenztes

Kreditlimit einräumten und damit die Forderungen der eigenen Belegschaft auf Kosten der Gesamtwirtschaft befriedigten.

Das führte sowohl zur Überschuldung vieler Betriebe und damit des Bankensystems als auch zu einer durch die Lohnerhöhungen ausgelösten Inflationsspirale. 1986 trat die Bundesregierung zurück, und die neue Regierung kündigte einen sechsmonatigen Lohnstopp und Preiserhöhungen an. Sie versprach allerdings auch, daß Löhne bei entsprechenden Produktivitätserhöhungen überproportional steigen könnten, und legte damit die Basis für Spaltungen zwischen rentablen und unrentablen Belegschaften. Trotz Abwertung des Dinar, einer Arbeitslosigkeit von 1,2 Millionen und 130 Prozent Inflation stiegen die Reallöhne aber weiter, und die Staatsgewerkschaften behaupteten: »Die Arbeiter fressen die Ausrüstung und die Maschinen auf.«

Massenstreiks und Nationalismus

Im Februar 1987 wurde ein Gesetz verabschiedet, das Lohnkürzungen und die Rückzahlung zuviel gezahlter Löhne vorsah. Daraufhin kam es zu einer Welle wilder Streiks v.a. in Zagreb und Belgrad und zu Straßenschlachten mit der Polizei. Die Bundesregierung drohte mit dem Einsatz der Armee. Im Juli 1987 fuhren 5 000 streikende ArbeiterInnen einer Schuhfabrik bei Vukovar (eine etwa 50:50 serbisch-kroatisch »gemischte« Stadt und Belegschaft) nach Belgrad und stürmten und besetzten das Bundesparlament. [4] Insgesamt gab es im Sommer 1987 etwa 4 000 Streiks.

Mazedonien, Montenegro und Kosovo erklärten sich 1987 offiziell für zahlungsunfähig. 1988 nahmen die Streiks noch zu und griffen auf den öffentlichen Dienst (Schulen, Krankenhäuser, Müllabfuhr) über. Unter Parolen wie »Nieder mit dem faschistischen Regime!« und »Es lebe die Arbeiterklasse!« besetzten 30 000 ArbeiterInnen im Oktober 1988 die Stahlwerke in Titograd/Montenegro. Im Dezember 1989 streikten 650 000 ArbeiterInnen in Serbien,

Mazedonien und Montenegro. Die Reallöhne stiegen 1989 jugoslawienweit um etwa 25 Prozent; das serbische Durchschnittseinkommen stieg auf das Niveau des slowenischen.

Die Politiker aller Landesteile traten verstärkt nationalistisch auf. Die Jahre 1987-89 waren nicht nur die Zeit der größten Streiks und ArbeiterInnendemos, sondern auch die Zeit der größten nationalistischen Mobilisierungen. Den Anfang machte die durch eine angebliche »antibürokratische Revolution« an die Macht gekommene neue Parteiführung Serbiens. Der neue Parteichef Milosevic war ein in den USA ausgebildeter Bank-Manager, der als Vorsitzender der sogenannten Milosevic-Kommission just in dieser Zeit marktorientierte Reformen forderte und die Jugoslawen aufrief, ihre »unbegründete, irrationale und primitive Angst vor der Ausbeutung« durch ausländisches Kapital aufzugeben. Er trat in diesen Jahren bei einer Reihe von (als »Sich-Ereignen des Volkes« bekanntgewordenen) serbisch-nationalistischen Massendemos auf, bei der größten im November 1988 in Belgrad waren eine Million Teilnehmer. Thema der Kundgebungen war die Unterdrückung von Serben in den autonomen Provinzen und den anderen Republiken, die in eine Linie mit dem Bürgerkrieg 1941-44 und letztlich dem jahrhundertelangen Leidensweg des serbischen Volks gestellt wurde. Angeichts zunehmender nationalistischer und separatistischer Tendenzen in den anderen Teilen Jugoslawiens wurde gefordert, daß »alle Serben in einem Staat« leben müßten: entweder durch eine Re-Zentralisierung Jugoslawiens oder durch eine Revision der innerjugoslawischen Grenzen. Auch in den anderen Republiken wurde versucht, den Klassenkonflikt als nationalen umzudeuten, nur daß dort neue nationalistische Oppositionsparteien die Führung übernahmen, während in Serbien die Regierungspartei selbst in die Offensive ging.

Die Bundesregierung Markovic versuchte 1989/90 noch ein letztes Mal, gegen die Klassenkämpfe und die 2 000-prozentige Inflation ein IWF-Programm durchzusetzen.

zen mit Haushalts- und Lohnkürzungen, Preiserhöhungen, der Abwertung des Dinar, der Schließung von Banken und vor allem der Möglichkeit, unrentable Betriebe in die Zahlungsunfähigkeit zu treiben und dann umgehend zu schließen. Tatsächlich gelang es in den ersten 9 Monaten 1990, knapp 900 Betriebe mit über 500 000 Arbeitern dichtzumachen.

Gleichzeitig aber zerfiel der jugoslawische Staat: 1990 fanden erstmals »freie« Mehrparteienwahlen statt. Die neuen Regierungen der nördlichen Republiken Slowenien und Kroatien kamen zu der Einschätzung, daß sie auf eigene Faust die Wirtschaftsreformen leichter würden durchziehen können, und drohten mit Sezession. Der *Bund der Kommunisten Jugoslawiens* löste sich auf. Die serbische Regierung trat angesichts neuer Streiks die populistische Flucht nach vorn an und bezeichnete das Markovic-Programm (das auf der Linie der Empfehlungen der Milosevic-Kommission lag!) als »anti-serbisch«. Mit dieser Begründung nahm sie einen illegalen Kredit von 1,7 Mrd. US-Dollar bei der Bundeskasse auf und zahlte ausstehende Löhne, was der bisherigen Staatspartei den Wahlsieg sicherte - obwohl die Reallöhne durch drastische Preissteigerungen fielen. Im März 1991 trat die Bundesregierung zurück, ohne daß eine neue gebildet wurde. Gleichzeitig wurde in Belgrad eine Demo mit 70 000 Leuten gegen »undemokratische« Mediengesetze brutal niedergeknüppelt. Die Regierung ließ Panzer auffahren. Am nächsten Tag ging eine Studentendemo in eine blutige Straßenschlacht über, denn »*eine große Zahl von Nicht-Studenten hatte sofort die Gelegenheit aufgegriffen, die Schweine anzugreifen*«.

Auf dem Platz der Republik in Belgrad gab es eine einwöchige Mahnwache, »*die zu einer regelrechten Volkstribüne wurde, wo pausenlos Studenten, Akademiker, Rechtsanwälte, berühmte Schauspieler und anscheinend auch ein paar vereinzelte Arbeiter Reden hielten. Die Forderungen, die hier vorgebracht wurden, waren rein politisch*«. [5] Nach der Erfüllung dieser Forderungen wurden die Demos beendet. In

den Betrieben war aber keine Ruhe. Im April 91 streikten 700 000 Metall- und TextilarbeiterInnen in Serbien und hatten materiell durchaus Erfolg: Das Preisniveau ging 1991 im Vergleich zu den drastischen Preissteigerungen 1990 wieder zurück, für einige Waren sogar unter den Stand von 1989. [6]

Krieg und Sanktionen

Nach der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens und Kroatiens im Juni 1991 und dem kurzen Unabhängigkeitskrieg Sloweniens entwickelte sich in Kroatien ein Krieg zwischen schnell zu einer Armee aufgebauten kroatischen Milizen (die teils aus der alten Territorialverteidigung und Polizei entstanden, teils aus faschistischen Banden) und serbischen Milizen und der jugoslawischen Volksarmee (die sich auf die »serbischen Gebiete« Kroatiens zurückzog) andererseits. Dabei zeigte sich, daß die Volksarmee kaum als Bürgerkriegsarmee brauchbar war: Ein Großteil der Einberufenen kam nicht oder nur nach Festnahme durch die Militärpolizei, tausende desertierten von der Front und erschossen Offiziere oder knallten sich mit Drogen voll.

Die großen Oppositionsparteien, die sich bei den Demos 1991 profiliert hatten, waren noch nationalistischer als die Regierungspartei und schickten teilweise eigene Milizen in den Krieg. Neben kleinen Oppositionsgruppen wie den *Frauen in Schwarz* gab es einen massenhaften »unorganisierten« Widerstand gegen den Krieg. Im Juni 1994 wurde die Zahl der ins Ausland geflohenen Deserteure und Verweigerer auf über 100 000 geschätzt, es sind auch etliche Beispiele von kollektivem Widerstand bekanntgeworden [7]. Außerdem gab es im Frühjahr und Sommer 1992 in Belgrad große Demos, Aktionen und Konzerte gegen Krieg und Nationalismus; die Bewegung nahm aber weder »politischen« Charakter an, noch trat sie als ausdrücklich proletarische Bewegung auf. Trotzdem trug sie wesentlich dazu bei, daß

der Kroatiengänge beendet wurde und die Armee im Bosnienkrieg nur noch die Infrastruktur stellte, während der eigentliche Krieg von Sondereinheiten und Milizen geführt wurde. Lokale Milizen der ländlichen serbischen Minderheit in Kroatien und Bosnien wurden systematisch von nationalistischen Milizen aus Serbien selbst unterwandert; später agierten immer mehr professionelle Söldnertrupps, [8] die fein säuberlich nach den national differenzierten jugoslawischen Melderegistern vorgingen, um ganze Gebiete ethnisch zu »säubern«. Auffälligerweise war die Gewalt immer dort am größten, wo die Nationalisierung der Bevölkerung nicht oder nur langsam griff (etwa in Vukovar und dann in Sarajevo). Die ethnischen Teilungslinien wurden seit März 1992 von UNO-Truppen gesichert und Ende 1995 für Bosnien im Vertrag von Dayton festgeschrieben, der Bosnien zu einer ethnisch gesäuberten NATO-Diktatur macht.

Die westlichen Regierungen hatten auf deutschen Druck Anfang 1992 die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens in den alten innerjugoslawischen Grenzen anerkannt und betrachteten Serbien als Aggressor. Im August 1995 besetzte die massiv aufgerüstete kroatische Armee mit US-Unterstützung die bislang serbischen Gebiete Kroatiens und vertrieb Hunderttausende von BewohnerInnen nach Restjugoslawien. Im September 1995 unterstützte die NATO mit Luftangriffen auf bosnisch-serbische Truppen die Verschiebung der Frontlinie zugunsten kroatisch-moslemischer Truppen.

Vor allem aber hatten die EU (seit November 1991) und der UNO-Sicherheitsrat (seit Mai 1992) Wirtschaftssanktionen gegen Restjugoslawien verhängt. Hatte schon die Teilung Jugoslawiens die Betriebe Serbiens im Maschinen- und Fahrzeugbau und in der Chemieindustrie, die hoch integriert mit Betrieben in Slowenien und Kroatien produziert hatten, von ihren Zulieferern und Abnehmern abgeschnitten, so kappten die Sanktionen auch den Zugang zum internationalen Markt (durch das Handelsembargo, den »inneren Ring« der Sanktio-

nen) und vor allem zu internationalen Krediten (durch den Ausschluß aus den internationalen Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank, den »äußeren Ring«).

Bis 1994 sank das Bruttoinlandsprodukt auf unter die Hälfte des Werts von 1989; die Auslastung der Industrie lag nur noch bei ca. 30 Prozent. Gleichzeitig gingen 1993 etwa 70 Prozent des Bundeshaushalts in den Militäretat. Das führte zu einem völligen Verfall der Reallöhne in Serbien und zur Hyperinflation (1993: 116 Trillionen Prozent). Ende 93 wurden mit dem Dinar nur noch Löhne, Steuern, Mieten und Stromrechnungen bezahlt - alles andere mit D-Mark.

Anfang 1994 machte Jugoslawien noch einmal einen Anlauf zu einer radikalen Wirtschaftsreform unter dem neuen Nationalbankchef Avramovic (der lange Jahre bei der Weltbank gearbeitet hatte): Der Dinar wurde im Kurs 1:1 an die D-Mark gebunden und die Inflation (durch Lohnstopp) gebremst. Von 2,26 Millionen Beschäftigten im Jahr 1993 wurden bis Mai 1994 900 000 in Zwangspause geschickt.

Mitte 94 wurde Avramovic gefeuert. Er hatte sich dafür eingesetzt, daß Jugoslawien nicht nur auf die akute Krise reagieren, sondern tatsächlich einen produktiven Neuanfang wagen sollte. Das hätte aber bedeutet, auf die Bedingungen von IWF und Weltbank einzugehen. Während die BR Jugoslawien auf dem Standpunkt steht, einziger Nachfolgestaat des alten Jugoslawien und damit auch IWF-Mitglied zu sein, behaupten vor allem die USA, daß das alte Jugoslawien nicht mehr besteht, und verlangen, daß sich Restjugoslawien um eine Neuaufnahme bemühen muß. Das ist keine reine Formfrage, sondern berührt die jugoslawischen Altschulden und v.a. die Aufteilung der gesperrten offiziellen und mutmaßlich von Restjugoslawien geplünderten geheimen Gold- und Devisenreserven des alten Jugoslawiens unter den Nachfolgestaaten. [9] Avramovics Entlassung war eine klare Absage an die Eingliederung mit dem IWF zu diesem Zeitpunkt.

Eingebunkert

Nach der Beendigung des Bosnien-Kriegs durch das Dayton-Abkommen Ende 1995 wurden die meisten Sanktionen aufgehoben. Trotzdem stieg die Produktion 1996 nur unwesentlich. Die Exporte gingen sogar zurück und bestanden zunehmend aus Produkten niedrigen Verarbeitungsgrades, außerdem wuchs das Außenhandelsdefizit (im 1. Halbjahr 1996 waren die Importe doppelt so hoch wie die Exporte). Das Sozialprodukt lag 1996 bei 55 Prozent des Niveaus von 1989, die Industrieproduktion bei 40 Prozent.

Für die schlechte Situation machten die in- und ausländischen Experten einhellig die nicht erfolgte Zerschlagung der Großbetriebe verantwortlich: »80 Prozent des Kapitals befinden sich nach wie vor in gesellschaftlichem oder in Staatseigentum, wobei die Unterschiede zwischen beiden Eigentumsformen im gegebenen Zusammenhang nicht wesentlich sind. Hier liegt der Hauptgenerator aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten, und solange hier nicht Remedur geschaffen wird, kann es keine effiziente Wirtschaftspolitik geben, gleichgültig, wer sie konzipiert und wie sie konzipiert ist. (...) Doch es sind gerade die großen Firmen im gesellschaftlichen Eigentum, die immer wieder Haushaltsmittel, praktisch Schenkungen erhalten, die angeblich der Ankurbelung der Produktion dienen sollen. In Wirklichkeit werden diese Mittel dazu verwendet, um Arbeitern Lohn zu zahlen, die nichts produzieren oder nicht marktgerecht produzieren.« [10]

1990 war auch in der Republik Serbien ein Privatisierungsgesetz verabschiedet worden, das - im Rahmen der Empfehlungen der Milosevic-Kommission und dann des Markovic-IWF-Programms - den Konkurs der Großbetriebe und die anschließende Privatisierung der verwertbaren Teile vorsah. Krieg, Sanktionen und Hyperinflation hatten diesen Prozeß aber praktisch gestoppt. 1993 erfolgte Privatisierungen wurden später sogar zum Teil wieder rückgängig gemacht, weil die Käufer in der

Hyperinflation nur Spottpreise bezahlt hatten. Stattdessen wurde etwa etwa die Hälfte des Kapitals direkt verstaatlicht, die andere Hälfte wurde z.T. in Belegschafts-AGs überführt oder blieb in anderen teils unklaren Eigentumsformen. Dadurch »ändern sich allerdings die betrieblichen Anreizstrukturen und Existenzbedingungen keineswegs, was zu gleichbleibenden Verhaltensweisen der Betriebe führt. Die vom privaten Eigentum erwarteten Effizienzsteigerungen bleiben naturgemäß aus«. [11]

Auf die Frage warum eine Privatisierung nicht stattfinde, antwortete die Ebert-Stiftung, daß »wichtige Gruppen an der Verzögerung der Umstrukturierung interessiert sind«. Vor allem bleibe »breiten Schichten der Arbeiter und Angestellten ... kaum eine Alternative zum Festhalten am Status Quo. Von grundlegenden Reformen und weitgehender Privatisierung bzw. der Herstellung tatsächlicher privater Eigentumsrechte müssen sie in erster Linie nur fürchten, ihren Arbeitsplatz im Rahmen der dann fälligen Umstrukturierungen zu verlieren.« Den Großbetrieben »kam und kommt ... eine wichtige Rolle bei der sozialen Sicherung und in vielen sozialpolitischen Bereichen zu, womit bei einer Transformation dieser Betriebe auch wichtige Teile des sozialen Netzwerks entfallen. Auch in dieser Hinsicht dient also die Beibehaltung des Status Quo der Aufrechterhaltung des sozialen und damit des politischen Friedens«. Eigentlich seien aber »zwischen 800 000 und 1 Million Arbeiter zu viel beschäftigt, d.h. ihre Entlassung würde zu keinerlei Einbußen beim Sozialprodukt führen«. Das Osteuropa-Institut München schätzte, daß »im staatlichen bzw. genossenschaftlichen Sektor bis zu 50 Prozent ihrem Arbeitsplatz fernbleiben und in dieser Zeit in der florierenden Schattenwirtschaft tätig sind.« [12]

Es lassen sich sicher auch andere Motive für Widerstände gegen die Privatisierung finden. So ist die wirtschaftliche Führungs- schicht praktisch identisch mit der politischen [13] und Minister sind oft gleichzeitig Firmendirektoren, so daß etliche von

ihnen bei einer Privatisierung wohl wirklich leer ausgehen würden. Andererseits waren viele Manager in Jugoslawien wie in anderen osteuropäischen Ländern schon längst dabei, die Filetstücke aus den Unternehmen herauszuschneiden und sich über unterschiedliche Manöver privat anzueignen.

Viel naheliegender ist die Erklärung, daß das jugoslawische Kapital den offenen Konflikt mit den ArbeiterInnen gescheut hat. Statt zu versuchen, gegen ihren Widerstand einen neuen produktiven und Akkumulations-Zyklus in Gang zu setzen, lebten die Bosse einfach von der Substanz. Unter dem Mantel der Sanktionen haben sie »Techniken entwickelt, um sich aus den staatlichen Firmen ungeachtet deren tatsächlicher Ertragslage zu bereichern«. [14] Die ArbeiterInnen wurden nicht frontal angegriffen, sondern einerseits über den permanenten Kriegszustand in Kosovo, Slowenien, Kroatien und Bosnien eingeschüchtert, andererseits in die Reste des jugoslawischen Wohlfahrtsstaats integriert. Statt sie zu zwingen, produktiver zu arbeiten, senkten ihnen die Bosse über niedrige Löhne, verzögerte Lohn- und Rentenauszahlungen, Zwangsbeurlaubungen, Inflation - nach den regelmäßigen Sonderzahlungen vor Wahlen - das Einkommen.

Die ArbeiterInnen reagierten auf das Ende des Kriegs und der Sanktionen mit verstärkten Arbeitskämpfen. Das wiedererwachende Selbstbewußtsein drückte sich Ende 1996 im Wahlsieg des Oppositionsbündnisses Zajedno bei den Kommunalwahlen in den meisten Städten aus. Als sich die Regierung weigerte, das Ergebnis anzuerkennen, organisierte Zajedno Protestdemos, denen sich auch wieder die unabhängigen Gewerkschaften und die proletarischen Jugendlichen anschlossen. Ende Dezember ging die Polizei gewaltsam gegen die Demos vor, und es gab Tote. Trotzdem gingen die Demos weiter und nahmen zunehmend happening-mäßigen Charakter an. Nach weiteren Straßen-schlachten Anfang Februar 1997 erkannte die Regierung schließlich das Wahlergeb-

nis an.

Die bürgerliche Opposition war aber nicht in der Lage, diesen Erfolg zu konsolidieren oder gar in einen Machtwechsel umzusetzen. »Tatsächlich hingen der Erfolg und die Dauerhaftigkeit der Demonstrationen der Opposition wesentlich von sie begleitenden sozialen Unruhen ab. Selbst nach Beendigung der Demonstrationen fand die soziale Unzufriedenheit Ausdruck in einer Welle von Streiks, Blockaden, spontanen Demonstrationen und verschiedenen Formen des bürgerlichen Ungehorsams (organisierte Verweigerung von Steuer- und Gebührenzahlungen) durch verschiedene gesellschaftliche Gruppen (Lehrer, Kindergarten, Textilarbeiter, Kriegsinvaliden, Rentner usw.).« Es gelang dem Miloševic-Regime aber, die ArbeiterInnen immer wieder ins Leere laufen zu lassen: »Der größte dieser Streiks, die über einen Monat andauernde Arbeitsniederlegung durch Lehrer und Erzieher, die für die Auszahlung ihrer seit Monaten überfälligen, ohnehin sehr niedrigen Löhne und eine Verbesserung ihrer sozialen Situation kämpften, wurde allerdings durch geschicktes politisches Manövriren ohne größere Zugeständnisse an die Streikenden beendet.« [15] An diesem Punkt zerfiel auch die bürgerliche Opposition wieder an ihren eigenen Streitigkeiten und ließ sich später sogar teilweise in die Regierung integrieren.

Die hiesigen Demokraten und Menschenrechtler behaupten gern, daß die jugoslawische Arbeiterklasse die ganze Zeit »loyal« zum Regime gestanden habe und machen das daran fest, daß im Gegensatz zu den anderen ost-europäischen Ländern sich in Jugoslawien Zajedno oder andere Oppositionsparteien nicht durchsetzen konnten. Die Friedrich-Ebert-Stiftung bleibt realistisch: »Die Arbeiter streiken und demonstrieren zwar für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und die Auszahlung von Löhnen, nicht aber für eine politische Opposition, die durch ihre Reformabsichten ihre momentane Situation gefährdet.« Sie waren zu schlau, um sich einer »demokratischen Opposition« auszuliefern, deren Absicht

letztlich die Verschärfung der Ausbeutung war - aber sie waren zu schwach, um aus ihrem defensiven Einbunkern in den realsozialistischen Strukturen herauszukommen.

Den Machterhalt erkauftete sich das Regime eben nur über die Blockade der Reformen und ein riesiges Außenhandelsdefizit: Von 1995 bis 1998 importierte Jugoslawien jeweils ungefähr doppelt so viel, wie es exportierte. 1997 betrug das Außenhandelsdefizit 2,4 Mrd. US-Dollar bei einem Bruttoinlandsprodukt von 17,5 Mrd. Dollar. Diese Struktur hatte auch der Handel mit Deutschland, dem größten Handelspartner: Deutschland exportierte nach Jugoslawien in den Jahren 1995-98 jeweils ungefähr doppelt so viel wie Jugoslawien nach Deutschland. Importe aus Jugoslawien waren v.a. Kleidung, Stoffe und Obst. Etwa 20 Prozent der Importe waren re-importierte Lohnveredelungen. [16] Mit anderen Worten konsumierte die jugoslawische Arbeiterklasse weit mehr als sie produzierte. Die Ebert-Stiftung bezeichnete die Deckung dieses Defizits 1997 als »*neines der Geheimnisse des serbischen Modells*« und meinte, es gebe »*nur eine Erklärung aus sog. 'inoffiziellen' (staatlichen?) Devisenreserven im Ausland ... Aber wenn diese zwangsläufig beschränkten Mittel aufgebraucht sind, droht dem importabhängigen System der Kollaps*«. [17]

Das Anwerben ausländischer Direktinvestitionen hatte nur sehr beschränkte Erfolge. Die größte ausländische Investition des Jahrzehnts war der Verkauf der serbischen Telekom an ein italienisch-griechisches Konsortium. Vor allem konnte der Verkaufserlös (1,57 Mrd. DM) nicht als Kapitalspritze benutzt werden, sondern etwa 1,3 Mrd. DM gingen sofort für die Zahlung ausstehender Renten kurz vor den Wahlen im September 1998 drauf. [18]

»Slobo, du Clinton!«

In dieser Situation stand das Regime zunehmend mit dem Rücken an der Wand. Es

versuchte noch einmal, die nationalistische Karte zu spielen, indem es den seit Ende der 80er Jahre schwelenden, aber während der Kriege in Kroatien und Bosnien nie voll ausgebrochenen Kosovo-Konflikt wieder eskalierte. An der Schraube drehte sicher auch die UÇK mit, die 1997 mit einer Reihe von Anschlägen auf sich aufmerksam machte. Das Belgrader Regime reagierte aber mit massiven Repressionen nicht nur gegen die Guerilla, sondern gegen weite Teile der albanischsprachigen Bevölkerung. Im Dezember 1997 wurden wieder Studentendemonstrationen niedergeknüpft; ab Februar 1998 wurden im Drenica-Gebiet als Guerilla-Hochburgen betrachtete Dörfer mit Panzern und Artillerie angegriffen. Anders als 10 Jahre zuvor schien die nationalistische Karte 1998/99 aber ausgereizt zu sein: »*Im Laufe der Verhandlungen von Rambouillet zwischen Serben und Albanern Ende Februar haben die nationalistischen Parteien eine Demonstration vor dem Bundesparlament durchgeführt, um die Leidenschaften neu anzuheizen. Doch vergeblich: Nur ein paar Dutzend Menschen folgten dem Aufruf und skandierten im Nieselregen unter dem gleichgültigen Blick der Passanten: Slobo, ne daj Kosovo! (Slobo, gib das Kosovo nicht her!).*« [19]

Die Karte des Kriegs ließ sich aber durchaus international noch spielen. Schon im Sommer 1997 schrieb die Ebert-Stiftung: »*Allerdings hat sich in den letzten Monaten für Milosevic eine völlig neue politische Option aus der internationalen Entwicklung ergeben, die dieser offensichtlich auch zu nutzen gedenkt: Die totale Destabilisierung Albaniens hat der internationalen Staatengemeinschaft drastisch die Gefahren und das mögliche Ausmaß von Krisen in der gesamten Balkanregion vor Augen geführt. (...) Im Hinblick auf die anarchische Entwicklung in Albanien könnte nun Milosevic ... klarmachen, daß er denjenigen Machtfaktor repräsentiert, der das Problem lösen oder eskalieren lassen kann. (...) Als Preis für eine Lösung des Kosovoproblems könnte Milosevic dann eine sofortige Kreditgewährung und güns-*

tige Schuldenregelung aushandeln.« Dies ist die »diplomatische« Sicht der Kriegsdrohungen, analog zur bei den europäischen Regierungen beliebten Sicht der NATO-Kriegsdrohungen: Mit dem big stick wird nur gewedelt, um in Verhandlungen das gewünschte Ziel durchzusetzen. Möglich ist aber auch noch eine andere Sicht, analog zur US-Version der NATO-Kriegsdrohungen: eine Reihe von Provokationen, die dazu führen, daß die Drohung auf jeden Fall wahrgemacht werden muß. Das jugoslawische Regime ist Herr über ein schrottiges Land. Die »komplette Infrastruktur, Dienstleistungen, öffentliche Versorgungsbetriebe, Rohstoffindustrie usw. ... sind riesige Verlustbringer mit weit fortgeschrittenen Dekapitalisierung und geringem Restrukturierungspotential«. [20] 1), 2) und 4) in dieser Aufzählung sind die bevorzugten Bombenziele der NATO. Das Bombardement exekutiert eine grausame Sanierung von außen, bei der sich das jugoslawische Regime als Verteidiger der Interessen der jugoslawischen Arbeiterklasse darstellen und damit die Startlöcher für seine Rolle als Regierung, Management oder Gewerkschaft in der Zeit nach dem Krieg graben kann. Nach der ersten Bombardierung der Zastava-Fabrik in Kragujevac titelte die *Frankfurter Rundschau*: »Gewaltsames Ende einer kranken Fabrik«. [21] In dem Artikel wird beschrieben, daß die Zastava-ArbeiterInnen trotz Rückgang der Produktion von über 200 000 auf unter 8 000 Stück pro Jahr, trotz Zwangsbeurlaubungen und radikaler Senkung der Löhne sich immer noch auf das Werk als sozialen Mittelpunkt bezogen. Erst die NATO-Bomben machten dem ein Ende.

Kurz nach Beginn der Bombenangriffe tauchten in Belgrad Graffiti auf: »Slobodan Klintone« (Slobodan, du Clinton!). Und eine anonyme Email von einem Belgrader Anarchisten spekulierte: »Ich befürchte, daß der Deal zwischen Milosevic und den USA noch viel weiter geht. Ich kann nur raten, aber ich glaube, daß dieser ganze Krieg bei einem der Treffen zwischen Milosevic und Holbrooke vereinbart worden

ist.« [22] In Wirklichkeit sind derartige Vereinbarungen gar nicht nötig. Es reicht aus, daß alle beteiligten Regimes - die USA, die EU-Länder, Jugoslawien - ihre eigenen, jeweils besonderen Interessen haben, damit ein Krieg in Gang gesetzt und - gegeneinander, miteinander, auf jeden Fall gegen die ArbeiterInnen - weitergeführt werden kann.

Fußnoten:

[1] Vgl. dazu: B. Gaciarz, W. Panków: »Fiat Auto Polen AG: Konflikte ohne Ende«, in: R. Deppe / M. Tatur (Hrsg.): *Ökonomische Transformation und gewerkschaftliche Politik: Umbruchprozesse in Polen und Ungarn auf Branchenebene*, Münster 1996.

[2] V. Pesic: »Krieg um Nationalstaaten«, in: T. Bremer, N. Popov, H.-G. Stobbe (Hrsg.): *Serbiens Weg in den Krieg. Kollektive Erinnerung, nationale Formierung und ideologische Aufrüstung*, Berlin 1998, S. 26. Die Aufsätze in diesem Band, der schon 1995 mit Hilfe der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung in Jugoslawien erschien, sind zwar politisch schrecklich europäisch und demokratisch, aber eine sehr informative Innenansicht der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in Jugoslawien. Das Teil kostet unverzerrte 98,- Mark.

[3] Zur Entwicklung in den 80er und frühen 90er Jahren siehe Literaturliste.

[4] »Vukovar ist traditionell ein Symbol für die nationale [d.h. zwischen den nationalen Gruppen] und Klassensolidarität. 1988 haben die Arbeiter aus Vukovar ganz unabhängig von ihrer nationalen Zugehörigkeit, ihrer politischen Ausrichtung und ihrem Glauben einen sehr großen Streik organisiert. Ein Teil davon war eine große Demonstration in Belgrad vor dem jugoslawischen Parlament. Die Arbeiter sind damals ins Parlament eingedrungen und haben es besetzt. Es hat nur wenig gefehlt, und sie hätten die Macht erobert. Und genau aus diesen beiden Gründen - denn Vukovar hat ansonsten absolut keine strategische Bedeutung gehabt, um erobert

werden zu müssen - mußte Vukovar zerstört werden. Die nationale und Klassenolidarität mußte zerstört werden. Die Kraft der Arbeiterklasse mußte zerstört werden.« Der serbische Journalist Dragomir Olujic bei dem in Anmerkung 3 erwähnten Jugoslawien-Seminar 1995.

[5] Beide Zitate: *Wildcat* London, a.a.O.

[6] zur Wirtschaftspolitik bis 1994 vgl.: J. Reuter: »Die Wirtschaftskrise in der BR Jugoslawien. Reformen im Schatten von Krieg, Embargo und schleppender Transformation«, in *Südosteuropa*, 43. Jhg., 8/1994, S. 490.

[7] vgl. zu Desertionen und Reservistenrevolten die Londoner *Wildcat*, a.a.O.

[8] Einige der serbischen Milizen waren aus Fußball-Hools von Roter Stern Belgrad hervorgegangen. Ein aufstrebener Mafioso namens »Arkan« Raznjatovic machte aus einer chaotischen Schlägertruppe eine disziplinierte Killertruppe. Vgl. dazu

I. Colovic: Fußball, Hooligans und Krieg, in *Serbiens Weg in den Krieg*, a.a.O.

[9] Zum 94er Sparprogramm und der Wirtschaftsentwicklung bis 1996 vgl. J. Reuter: »Die Wirtschaft der BR Jugoslawien nach der Suspendierung der Sanktionen«, in *Südosteuropa*, 45. Jhg., 8/1996.

[10] J. Reuter: »Die Wirtschaft der BR Jugoslawien ...«, a.a.O., S. 594. Reuter bezieht sich genüßlich auf die Kritik der jugoslawischen Wirtschaftszeitungen, die in dieselbe Richtung geht.

[11] Friedrich-Ebert-Stiftung: *Die Innenseite des Regimes Milosevic: Überleben ohne Reformen*, Politikinformation Osteuropa Online (<http://www.fes.de>), Juni 1997. Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung ist übrigens eine der aggressivsten deutschen Organisationen in der »Transformation« Osteuropas: In Polen hatte sie 1995 z.B. 13 hauptamtliche Funktionäre, während die sonstigen deutschen Parteienstiftungen jeweils einen hatten.

[12] W. Gruber: BR Jugoslawien«, in: *Wirtschaftsentwicklung in ausgewählten mittel- und osteuropäischen Ländern* 1997/98, Osteuropa-Institut München, Working Papers Nr. 209, April 1998, S. 77.

[13] Die meisten Manager sind übrigens nicht in der SPS von Milosevic, sondern in der Jugoslawischen Linken seiner Ehefrau Mira Markovic. Die JUL, die im Westen manche Leute für antinationalistische »GenossInnen« halten, ist sowohl vom Wähleranteil als auch von der sozialen Zusammensetzung her eine Art jugoslawische FDP.

[14] Friedrich-Ebert-Stiftung, a.a.O.

[15] beide Zitate: Friedrich-Ebert-Stiftung, a.a.O.

[16] C. Gerstberger: »BR Jugoslawien (Serbien-Montenegro)«, in: *Mittel- und Osteuropa Perspektiven - Jahrbuch 1998/99*, Band 1, S. 54.

[17] Friedrich-Ebert-Stiftung, a.a.O.

[18] Osteuropa-Institut, a.a.O.

[19] T. Hofnung: »Mythen und Devisen. Die serbische Krise und das System Milosevic«, in *Le Monde Diplomatique*, April 1999, S. 6.

[20] Friedrich-Ebert-Stiftung, a.a.O.

[21] *Frankfurter Rundschau*, 10.4.1999.

[22] *Zaginflatch* no. 43, 20.04.1998. *Zaginflatch* ist ein anarchistisches E-Magazine aus Zagreb, zap_zg@geocities.com; <http://www.geocities.com/CapitolHill/Senate/3707/>.

Daniel Dockerill: Petition the Lord with prayer.

Amerika führt Krieg und die Linke in Deutschland sucht weiter ihren Frieden

You cannot petition the Lord with prayer
(Jim Morrison)

Sein Land sei in der Geiselhaft einer terroristischen Gang, angeführt von Saddam Hussein, sagt der Irakische Schriftsteller Hamid Ali Alkifaey und findet es an der Zeit, daß die internationale Gemeinschaft etwas unternehme, das Land zu retten und von den Terroristen zu befreien.^[1] Die „internationale Gemeinschaft“ ist jedoch, wie immer, äußerst gespalten. Da ist eigentlich niemand, der nicht irgendwann mit besagten Terroristen seine Geschäfte gemacht hätte, und einige haben halt erst kürzlich wieder erfolgreich begonnen, neue anzubahnhen. Mit einem Wort: Die internationale Gemeinschaft, die da beschworen wird, ist eine Fata Morgana.

Und dennoch sind die Hoffnungen irakischer Oppositioneller auf internationale Hilfe für einen Umsturz, zu dem sie sich anscheinend aus eigener Kraft in absehbarer Zeit nicht imstande sehen, natürlich nicht grundlos. Denn anders als noch während des letzten Golfkriegs, der die irakische Annexion Kuwaits wieder rückgängig machte, sehen immerhin die USA, die derzeit mit Abstand gewichtigste Macht auf dem Globus, offenbar keinen Grund mehr, tiefgreifende Umwälzungen der Machtverhältnisse im ganzen Mittleren Osten, die ein Umsturz im Irak mit hoher Wahrscheinlichkeit nach sich zöge, zu fürchten. Namentlich Saudi-Arabien, um dessen Stabilität man sich 1991 in Washington noch die allergrößten Sorgen machte, gilt spätestens, seitdem unübersehbar geworden ist, wie der antiamerikanische Terrorismus der al-Quaeda aus der dortigen Elite gesponsert wird, nicht mehr als der zuverlässige Garant amerikanischer Interessen in jener Weltgegend, dessen Sturz auf jeden Fall zu verhindern ist.

Europas Interessen hingegen, allen voran die Deutschlands und dann auch Frankreichs, haben dort in den letzten Jahren nachhaltig Gelände gewonnen. Dies nicht nur als mittlerweile wichtigster Handelspartner von Ländern wie Iran, Türkei, Syrien und Jordanien. Vielmehr scheint deutsche Friedfertigkeit in Sachen Irakkrieg politisch-strategische Früchte zu tragen, wo Deutschlands Außenpolitik sich auf jene Staaten stützt, die finden „es könnte gut sein, wenn die amerikanischen Bäume nicht in den Himmel wachsen“ (Egon Bahr), d.h. die bereit wären, im innerimperialistischen Kriegsfall mit der EU gegen die USA anzutreten. Auch dieser Aspekt der globalen kapitalistischen Konkurrenz, bei der die Zeit anscheinend gegen Amerika arbeitet, dürfte es den USA augenblicklich leicht machen, die herrschende Ordnung im Mittleren Osten umfassend zur Disposition zu stellen. Die von Bush Senior während des zweiten Golfkriegs so eifrig gepredigte „Neue Weltordnung“ hat offensichtlich am Golf – und nicht nur dort – längst aufgehört, die ihre zu sein.

„Die Linke im Krieg“

„Für einen Präventivkrieg gegen den Irak“ hat der KONKRET-Redakteur Jürgen Elsässer in einem Beitrag für das Oktoberheft der Zeitschrift befunden, gebe es „keine Argumente“. Zwar sei Saddam Hussein „Unbestritten ... ein blutiger Despot ... Doch von solchen Herrschern gibt es drei Dutzend auf der Welt, allein die arabische Halbinsel ist voll davon. Sollen jetzt alle mit Krieg beseitigt werden?“

Der Einwand, der daherkommt, als hätte die hiesige Linke der amerikanischen Regierung einen besseren Vorschlag zu machen, glänzt zunächst einmal durch eine bemerkenswerte Ignoranz, denn die Bush-Administration hat ja längst durchblicken lassen, daß ihr umstürzlerisches Vorhaben in der Tat, wenn zwar vielleicht nicht auf „alle“, so doch durchaus auf das eine oder andere weitere relevante Exemplar „von solchen Herrschern“ in der Region abzielt.

Ob sie allerdings dafür „Argumente“ hat, die der Überprüfung durch ein paar linke Menschenfreunde in Deutschland oder anderswo standhalten – wer wollte das wissen?

Aber das ist wohl der Unterschied zwischen der Linken und dem Kommunismus: Jene inszeniert immer wieder von neuem das erbärmliche Theater einer über allen Parteien thronenden Gerechtigkeit, vor der dann auch die Mächtigen dieser Welt sich zu verantworten hätten. Dieser dagegen (soweit er es fertigbringt, sich von der Linken zu trennen) begreift sich selber als die eine, auf nichts als sich selbst gestellte Partei, die die bestehenden Machtverhältnisse vollständig umzustürzen, ihrerseits also eine Macht zu werden und zu diesem Zweck natürlich das Tun und Lassen aller zu stürzenden Mächte in Rechnung zu stellen hat.

Freilich, auch die Linke ist offensichtlich nicht mehr das, was sie einmal zu sein schien. Zwar ist man durchaus gewohnt, daß heftig gestritten wird um die Auslegung jener esoterischen Gerechtigkeit, darum also, was da, wie es oftmals so verräterisch heißt, „legitim“ sei oder eben nicht. Daß aber dieser Streit der linken Meinungen eskaliert zu einem Pro oder Contra der einen oder anderen *Kriegspartei*, ist dann doch noch nicht allzu oft vorgekommen. Wenn die Linke in solche Schwierigkeiten gerät, ist das allemal ein Indiz für den Anbruch stürmischerer Zeiten. Und die Zeichen stehen hier allerdings auf Sturm.

Das bizarre Spielchen nämlich mit den „Argumenten“, nach denen es das linke Gewissen ganz besonders dann verlangt, wenn sein Dafür- oder Dagegensein rein platonisch bleibt, also fast immer, hat ein nicht unbeträchtlicher Teil der Linken jetzt einfach umgedreht: Statt die amerikanische Kriegsrhetorik auf ihre Stichhaltigkeit abzuklopfen, sammelt man eigene „Argumente“ für Amerikas Krieg. Und was man da gesammelt hat, bringt die Antikriegsline offenbar in Beweisnöte. Jürgen Elsässer hat jedenfalls in der Novemberausgabe der KONKRET nachgelegt und erklärt nun für

alle Fälle, daß „die Linke früher“ dem „Grundsatz: ‚In dubio contra bellum‘, (im Zweifel gegen den Krieg) gefolgt sei und also nach altem Recht und Gesetz für das ausnahmsweise Gegenteil „die Beweislast bei den Kriegsbefürwortern“ liege.

„die Linke früher“

Nun ja, „früher“. Sehr viel früher einmal, beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges, hatte sich „die Linke“, wie jeder weiß, an der Kriegsfrage tief gespalten, und bei vielen ihrer aufrechten Anhänger war das Entsetzen riesengroß. Hatte doch dieselbe, nun in feindliche Kriegsparteien zerteilte Linke, die durchaus mächtige, nach Millionen zählende sozialistische Internationale, noch bis zuletzt mehrfach sich einmütig und feierlich gegen den heraufziehenden Krieg erklärt. Und nicht wenige jener entsetzten Linken sehnten mit ganzem Herzen nichts als die baldige Wiederherstellung dieser durch den Krieg zerstörten großen Antikriegspartei herbei.

Eine zunächst noch kleine radikale Minderheit unter ihnen sah indes die Dinge ganz anders. Der große, die ganze zivilierte Welt verschlingende Krieg war eine Tatsache geworden, der sich niemand entziehen und hinter die niemand mehr zurückgehen konnte. Er hatte die Abgründe an Barbarei offengelegt, die unter dem Deckel der Zivilisation in den vorangegangenen, friedlicher sich darstellenden Zeiten noch halbwegs verborgen geblieben waren. „Und wenn der heutige Krieg“, schrieb Lenin im Jahre 1916, „bei reaktionären Sozialpaffen, bei weinerlichen Kleinbürgern nur Schrecken, nur Erschrockenheit, nur Abscheu vor Waffengebrauch, Tod, Blut usw. erzeugt, so sagen wir dagegen: Die kapitalistischen Gesellschaft war und ist *immer ein einziger Schrecken ohne Ende*. Und wenn jetzt dieser Gesellschaft durch diesen reaktionärsten aller Kriege ein *Ende mit Schrecken* bereitet wird, so haben wir keinen Grund zu verzweifeln.“^[2] Lenin erinnerte seine Genossen, die sich für die Lösung einer allgemeinen „Ent-

waffnung“ erwärmt hatten, daran, daß sozialistische Revolutionäre keineswegs gegen *jeden* Krieg Partei zu ergreifen hätten, sondern es vielmehr immer auf den bestimmten *Klassencharakter* des jeweiligen Krieges ankomme. Mit der Linken als Antikriegspartei war es jedenfalls für lange Zeit vorbei. Nicht die „Entwaffnung“, sondern die „Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“ wurde die Lösung der revolutionären, internationalistischen Linken, die sich später Kommunisten nannten.

Die Lösung erwies sich als nur allzu realistisch. Keine den Kriegsdienst verweigerten, pazifistischen Helden führten das Ende des Krieges herbei, sondern die Millionen bewaffneter oder Waffen produzierender Besitzloser, die das besitzende Europa gegeneinander mobilgemacht hatte. Und wo immer sie das taten, wo immer sie das Regime abschüttelten, das sie in den Krieg der sie plündernden Räuber getrieben hatte, sahen sie sich im Handumdrehen einer waffenstarrenden Konterrevolution gegenüber, die ihnen nur die Wahl ließ, entweder selbst sich zur energischen Kriegspartei zu formieren oder massenhaft sich hinschlachten zu lassen.

„Ausnahmefälle“

„in begründeten Einzelfällen“, weiß Jürgen Elsässer zu erzählen, „behält man“, also jene Linke, von der die gemütliche Sage geht, daß sie „früher“ von reinster „Kriegsgegnerschaft“ beseelt gewesen sei, „sich vor, ... eine Ausnahme ... zu machen“. Und natürlich hat er dabei einen ganz bestimmten „Fall“ im Auge, den er auch nicht ansteht beim Namen zu nennen: die „Anti-Hitler-Koalition“. Was aber diese zum „Ausnahmefall“ werden ließ, wird nicht verraten. Nur soviel darf man schließen: Die „Beweise“ der „Kriegsbefürworter“ müssen erdrückend gewesen sein.

Wir werden auf diese „Ausnahme“ noch zurückkommen, sollten uns aber zunächst einmal ins Gedächtnis rufen, daß der „Ausnahmen“ von der hier beschworenen

linken „Kriegsgegnerschaft“ in Wahrheit weitaus mehr sind, als der gemeine Linksverstand heutzutage noch vermuten möchte. Das Gedächtnis der „kriegsbefürwortenden“ Antideutschen scheint da zur Zeit um einiges besser zu funktionieren. Unter der Überschrift „Krieg dem Baath-Regime, Waffen für Israel!“ weist die Redaktion der BAHA-MAS u.a. darauf hin: „Die Lösung ‚Waffen für Israel‘ ist einer Kampagne der frühen 80er Jahre entliehen – ‚Waffen für El Salvador‘. Zum letzten Mal mit guten Gründen hat die europäische Linke damals auf ein Projekt der nationalen Befreiung gegen die USA und zugleich für einen Krieg gegen den faulen Frieden gesetzt.“^[3] Man könnte auch an den „Sieg im Volkskrieg“ Vietnams erinnern, für den Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre neu sich radikalisierende Linke scharenweise auf die Straßen und manche dann auch in den Untergrund gingen. Gar nicht zu reden von der lateinamerikanischen Guerilla, von zahlreichen antikolonialen Befreiungskriegen in Afrika etc. pp., die sich einer selbstverständlichen Sympathie seitens der hiesigen Linken erfreuen durften.

Die BAHAMAS-Redaktion hat nicht ganz Unrecht, wenn sie mit Bezug auf jene alte Kampagne schreibt:

„Die Veteranen dieser Bewegung, wie zum Beispiel Tho-mas Ebermann, verwerfen heute vehement die Forderung ‚Waffen für Israel‘, denn man könne doch nicht für eine bewaffnete Staatsmacht sich engagieren, sondern allein für das kämpfende Volk. Heute ist vergessen, daß sie im Falle El Salvador zumindest so taten, als ob sie das kämpfende Volk deshalb mit Geld für Waffen unterstützten, weil sie es für eine Emanzipationskraft hielten, und deshalb seine Souveränität als die bessere Staatsmacht herbeiwünschten. Heute ist vergessen, daß man zumindest so tat, als ob diese Kampagne einem weit größeren revolutionären Plan dienen sollte, der Diktatur des Proletariats, der temporären staatsförmigen Errichtung der revolutionären Gegengewalt als Etappe zur Weltrevolution.“

„vermessene Gedanken“

Allerdings: Man tat und tut auf Seiten der Linken immer nur so „als ob“. Die kriegerisch gestimmten Antideutschen sind da so links wie ihre pazifistischen Gegner. Näher hingehört, reden auch sie von der Diktatur des Proletariats nur mehr im Tonfall einer fein ausgewogenen Mischung aus mitleidvoller Nostalgie und distanziertem Sarkasmus, und die „Weltrevolution“ ist ihnen eine derart fernliegende, esoterische Angelegenheit, daß sie jede wirkliche revolutionäre Gewalt allenfalls „als Etappe zu“ ihr hin verstehen können. Die Nähe solcher Formulierungen zu den Formeln der katastrophalen Volksfrontpolitik, mit denen ab 1935 die Kommunisten die 1917 von Rußland aus begonnene Weltrevolution des Proletariats offiziell auf unbestimmte Zeit außer Kraft setzte, ist beileibe kein Zufall. Vom „Proletariat“ hat das Völkchen auf den BAHAMAS so wenig begriffen wie alle linken Bürger, denen der von Stalins langem Schatten allseits umnachtete Kommunismus seit den Tagen der unseligen Volksfront bis in seine traurige Gegenwart hinein sich immer wieder von neuem an den Hals wirft. „So würde“, heißt es weiter im Text, „heute niemand mehr auf den vermessenen Gedanken kommen, daß es um Befreiung der Individuen und nicht um Volkstums- und Kulturschutz gehen könne.“ Und auf den BAHAMAS kommt niemand auf den noch viel vermesseneren Gedanken, daß die famose „Befreiung der Individuen“, um die man sich dort kümmern möchte, mit aller ihr innewohnenden Brutalität längst vollzogen ist: in der massenhaften Freiheit der individuellen Arbeitskraft nämlich sowohl von jeder persönlichen Bindung an ein besonderes Gemeinwesen und die Herrschaften, die es garantierten, als auch von allen sachlichen Voraussetzung ihrer wirklichen Betätigung und damit ihrer Selbsterhaltung. Nähme man das dort zur Kenntnis, dann wäre mit einem Schlag klar, daß gegen die fatal grassierende Flucht in „Volkstums- und Kulturschutz“, den ebenso illusorischen wie gemeingefährlichen

und letztlich selbstmörderischen Versuch also, jene brutale Freiheit bloß rückgängig zu machen, es in Wahrheit wohl oder übel nur ein einziges Mittel gibt: den Kampf um die progressive Aufhebung dieser Freiheit, d.h. die freiwillige Vereinigung jener vogelfreien Individuen zur selbstbewußten Klasse, die sich selbst abschafft, indem sie die ihr beständig enteigneten sachlichen Bedingungen und Resultate ihrer Arbeit, ihre Produktions- und Lebensmittel, unter ihre gemeinsame Kontrolle bringt.

„Symbol“ und „Geist“

Davon wollen, wie gesagt, die Antideutschen so wenig wissen wie alle andern Linken und beschwören statt dessen lieber eine Neuauflage der ruhmreichen Antifa der Jahre 1933ff. Etwas klüger als der linke Rest sind sie nur, insofern sie deren Konstellation nicht für irgendeine den linken Pazifismus bloß dann und wann unterbrechende „Ausnahme“ halten, sondern eher für den trostlosen Normalfall einer „Krisendynamik des Kapitals“, die auf „die barbarische Aufhebung der bürgerlichen Verkehrsformen ... zusteuer“.

Wenn es aber wahr sein sollte – wofür allerdings einiges spricht –, daß wir gegenwärtig in Gestalt eines bis in viele Regierungsapparate hinreichenden ressentimentgeladenen euro-islami-schen Antiimperialismus so etwas wie die Wiedergeburt jenes faschistischen Scheusals erleben, das vor einem halben Jahrhundert neben einigen anderen Weltgegenden ganz Europa heimgesucht und schließlich in Schutt und Asche gelegt hatte – wieso sollten wir gegen diese erneut sich breitmachende Seuche alle unsere Hoffnung ausgerechnet in eine Rezeptur setzen, gegen die sie sich demnach doch spätestens jetzt ganz offensichtlich als resistent erwiesen hätte? Und hat sie denn jemals wirklich geholfen? Ist die illusorische Hoffnung auf Zusammenarbeit mit „verständigen“ Teilen der Bourgeoisie, der man das Ringen um die revolutionäre Einheit und Selbständigkeit der Klasse zum Opfer brachte, nicht vielmehr

jene Droge gewesen, die den Kampf gegen den Faschismus solange gelähmt hat, bis es für sechs Millionen Juden in Europa zu spät war?

„An einem Wendepunkt“, schreibt die BAHAMAS-Redaktion, „der durchaus nicht unverwandt ist mit dem, den die faschistische Aggression gegen die spanische Republik 1936 bedeutete und der die Entscheidung verlangte, für diese Republik als ein Symbol des Widerstands gegen den Nationalsozialismus und seine spanischen und italienischen Verbündeten zu kämpfen, wird man sich entscheiden müssen: Für die bewaffnete Selbstverteidigung Israels als Kristallisierungspunkt eines weltweiten Kampfes gegen den barbarischen Antikapitalismus.“

Das „Symbol“ der spanischen Republik – wenn sie denn eines war –, stand vielleicht für den guten Willen zum „Widerstand“ gegen den Faschismus, aber mindestens ebenso sehr für das Unvermögen, erfolgreich zu widerstehen. Israel kann man nur wünschen, daß an dieses unglückliche Vorbild es sich nicht allzu getreu halten möge. Und den linken Freunden Israels ist dringend anzuraten, sich der Geschichte des „Widerstands“, auf den sie sich da befreuen, genauer zu erinnern. Schon an ihrem Beginn zeigten sich nämlich zur energischen Aktion gegen den faschistischen Anschlag auf die Republik nur diejenigen Kräfte bereit und fähig, die damit viel mehr und ganz anderes verfolgten als den Erhalt der Republik: die Abschüttelung der Klassenherrschaft der Besitzenden über die Besitzlosen. Das bloß republikanische Spanien dagegen, in der revolutionären Zusitzung des Klassenkampfes zwischen alle Stühle geraten, sah sich, nicht anders als seine liberale Verwandtschaft in aller Welt, zur Tatenlosigkeit verdammt.

„Israel“, fährt der BAHAMAS-Text fort, „braucht keine internationalen Brigaden, aber einiges vom Geist dieser internationalen Bewegung für den Erhalt der spanischen Republik könnte nicht nur Israel nicht schaden.“ Georgi Dimitroff, das Faktotum, das im Auftrag seines Meisters Stalin die Kommunistische Internationale

zugrunde richtete und schließlich liquidierte, läßt an dieser Stelle herzlich grüßen, und wir fragen uns unwillkürlich, woran die Damen und Herren der Redaktion, in deren Namen so etwas geschrieben wird, wohl gedacht haben mögen, als sie an anderem Ort in derselben Zeitschrift Israel immerhin auch als „Anwort auf den stalinistischen Verrat an der kommunistischen Weltrevolution“^[4] bezeichnen ließen. Stellen sie sich hier nur dumm, oder haben sie wirklich noch nie davon gehört, daß just „für den Erhalt der spanischen Republik“ Stalins Kommunisten das bürgerlich-republikanische Militär zum schlimmen Ende der Republik hin gegen das rebellische Proletariat mobilgemacht haben? Dasselbe Proletariat, dessen selbständiger, eigenmächtiger Klassenaktion die ganze schöne Republik allein verdankte, daß sie nicht schon vor dem ersten Ansturm der Faschisten zu Staub zerfallen war.

„Mal etwas Neues“

Welcher obskure „Geist“ also mag da in den Köpfen der BAHAMAS-Redaktion spuken, von dem „nicht nur Israel“ heute „einiges“ angeblich „nicht schaden“ könnte? „Für die bewaffnete Selbstverteidigung Israels“ – das gebietet die einfache Logik – kann nur Israel selbst „sich entscheiden“, und internationale Brigaden, versichert man uns, die Israels Selbstverteidigung unterstützten, brauche Israel nicht. Aber was dann? Die Sammlung „Waffen für Israel“ ist sicherlich gut gemeint, fällt aber angesichts einer Armee, die aus guten Gründen zu den am besten ausgerüsteten der Welt zählt, materiell von vornherein nicht ins Gewicht, womit wir wieder – wir drehen uns offenbar im Kreis – beim guten Geist geendet wären.

Bleibt der „Krieg gegen das Baath-Regime“, dessen Beseitigung, ganz abgesehen von den Greueln, die es regelmäßig unter der eigenen Bevölkerung anrichtet, für Israel ohne Zweifel eine gewisse Entlastung bedeuten würde. Nahe läge hier vielleicht eine Kampagne, die sich für eine

Teilnahme deutscher Soldaten an diesem Krieg stark machte – als tatkräftigen Beitrag gewissermaßen zur Wiedergutmachung deutscher Untaten. Gefragt, ob sie so etwas ernsthaft vorhaben, weisen anti-deutsche Linke in Deutschland das natürlich in aller Regel entschieden zurück. Aber man wird ja wohl noch träumen dürfen. Matthias Küntzel fand jedenfalls vor Jahr und Tag in einem Debattenbeitrag zu den Anschlägen des 11.9. für die KONKRET, daß „gegen massenmörderische Antisemiten zu mobilisieren, ... hierzulande tatsächlich einmal etwas Neues wäre“, um zugleich bedauernd festzustellen, daß leider das Gegenteil geschehe.^[5] Zuvor hatte er im selben Text den „Vorschlag“ gemacht, daß „Selbst-verständlich die amerikanische und die britische Politik weiterhin kritisiert werden“ müsse. „Jedoch nicht deshalb, weil sie die Djihadisten verfolgt, sondern weil sie diese nicht zielgenau und konsequent genug verfolgt.“ Hier reichen Jürgen Elsässer und Matthias Küntzel sich die Hand. Die moralische und intellektuelle Kritik der Herrschenden, die nicht einmal mehr daran denkt, daß für eine wirkliche Besserung der Welt diesen vielmehr das Gesetz des Handelns wieder entrissen werden müßte, ist der pazifistisch antiamerikanischen wie der kriegsfreudig antideutschen Linken gleichermaßen das unübersteigbare Maximum an Subversion.

„Verändertes Paradigma“

Geschichte wiederholt sich bekanntlich nicht, oder höchstens so, daß, was einmal als Trauerspiel über die Bühne ging, später wiederkehrt als Farce. Angesichts der akzeptierenden Ohnmacht, die die gespaltene heutige Linke auf allen Seiten zur Schau stellt, tut es diesmal fast gar nichts zur Sache, welchen „Argumenten“ sie Gehör schenkt und welcher Option der „Kritik“ sie jeweils sich verschreibt. In dieser Hinsicht lagen die Dinge beim Faschismus der Hitlerzeit noch ganz anders. Die Linke – nicht weniger gespalten, als heute – hatte durchaus das eine oder andere Gewicht in

die Waagschale zu werfen. Namentlich gab es da die ja keineswegs ohnmächtige Sowjetunion, mit der bedeutende Teile des Proletariats in den kapitalistischen Ländern wie in den von diesen beherrschten Kolonien und Halbkolonien sich verbunden fühlten.

Die Linke heute demonstriert freilich auch hierzu nur noch ihre gespaltene Inkompetenz. Erklärt Jürgen Elsässer die alte Geschichte unbesehen zur „Ausnahme“, für die man sich derzeit nicht näher zu interessieren habe, kommt ein Matthias Küntzel, der sonst meist sehr genau weiß, wovon er schreibt, (in einer Fußnote, seinen oben zitierten „Vorschlag“ erläuternd) mit einem „Plädoyer, die kommunistische Politik im Zuge des Zweiten Weltkriegs kritisch zu reflektieren“, das nicht die blassesste Ahnung vom Gegenstand solcher Reflexion erkennen läßt. Und niemand in der Linken nimmt da an irgend etwas Anstoß. Küntzel wörtlich: „Das von Liebknecht und Lenin abgeleitete Paradigma, stets zuerst den ‚Hauptfeind‘ im eigenen Land zu bekämpfen, hatte im Laufe des Zweiten Weltkriegs zur Folge, daß etwa die der Komintern angeschlossene Französische Kommunistische Partei nach dem deutschen Überfall auf Frankreich nicht dem nationalsozialistischen Aggressor entgegentrat, sondern weiterhin der eigenen Bourgeoisie.“ Die Wahrheit ist, daß lange vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs besagtes „Paradigma“ – in seiner Küntzelschen Fassung ohnehin ein Zerrbild dessen, was da „von Lenin abgeleitet“ werden könnte – keine Rolle mehr spielte. Als Vorreiter für alle anderen Sektionen der Komintern hatte, in der Aussicht auf eine Regierungsbeteiligung nach den anstehenden Wahlen, die französische Sektion auf direkten Wink Stalins hin ab dem Mai 1935 den Kampf gegen das wichtigste Herrschaftsinstrument ihres „Haupt-fein-des“ eingestellt, sich öffentlich für die Stärkung der französischen „Verteidigungskraft“ ausgesprochen und ihre konspirativen Zellen in der Armee aufgelöst.

Was aber „die eigene Bourgeoisie“ selbst

anging, so zeigte sie, wie man weiß, bei Kriegsbeginn in Frankreich kaum Bereitschaft, sich ernsthaft mit Hitlers Deutschland anzulegen. Daran hat Küntzel wohl gedacht, wenn er am Ende der zitierten Fußnote sich die Frage stellt: „Hätte nicht besser der jeweils eigene Imperialismus vorrangig aufgrund seiner Halbherzigkeit, Inkonsistenz und strukturellen Unfähigkeit im Kampf gegen Nazi-Deutschland denunziert werden müssen?“ – Was für eine schrökliche Waffe: Denunziation! Die französische Bourgeoisie „hätte“ darob wahrscheinlich sich erst zu Tode geschämt und dann am antifaschistischen Riemen gerissen. Freilich, wären die Dinge so einfach gewesen, „hätte“ es wohl auch Hitler niemals gegeben.

„strukturelle Unfähigkeit“

Das Proletariat, schreibt Marx irgendwo, ist revolutionär, oder es ist nichts. Die Bourgeoisie, namentlich die französische, hat das schon immer recht gut gewußt, die Linke begreift es nie. Eine proletarische Partei, die, so in etwa die durchaus vernünftige Rechnung der Bourgeoisie, ihr aus freien Stücken zugunsten höherer gemeinsamer Interessen die Zusammenarbeit anbietet, führt entweder irgendeine revolutionäre Hinterlist im Schilde oder sie ist ein Nichts, eine Partei ohne jedes politische Gewicht. Weder der eine, noch der andere Fall ergäbe einen einsehbaren Grund, die Ratschläge einer solchen Partei zu erhören. Das europäische Proletariat war indes 1939 keineswegs ein Nichts – wenngleich seine einflußreichsten Organe und Organisationen meist sich alle Mühe gaben, es dahin zu bringen –, sondern hatte eine Reihe schwerer Niederlagen erlitten und erst jüngst in Spanien eine große Schlacht verloren, in der es sich heroisch geschlagen hatte. Der Sieger über das revolutionäre Proletariat in Europa aber hieß Hitler. Schon deshalb mußte dem klassenbewußten Bürger nicht nur in Frankreich die Unterwerfung unter ihn zehnmal sympathischer erscheinen als die Bewaffnung und Mobilmachung der Kapitel 6

und Mobilmachung der eigenen Proleten gegen ihn. Man hatte zudem in Frankreich, weiter zurückliegend, seine ganz bestimmten Erfahrungen gemacht, wohin der Patriotismus ein bewaffnetes Proletariat auch führen kann.

Matthias Küntzel kommt der Wahrheit ziemlich nahe, wenn er – versehentlich vielleicht – die bürgerliche „Unfähigkeit im Kampf gegen Nazi-Deutschland“ eine „strukturelle“ nennt, zieht aber nicht die Konsequenz daraus. Eine solche Unfähigkeit wäre logischerweise nur durch eine Änderung der „Struktur“ selbst, eine durchgreifende Änderung des *Kräfteverhältnisses* zwischen den Klassen zu beheben gewesen: durch die Unterwerfung der französischen Bourgeoisie unter das Diktat des revolutionären Proletariats. Anders als im Kampf gegen die eigene Bourgeoisie konnte also das französische Proletariat „dem nationalsozialistischen Aggressor“ gar nicht entgegentreten. Und wenn andersherum die der Komintern angeschlossenen Parteien nach Stalins verräterischem Pakt mit Hitler das nazistische Deutschland zur Friedensmacht und seine Gegner zu Kriegstreibern erklärten, dann betrieben sie nichts als Pazifismus der schamlosesten Sorte, der „der eigenen Bourgeoisie“ nur mehr mit billigen Gesten „entgegentrat“. Dies war die „Position“, die dann, wie Küntzel berichtet, „erst mit Beginn des deutschen Angriffs gegen die Sowjetunion revidiert“ wurde.

Von „amerikanische[n] Trotzkisten“, kolportiert er, daß sie „bis 1945 an der ‚Hauptfeind USA‘ □ Linie festhielten“, und fragt daran anschließend: „Kann dieser Standpunkt auf Basis unserer heutigen Kenntnisse über Auschwitz verteidigt werden?“ – Trotzki selbst besaß zwar nicht „unsere heutigen Kenntnisse“, aber offenbar sehr wohl eine präzise Voraussicht des grauenhaften Geschehens, auf das sie sich beziehen, wenn er wenige Wochen nach der Reichspogromnacht, im Dezember 1938 in einem Brief an amerikanische Freunde „auch ohne Krieg ... als nächste Entwicklung der Weltreaktion mit Sicherheit die physische Vernichtung der Juden“

erwartete.^[6] Gleichwohl fiel ihm auch 1940, als mit dem baldigen Kriegseintritt der USA zu rechnen war, nicht ein, seinen amerikanischen Genossen die Verbrüderung mit der amerikanischen Bourgeoisie anzuraten.

Eine „Hauptfeind-USA-Linie“ war das aber schon deshalb nicht, weil hier nicht Gegensätze zwischen den Nationen im Zentrum aller Überlegungen standen, sondern der jede nationale Grenze überschreitende Klassengegensatz. Trotzki riet dazu, unter den Bedingungen des Krieges und der damit unvermeidlich einhergehenden Militarisierung der ganzen amerikanischen Gesellschaft dem Proletariat dabei zu helfen, eine möglichst unabhängige Stellung für sich und seine Klassenorganisationen in der US-Armee zu entwickeln, damit es vielleicht in die Lage komme, der amerikanischen Bourgeoisie dieses Instrument streitig zu machen und womöglich den Krieg schließlich in seinem Interesse und auf seine Weise zu Ende zu führen. Jeder und jede mag selber am wirklichen Verlauf des Krieges überprüfen, ob derart pessimistische Überlegungen ausgerechnet „auf Basis unserer heutigen Kenntnisse über Auschwitz“ sich tatsächlich bloß als krasse Fehlurteil erwiesen haben.

Vor dem Zweiten Weltkrieg wie gesagt und währenddessen stand mit dem Tun und Lassen der Linken wirklich etwas auf dem Spiel. Die Gedankengänge und Entscheidungen ihrer divergierenden Tendenzen spiegelten das Ringen sozialer Kräfte, die nach Millionen zählten, und wirkten ihrerseits darauf ein. Ob etwa die Kommunistische Partei Frankreichs eine unabhängige Klassenlinie verfocht oder diese im ängstlichen Manövriren zwischen Burgfrieden und Pazifismus verspielte, davon hing in nicht unbedeutlichem Maße Verlauf und Ausgang des großen Krieges ab. Gar nicht zu reden von der Sowjetunion, deren Agieren nicht wenig Verantwortung für Hitlers anfänglichen triumphalen Siegeszug trägt, die aber dann auch, gezwungenermaßen und viel zu spät, den bei weitem größten Beitrag zu seiner schließlichen Niederrin-

gung leistete. Das war das Trauerspiel. Die heutige Linke dagegen, von der so gut wie gar nichts mehr abhängt, völlig losgelöst in die alten Kostüme schlüpfend, ohne überhaupt das Textbuch richtig zu kennen, bringt höchsten noch eine belanglose Farce auf die Bühne. Das aber muß sich wirklich niemand mehr antun, und darin liegt vielleicht durchaus auch eine Chance.

Anmerkungen

^[1] „This very important country has been hijacked by a gang of terrorists led by Saddam Hussain. ... Is it not right that the international community act to save this country, and its ancient people, from the terrorists? It is time to reclaim Iraq from the terrorists.“ (Rede beim Cambridge Forum. Veröffentlicht in The Independent, 5. Nov. 2002. Hier zitiert nach <http://www.iraq.net/erica/news-e/archives/00000841.htm>)

^[2] W. I. Lenin: Das Militärprogramm der proletarischen Revolution. In: Lenin Werke, Bd. 23, Dietz Verlag, Berlin 1970, S. 76. Hvhb. im Original.

^[3] BAHAMAS-Redaktion: Krieg dem Baath-Regime, Waffen für Israel! In: Bahamas 39/2002.

^[4] ISF: Der Kommunismus und Israel. BAHAMAS NR. 38.

^[5] Matthias Kuntzel: Das Fanal. In KONKRET 11/2001.

^[6] Zitiert nach Enzo Traverso: Leo Trotzki – Der Lebensweg eines nichtjüdischen Juden. In: Theodor Bergmann, Gert Schäfer (Hg.): Leo Trotzki. Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft. Decaton Verlag Mainz, 1993, S. 302.

Editorische Anmerkungen

Der Autor der im politischen Zusammenhang der Zeitschrift **„Übergänge zum Kommunismus“** mitarbeitet, schickte uns im Januar 2003 seinen Artikel zur Veröffentlichung.

Kontakt zu den „Übergängen“: uebergaenge@freenet.de
<http://members.aol.com/Streitpkte/ks0508.html>